

**Ausgewählte  
Abhandlungen, Aufsätze und  
Vorträge**

von

**Professor Dr. Gustav Ruhland**

**zu seinem 50. Geburtstage (11. Juni 1910)**

herausgegeben vom

**Bund der Landwirte in Berlin**

Mit dem Bildnis Ruhlands, einer biographischen Skizze und 2 graphischen Darstellungen

**Kairos-Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik**

**Berlin SW. 11, Dessauerstr. 7**

**1910**

**Neuausgabe als E-Buch 2013**

**Diese E-Buch-Ausgabe wurde im Jahre 2013 von Ulrich Grey erstellt.  
Verwendet wurde die Textverarbeitung Papyrus Autor.  
Die Veröffentlichung erfolgt unter Ausschluß jeglicher Gewährleistung.  
Version: 05. Juli 2013 (1.0)**

**Einige Abkürzungen wurden aufgelöst, die ausgeschriebenen Umlaute wurden angepaßt. Die in dieser Ausgabe in KAPITÄLCHEN gesetzten Textpassagen sind im Original g e s p e r r t. Vom Herausgeber ergänzte Texte wurden in [eckige Klammern] gesetzt.**

## **Impressum**

**Herausgeber:  
Ulrich Grey  
Am Pappelkrug 1  
33619 Bielefeld**

**[www.vergessene-buecher.de](http://www.vergessene-buecher.de)**



**Gustav Ruhland**  
\* 11. Juni 1860 — † 4. Januar 1914



Ausgewählte  
Abhandlungen, Aufsätze und Vorträge

von

Professor Dr. Gustav Ruhland

zu seinem 50. Geburtstage (11. Juni 1910)

herausgegeben vom

Bund der Landwirte in Berlin.

23522

---

Mit dem Bildnis Ruhlands, einer biographischen Skizze und 2 graphischen Darstellungen.

M. 5.



Kairos-Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik

Berlin SW. 11, Dessauerstr. 7.

1910



# Inhalts-Verzeichnis.

GUSTAV RUHLAND

Gustav Ruhland, eine biographische Skizze. ....ix

## VERZEICHNIS DER SCHRIFTEN UND GRÖßEREN PUBLIKATIONEN VON PROF. DR. RUHLAND.

- a) Selbständige Schriften.....xvi
- b) Abhandlungen in Zeitschriften.....xvii

### A. DAS PROBLEM DER GETREIDEPREISE SPEZIELL.

Grundsätze einer vernunftgemäßen Getreidepreispolitik.....	1
Programm für die internationale Getreidepreiswarte.....	12
Die internationalen Kapitalverschiebungen als eine Ursache der periodischen landwirtschaftlichen Krisen.....	17
Die Überproduktionstheorie im Lichte der Vorratsstatistik.....	21
Die Überproduktionstheorie und die Getreidepreise Anno 1894 und heute.....	25
Der Weissbrotkorb der Welt.....	27
Bestrebungen auf dem Wege zu einem Weizenverkaufs-Syndikat der Landwirte.....	28
Projekt einer Organisation der deutschen Landwirte für den Getreideverkauf.....	45
Das Syndikat – Die Innung der Zukunft.....	49
Warum und wie der Landwirt sich eine Meinung über den Getreidemarkt sichern soll? .....	55
Darf eine Organisation der landwirtschaftlichen Marktnachrichten die Beurteilung der kommenden Preisbewegung ausschalten?.....	66
Kann die kommende Preisbewegung für Getreide zutreffend vorhergesagt werden?.....	73
Unsere Vorhersagung des nordamerikanischen Weizenkonsums und Weizenexportes im März a. c.....	76
Ist es gerechtfertigt, angesichts der bevorstehenden Zollerhöhung die städtische Bevölkerung gegen das Land zu verhetzen.....	78

### B. WIRTSCHAFTSKRISEN UND WIRTSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN.

Das Problem der Verhütung unserer Wirtschaftskrisen und die Interessen unserer Großbanken.....	90
Die Mühlenumsatzsteuer ohne oder mit Kontingentierung der Mühlen.....	93
Zur Kritik unserer bisherigen sozialen Gesetzgebung.....	98
Ein Dokument zur Entstehungsgeschichte der „Preußenkasse“ .....	107
Die Ergebnisse der Bank-Enquete nach agrarischer Auffassung.....	112

### C. NATIONALÖKONOMISCHE LEHRMEINUNGEN.

Brentanos Agrarpolitik.....	122
Der „hochberühmte“ Professor Lujo Brentano.....	129
Professor Schmoller und sein Agrarprogramm.....	133
Das allerneueste Agrarprogramm.....	137

### D. VOLKSWIRTSCHAFTSPOLITIK UND GESCHICHTE.

Die Staatsratsbeschlüsse.....	144
Die plutokratische Entwicklung in Preußen-Deutschland.....	165
Entwurf einer allgemeinen Wertzuwachs-Steuer.....	169
Über den Begriff der landwirtschaftlichen Brennerei.....	174
Der freihändlerische Individualismus und die organische Auffassung der Volkswirtschaft.....	181
Kolonialpolitik und Bauernpolitik in den letzten zweieinhalb Jahrtausenden.....	195
Angebot, Nachfrage und Preis.....	215

### [ANHANG]

Antrag Graf Kanitz.....	223
Verlaufskurve der Weizenpreise in Strassburg 1401 bis 1901.....	226

## Gustav Ruhland.

In Hessenthal, im bayerischen Spessart, wurde Gustav Ruhland in einem Einödhof, der möglicherweise das „Wirtshaus im Spessart“ von Hauffs Märchen ist, am 11. Juni 1860 als Sohn eines Landwirts und Posthalters geboren. Er absolvierte die Realschule in Mainz und besuchte nach Beendigung des Militärdienstes das Technikum Langensalza. Nachdem er als Volontär und Verwalter auf verschiedenen größeren Gütern Norddeutschlands tätig gewesen war, kehrte Ruhland 1879 in die Heimat zurück, um nach dem Tode des Vaters die Bewirtschaftung des elterlichen Gutes zu übernehmen. Hier nahm er die Armut der Spessarter Kleinbauern und ihren harten Daseinskampf wahr. Die Besserung dieser Verhältnisse erschien dem Bauernsohn als eine Forderung des Gemeinwohls, als eine sozialpolitische Notwendigkeit. Der agrarische Solidaritätsgedanke ward in Ruhland lebendig. Die männlichste Begabung – der politische Sinn – drängte zur Betätigung. Und als in dieser Zeit unter Freiherrn von Thüngen-Roßbach in Franken die agrarische Agitation erwachte, nahm Ruhland temperamentvoll daran teil und wandte sich der Frage nach der Besserung der bäuerlichen Zustände mit ganzer Energie zu.

Die Absicht, sich als Landwirt selbständig zu machen, gab ihm Gelegenheit, nicht bloß die Mängel der bäuerlichen Erbrechtsverhältnisse am eigenen Leibe zu empfinden, sondern auch in einer Reihe von Einzelfällen die schweren Schäden unserer heutigen Grundmarktsverhältnisse kennen zu lernen. Daß die freihändige Preisbildung für landwirtschaftliche Grundstücke sehr schädlich ist, stand ja schon in allen Lehrbüchern über landwirtschaftliche Buchführung und über landwirtschaftliche Taxation; und zwar sollte nach diesen Büchern der Ertragswertanschlag sich mit dem wahren Wert von Grund und Boden decken. Da begegnete ihm folgendes Erlebnis in seiner Wirtschaft: Es kam die Zeit der Kartoffelbestellung. Der Kartoffelschlag war ein flachgründiger Lehmboden mit Letteuntergrund. Bis dahin waren gewohnheitsgemäß die Saatkartoffeln untergeackert worden. Sie kamen deshalb direkt auf den Letteuntergrund zu liegen. Wenn dann ein feuchtes Jahr kam, verfiel die Ernte zumeist der Fäulnis. Ruhland hatte in Preußen eine andere Art der Kartoffelbestellung kennen gelernt. Das ganze Feld wurde umgeackert, eingeebnet und dann wurden die Saatkollen auf das gebaute Land gelegt. Jetzt kam auf dem Spessartgut ein feuchtes Jahr, und trotzdem gab der Kartoffelschlag, dank der verbesserten Bestellmethode, einen sehr guten Ertrag. Dieses Erlebnis zeigte, daß auch der Ertragswertanschlag ein falscher Wertbegriff ist. In diesem Falle hatte die verbesserte Bestellmethode den Ertrag wesentlich gesteigert; damit stieg dann der Ertragswert und also der Übergabepreis. Für den Übernehmer aber, der die neue Methode eingeführt hatte, folgte daraus eine höhere Grundverschuldung. Die Arbeit auf dem Boden war nicht nur um den Lohn für die eingeführte bessere Methode gekommen, sie hatte dafür sogar eine höhere Schuldenlast zu tragen. Der „wahre“ Wert von Grund und Boden war offenbar auch nicht der Ertragswert, sondern der Buch oder Sachwert, wie er im Geschäftsverkehr für Handel und Industrie, in den Normativbestimmungen für Privateisenbahnen usw. längst bekannt ist. Dies alles mußte doch in den wissenschaftlichen Werken für Nationalökonomie stehen! Ein väterlicher Freund vermittelte dem Wirtschaftspraktiker diese Bücher, aber sie bereiteten ihm nur Enttäuschungen. Von all dem, was er selbst in der Wirtschaft erlebt hatte, stand kein Wort darin. Wohl aber fand er die merkwürdigsten Ausführungen

über Grundrenten-Theorie, wodurch der wirkliche Zustand möglichst verdunkelt wurde. Aus diesem Konflikt zwischen Selbsterlebtem und den Theorien der Wissenschaft entstanden hinter dem Pflug und der Sense die beiden Erstlingswerke Ruhlands: „Agrarpolitische Versuche vom Standpunkt der Sozialpolitik“ (1882/83) und „Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes“ (1884), bei denen kein Geringerer als derjenige Nationalökonom, den auch Adolf Wagner, als den „allerersten“ der deutschen Schule bezeichnet hat, nämlich Albert E. F. Schaeffle, ratend und fördernd zur Seite stand. Schaeffle war es auch, der dem Schriftsteller Ruhland neben der Nationalökonomie namentlich noch Philosophie, insbesondere Trendelenburg und Kant, empfahl. Das Studium dieser färbte natürlich auf die Schreibweise Ruhlands aus dieser Zeit ab. Es ist bezeichnend, daß Ruhland dem ersten schulmäßigen Widerspruch bei Professor Schmoller begegnete (1883).

Inzwischen bot das Selbsterlebte für Ruhland immer neue Anregung. Die Kartoffelernte des Vorjahres war auf dem Hofe zumeist mißraten; um den vorhandenen Viehstand erhalten zu können, mußten Kartoffeln und etwas Mais zugekauft werden. Da kam die Steuerbehörde, um nach den damals in Bayern geltenden Bestimmungen die kleine Brennerei als „gewerbliche Brennerei“ zu besteuern (Bayerisches Gesetz vom 25. Februar 1880.) Zu dem Unglück, daß die Kartoffeln verfault waren, sollte auch noch als Strafe eine erhöhte Besteuerung kommen! Umfassende Gegenvorstellungen Ruhlands, in denen er bis an das Ministerium ging, wendeten die höheren Steuerforderungen ab. Und das neue bayerische Gesetz vom 20. November 1885 brachte in seinen Vollziehungsvorschriften eine neue Definition des Begriffes „landwirtschaftliche Brennerei“, eine Definition, die den Ruhland'schen Ausführungen entsprach, wonach der Schwerpunkt nicht mehr in der Verarbeitung der selbstgebauten Rohprodukte, sondern in der Verfütterung der ganzen Schlempe und in der Verwendung des erzeugten Düngers in der eigenen Wirtschaft lag. Das Reichsgesetz vom 24. Juni 1887 hat dann in seinem § 41 diese Definition übernommen (s. den Aufsatz „Über den Begriff der landwirtschaftlichen Brennerei“).

Bald nach Veröffentlichung seiner oben genannten Erstlingswerke – in denen, wie in Ruhlands gesamter wissenschaftlichen Betätigung die belebende Kraft den Erkenntnissen und Notwendigkeiten des praktischen Lebens entspricht, – wurde Ruhland von der Generalversammlung der bayerischen Landwirte zu Tölz eingeladen, das Referat über die Reorganisation des landwirtschaftlichen Kredits zu übernehmen. Dieser Vortrag hatte zur Folge, daß zur weiteren Untersuchung dieser Frage eine Kommission ernannt wurde, in der Ruhland die Berichterstattung zufiel; diesen Bericht erstattete er in der Schrift „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform“ (1886) an die nächstjährige Wanderversammlung in Augsburg. Da diese Kommission zumeist in München tagte, betrieb Ruhland jetzt seine nationalökonomischen, juristischen und naturwissenschaftlichen Studien zunächst in München und später in Tübingen. In diese Zeit fällt die preisgekrönte Untersuchung über die Frage: „Welchen Einfluß hat die Reichsgesetzgebung auf die Entwicklung der bayerischen Landwirtschaft gehabt?“ und die Ausarbeitung einer amtlichen Denkschrift über „Die Entwicklung von Handel und Verkehr mit Getreide in Bayern in den letzten 100 Jahren“.

Durch eine glückliche Verkettung von Umständen ward Ruhland die Unterstützung des Fürsten Bismarck zuteil zur Ausführung einer Studienreise durch die

Getreideproduktionsländer der Erde. In den Jahren 1888, 1889 und 1890 machte Ruhland Reisen durch Rußland, England, Indien, Australien, Nordamerika und die Donauländer. Als er von diesen Reisen nach Deutschland zurückkehrte, hatte der „neue Kurs“ bereits begonnen. Es erschienen nunmehr die größeren Reiseberichte: „Über Wirkung und Bedeutung der Schutzzölle“, „Über die Zukunft des Goldes und die Sueß'sche Theorie“, „Über den achtstündigen Arbeitstag und die Arbeiterschutzgesetzgebung der Australischen Kolonien“, „Über die australische und nordamerikanische Landgesetzgebung“ und „Über das Verfassungs- und Verwaltungsrecht des angloindischen Kaiserreichs“. – Alle diese Arbeiten Ruhlands waren auf Grund eingehender Beobachtungen an Ort und Stelle entstanden. So beruhte z. B. Ruhland's Beurteilung der Zukunft unserer internationalen Goldproduktion auf eingehender Besichtigung von über 200 Gold- und Silberbergwerken. Der Verfasser kam damals schon (1890) zu dem Schluß, daß die Goldproduktion der Erde bald einen ganz gewaltigen Aufschwung nehmen müsse, während Prof. Sueß in Wien, der damals als erste Autorität in Währungsfragen galt, bekanntlich in den achtziger Jahren behauptet hatte, die Goldproduktion der Erde gehe immer mehr zurück und sei ihrem Ende nahe.

Der 20. März 1890 hatte mit dem Reichskanzler von Caprivi den „neuen Kurs“ beginnen sehen. Die Landwirte erfreuten sich relativ guter Preise. Das waren ungünstige Zeitverhältnisse für „agrarpolitische Studien“. Der praktische Landwirt wollte in Ruhland wieder zur Betätigung kommen. Unter den verschiedenen Offerten, welche sich jetzt bei ihm einfanden, war eine, die ihm Gelegenheit bot, in Salzburg und Tirol einen Großgrundbesitz, der aus dem Aufkauf von einigen 40 stark verschuldeten großen Bauernhöfen entstanden war, zu organisieren, um eine Musterwirtschaft daraus zu machen. Aus dem Pinzgauer Rind sollte eine Hochzucht geschaffen werden. Weiden, Wiesen und Milchwirtschaft sollten auf einen möglichst hohen Stand gebracht werden. Hier bot sich ihm praktische Gelegenheit, wichtige nationalökonomische Theorien auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Karl Marx und nach ihm Liebknecht hatten behauptet, daß die moderne Produktionstechnik auch in der Landwirtschaft auf den Großbetrieb zusteure; damit sei dann der Mittel- und Kleinbetrieb dem Untergang geweiht. Die Erfahrungen, die Ruhland in drei Jahren auf diesem Großbetrieb machte, hatten ihm gezeigt, daß die sozialdemokratische Theorie irrig ist. Eine intensive Zuchtwirtschaft bei Großbetrieb zeigt sich vielmehr als ganz unrentabel; hier blieb also die Herrschaft dem Mittelbetrieb. Dieser Nachweis gab dann dem Abg. von Vollmar Anlaß zu seinen bekannten Anträgen in den Jahren 1893 und 1894, welche zur Abzweigung der „Revisionisten“ unter den Sozialdemokraten führten.

Mit dem nach den Caprivilischen Handelsverträgen eingetretenen starken Rückgang der Preise der landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1893 erhielt die agrarische Bewegung wieder einen neuen und lebhaften Impuls. Jetzt kehrte Ruhland zu seiner wirtschaftspolitischen Tätigkeit wieder zurück und habilitierte sich als Dozent für Nationalökonomie an der Universität Zürich mit einer Rede „Über die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik“. Neue Konflikte mit der herrschenden Lehre brachten ihm einen scharfen Streit mit Prof. Lujo Brentano, dem die Schrift „Agrarpolitische Leistungen des Herrn Lujo Brentano“ (1894) entsprang. Aber auch mit der herrschenden agrarischen Auffassung blieben Ruhland Differenzen nicht erspart. Seine auf Grund persönlicher Kenntnisnahme erworbene Überzeugung, daß die Goldproduktion der Erde bald rasch steigen werde, machte ihm die Zustimmung zum bimetallistischen Programm unmög-

lich. Ferner führte die Verarbeitung der Materialien, die er auf seiner Weltreise gesammelt hatte, ihn dazu, der allgemeinen Behauptung von der „riesenhaften Überproduktion in Getreide“ zu widersprechen. Im Sommer 1894 berief der Bund der Landwirte auf Rat und Empfehlung Adolf Wagners Ruhland als volkswirtschaftlichen Berater nach Berlin. Bald darauf erschien Ruhlands Schrift: „Wirtschaftspolitik des Vaterunser“. Damit war Ruhland in dieselben Bahnen gekommen, die Anfang der 60iger Jahre von dem genialen John Ruskin eingeschlagen worden waren. Auch dieser war zur schärfsten Verurteilung der wissenschaftlichen Nationalökonomie seiner Zeit gelangt, ohne jedoch ein neues und für die politische Praxis brauchbares Programm aufzustellen.

Ruhlands wirtschaftspolitische Ideen fanden jetzt in seiner engen Fühlung mit dem Bunde der Landwirte immer neue Anregungen zum Ausreifen. In der Kreditkommission des Bundes gelang es zwar nicht, zwischen den praktischen Bedürfnissen des Tages und der Systematik Ruhlands eine Brücke zu bauen; aber wenige Monate später (um Weihnachten 1894) führten Beobachtungen in den Verhältnissen der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen zu der Ausarbeitung eines Planes zur Errichtung einer zentralen Geldausgleichsstelle für die Kreditgenossenschaften in Berlin. Dieser Plan wurde mit Zustimmung des Vorstandes des Bundes der Landwirte im Januar 1895 dem Finanzminister Miquel vorgelegt, der sofort das lebhafteste Interesse dafür bekundete; und schon im Oktober desselben Jahres begann die „Preußenkasse“ ihre segensreiche Geschäftstätigkeit.

In der Getreidehandelskommission des Bundes der Landwirte fand die Ruhland'sche Theorie, daß nicht die Überproduktion in Getreide, sondern die Gründertätigkeit der internationalen Großbanken mit den Spekulationen der verschiedensten Art den Rückgang der Getreidepreise im wesentlichen verschuldet habe, allgemeinere Zustimmung. Der 1. Internationale Agrarkongreß in Budapest (im September 1896) schloß sich ebenfalls der Ruhland'schen Auffassung an. Die dann in Deutschland folgende Antispekulations-Gesetzgebung ließ indes bald keinen Zweifel mehr, daß die auf- und abwärts gehenden Preisschwankungen nur durch eine moderne Syndikatsorganisation der Produzenten unter Einschluß des soliden Handels beseitigt werden können. Die theoretische Klarstellung dieses Programms bedingte sehr genaue und langjährige Beobachtungen der täglichen Getreidepreisbewegung. Zu diesem Zweck begründete Ruhland unter wesentlicher Mithilfe des Bundes der Landwirte, dem sich noch andere agrarische Organisationen in Frankreich und der Schweiz anschlossen, im Herbst 1899 in Freiburg in der Schweiz eine internationale Getreidepreiswarte; wohin Ruhland vorher einen Ruf als Professor für Nationalökonomie an dortige Universität erhalten hatte.

Neben diesen täglichen Beobachtungen auf dem internationalen Getreidemarkt beschäftigte Ruhland die Fertigstellung seines „Systems der politischen Ökonomie in organischer Auffassung“, wozu der erste Entwurf schon 1883 unter dem Einfluß jener philosophischen Studien entstanden war, zu denen damals Schaeffle geraten hatte.

Aus der Getreidepreiswarte gingen die „Internationalen Mitteilungen zur Regulierung der Getreidepreise“ hervor, die bald darauf, infolge der Übersiedelung Ruhlands nach Berlin, zur Wochenschrift „Getreidemarkt“ umgewandelt wurden. Als

„Landwirtschaftliche Marktnachrichten“ erscheinen sie noch heute als Beilage der „Illustrierten Landwirtschaftlichen Zeitung“ (Berlin). –

Wie Ruhland überhaupt die Agrarfrage als ein internationales Problem erkannte und zu behandeln versuchte, so ist sein Name auch rühmlichst verknüpft, – und das ist in diesem Zusammenhange hier noch kurz zu erwähnen – mit der Gründung der bekannten „Internationalen Landwirtschaftlichen Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise“. Ruhland nämlich war es, den der Vorstand des B. d. L. schon im Sommer 1895 auf Reisen geschickt hatte, um zunächst mit hervorragenden Vertretern der Landwirtschaft in Österreich und Ungarn darüber Fühlung zu nehmen, wie diese Kreise über eine internationale landwirtschaftliche Entente zum Zwecke einer gründlicheren Aufklärung der Landwirte über die Marktlage und über die Preisentwicklung ihrer Produkte dächten. Ruhland fand dort freudige Zustimmung. Seinen guten Diensten hierbei ist es mitzuverdanken, wenn es im März 1901 in Paris endlich gelang, daß seitens der dort vertretenen 29 landwirtschaftlichen Verbände aus Dänemark, Deutschland, Spanien, Frankreich, Österreich-Ungarn, Portugal und der Schweiz einstimmig ein „Internationales Landwirtschaftliches Komitee für Stand und Bildung der Getreidepreise“ begründet worden ist, – ohne dessen vorbildliche Tätigkeit hinwiederum es kaum zur Gründung des jetzt bestehenden „Internationalen Agrarinstituts in Rom“ hätte kommen können. Ruhland wurde Sekretär für Deutschland dieses Komitees und schrieb als solcher 1903 in dessen Auftrage das allenthalben sehr geschätzte Buch: „Die Lehre von der Getreidepreisbildung“.

In seinem „System der politischen Ökonomie“ läßt Ruhland anstelle der materialistischen Geschichtsauffassung die „logische“ Geschichtsauffassung treten, die an dem Lebenslauf von 22 Völkern dargestellt und erwiesen wird. Auf diese Theorie hatte vor allem Fürst Bismarck hingewiesen mit den Worten: „Die logischen Revisionen der Geschichte sind noch genauer, als die unserer Oberrechnungskammer!“ Ihren theoretischen Abschluß haben diese systematischen Arbeiten Ruhlands in der „Orientierungstafel über die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe des Freihandels, des Sozialismus, des Kathedersozialismus und der organischen Mittelstandsauffassung“ gefunden.

Heute sind die Schriften Ruhlands in dem Kairos-Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik, Berlin SW. 11, zusammengefaßt.

Als Nationalökonom ist Ruhland einer der konsequentesten Gegner des Freihandels. Er will Beseitigung des Freihandels im Gold-, Geld- und Kreditverkehr, im Verkehr der Massenprodukte des täglichen Bedarfs und schließlich auch im Verkehr des städtischen und ländlichen Grundbesitzes. Deshalb: Ausschluß der Mitwirkung des spekulativen Privatkapitals bei der Preisbildung und öffentlich-rechtliche Organisation der Gesellschaft neben dem Staate als planmäßige Zusammenfassung der lokalen Genossenschaften in nationale Syndikate – unter Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln – zu einer Regulierung der Preise auf der mittleren Linie. Ruhland will damit die Lösung der uralten Frage nach der gerechten Entlohnung der Arbeit auch durch die allgemeine Einführung des „GERECHTEN“ PREISES für alle Arbeitsprodukte wie für alle Arbeitswerkzeuge.

Das alles ruht auf der „ORGANISCHEN Auffassung des Menschen“, wie sie zuletzt in Deutschland von Trendelenburg und Schaeffle vertreten worden ist.

Zur Kennzeichnung der Persönlichkeit Ruhlands und seiner politischen und wissenschaftlichen Betätigung hat der von ihm siegreich durchgeführte Beleidigungsprozeß Ruhland/Biermer vor der Berufungskammer des Landgerichts Berlin am 10. und 11. Januar 1910 bemerkenswerte Beiträge geliefert.

Wir meinen die Gutachten der Sachverständigen, Exzellenz Prof. Dr. Adolf Wagner und Prof. Dr. Sombart, aus denen wir die charakteristischen Stellen nachstehend hervorheben wollen.

EXZELLENZ WAGNER sagte u. a. aus:

Ich bin zuerst auf Ruhland aufmerksam gemacht worden durch denjenigen deutschen Nationalökonom, den ich als den „allerersten“ anerkannt habe, das war Schaeffle, der zwar nicht viel älter war als ich, und den ich doch gern „meinen Lehrer“ nenne. Ein Teil meiner eigenen Arbeiten geht auf Anregung Schaeffles zurück. So war sein sachliches und persönliches Urteil für mich von besonderer Bedeutung. Als Anfang der 80iger Jahre die ersten Arbeiten von Ruhland erschienen sind, habe ich im Briefwechsel oder mündlich über ihn gesprochen, und Schaeffle stellte Ruhland wissenschaftlich sehr hoch. Die ersten Arbeiten Ruhlands haben diesen Eindruck bestätigt. Ich bin Anschauungen begegnet, die auf richtigen Gedanken beruhten und es war eine innere Verwandtschaft vorhanden, ohne daß ich im einzelnen das, was Ruhland vertreten hat, durchaus billige. . . . Für mich ist der Beweis geliefert, daß Ruhlands wissenschaftliche Entwicklung und seine, wenn auch wechselnde Stellungnahme und Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßregeln 3. 4. und 5. Ranges, im Ganzen doch etwas in sich Einheitliches ist. Der behauptete Gesinnungswechsel kann auch als Folgerung aus seiner Grundidee genügend erklärt werden, ohne ihn auf äußere egoistische Beweggründe zurückführen zu müssen. Als die Anfrage aus den Kreisen des Bundes der Landwirte an mich herantrat: Können Sie eine Persönlichkeit aus wissenschaftlichen Kreisen empfehlen, die die mehr wissenschaftlichen Arbeiten des Bundes mit erledigen könnte? da habe ich Herrn Prof. Ruhland aus bester Überzeugung genannt und in dem Gedanken, daß ich sonst eigentlich kaum noch einen wisse, der sich, bei allen Abweichungen im einzelnen, im großen und ganzen doch den Grundanschauungen näherte, die im Bunde der Landwirte vertreten werden. Denn die Ansichten des Herrn Prof. Ruhland sind doch die gewesen, daß unsere Rechtsordnung in dem Sinne zu ändern sei, daß die Landwirtschaft dauernd rentabel werde. . . .

PROF. DR. SOMBART: Ich möchte betonen, daß ich grundsätzlich mit dem Privatkläger (Ruhland) und seinen Anschauungen nicht übereinstimme. Ich stehe auf dem diametral entgegengesetzten Standpunkt zu seinen Anschauungen wegen der grundsätzlichen Betrachtungsweise der Dinge. . . . Der Privatkläger ist augenblicklich der energischste Verfechter der sogenannten ethischen Nationalökonomie, welche die wissenschaftliche Erkenntnis ordnet unter ethischen Gesichtspunkten. . . . Die Frage nach der Wandlung des Privatklägers ist keine Frage nach der Wandlung seiner wissenschaftlichen Grundsätze, sondern eine Frage nach der Konstanz seiner Werturteile. Wenn man die Frage nach der Konstanz seiner Weltanschauung aufwirft, so bin ich der Meinung, daß der Standpunkt des Privatklägers, seine Bewertung wirtschaftlicher Phänomene, eine über das normale Maß hinausgehende KONSTANZ aufweist. Von der ersten Zeile, die er

geschrieben, führt ihn der Weg in den Bund der Landwirte hinein, und jede einzelne Äußerung von ihm, wo sie grundsätzlich hervortritt, ist in Einklang mit der Grundauffassung zu bringen. Welches ist die Grundauffassung? Es ist die antikapitalistische, die Bekämpfung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das ist die Grundauffassung von Anfang an, und sofern das Freihändlertum mit dem kapitalistischen Wesen identifiziert ist, ist der Privatkläger nie Freihändler gewesen. Alle seine Überzeugungen sind von diesem einen Grundgedanken beherrscht gewesen: Bekämpfung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das heißt Sozialist oder Mittelstandspolitiker sein. Sozialist ist der Privatkläger nie gewesen. Er hat die andere Alternative gewählt, er ist zunächst instinktiv, später mit Bewußtsein Mittelstandspolitiker. Faßt man den Privatkläger als einen stark von Instinkten beherrschten antikapitalistischen Mittelstandspolitiker auf, dann ist sein Lebensgang ein für meine persönliche Auffassung erstaunenswert gleichmäßiger. . . . Ich kann mich dahin zusammenfassen, daß äußerlich die Emanationen des Privatklägers scheinbar allerdings zu Widersprüchen kommen. Betrachtet man sie aber als Äußerungen seiner Grundauffassung, einer ganz bestimmten Weltanschauung, so schwinden alle Widersprüche. . . . –

So urteilen über Ruhland ihm fernstehende hochangesehene Gelehrte als Sachverständige vor Gericht. Dieser Anerkennung von autoritativer Seite gegenüber verblasen für jeden Unbefangenen die mißgünstigen Beurteilungen und Anfeindungen, denen auch Ruhland natürlich nicht entgangen ist, wie ihnen jeder bedeutende Mann ausgesetzt zu sein pflegt, besonders wenn er, – noch dazu so temperamentvoll – politisch hervortritt. Wenn dabei auch die nationalökonomischen Kollegen Ruhlands in der Schar seiner Gegner so zahlreich vertreten sind, so beruht dies zumeist in der Eigenart seines Arbeitens: Der Werdegang seiner „Wissenschaft“ ist, um mit Berthold Otto zu reden, nicht so, daß aus den geschriebenen und gedruckten Sätzen der Früheren seine geschriebenen und gedruckten Thesen hervorgingen als die Wirkung aus der Ursache; er hat vielmehr schöpferisch sich betätigt: Er begnügt sich nicht damit, die früheren Meinungen darzustellen, um dann an diese früheren Meinungen seine eigenen Meinungen lediglich anzufügen; nein, Ruhland hat EIGENE Gedanken und hält den löblichen Brauch „zu schauen, wie vor uns ein weiser Mann gedacht“ lediglich für eine Forderung der Höflichkeit, nicht der Wissenschaft. Und er war dabei immer der Meinung, auch solche Höflichkeit schulde man nur den Größten der Großen, nicht jedem beliebigen Dritten.

Ruhlands Freunde freilich, die den Gelehrten wie den Menschen genau kennen gelernt und mit ihm Jahrzehnte lang gelebt, gearbeitet und gekämpft haben, wissen auch ohne Sachverständigen-Gutachten und ohne Zunftverdikte, was der Mann wert ist!

Sie kennen, schätzen und lieben die unbestechliche und rücksichtslose Wahrhaftigkeit, die Ruhlands Forschung auszeichnet, ebenso wie die glücklich-geniale Intuition, mit der er den schwierigsten Problemen entgegentritt. Sie bewundern die urwüchsige, eiserne Konsequenz seiner logischen Erörterungen, die Zähigkeit und Ausdauer, mit der er an dem einmal für richtig Erkannten trotz allem Widerstand festhält. „Ich kenne kaum einen dickeren Bauernschädel, als den des Professors Ruhland“, sagte seiner Zeit vor Gericht humorvoll Freiherr von Wangenheim, und wie

hat er damit Recht! Man fühlt immer: hier setzt sich für die Meinung die ganze Person ein, ein Wort – ein Mann! Ruhland ist der Mann des „Ja – also“! Dabei ist er stets bereit gewesen, seine eigensten Interessen, seine Existenz in die Schanze zu schlagen, immer selbstlos nur eins im Auge behaltend –: die Sache. –

## **Verzeichnis der Schriften und größeren Publikationen von Prof. Dr. Ruhland.**

### **a) Selbständige Schriften.**

1. Agrarpolitische Versuche vom Standpunkt der Sozialpolitik. 1883.
2. Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in seiner agrarischen und sozialen Bedeutung. 1885.
3. Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform. 1886.
4. Handel und Verkehr mit landwirtschaftlichen Produkten in Bayern in den letzten 100 Jahren, (ein Teil der offiziellen Denkschrift „Die Landwirtschaft in Bayern“). 1890.
5. Leitfaden zur Einführung in das Studium der Agrarpolitik. 1894.
6. Agrarpolitische Leistungen des Herrn Professor Lujo Brentano. 1894.
7. Die internationale Notlage der Landwirtschaft. 1895.
8. Die Wirtschaftspolitik des Vaterunser. 1895.
9. Grundsätze einer vernunftgemäßen Getreidepolitik. 1896.
10. Zur Kritik des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches. 1896.
11. Zur Aufhebung der Blankotermingeschäfte in Getreide. 1896.
12. Zur Ausführung des § 50 Abs. 3 des neuen Börsengesetzes. 1896.
13. Über den Einfluß des Großkapitals auf die Gestaltung der Getreidepreise. 1897.
14. Getreidepolitik der Päpste. 1898.
15. Möglichst billiger Kredit, rationelle Verschuldungsbeschränkung und richtige Wertschätzung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. 1899.
16. Bestrebungen auf dem Wege zu einem Weizenverkaufssyndikat der Landwirte. 1900.
17. Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz ein kapitalistisches Problem. 1900.
18. Monatliche Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise. Jahrgang 1900 und 1901.
19. Gegengutachten zu Professor Dr. Conrads Stellung der landwirtschaftlichen Zölle in den 1903 zu schließenden Handelsverträgen. 1901.
20. Wochenschrift „Getreidemarkt“, neue Folge der monatlichen Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise. Jahrgang 1902, 1903, 1904.
21. Die Lehre von der Preisbildung für Getreide. 1904.
22. Das Entwicklungsprogramm der Preisbildung für Getreide. 1906.
23. Landwirtschaftliche Marktzeitung, neue Folge der Wochenschrift „Getreidemarkt“. Jahrgang 1905, 1906, 1907, 1908.
24. Über die Organisation von Verkaufsvereinigungen der deutschen Müller. Denkschrift des Ausschusses zur Vorbereitung von Verkaufsvereinigungen der deutschen Müller. 1907.
25. Kolonialpolitik und Bauernpolitik in den letzten 2 ½ Jahrtausenden. 1907.
26. System der politischen Ökonomie. Band 1 – 3. 1903, 1906, 1908.
27. Orientierungstafel. 1910.

## **b) Abhandlungen in Zeitschriften.**

1. Über die gesellschaftliche Organisation des landwirtschaftlichen Kredits. 1883.
2. Agrarpolitische Vorschläge auf Grund unserer geschichtlichen Rechtsbildung. 1883.
3. Vorschläge zur Regulierung der Grundschulden. 1883.
4. Über den Begriff „landwirtschaftliches Gewerbe“ in der Steuergesetzgebung. 1883.
5. Kritik der heutigen agrarpolitischen Vorschläge. 1883.
6. Aus den bäuerlichen Verhältnissen einer typischen Spessartgemeinde. 1884.
7. Zur Frage der Getreidezölle. 1884.
8. Von dem Einfluß der ökonomischen Kapitalsarten auf den Erfolg des landwirtschaftlichen Betriebes. 1885.
9. Von der Ermittlung der ökonomischen Größe des Betriebserfolges in den landwirtschaftlichen Unternehmen. 1885.
10. Über Faktoren der Preiserhöhung landwirtschaftlicher Produkte. 1885.
11. Volkswirtschaftliche Blüten aus der Schutzzolldebatte. 1885.
12. Über die Beschränkung der unbeschränkten Solidarhaft. 1885.
13. Tatsachen und Aussichten der ostindischen Konkurrenz. 1886.
14. Der Gedanke korporativer Kreditorganisation und seine Kritiker. 1886.
15. Die Agitation zur Verstaatlichung von Grund und Boden in Deutschland. 1886.
16. Einfluß der Reichsgesetzgebung auf die Entwicklung der bayrischen Landwirtschaft. 1887.
17. Das Mitwirkungsrecht der Einzellandtage bei der Instruktion der Bundesratsbevollmächtigten. 1888.
18. Die Verschuldungsstatistik des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Nordamerika. 1890.
19. Wirkung und Bedeutung der Getreidezölle. 1890.
20. Ursachen des Preisrückganges für Zucker, Fleisch, Käse und Wolle. 1890.
21. Geschichte der Schafzucht in Australien. 1890.
22. Vieh- und Fleischausfuhr aus Nordamerika. 1890.
23. Das Interstate Commerce Law in Nordamerika. 1890.
24. Reisebriefe aus Indien und Australien. 1890.
25. Der achtstündige Arbeitstag in England. 1891.
26. Der achtstündige Arbeitstag und die Arbeiterschutzgesetzgebung der australischen Kolonien. 1891.
27. Die Zukunft des Goldes und die Sues'sche Theorie. 1891.
28. Die australisch-nordamerikanische Landesgesetzgebung. 1892.
29. Aus der Praxis eines landwirtschaftlichen Großbetriebs. 1893.
30. Die initiative Ernährung in der Aufzucht des Jungviehes. 1893.
31. Grundlinien des Verfassungs- und Verwaltungsrechtes im angloindischen Kaiserreich. 1893.
32. Die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik. 1894.
33. Das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz. 1894.
34. Die Agrarfrage als soziale Frage. 1894.
35. Lösung der Währungsfrage. 1894.
36. Zur Agrarfrage. Replik zu den Entgegnungen Geffkens. 1895.
37. Die Agrarfrage und das internationale Großkapital. 1895.
38. Zur russischen Getreidekonkurrenz. 1896.
39. Das verpfändete Ungarn. 1896.
40. Das allerneueste Agrarprogramm von Prof. Sering. 1896.
41. Landwirtschaft und Sozialismus in England. 1896.
42. Ein Dokument zur Entstehungsgeschichte der Preußenkasse. 1904.

## A. Das Problem der Getreidepreise speziell.

=====

### Grundsätze einer vernunftgemäßen Getreidepreispolitik

MIT EINER GRAPHISCHEN DARSTELLUNG.<sup>[1]</sup>

(Aus den „Stimmen aus dem agrarischen Lager.“ Heft I. 1896.)

#### I.

Es ist eine tief betrübende Sache bei der vielleicht wichtigsten materiellen Frage, welche die Völker kennen: bei der Frage nach einer vernunftgemäßen Getreidepreispolitik heute noch mit dem Grafen Schwerin-Löwitz konstatieren zu müssen, daß weder die Regierung, noch der Staatsrat, noch irgend einer unserer „berühmten“ Professoren für Nationalökonomie, welche etwas nachträglich den Mut gefunden haben, den Antrag Kanitz zu kritisieren, noch irgend eines der gegnerischen Preßorgane den Antrag des Bundes der Landwirte vom 3. und 4. Dezember 1894 richtig verstanden haben. Die Ablehnung des Bundesantrages in all diesen Instanzen beruht deshalb auf einem Irrtum. Die sämtlichen gegnerischen Einwendungen richten sich gegen eine Position, welche der Bund der Landwirte in seiner Getreidepreispolitik gar nicht inne hat. Und da, wo der Bund der Landwirte seit dem 3. und 4. Dezember 1894 steht, ist kein Angriff erfolgt. Wie wenig berechtigt erscheinen also unsere Gegner von „kurzsichtigem Eigensinn der Agrarier“ zu reden, „die bei dem einmal eingebrachten Antrage beharren, trotzdem dieselben heute wissen müßten, daß er aussichtslos ist.“ Nein! wenn für irgend eine Seite der Vorwurf des „kurzsichtigen Eigensinns“ gemacht werden darf, dann gilt er für unsere Gegner. Denn „kurzsichtig“ ist ihr Sinn, weil sie selbst innerhalb Jahresfrist die Grundsätze der Getreidepreispolitik des Bundes noch nicht richtig erkannt haben. Und „eigensinnig“ ist ihr Sinn, weil sie trotz einer durchaus unrichtigen Erfassung des eigentlichen Tatbestandes bei der einmal ausgesprochenen Verurteilung beharren wollen. Für den Bund der Landwirte besteht auch nicht die leiseste Veranlassung, die gar nicht angegriffene Position aufzugeben, um so mehr, als es ihm in seiner „Erklärung“ vom 6. Dezember 1895 gelungen ist, dieselbe nach allen Seiten systematisch auszubauen und damit aus der Periode der Projekte in die Periode völlig zielbewußten Vorgehens einzutreten. Wohl aber wird es endlich für die Bundesgegner an der Zeit sein, sich darüber klar zu werden, daß es sich in der bevorstehenden parlamentarischen Session aus den denkbar triftigsten Gründen in der Tat um „Wiederaufnahme des Verfahrens über die Bundesbestrebungen zur Gesundung der Getreidepreise“ handelt. Und wenn damit so viel Zeit und Arbeit als „verloren“

---

<sup>1</sup> Siehe die Verlaufskurve der Weizenpreise im Anhang.

betrachtet werden müssen, dann mögen sich die Anti-Agrarier an ihre Brust klopfen und sagen: mea culpa!

Hier soll nun der Versuch gemacht werden, die Grundsätze einer vernunftgemäßen Getreidepreispolitik, wie sie den Beschlüssen des Bundes der Landwirte bereits im Dezember v. J. zugrunde gelegen haben, in gedrängter Kürze zur Darstellung zu bringen.

## II.

Den Gegnern des Bundes ist die heute bestehende Art der Getreidepreisbildung die vollkommenste, die sie sich denken können. Sie wollen daran absolut nichts oder doch fast nichts geändert wissen. Und daß die freihändlerische Gesetzgebung unserer Zeit das bißchen historisch überkommene Beschränkung des Getreidehandels gestrichen hat, wurde von gegnerischer Seite noch immer als die Quintessenz aller getreidepolitischen Weisheit gefeiert. Was bedeutet nun diese rein negative Getreidepreispolitik unserer Gegner für die Bewegung der Getreidepreise?

Nimmt man ein Blatt Papier zur Hand und zeichnet sich die Jahresdurchschnitte für Getreide auf eine längere Periode zurück ein, um dann diese so erlangten Punkte zu einer Linie miteinander zu verbinden – wie es auf der anliegenden graphischen Darstellung für die Weizenpreise in Straßburg zurück bis zum Jahre 1401 geschehen ist –, so erhalten wir eine Bewegungskurve, welche einen ganz bestimmten, verhängnisvollen Charakter an sich trägt. Von Ruhe und Stetigkeit ist gar keine Rede. In fieberhafter Hast springt die Linie der jährlichen Durchschnittspreise immer herauf und herunter. Und in verhältnismäßig kurzen Zwischenräumen sehen wir jene scharfe Zickzackbewegung sich einstellen, von welcher ein jeder Arzt weiß, daß sie als Temperaturkurve der Patienten den Zeitpunkt der „Krisis“ bezeichnet. Ihr folgt sofort entweder die Genesung oder – der Tod. In genau der gleichen Weise deutet jede Zickzackbewegung der Getreidepreise in der anliegenden graphischen Darstellung auf das Vorhandensein einer tiefgehenden sozialen Krisis des organischen Volkskörpers. Wir sehen das unruhige Emporschnellen der Getreidepreise in den Hugenottenkriegen, im dreißigjährigen Kriege, in dem Eroberungskriege Ludwigs XIV., im pfälzischen Erbfolgekrieg, im spanischen Erbfolgekrieg, in der französischen Revolution, in den napoleonischen Kriegen. Wir sehen dann das scharfe sprungweise Herauf- und Herunterstürzen der Getreidepreise in den Revolutionsjahren 1847/48. Wir sehen dann die düsteren Jahre des Krimkrieges 1854 und 55 durch die gleiche Zickzackbewegung der Getreidepreise charakterisiert. Und wieder finden wir scharf bestimmt die freihändlerische Schwindelperiode 1871 bis 73 in den Getreidepreisen zum Ausdruck gebracht. Man muß deshalb sagen: wie in der Temperaturkurve des Menschen sich sein Wohlbefinden am sichersten widerspiegelt, so bezeichnet mit absoluter Zuverlässigkeit die Bewegung der Getreidepreise das Wohlbefinden des Volkskörpers.

Auch mit der Verbrecherstatistik steht diese Getreidepreiskurve in innigstem Zusammenhange. Der damalige Direktor des bayerischen statistischen Bureaus und nachmalige Unterstaatssekretär Dr. von Mayr war es, welcher

zuerst bewiesen hat, daß „mit jedem Kreuzer“ der Verteuerung der Getreidepreise über einen bestimmten mittleren Durchschnitt die Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum und „mit jedem Kreuzer“ einer fortschreitenden Verbilligung der Getreidepreise die Verbrechen und Vergehen gegen die Person zunehmen. Und nach den neuesten Veröffentlichungen desselben Autors in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 8. Dezember 1895 ergibt sich für das Deutsche Reich, daß die schweren Körperverletzungen in dem Jahre 1894 gegen das Jahr 1893 um 6 pCt. zugenommen haben und die Zahl der Angriffe gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und die Religion von 73,107 auf 76,514 gestiegen ist. Würde die Vergantungsstatistik besser ausgebildet sein, wir wären, in der Lage, zu beweisen, wie mit diesem Wechsel der Getreidepreise bald in der Stadt, bald auf dem Lande die Vergantungsfälle mit eherner Notwendigkeit sich direkt proportional den Extremen der Getreidepreisbewegung steigern. So bricht die heute herrschende Getreidepreisbildung verheerend bald in die Reihen der Produzenten, bald in die der Konsumenten ein. Und immer dann, wenn diese Verheerung auf beiden Seiten möglichst rasch und möglichst intensiv in kürzester Zeit aufeinander folgte, und wenn dann das ganze Volk mit Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse bis in die Knochen gesättigt war, dann hatten auch immer die Volksverführer und Revolutionäre leichtes Spiel, um die Flamme des Aufruhrs zum Himmel lodern zu lassen. Und immer war in der Geschichte ein längerer außerordentlicher Tiefstand der Getreidepreise nur die Vorbereitung zu einem plötzlichen stoßweisen Emporschnellen derselben. Sind all diese Verhältnisse und Zustände wirklich so ideal, daß daran – wie unsere Gegner sagen – gar nichts gebessert werden könnte?

### III.

Die Vernunft hat den Menschen gelehrt, sich durch Behausung und Kleidung gegen den Wechsel der Witterung zu schützen. Sie hat uns gelehrt, die Krankheiten zu bekämpfen und die Gesundheit zu erhalten. Sollte das Gebiet der Getreidepreisbildung, dessen Gestaltung mehr als alles andere in die Hand der Menschen gelegt ist, ein solches sein, auf dem nur der Zufall, die Habgier und der Egoismus der Menschen ihre Orgien feiern dürfen? Die Geschichte aller Völker beantwortet diese Frage mit „nein!“ In England hat man bereits im Jahre 1463 ein Einfuhrverbot erlassen für den Fall, daß die Getreidepreise einen bestimmten Tiefstand erreichten. Und schon im Jahre 1660 kam man hier zum Zollsystem mit einer gleitenden Skala. In der Schweiz und zwar speziell im Kanton Graubünden hat man Jahrhunderte hindurch alljährlich auf der Versammlung der Landsgemeinde den tatsächlichen Ernteertrag und den Jahresbedarf gegenseitig abgewogen und daraufhin beschlossen: „Für dieses Jahr ist der billige und gerechte Getreidepreis so und so hoch!“ Und das ganze Volk hat sich wohl dabei befunden. Friedrich der Große hat bekanntlich mit Hilfe seiner systematisch durchgeführten Magazinpolitik es vortrefflich verstanden, die extremen Getreidepreisschwankungen nach oben und unten zugunsten einer mittleren Preisbewegung, bei der Bauer und Bürger bestehen konnten, zu parieren. In Bayern begann man erst nach den harten Notjahren 1816 und 1817 mit

dem Aufkauf und der Lagerung von Getreide bei billigen Preisen und dem Verkauf dieser Vorräte in Teuerungszeiten. Und nach einem amtlichen Ausweis vom Jahre 1887 bestehen heute noch für diese Zwecke 8 Kreismagazine, 90 Distrikts- und 365 Ortsmagazine mit zusammen 4 909 199 Mk. Kapital. Nach der schrecklichen Hungersnot vom Jahre 1877/78 hat das englische Parlament eine besondere „Hungersnotkommission“ nach Indien geschickt, in deren Verfolg in den Jahren 1884 bis 1888 in jeder einzelnen indischen Provinz ein, den besonderen provinziellen Verhältnissen angepaßtes „Hungersnotgesetz“ erlassen wurde, wodurch mit einem ganzen System von Maßregeln den extremen Preisschwankungen für Brotgetreide entgegengetreten wird. Rußland hat es während der Hungersnot von 1891 schwer empfunden, nicht in gleicher Weise gegen ein solches Unheil gerüstet zu sein. Und angesichts all dieser Tatsachen sollte Deutschland und Mitteleuropa in neuester Zeit hinsichtlich der Brotversorgung des Volkes auf einmal im Schlaraffenland irdischer Glückseligkeit angekommen sein?

#### IV.

Ich zögere, nach umfassendsten Spezialstudien, keinen Augenblick, die Behauptung: durch die heutige Freiheit des Getreidehandels sei das deutsche Volk am besten gegen Getreideteuerungspreise gesichert, als „eitel Lug und Trug“ zu bezeichnen. Es ist „eitel Lug“, wenn immer wieder gesagt wird, die Überproduktion sei die Ursache des Niederganges der Getreidepreise. Niemand hat diese Behauptung bis jetzt beweisen können. Wohl aber ist ein jeder, der sich eingehender mit dieser Frage beschäftigt, zu der Überzeugung gekommen: wir haben keine Überproduktion in Weizen und Roggen. So Wood Davis, Pfeffer, Charles W. Smith, Broomhall u. A. Die Jahresernte von 1879 ist bis heute nicht mehr in ihrem Ertrage erreicht worden. In dem Jahrzehnt 1875 bis 1884 haben auf der Erde 7,08 Bushels Roggen und Weizen pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung gestanden, gegen nur 6,84 Bushels in dem Jahrzehnt 1885 bis 1894. Für das laufende Erntejahr wird in allen Börsenberichten der Welt ein Defizit der Weizenernte von 2 bis 2 ½ Millionen Quarters (zu je 290 Liter) angegeben. Dennoch behalten wir unsere niedrigen Getreidepreise! Und es ist „eitel Trug“, zu glauben, die heutige Freiheit des Handels schütze die Völker vor Teuerungs- und Hungersnotpreisen. Schon ein Blick auf die anliegende graphische Tabelle zeigt uns, daß die neueste Zeit, welche vom Jahre 1860 ab datiert werden muß, von der so oft, auch in sog. wissenschaftlichen Arbeiten, gerühmten Preisausgleichung durch die Börse keine Spur besitzt. Die Preisextreme, welche durch den Höhepunkt von 1873 und durch den Tiefstand von 1894 bezeichnet werden, erreichen ziemlich genau die Extreme von 1855 und 59 und stehen hinter jenen von 1848/49 nur wenig zurück. Und wenn man gar zur Beobachtung der monatlichen und täglichen Schwankungen vorschreitet und z. B. für die Berliner Börse findet, daß der Preis für Lokoware von einem Tag auf den andern in dieser neuesten Zeit bei Roggen schon bis zu 53 Mk. 25 Pfg., bei Weizen sogar schon bis 72 Mk. geschwankt hat, dann kann doch wahrlich Niemand von Preisausgleichung reden. Wir haben keine Überproduktion im Getreide. Der heutige Tiefstand der

Getreidepreise ist also nichts anderes als die Vorbereitung zu einer maßlosen Steigerung der Getreidepreise, genau so, wie das zu Ausgang des vorigen Jahrhunderts und in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts der Fall war. Wie intensiv aber dann an der heutigen Börse die Preistreiberei geübt werden wird, dafür geben uns ja schon die Erfahrungen aus dem Kaffee-Corner vom September 1888 in Hamburg einen kleinen Vorgeschmack. Damals sind die Kaffeepreise binnen zwei Wochen um mehr als das Doppelte gestiegen, trotzdem der Corner zusammengebrochen ist. Wäre der Corner geglückt, die Preissteigerung hätte zweifelsohne das Drei-, Vier- und Fünffache der vorhergehenden Preishöhe vielleicht schon in der darauffolgenden Woche erreicht. Denn an der Börse schämt man sich nicht, so viel zu verdienen, als man kann.

## V.

Die Zeit der nationalen Corners auf dem Getreidemarkte ist allerdings vorbei. Der nächste Corner wird ein internationaler sein.<sup>1)</sup> Und zur Durchführung desselben sind bereits die sämtlichen Voraussetzungen gegeben. Das süd-russische und Donaugeschäft wie auch insbesondere das indische Getreidegeschäft ist in den Händen weniger sehr großer Firmen konzentriert. Die sämtlichen nordamerikanischen Getreidelagerhäuser sind bereits in der Hand des internationalen Großkapitals. Als man zunächst die nordamerikanischen Farmer ausbeutete, erwachte die Reaktion, welche eine große Zahl landwirtschaftlicher Genossenschaftslagerhäuser für Getreide entstehen ließ. Von diesen genossenschaftlichen Lagerhäusern sind heute bereits wieder über 85% in die Hand des Großkapitals zurückgefallen. Für den Rest wird die gleiche Entwicklung nicht mehr allzulange auf sich warten lassen. Kommt hierzu noch die Tatsache, daß alle fünf bis sechs Jahre Amerika die Haupternte hat, während Rußland und Indien dann geringere Erträge verzeichnen und daß bei dem heutigen Niedergang der Getreidepreise kein Händler und kein Müller und Bäcker sich mehr Getreide bzw. Mehl lagert, als er unbedingt muß, weil er morgen voraussichtlich schon wieder billiger einkauft als heute, daß also ganz Mitteleuropa mehr oder minder von der Hand zum Mund lebt – England ist im vorigen Jahre mit sechs Wochen Getreidevorrat in den Winter gegangen, Berlin ist wiederholt nur auf 14 Tage mit Getreide versorgt! – dann kann die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Getreidemarkte für eine nahe bevorstehende Zukunft garnicht zweifelhaft sein. Das nordamerikanische Großkapital macht mit dem südrussischen, indischen und Donauhandel einen gemeinsamen internationalen Corner, sobald der zufällige Ausfall der Ernte dem günstig ist. Im Herbst bis zum Frühjahr wird dann in Nordamerika, Indien etc. mit dem Verkauf der Ware durch entsprechende Börsenmanöver zurückgehalten. Man läßt zunächst Nordrußland und die übrigen Teile der Erde verkaufen. Und wenn dann die Mai-Juni-Termine herankommen, und vielleicht abermals ein schlechter Saatenstand berichtet wird, dann macht das Großkapital die nordamerikanischen Lagerhäuser, in denen dann die Hauptmassen der zum Verzehr disponiblen Getreidevorräte

---

<sup>1</sup> Es ist bekanntlich genau so gekommen, wie hier vorausgesagt wurde. Der Leiter-Corner von 1897/98 war ein internationaler Corner. Die Hungersnot in Mitteleuropa blieb nur aus, weil man in Rußland und Persien das Volk verhungern ließ, statt die Ausfuhr zu sperren.

lagern, auf einmal zu. Und das Ende der Getreidepreissteigerung, welches damit eingeleitet würde, läßt sich im Voraus gar nicht absehen. Vor allem würde Mitteleuropa auf diese Nachricht hin so viel als irgend möglich an wirklicher Ware zusammenkaufen. So wie man heute von der Hand zum Mund lebt, so würde man dann nur bei einem möglichst großen Vorrat sich gesichert fühlen. Dazu die ganze Spekulation der Börse mit ihrem Einsperren der Ware. Die Getreidepreise würden also gewiß rasch in Mitteleuropa die doppelte Höhe erreichen. Eine Preissteigerung um 100 % für Europa bedeutet für das Innere von Rußland und Indien eine Preissteigerung von 4- bis 500 %! Damit wird für diese Länder der Erlaß eines Getreideausfuhrverbots zum dringlichsten Gebot der Selbsterhaltung. Die unteren Donauländer sind in einer ziemlich gleichen Lage. Jedes dieser Ausfuhrverbote steigert über die ganze übrige Erde die Angst um die Sicherung der Brotversorgung. Es erscheint also gewiß mehr als wahrscheinlich, daß dann die Weizenpreise z. B. noch weit über die durchschnittlichen Teuerungspreise von 1817 mit 534 Mk. pro Tonne hinausgehen. Und wenn dann der Hunger und die blasse Not durch unsere großen Städte zieht, wenn dann die ruchlose Lehre der Anarchisten leicht die Hände findet, um da und dort Dynamitbomben aufflammen zu lassen, und wenn damit das Leben gerade der hochstehenden Personen zum Mindesten sehr gefährdet ist – wer trägt dann die Verantwortung für all dieses Unheil? Wer anders als alle Gegner der Bestrebungen des Bundes der Landwirte, soweit letztere auf die Durchführung einer vernunftgemäßen Getreidepreispolitik abzielen!

Fürst Bismarck hat deshalb einmal im Reichstage nur zutreffend die Fürsorge der Börse für die Interessen der Konsumenten mit der Grausamkeit jener Köchinnen verglichen, welche die Krebse mit kaltem Wasser beistellen. Wenn dann das Feuer beginnt, das Wasser etwas zu erwärmen, fühlen sich die Krebse auf einmal recht wohl. Genau so steht es um das Wohlbefinden der Konsumenten bei fortschreitendem Niedergange der Getreidepreise. Die Freude dauert nicht lange. Die Siedehitze kommt und würgt die Krebse wie die Konsumenten. Das war immer so in der Geschichte. Das war auch noch neuerdings so mit dem Petroleumring. Es wird genau so sein mit dem internationalen Getreide-Corner.

## VI.

Das also ist der eigentliche Charakter der von Regierung und Staatsrat, von fast sämtlichen Vertretern der Wissenschaft und von der gesamten antiagrarischen Presse so warm in Schutz genommenen heute herrschenden Getreidepreisbildung. In fieberhafter Unruhe stürzen die Getreidepreise bald hinauf, bald hinunter. Bald werden in den Reihen der Produzenten, bald in den Reihen der Konsumenten die weitgehendsten Verheerungen angerichtet. Bald werden die Verbrechen und Vergehen gegen die Person, bald die Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum gesteigert. Jede Zickzackbewegung der Preiskurve bedeutet für die Gesamtheit eine tiefgehende soziale Krisis der bedenklichsten Art mit Kummer und Elend ohn' Ende. Soweit die Geschichte reicht, hat der denkende Mensch diese Extreme einzuschränken versucht. Die moderne Entwicklung der Verkehrsverhältnisse ermöglicht eine ruhige, stetige Getreidepreisentwicklung

mehr denn je. Und die Bestrebungen des Bundes der Landwirte wollen hier nichts anderes als gegenüber der gedankenleeren freihändlerischen Phrase von dem „laissez faire – laissez passer“ diese vernunftgemäße Ausglei- chung der Getreidepreise nach der mittleren Linie, wobei Produzent wie Konsument bestehen können, durch eine zielbewußte Getreidepreispolitik durchgeführt sehen.

## VII.

Und wie erkennt man den vernunftgemäßen Ausgleich der Getreidepreise? Ganz offenbar an der Hand der historischen Entwicklung unserer Getreidepreise selbst. Zu diesem Zweck wolle man die anliegende graphische Darstellung wieder zur Hand nehmen. Die so äußerst unregelmäßigen Schwankungen der Jahresdurchschnitte, wie sie in der gezeichneten Kurve zum Ausdruck kommen, bieten schlechterdings keine übersichtliche Antwort zu der Frage: welche allgemeine Gesetzmäßigkeit liegt der Bewegung unserer Getreidepreise zu Grunde? Es ist deshalb notwendig, nach dem sogenannten „statistischen Gesetz der großen Zahl“ jenen Durchschnitt zu ermitteln, bei welchem die jährlichen Unregelmäßigkeiten verschwinden und der Inhalt des allgemeinen Entwicklungsgesetzes sich enthüllt. Bekanntlich ist das namentlich in der Versicherungspraxis eine allgemein anerkannte Methode. Der zufällig herausgegriffene einzelne Mensch stirbt in einem ganz verschiedenen Alter. Dadurch aber, daß die Lebensversicherungen ihre Berechnungen auf einer so großen Zahl von Erfahrungsfällen aufbauen, daß dabei die individuellen Zufälligkeiten ausgeglichen werden, sind sie in der Lage, für ihr Versicherungsgeschäft mit vollkommen zureichender Sicherheit zu sagen: ein Mann in dem und dem Alter wird wahrscheinlich in so und so viel Jahren absterben, ein Kind in dem und dem Alter hat eine wahrscheinliche Lebensdauer von so und so vielen Jahren. Die gleiche Methode auf die anliegende Kurve angewendet, zeigt, daß bei einunddreißigjährigen Durchschnitten die noch so bedeutenden jährlichen Abweichungen verschwinden und die Getreidepreise auf einmal die gesetzmäßige Tendenz enthüllen: in Zeiten normaler kultureller Entwicklung des Volkes langsam aber stetig nach aufwärts zu steigen.

Man wird von gegnerischer Seite vielleicht einwenden: das sei ein rein zufälliges und künstlich gemachtes Ergebnis. Es war mir deshalb darum zu tun, dieses Gesetz der Preisbewegung für Getreide, welches ich zuerst in der vom Ministerium des Innern in München herausgegebenen Denkschrift: „Die Landwirtschaft in Bayern“ (S. 629 ff.) im Jahre 1890 – also ohne Bezugnahme auf die heutige agrarische Bewegung – entwickelt habe, auch anderwärts bestätigt zu finden. Und da bin ich heute schon in der Lage, mich auf einen recht unbefangenen Zeugen berufen zu können. Das Königlich preußische Kriegsministerium hat nämlich im Jahre 1894 ein zweibändiges hochbedeutsames Werk herausgegeben über: „Getreide und Hülsenfrüchte“. Neben einem höchst sorgfältig zusammengestellten Material finden sich auch graphische Tabellen. Und die Tabelle „N“ beschäftigt sich mit den Weizen- und Roggenpreisen im preußischen Staate während der Kalenderjahre 1816 bis 1893. Die Tafel ist für die Proviantämter zu

informatorischen Zwecken aufgearbeitet. Das Material ist deshalb in einer ganz anderen Weise verwendet, als in der von mir ausgearbeiteten anliegenden Tabelle. Aber das Endresultat ist exakt das gleiche! Auch im preußischen Staate haben die Weizen- und Roggenpreise die Tendenz, in Zeiten normaler kultureller Entwicklung langsam aber stetig nach aufwärts zu steigen. Mit den 80 er Jahren wird natürlich diese Gesetzmäßigkeit durchbrochen. Ich habe inzwischen auch nach Ungarn, der Schweiz und Frankreich Auftrag gegeben, in der gleichen Weise die Gesetzmäßigkeit der Getreidepreisbewegung dort zu untersuchen und siehe da: überall genau das gleiche Resultat.

Dieses Gesetz der Preisbewegung für Getreide läßt sich auch noch in einer anderen Weise fassen. Wenn es nämlich richtig ist, daß in [den] Zeiten normaler, kultureller Entwicklung eines Volkes die Getreidepreise die gesetzmäßige Tendenz haben, langsam aber stetig zu steigen, dann müssen verschieden hoch entwickelte Kulturvölker verschieden hohe Getreidepreise haben und zwar das höher entwickelte Volk höhere, das weniger entwickelte niedrigere Preise. Die Wirklichkeit bestätigt das vollkommen. Im Innern der Kornkammer von Indien z. B. kostet die Tonne Weizen etwa 22 bis 26 Mk., im Innern der Kornkammer von Rußland bis 30 Mk. Aus den offiziellen Berichten über die Notlage der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika läßt sich berechnen, daß die Farmer des Westens sich bei einem Preis von 150 Mk. pro Tonne ganz wohl fühlen würden. Die deutschen Landwirte brauchen zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben im Leben des Volkes einen Weizenpreis, der die Grenze von 200 Mk. pro Tonne wahrscheinlich überschreitet. Also finden wir über die ganze Erde bestätigt, daß die normale Höhe der Getreidepreise den vielleicht sichersten materiellen Maßstab bietet für die Höhe der kulturellen Entwicklung der Völker.

## VIII.

Der logische Grund dieses Erscheinungsgesetzes ist leicht erfindlich. So wie Stadt und Land, so bedeutet auch Industrie und Landwirtschaft etwas prinzipiell Verschiedenes. Und wer nur die Stadt und Industrie kennt, der kennt eben deshalb das Land und die Landwirtschaft nicht! In der Industrie führt die Maschine zu einer ganz riesigen Produktionssteigerung und damit mehr und mehr zu einer Aufsaugung der mittleren und kleineren Betriebe durch die großen und allergrößten Unternehmen. Der technische Fortschritt in der Landwirtschaft bedingt eine fortschreitende Verkleinerung der durchschnittlichen Betriebsfläche. Und die Maschine in der Landwirtschaft bringt dem Unternehmer nur Zeit- und Arbeitersparnis. Dieser Zeit- und Arbeitgewinn ermöglicht wieder einen intensiveren Betrieb und ein menschenwürdigeres Dasein. Ich erinnere hier nur an die Zeit des Dreschflegels und an die der Dreschmaschine. Mit dem intensiveren Betrieb und der intelligenteren Arbeit kommt allerdings auch eine wesentliche Steigerung der Produktion. Aber diese Produktionssteigerung erfolgt im Ganzen nur langsam. Viel intensiver wachsen die Lasten der verschiedensten Art und die allgemeinen Kosten der Lebenshaltung. Deshalb ist das langsame Mitsteigen der Getreidepreise eine ganz unerläßliche Bedingung. Aber

wenn auch dabei der Arbeitserfolg der tätigen Landwirtschaft fortschreitend steigt, so wird ja damit gerade erreicht, was wir im Interesse des ganzen Volkes gar nicht genug erreichen können. Denn darüber kann im Ernste niemand im Zweifel sein: das Fundament des Wohlstandes und des Arbeitslohnes in Stadt und Industrie ist und bleibt die heimische Landwirtschaft. Auch unsere heute Mode gewordenen kurzsichtigen Sozialpolitiker werden auf die Dauer nicht verkennen können, daß ihre ganze Sozialreform eine Seifenblase ist, so lange mit dem Notstand der Landwirtschaft die massenhafte Zuwanderung vom Lande nach der Stadt und nach den industriellen Zentren fort dauert. Bezieht umgekehrt die Landwirtschaft erst wieder ein steigendes Einkommen, dann hört diese Wanderung sofort auf. Und erst ohne die Belastung mit der Reservearmee kann sich der Lohn der industriellen Arbeiter erholen. Nun haben wir heute in Deutschland rund 52 Millionen Einwohner. Nehmen wir an, daß durch diese Wechselbeziehungen einer blühenden Landwirtschaft zur allgemeinen Steigerung der durchschnittlichen Lohnhöhe die Lebenshaltung pro Kopf und Tag nur um 1 Mk. sich verbessern würde, so bedeutet das für unsere nationale Produktion einen Zuwachs des nationalen Absatzgebietes von 18 980 Millionen oder rund 19 Milliarden Mark pro Jahr! Und dieses so unendlich fruchtbare nationale Absatzgebiet lassen wir heute nicht nur brach liegen, wir verwüsten es sogar noch durch „Handelsverträge“ um – im denkbar günstigsten Falle für unsere Exportindustrie eine Absatzsteigerung von 1 oder 200 Millionen zu erreichen, bei der schließlich gerade so viel verdient wird, daß die Maschinen im Gange bleiben!

## IX.

Aus diesem ganzen Zusammenhange folgt aber auch, wie ungerechtfertigt es von seiten der Freihändler war, den Führern der Schutzzollpolitik egoistische Sonderinteressen vorzuwerfen. Wenn es wirklich Sonderinteressen waren, so waren es doch auch gleichzeitig Gesamtinteressen im eminentesten Sinne des Wortes. Mit einem dauernden Niedergang der Getreidepreise wird der nationalen Kultur ihre materielle Unterlage entzogen. Mit einem Niedergang der Landwirtschaft sinkt das allgemeine Niveau der Lebenshaltung. Und wird dieser Rückgang dauernd, dann ist die Vernichtung der deutschen Nation nur noch eine Frage der Zeit. Langsam stetig steigende Getreidepreise und fortschreitende, aufwärtsstrebende Kultur sind identische Begriffe. Die Agrarier sind heute die Träger der kulturellen Entwicklung. Und indem die deutschen Landwirte gegen den fortwährenden Rückgang der Getreidepreise ankämpfen, verwahren sie sich zugleich gegen jene impertinente Zumutung, unter dem pharisäischen Hinweis auf die Tugend der Sparsamkeit sich – und damit die ganze tätige Arbeit der deutschen Nation – vom internationalen Großkapital auf die Lebenshaltung der Kosaken herabdrücken zu lassen.

Und noch eine bedeutsame Schlußfolgerung darf hier gezogen werden. Wenn es wahr ist, daß für die ganze Erde und für die Geschichte aller Völker das Gesetz gilt, daß parallel zur kulturellen Entwicklung die Getreidepreise langsam aber stetig steigen, dann liegt schon in der bloßen Tatsache des andau-

ernden Rückganges der Getreidepreise seit Anfang der 80 er Jahre die Begründung einer Wiederkehr von Teuerungspreisen. Und zwar werden diese Teuerungspreise notwendigerweise um so höher sein müssen, je größer und umfangreicher der Tiefstand der Getreidepreise inzwischen gewesen ist. Das ergibt sich nach den einfachsten Grundsätzen des arithmetischen Durchschnitts. Also klingt auch aus dieser Seite der Erwägungen die drohende Warnung, den außerordentlichen Tiefstand der Getreidepreise gerade auch im Interesse der Konsumenten nicht allzulange mehr andauern zu lassen!

### X.

Der Bund der Landwirte kämpft gegen den andauernden Niedergang der Getreidepreise, weil damit die deutsche Landwirtschaft und schließlich auch die deutsche Nation zugrunde gehen muß. Der Bund der Landwirte ist aber auch Gegner von Teuerungspreisen: einmal weil die Agrarier – im schroffen Gegensatz zu den Herren von der Börse und vom internationalen Großkapital – sich scheuen würden, mehr zu verdienen, als was gerecht und billig ist, während andere in Not sind, und dann, weil die Agrarier wissen, daß – wie immer in der Geschichte – dem Übel eines außerordentlichen Hochstandes der Getreidepreise das Übel eines außerordentlichen Tiefstandes auf dem Fuße nachfolgt. Der Bund der Landwirte will zwischen diesen Extremen nach unten und nach oben die Preisausgleichung nach der Mitte. Und deshalb enthielt sein Gesetzentwurf vom 3. und 4. Dezember v. J. die ausdrückliche Bestimmung, daß das Reich einen Reservefonds ansammeln soll, um auch für Zeiten mit hohen Weltmarktpreisen den deutschen Konsumenten Durchschnittspreise zu sichern. Und deshalb wurde für eben diese Zeit ein Ausfuhrverbot für Getreide und Mühlenfabrikate gefordert. Der Bund der Landwirte trat mit diesen Forderungen den Konsumenten gegenüber in ein Schutz- und Trutzverhältnis gegenüber dem gemeinsamen Feinde: vaterlandsloses, wucherisches Kapital. Er verlangte von den Konsumenten den Verzicht auf extrem niedrige Preisschwankungen und verzichtete dafür seinerseits auf die extrem hohen Preisschwankungen für Getreide. Aber die Einigung sollte nach den Beschlüssen des Bundes nicht auf der mittleren Linie, sondern zunächst auf der Basis der Durchschnittspreise der letzten 40 Jahre erfolgen. Das ist nicht unwesentlich zu Ungunsten der Landwirte und zu Gunsten der Konsumenten.

Wenn nun Professoren für Nationalökonomie wie G. Schmoller z. B. darüber große „wissenschaftliche“ Abhandlungen schreiben und herausrechnen, daß es sich um eine Brotverteuerung für das deutsche Volk von 500 Millionen handelt, so beweist das nur, daß der Herr Professor das Thema, welches er hier wissenschaftlich behandelt, absolut nicht versteht. Auf der gleichen Stufe der sachlichen Einsicht bewegen sich alle jene, welche solche wissenschaftliche Forschungen in frommem Glauben nachbeten. Die Konsumenten aber, welche auf den Vorschlag des Bundes zu einer vernunftgemäßen Regulierung der Getreidepreise nicht eingehen, machen den Eindruck, als ob sie es lieber mit der grausamen Köchin „Börse“ hielten, die ihnen die kurze Freude gönnt, in dem langsam sich erwärmenden Wasser vor der Siedehitze sich noch etwas wohler zu fühlen. Auch das

ist noch verständlich bei der üblichen, kurzsichtigen Lebensweise der Menschen. Aber fast nicht mehr zu begreifen ist es, wie ernste denkende Männer, die es redlich meinen mit dem Vaterlande, die Bestrebungen des Bundes der Landwirte in punkto Getreidepreispolitik im Hinblick auf die ursprüngliche Formulierung des Antrags Kanitz vom 7. April 1894 kurzer Hand abweisen zu können glauben. Die Beschlüsse des Bundes der Landwirte bedeuten etwas ganz anderes! In denselben ist weder von „Produktionskosten“, noch von „Mindestpreisen“, noch von „dauernder Festlegung der Preise“ die Rede. Es handelt sich hier in der Tat um eine ganz neue und eigenartige Auffassung des uralten Problems der Getreidepreispolitik.

Die extremen Schwankungen nach oben und unten sollen beseitigt werden durch einen Ausgleich der Preise nach der Mitte. In dem Maße, als sich die Getreidepreise der mittleren Durchschnittslinie nähern und dieselbe nur möglichst wenig auf- und abschwanken, in gleichem Maße sind die Getreidepreise vernunftgemäß, gesund und gerecht und billig. In dem Maße, als sich die Getreidepreise von der mittleren Linie entfernen, sind sie unvernünftig, ungesund, wucherisch-ausbeutend. Diese letzteren Bezeichnungen sind für die heutigen extrem niedrigen Getreidepreise ebenso zutreffend, wie für extreme Teuerungspreise. Denn was den Konsumenten „recht“ ist, ist den Produzenten „billig“.

Und die Beschlüsse des Bundes rechnen sehr wohl mit der weltwirtschaftlichen Natur des getreidepreispolitischen Problems. Die jüngste „Erklärung“ bezeichnet ausdrücklich eine entsprechend durchgreifende internationale Börsen- und Währungsreform mit einer entsprechenden internationalen Transporttarif- und Steuerreform für Zucker, Spiritus etc. als unerläßliche Vorbedingungen zu einer vollständigen Gesundung unserer Getreidepreise. Das Ziel bleibt deshalb unzweifelhaft darauf gerichtet, daß auf dem Weltmarkt in London und Liverpool solche Getreidepreise notiert werden, bei welchen auch ohne besonderen nationalen Schutz die deutsche Landwirtschaft in ihren Verhältnissen fortschreiten kann. Aber bei der Langsamkeit, mit der solche internationale Ideen bekanntlich sich Bahn brechen und verwirklichen, wäre es doch Wahnsinn, Angesichts der allgemein anerkannten Notlage unserer Landwirtschaft zur Verhütung nie wieder gut zu machender Nachteile die nationalen Schutzmaßnahmen nicht sofort und nicht so weit als in der Tat dringend nötig anzuwenden. Und das ist der Punkt, auf welchem die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr im Sinne des Bundesbeschlusses vom 3. und 4. Dezember 1894 nach wie vor die wichtigste Aufgabe der aktuellen Politik des Tages bleibt und zum integrierenden Bestandteil einer vernunftgemäßen Getreidepreispolitik wird, die sich von den Grundsätzen des Kapitalismus wie des Sozialismus gleich weit entfernt hält.

## **Programm für die internationale Getreidepreiswarte**

**an der Universität Freiburg/Schweiz**

begründet im Juni 1900 von Professor Dr. G. Ruhland.

(Aus den „Monatlichen Mitteilungen zur Regulierung der Getreidepreise“.

No. 1. Vom 26. Juni 1900.)

Es wird doch wohl heute ziemlich allgemein und international anerkannt, daß das Getreide zu billig geworden ist. Die Zahl derer, welche noch niedrigere Getreidepreise erwarten, ist klein und setzt sich zusammen aus den sogenannten konstitutionellen Baissiers und jenen einseitigen Theoretikern, deren Wirtschaftsprogramm heute – unter ganz anderen Verhältnissen als in den 40er Jahren – immer noch lautet: „Möglichst billiges Brot!“ Selbst die Industriearbeiter Englands schätzen die heutigen niedrigen Getreidepreise nicht mehr als eine Wohltat ein. Sonst würde Robert Blatchford's „Merrie England“ nicht binnen 2 ½ Jahren in 875 000 Exemplaren verbreitet worden sein.

Die heutigen Getreidepreise für zu niedrig halten, heißt noch nicht für zu hohe Getreidepreise eintreten. Die hier gegebene Alternative lautet keineswegs: entweder möglichst billiges – oder möglichst teures Brot. Eine mehr eindringende Untersuchung muß vielmehr Charles W. Smith vollkommen beipflichten, wenn er in seiner neuesten Veröffentlichung sagt: „Ohne die zu niedrigen Getreidepreise in den 94, 95, 96 und 97er Jahren wäre der Leiter-Corner undenkbar gewesen. Und ohne diesen Leiter-Corner wäre Rußland und Indien in den beiden letzten Jahren von der Hungersnot verschont geblieben.“ Zu teures Brot war noch immer die natürliche Reaktion auf vorausgegangene Jahre mit zu billigem Getreide. Wer also heute die niedrigen Getreidepreise beseitigen will, der muß hierzu solche Mittel wählen, die auch zu teure Brotpreise ausschließen. An Stelle der extremen Preisschwankungen nach oben und unten müssen mehr stetige mittlere Getreidepreise treten. Der Maßstab aber, an dem wir diese mehr gerechten mittleren Getreidepreise messen, findet sich in den Produktionskosten.

Nun gibt es freilich heute immer noch genug Leute, die nach Adam Smith auch den Ertrag aus dem Getreidebau in Grundrente, Kapitalzins und Arbeitslohn aufteilen und Maßnahmen zu Gunsten einer Besserung der Getreidepreise nach der Höhe der Produktionskosten mit der Begründung ablehnen, man könne dem Grundeigentümer nicht das Recht auf Rente gewähren, ohne damit logischer Weise alle prinzipiellen Forderungen des Sozialismus anzuerkennen! – Wer hingegen seine wirtschaftspolitischen Kenntnisse weniger aus Büchern und mehr aus dem Leben geschöpft hat, weiß, daß die Getreideproduzenten in ganz überwiegender Masse nichts anderes als Arbeiter sind, die ihre Produktionsmittel zu Eigentum besitzen und für welche deshalb das Getreide Arbeitsprodukt und Arbeitslohn zugleich ist. Die Höhe der Getreidepreise bestimmen, heißt deshalb für die Getreidebauern die Höhe ihres Arbeitslohnes bestimmen. Die Getreidepreise unter die Produktionskosten herab drücken, heißt den Getreidebauern einen ganz bestimmten Teil ihres Arbeitsertrages vorenthalten. Und

das Recht der Getreidebauern auf Getreidepreise, die ihre Produktionskosten decken, ist nichts anderes als das uralte und von den Theoretikern des Sozialismus seit 1 ½ Jahrhunderten immer falsch verstandenes Recht des Arbeiters auf seinen vollen Arbeitsertrag. Es muß deshalb auf jeden unbefangenen Beobachter zum mindesten einen seltsamen Eindruck machen, wenn die modernen Kulturmenschen mit einer gewiß achtungswerten Freudigkeit in ihren sozialen Bemühungen zu Gunsten der Lohnarbeiter sich gegenseitig zu überbieten bemüht sind und gleichzeitig von dem auch sozial viel bedeutungsvolleren Rechte der Bauern auf Getreidepreise, welche ihren vollen Arbeitsertrag decken, kaum etwas zu ahnen scheinen.

Indeß – können die Produktionskosten für Getreide überall ermittelt werden? und besteht nicht die Gefahr, daß durch Getreidepreise, welche die Produktionskosten der mitteleuropäischen Landwirte decken, in den billiger produzierenden Exportländern eine Überproduktion hervorgerufen wird, die einen weiteren Rückgang der Preise unvermeidlich bewirken muß?

Die Produktionskostenberechnung für einfache Wirtschaften hat keine Schwierigkeiten. In komplizierten landwirtschaftlichen Betrieben ist die Ermittlung von Erzeugungskosten zwar nicht ohne ein gewisses Maß von willkürlichen Entscheidungen möglich. Immerhin aber läßt sich die Frage nach den Produktionskosten überall ziffermäßig beantworten. Schwanken dabei die Angaben, so entspricht das der Erwartung, daß auch die Getreidepreise immer gewissen natürlichen Schwankungen unterworfen sein werden. Und der Verschiedenheit der Produktionskosten in den verschiedenen Ländern wie in den verschiedenen Teilen des gleichen Landes entspricht ganz genau das durch die natürliche Strömung des Getreideverkehrs und seiner Kosten ausgeglichene Preisniveau, was leicht zu beweisen ist.

Heute haben wir zu billige Getreidepreise. Aber nicht der Verkehr, sondern der Mangel an einer vernunftgemäßen Regulierung der Preise ist in der Hauptsache dafür verantwortlich zu machen. Der Ausgleich des Verkehrs bewirkt, daß die Getreidepreise heute international zu billig sind, um dann gelegentlich wieder international zu teuer zu sein. Würden die Getreidepreise nach Maßgabe der Produktionskosten reguliert werden, so würde damit das durch den internationalen Verkehr geschaffene Preisniveau in keiner Weise gestört. Hierzu ein Beispiel:

Die Farmervereinigungen im Nordwesten Nordamerikas verlangen seit Jahren zur gerechten Entlohnung ihrer Arbeit einen Weizenpreis von 1 Dollar pro Bushel. Rechnet man hierzu für den Export die Kosten und Spesen aller Art bis Berlin, so erhält man – ohne jeden Zoll – einen Preis von 205 Mark pro Tonne Weizen. Und das ist genau der Kanitzpreis für Berlin, der nach den Produktionskostenberechnungen der deutschen Agrarier ermittelt wurde. Und diese genaue Übereinstimmung wurde erzielt, ohne irgend welche Verständigung beider Parteien. Neuerdings haben die Farmervereinigungen Nordamerikas unter J. C. Hanley vorgeschlagen, mit dem Weizenverkauf wenigstens so lange zurück zu halten, bis der Weizenpreis in Liverpool 1 Dollar pro Bushel erreichte. Und ziem-

lich gleichzeitig äußerten einige hervorragende Landwirte aus der Provinz Brandenburg, daß man schon einigermaßen zufrieden wäre, wenn die Berliner Weizenpreise wenigstens etwa 170 bis 175 Mark pro Tonne wären. Und siehe da – auch diese beiden ganz unabhängig von einander gestellten Forderungen aus dem Gesichtswinkel der Produktionskosten erweisen sich als eine Verkehrsparität. Die vernunftgemäße Anpassung der Getreidepreise an ihre Erzeugungskosten in den verschiedenen Ländern würde also jenem internationalen Preisniveau vollkommen entsprechen, das durch die natürliche Getreidebewegung und deren Kosten bedingt wird. Und weit entfernt davon, zur Überproduktion anzuregen, würde eine solche Regulierung höchst wahrscheinlich das Warenangebot verschiedener Getreideexportländer vermindern. Nikolai-On hat für Rußland und George Watt für Indien nachgewiesen – und zwar abermals unabhängig von einander – daß nach jedem Jahre mit besseren Getreidepreisen der Getreideexport aus diesen Ländern merklich zurückgeht. Die Zahlungsverpflichtungen lasten dann weniger hart auf den Schultern des russischen Bauern und des indischen Rayot und deshalb ziehen beide in diesen Fällen es vor, etwas weniger Getreide zu verkaufen, um sich satt zu essen. Nicht schon solch mittlere Preise, welche die Produktionskosten decken, sondern außerordentlich hohe Preise regen zur Überproduktion an. Unter dem Einfluß des Leiter-Corner ist allein in Nordamerika die Weizenbaufläche um 900 englische Quadratmeilen ausgedehnt worden und die Weltweizenernte nach Broomhall von 283 Millionen im Jahre 1897 auf 360 Millionen Quarters im Jahre 1898 gestiegen! Von welcher Seite man deshalb auch die Forderung einer Regulierung der Getreidepreise nach Maßgabe ihrer Produktionskosten prinzipiell untersuchen mag, immer bieten sich die besten Argumente für eine gute Ordnung der Dinge und eine gedeihliche Entwicklung im Interesse der Gesamtheit.

Aber – wie würde eine solche Regulierung möglich sein?

Wir sind heute gewohnt, bei den Mitteln zur Besserung der Getreidepreise in erster Linie an die nationale Gesetzgebung und zwar namentlich an die Schutzzollgesetze zu denken. Und zweifelsohne lassen sich durch Zölle am raschesten allgemeine Preisveränderungen herbeiführen. Immer entsprechen jedoch dieselben nicht der Absicht der Gesetzgeber. Nach der 2. Zollerhöhung im Jahre 1887 waren in Deutschland die Getreidepreise niedriger als viele Jahre zuvor. Frankreich hatte trotz seines Zolles von 70 Frcs. pro Tonne Weizen in den letzten zwölf Monaten wiederholt keine höheren Getreidepreise als die Schweiz bei Freihandel. Schutzzölle bieten also nur die Möglichkeit höherer Getreidepreise. Daß diese Möglichkeit zur Sicherheit werde, bedarf unter gewissen Umständen weiterer ergänzender Maßnahmen, mit deren Beurteilung sich in letzter Zeit die französischen Landwirte besonders eingehend beschäftigt haben. Weil in Zeiten mit außerordentlich hohen Getreidepreisen die Zölle öfter suspendiert werden, hat Portugal sich für die direkte Regulierung der Getreideeinfuhr durch den Staat entschieden. Und weil Importzölle natürlich nur für Importländer in Betracht kommen, hat man neuerdings vorgeschlagen, zwischen Rußland, Nordamerika und Rumänien einen Exportzollbund zu gründen, der die

Getreideausfuhr immer erst dann zulassen würde, wenn die Getreidepreise eine bestimmte Höhe erreicht haben.

Alle diese Gesetze, Forderungen und Vorschläge sind mit den politischen Verhältnissen der einzelnen Nationen mehr oder minder eng verwachsen. Es kann deshalb niemals unsere Aufgabe sein, für oder gegen dieselben Stellung zu nehmen. Vielmehr beabsichtigen wir, für eine ganz bestimmte Art der Regulierung der Getreidepreise einzutreten, die den täglichen Vorgängen auf dem Getreidemarkte entlehnt ist und mit keiner der heute üblichen Maßnahmen im Widerspruch steht. Ganz kurz, wäre von dieser besonderen Art einer Regulierung der Getreidepreise etwa folgendes zu sagen:

Blankotermingeschäfte, Rückgang des Silberpreises, Verteuerung des Geldes, Veränderung der Tarifsätze, Erschließung neuer Kulturländer usw. haben gewiß immer einen ganz bestimmten Einfluß auf die Bewegung der Getreidepreise. Aber auf dem Grunde all dieser Vorgänge ruht doch der Einfluß jener Getreidemengen, die sich in der Hand des Handels befinden und technisch als „sichtbare Vorräte“ bezeichnet werden. Diese sichtbaren Vorräte sind im Vergleich zur Welternte überraschend klein. Sie schwanken beim Weizen z. B. zwischen  $2\frac{1}{2}$  und 7 % der Welternte plus Vorrat der Landwirte aus der alten Ernte. Und ihre Zunahme oder Abnahme um nur  $\frac{1}{2}$  % der Welternte verändert die allgemeine Preislage vollständig. Inzwischen sind die Landwirte Besitzer von 95, 96 und 97 % der Welternte. Sollte es deshalb nicht erreichbar sein, mit diesem weit größeren Vorrat in Händen den Zufluß in das kleine Reservoir der sichtbaren Vorräte des Handels so zu regulieren, daß die Getreidepreise den Produktionskosten entsprechen?

Diese Regulierung wäre natürlich in erster Linie Sache der Landwirte. Aber auch die Interessen des Getreidehandels und der Mühlen würden damit nur gefördert werden. Denn Händler und Müller würden es unzweifelhaft als eine Wohltat empfinden, bei Preisbesserungen nicht mehr durch größere Warenströmungen überrascht zu werden. Die Landwirte dürften also wohl in diesem Falle auf die freudige Mitwirkung aller weiter blickenden Händler und Müller rechnen, wodurch das Gelingen eines solchen Planes wesentlich gesichert wird.

Zu diesem Zwecke bedürfen wir einer Organisation der Landwirte für den Getreideverkauf und einer Mitwirkung der Landwirte bei der Getreidepreisbildung. Beides ist nicht nur berechtigt, sondern sogar höchst notwendig. Das Jahrhundert, dem wir entgegengehen, wird das Jahrhundert der großen Organisationen sein. Und niemand kann den Landwirten ihr unverlierbares Recht bestreiten, bei Normierung der Preise für ihre Arbeitsprodukte ein entscheidendes Wort mitzureden. Diese Organisation der Landwirte muß in allen wichtigeren Getreideproduktionsländern der Erde durchgeführt werden, um damit den Einfluß auf den Weltmarkt zu erobern. Deshalb und weil wir materielle Unterstützungen aus Deutschland, der Schweiz, Frankreich und Nordamerika bereits erhalten haben, führen wir den Titel „Internationales Bureau“. Und weil vor der Ausführung in der Praxis all diese Ideen umfassend geklärt und die einschlä-

gigen Bewegungen in den verschiedenen Ländern fortlaufend verfolgt sein wollen, beginnen wir mit der Herausgabe dieser internationalen Monatsschrift.

Wie ihre Informationen vor allem aus der Praxis des Weltmarktes und der Verkaufsorganisationen der Produzenten und des Handels geschöpft sind, so ist auch das Ziel unserer Zeitschrift rein praktisch auf eine bessere Regulierung der Getreidepreise gerichtet. Nur die Form der Darstellung und die Verarbeitung des erlangten Materials soll eine wissenschaftliche sein. Jede Nummer wird vor allem eine kritische Übersicht der Lage des Weltmarktes für Getreide enthalten und dabei zunächst das Informationsbedürfnis der Landwirte berücksichtigen. Als Marktmeinung für die Landwirte werden diese Ausführungen aber auch auf Seiten des Handels und der Müllerei reges Interesse verdienen. Denn – wie der Getreidegroßhändler F. Hammesfahr einmal sehr zutreffend gesagt hat – wissen, wie die Getreidepreise sich bewegen werden, heißt wissen, zu welchem Preise die Landwirte ihr Getreide verkaufen werden! Weiter sollen in dieser Zeitschrift alle ungehörigen Manipulationen der Spekulation rücksichtslose Kritik erfahren. Auch dem internationalen Geldmarkt wird periodisch eine kritische Abhandlung gewidmet. Denn die für die Bewegung der Getreidepreise so bedenkliche Erschließung neuer Konkurrenzländer hängt wesentlich mit einer mangelhaften Regulierung des Geldmarktes der älteren Kulturländer zu Gunsten der nationalen produktiven Arbeit zusammen. Ferner werden wir der Organisation der Landwirte für den Verkauf ihrer Produkte ganz besondere Aufmerksamkeit schenken und zu diesem Zwecke international nicht nur die genossenschaftliche, sondern auch die Syndikatspraxis unausgesetzt verfolgen. Auf Grund dieser Materialien sollen für die verschiedenen Länder Organisationspläne ausgearbeitet und zur umfassenden Kritik veröffentlicht werden. Ebenso soll diese Zeitschrift Raum geben für einen regen internationalen Meinungs-austausch Aller, die an der Lösung des Problems einer besseren Regulierung der Getreidepreise mitzuwirken sich berufen fühlen. Und endlich will diese Zeitschrift über die gesamte einschlägige Gesetzgebung und Litteratur international fortlaufend informieren, während das Zentralbureau selbst immer bereit ist, Informationen über alle einschlägigen Fragen zu geben bzw. zu vermitteln.

Das ist unser Programm.

## Die internationalen Kapitalverschiebungen als eine Ursache der periodischen landwirtschaftlichen Krisen.

(Bankarchiv, VIII. Jhrg. 1908/9, No. 2, Seite 24 und 25.)

### I.

Die landwirtschaftliche Krisis umschließt eine ganze Reihe von Problemen. Jede eingehende Analyse muß hier mindestens fünf verschiedene Fragen unterscheiden, nämlich:

1. das landwirtschaftliche Kreditproblem, dessen Wesen darin liegt, daß der einzelne Landwirt infolge des herrschenden Freihandels im Grundstücksverkehr, wie im Geld- und Kreditverkehr bei seiner Wirtschaftsgründung geradezu gezwungen wird, seinen Besitz viel zu teuer und mit zu viel Kreditverbrauch zu erwerben. Kommen dann ungünstige Jahre, so bewirkt der Mangel an Reserven eine Notlage;
2. das Problem des landwirtschaftlichen Arbeitermangels, das wieder mit der allgemeinen Abwanderung der Bevölkerung vom Lande nach der Stadt in unmittelbarem Zusammenhang steht;
3. das Problem der Verkaufsorganisation und der Preisbestimmung der landwirtschaftlichen Produkte, das darin gelegen ist, daß heute der Landwirt den Preis seiner Produkte nicht selbst bestimmt nach Maßgabe der mittleren gesellschaftlichen Produktionskosten, sondern daß dieser Preis durch dritte Personen nach Grundsätzen normiert wird, welche mit den Produktionskosten herzlich wenig zu tun haben;
4. das Problem der Transportkostenbewegung für die landwirtschaftlichen Produkte, das mit der allmählichen Eingliederung der alten Lokalmärkte in den Weltmarkt in engster Verbindung steht, und endlich
5. das Problem der Erschließung neuer landwirtschaftlicher Konkurrenzländer. Hierzu gehören auf neuem Kulturland besonders Nordamerika und Argentinien und auf dem alten Kulturland Rußland, die unteren Donauländer, Indien und demnächst Kleinasien mit Mesopotamien.

Im Rahmen dieser Untersuchung will ich hier den Beweis zu erbringen versuchen: daß die periodischen, landwirtschaftlichen Krisen, welche im wesentlichen als Preiskrisis der landwirtschaftlichen Produkte anerkannt sind und politisch behandelt werden, sich ursächlich zurückführen auf große internationale Kapitalverschiebungen.

### II.

Die einschlägige Spezialliteratur hat von Anfang an den schädigenden Einfluß der neuen landwirtschaftlichen Konkurrenzländer in der Überproduktion gesucht und gefunden. Unsere Getreidezölle sollten vor allem einen Damm bilden gegen die „Überflutung mit ausländischem Getreide“. Wenn diese Diagnose eine unrichtige ist, dann muß auch die politische Beurteilung der Getreide-

zölle anders lauten und jede richtige Agrarpolitik wird bestrebt sein müssen, hier der eigentlich wirkenden Ursache zu begegnen. Das alles wird abhängig von der Antwort auf die Fragen: gibt es eine Überproduktion in Getreide? Und wenn nicht, welche andere Ursache liegt der Erschließung neuer landwirtschaftlicher Konkurrenzländer zugrunde?

Auf meiner mehrjährigen Studienreise durch die Getreideproduktionsländer der Erde konnte ich die Überproduktion in Getreide nirgends finden. Seltsamerweise glaubten die Landleute und Fachleute immer, auf der gerade entgegengesetzten Seite der Erde diese Überproduktion vermuten zu sollen. Inzwischen sind die Fachblätter des internationalen Getreidehandels darüber einig, daß es keine Überproduktion in Getreide gibt. Der internationale Agrarkongreß in Budapest 1896 hat sich in diesem Sinne entschieden. In der Zeitschrift „Getreidemarkt“ konnte ich seit Jahren des öfteren aus der Tagespreisbildung nachweisen: Wenn die sichtbaren Vorräte für Weizen um 1 pCt. abnehmen, steigen die Weizenpreise um 10 pCt., wenn diese Vorräte um 1 pCt. zunehmen, sinken die Weizenpreise um 10 pCt. In den Jahren 1897/98 wie 1907/08 wurde international ein Mangel an Getreide konstatiert. Wenn es aber keine Überproduktion in Getreide gibt, können damit die internationalen landwirtschaftlichen Konkurrenzerscheinungen auch nicht erklärt werden.

Was sonst aber ist die Ursache der internationalen landwirtschaftlichen Konkurrenzerscheinungen? Professor Schmoller antwortet darauf: „Die Verschiebung der Verkehrswege“. Soviel ist jedenfalls unbestreitbar: auf den weiten Ebenen im Westen von Nordamerika, an den Ufern des La Plata, in Indien wie in Rußland würde kein Getreide gebaut werden, das den Weg nach den mitteleuropäischen Märkten fände, wenn diese weiten Länderstrecken nicht durch Eisenbahnen erschlossen worden wären. Der Bau dieser Eisenbahnen ist mithin eine ganz wesentliche Voraussetzung für diese landwirtschaftlichen Konkurrenzerscheinungen. Aber diesen gewaltigen Bahnbauten geht wieder etwas anderes voraus und das ist die Aufnahme der Anleihen mit all jenen Folgeerscheinungen, welche ich mit dem Ausdruck „internationale Kapitalverschiebungen“ zusammenfasse. Die Folgeentwicklung von da ab ist in den verschiedenen Ländern eine so verschiedene, daß es notwendig bleibt, diese Dinge gesondert zu betrachten.

### III.

In Gebieten mit jungfräulichem Boden werden diese Bahnen direkt in die Wildnis hineingebaut. Damit verknüpft sich dann eine ganz eigenartige Bevölkerungsbewegung. Die Einwanderung aus Europa, welche hier eine große Rolle spielt, steigt in den Gründerperioden am höchsten. Auch die Seifenblase übermäßiger Kreditgewährungen erreicht hier die ungeheuerlichsten Dimensionen. Der allgemeine Zusammenbruch wird bald ganz unausbleiblich. Von diesem Augenblicke an ändert sich prinzipiell die Bevölkerungsströmung. Die Einwanderung aus Europa hört auf. An ihre Stelle tritt eine beträchtliche Rückwanderung. Ein weit größerer Prozentsatz der vorausgegangenen Zuwande-

rung, welcher in den Städten Unterkunft und Beschäftigung gefunden hatte, wird jetzt brot- und beschäftigungslos.

Eine Armenfürsorge in unserem deutschen Sinne gibt es in diesen Ländern nicht. Hier heißt es nüchtern: „Hilf Dir selbst!“ Und die einzige Möglichkeit, nach dem Krach sich zu helfen, liegt in der Ansiedlung auf Neuland. Die in die Wildnis hinausgebauten Bahnen sind bemüht, diese Bevölkerungsströmung nach Neuland tunlichst zu fördern, aus naheliegender, eigenem Interesse. So mindert sich nach dem Zusammenbruch der Spekulation die Zahl der Nicht-Landwirte, die der Landwirte mit der Anbaufläche nimmt gleichzeitig rasch zu. Wenige Jahre später haben sich diese neuen Ackerbauern an ihren Beruf gewöhnt. Und wenn jetzt ein Jahr mit günstiger Witterung folgt, dann kommt aus diesem speziellen Gebiete eine lokale Überproduktionswelle in Getreide, die höchstens etwa 1 pCt. der Weltweizenernte erreicht, die aber unter Mitwirkung ganz bestimmter Begleiterscheinungen die mitteleuropäischen Getreidepreise in geradezu ruinöser Weise zu beherrschen versteht. Von diesen Begleiterscheinungen sind hier speziell zu nennen:

1. Die nordamerikanischen Eisenbahnen, welche ihr Aktienkapital mit ungeheuren Summen in Obligationen belastet haben, pflegen in solchen Zeiten Konkurs zu machen. Nach Poors Manuel von 1856 bis zur Gegenwart sind die nordamerikanischen Eisenbahnen etwa mit über 42 Milliarden Mark in Konkurs geraten, und daran war das europäische Kapital mindestens zur Hälfte beteiligt. Damit parallel gehen außerordentlich billige Eisenbahntarifsätze, welche insbesondere den Export in landwirtschaftlichen Produkten begünstigen.
2. An die Stelle der nordamerikanischen Eisenbahnkonkurse trat in Argentinien bei Überschuldung des Staates, der Provinzen, Städte und Banken die Entwertung der Valuta bis zu dem Maße, daß im Jahre 1894 für 100 Goldpesos 358 Papierpesos bezahlt werden mußten. Diese Valutaentwertung wirkte wie eine Exportprämie.
3. Für diese Getreidemengen kommen Produktionskosten nicht in Betracht, weil sie im wesentlichen mit eigenen Arbeitskräften auf billigem Lande erzeugt wurden.
4. Die Preisbildung für Getreide spielt sich auf einem internationalen Markte ab, dessen objektive Lage von nur wenigen Interessenten überschaut wird, während die Masse der Interessenten von den ungeheuerlichsten Entstellungen, die ihren Weg in die Presse aller Länder finden, sich beeinflussen läßt. Diese Situation wurde in meisterhafter Weise von den berufsmäßigen Baissespekulanten an den großen Getreideterminbörsen der Erde ausgenutzt.

Wieder anders war der Verlauf dieser Erscheinungen in Gebieten mit altem Kulturboden, wie in Rußland und Ostindien. Hier wurden die neuen Eisenbahnen in Landstrecken hineingebaut, die bei starkem Wechsel der Jahresernten von alters her darauf eingerichtet waren, ihre Bevölkerung mit Brot zu versorgen. Deshalb hatte man hier die Getreideüberschüsse aus einer Reihe von Jahren in Erdsilos eingelagert. Nach dem Bau dieser Bahnen schien es berechtigt,

diese alten Notreserven in Getreide auf den Markt zu werfen. Deshalb zeigt die Exportentwicklung dieser Länder eine unverkennbare Parallele zu dem Bau von neuen Eisenbahnen. Auch für diese hier flüssig gewordenen Notreserven gab es keine Produktionskostenberechnung. Die neuen Bahnen haben sehr vielfach die Zinsgarantien des Staates genossen. Obendrein hat die Entwertung der Landesvaluten als Exportprämie gewirkt.

So sind die Weizenpreise in Berlin von 219 ½ Mark im Jahresdurchschnitt für 1891 auf 120 Mark im Oktober 1894 gesunken und haben damit den Getreidebau in Mitteleuropa in eine schwere Notlage gebracht.

#### IV.

Unsere Kreditbanken haben sich bisher als private Geschäftsunternehmungen gefühlt und darnach gehandelt. Geheimrat Riesser hat m. W. zuerst darauf hingewiesen und zwar in seinem Buche über die Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken, daß die Banken nicht nur ein Geschäft, sondern auch ein „Amt“ hätten. Dies mit der Einschränkung, daß sie in erster Linie ein Geschäft und in zweiter Linie ein Amt hätten. Ich persönlich bin geneigt, das Amt in diesem Falle an erste Stelle zu setzen. Jedenfalls geht unverkennbar der Entwicklungsgang der Zeit dahin, von unseren Kreditbanken heute schon mindestens zu verlangen, daß sie ihre geschäftlichen Dispositionen in Einklang zu bringen haben mit jenen amtlichen Pflichten, die sie dem volkswirtschaftlichen Ganzen gegenüber zu erfüllen haben. Der Inhalt dieser Pflichten aber erschöpft sich keineswegs mit der Sicherheit und Liquidität der anvertrauten Gelder. Es muß nach meiner Überzeugung die Prüfung der Wirkungen der gewährten Kredite noch hinzutreten und volkswirtschaftlich ungünstig wirkende Kredite müssen, gegenüber der bisherigen Gepflogenheit, wesentlich eingeschränkt werden. Kein geringerer als Thomas Carlyle hat den Satz geprägt: „Es ist ein hoher, feierlicher, fast schauerlicher Gedanke für jeden einzelnen Menschen, daß sein irdischer Einfluß, der einen Anfang gehabt hat, niemals und wäre er der Allgeringste unter uns, durch alle Jahrtausende hindurch ein Ende nehmen wird. Was von ihm geschehen ist, ist geschehen, hat sich schon mit dem grenzenlosen, ewig lebenden, ewig tätigen Universum verschmolzen und wirkt hier zum Guten oder zum Schlimmen, öffentlich oder heimlich durch alle Zeiten hindurch“. Sollten das große Bankgeschäft und namentlich seine internationalen Kapitalverschiebungen allein mit dem Gewinn- und Verlustkonto der Jahresberichte ihren Abschluß finden? Schon die nicht seltenen Hinweise auf die günstigen Wirkungen der Tätigkeit unserer Banken streiten gegen diese Annahme.

Ich war im vorstehenden bemüht, aus den Resultaten langjähriger Studien auf recht ungünstige Wirkungen der mitteleuropäischen Kreditgewährungen hinzuweisen. Ich kann mir nicht denken, daß die Nichtachtung solcher Wirkungen auf die Dauer im Interesse unserer großen Kreditbanken liegt.

## Die Überproduktionstheorie im Lichte der Vorratsstatistik.

(Getreidemarkt No. 5. 1901.)

Der internationale Agrarkongreß vom Jahre 1896 hat sich bekanntlich eingehender mit den Ursachen des Rückganges der Getreidepreise beschäftigt und dabei insbesondere der Kritik der sogenannten Überproduktionstheorie viel Zeit und Arbeit gewidmet. In ihrer überwiegenden Mehrheit standen damals die Sachverständigen auf dem Boden der Überzeugung, daß die Überproduktion in Getreide nicht als die Ursache des Rückganges der Getreidepreise bezeichnet werden könne. Doch nicht Alle vermochten es, dieser Auffassung zuzustimmen. Und heute noch kann man in wissenschaftlichen Werken lesen, daß diese Auffassung insbesondere deshalb immer noch angezweifelt werden müsse, weil der statistische Beweis gegen die Überproduktion, so wie er mit dem Material der Welternte- und Konsumstatistik erbracht worden sei, auf zu schwachen Füßen stehe. Wie sehr selbst in Ländern mit gut ausgebildeter Statistik die Angaben über die Größe des Konsums in Weizen auseinandergehen, ist bekannt. Und wenn im allgemeinen behauptet wird, daß selbst die Ziffern der offiziellen Ertragsstatistik leicht um 20% zu hoch oder zu niedrig sein können, so läßt sich diese Behauptung in der Tat beweisen, wie wir dies an einer anderen Stelle dieser Zeitschrift für die nordamerikanische Erntestatistik versucht haben. Dieser Auffassung gegenüber bleibt indessen noch ein statistischer Beweis übrig, der wesentlich zuverlässiger ist, als er mit der Konsum- und Erntestatistik geführt werden kann, und das ist der Beweis mit Hilfe der Vorratsstatistik.

Das internationale Erntejahr für den internationalen Getreidehandel zählt bekanntlich vom 1. Juli des einen bis zum 30. Juni des nächsten Jahres. Vom 30. Juni bis 1. Juli eines jeden Jahres erfolgt also der Übergang vom alten in das neue Jahr für den internationalen Getreidehandel. Die Vorräte, welche für diesen Termin, nämlich für den 1. Juli, international erhoben werden, setzen sich bekannterweise zusammen aus: den Vorräten der Vereinigten Staaten Nordamerikas mit Kanada, den auf Europa und die übrigen Importländer schwimmenden Mengen und den bekannt gewordenen Vorräten der europäischen Länder. Gewiß hat auch diese Vorratsstatistik ihre Mängel. Diese Mängel dürften aber nachweisbar kleiner sein, als die der Konsums- und Erntestatistik, selbst dann, wenn beide mit dem offiziellen Stempel versehen sind. Die Vorratsermittlung am 1. Juli eines jeden Jahres kann auch deshalb die Vermutung größerer Zuverlässigkeit in Anspruch nehmen, weil es sich um diese Zeit fast durchweg um die Ermittlung der kleineren Vorräte des Jahres handelt. Und endlich machen die auf Europa schwimmenden Vorräte, die wir doch ziemlich genau kennen, am 1. Juli laufenden Jahres z. B. rund 30% dieser gesamten Vorräte aus.

Wie groß sind nun diese Vorräte und in welchem ungefähren Verhältnisse zur Welternte stehen dieselben? Auf diese Frage soll die nachstehende Zusammenstellung der letzten acht Jahre Antwort geben.

<b>Jahr</b>	Größe der Welt-Ernte nach Cinc. Price Current <b>Bushels</b>	Größe der sichtbaren Vorräte der Welt (Weizen und Mehl) nach Broomhall <b>Bushels</b>	Diese Vorräte sind im <b>Prozent</b> der Welternte
1900	2 550 000 000	149 839 000	5,87
1899	2 652 800 000	140 299 000	5,29
1898	2 863 600 000	86 773 000	3,03
1897	2 262 800 000	88 738 000	3,92
1896	2 422 600 000	137 454 000	5,67
1895	2 504 400 000	160 303 000	6,40
1894	2 562 000 000	172 665 000	6,74
1893	2 655 300 000	183 717 000	6,92

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Vorräte in der Hand des Handels zur Zeit des Überganges aus dem alten in das neue Erntejahr zwischen 3,03 und 6,92% schwanken und im Mittel ziemlich genau 5 ½ % der Welternte betragen.

Oder fragen wir an, ob ein Produktionszweig, welcher international mit einem sichtbaren Vorrat von 5 ½ % seiner Jahresproduktion arbeitet, als ein solcher bezeichnet werden kann, der unter dem Drucke einer Überproduktion steht? Aus der Größe dieser Vorratsziffern ergibt sich doch bei ruhigem Bedenken viel eher die gerade entgegengesetzte Frage: Ist es mit den Prinzipien einer gesicherten Brotversorgung der Völker vereinbar, daß der internationale Getreidehandel mit so außerordentlich geringen Vorräten aus der alten Ernte in die neue übergeht? der Konsum also in dem Maße, wie es hier ziffermäßig zum Ausdruck kommt, international von der Hand zum Mund lebt?

Wenn wir annehmen würden, daß einem riesigen Privatunternehmen die Aufgabe übertragen wäre, die Welt mit Weizenbrot zu versorgen, und eben dieses Unternehmen würde gelegentlich seine Reserven auf 5 ½ % herabsinken lassen, so würde ein solches Verhalten doch ganz gewiß als der Ausdruck eines geradezu sträflichen Leichtsinns charakterisiert werden müssen. Wie kommt die Welt dazu, die gleich geringen Vorräte bei der heutigen Organisation des Getreideverkehrs sorglos und ohne Bedenken hinzunehmen? Ein Durchschnitt von 5 ½ % bedeutet auf Tage des Jahres berechnet, eine Reserve für 20 Tage. Was kann nun im Laufe der geschichtlichen Ereignisse nicht alles passieren, um eine solche Reserve aufzuzehren und dann ganz unerwartete Zustände mit noch überraschenderen Konsequenzen herbeizuführen?

In dem kurzen Zeitraum der acht Jahre, die in der obigen Tabelle zusammengestellt sind, findet sich dicht nebeneinander, nämlich in den Jahren 1897 und 98 ein Unterschied im Ertrage der Weltweizenernte von rund 600 Millionen Bushels. Die höchste Ziffer der sichtbaren Vorräte der Welt aber betrug im Jahre 1893 nur 183 Millionen Bushels. Wie leicht kann also durch eine Schwankung im Ernteertrag, die sich vollständig innerhalb des Raumes der Erfahrungen der letzten Jahre hält, die gesamte Reserve aus dem alten Erntejahr um mehr als das

Doppelte und Dreifache verschlungen werden? Gewiß sind die Welternteangaben, absolut genommen, mehr oder minder unrichtig. Aber in ihrer Vergleichsfähigkeit unter einander und mithin nach der Richtung des Unterschiedes der Erträge der verschiedenen Jahre dürfen sie nach dem Urteil eines jeden Sachverständigen volle Beachtung beanspruchen. Und deshalb erscheint die Sprache, welche diese Ziffern zu uns reden, doch wohl ernst genug, um darüber nachzudenken.

Man berufe sich dabei nicht etwa auf die Größe der unsichtbaren Vorräte in der Hand der Landwirte. Was die Landwirte am 1. Juli noch an Getreide besitzen, das ist in einzelnen Jahren, wie z. B. im Juli 1898 nach dem vorausgegangenem Leiter-Corner klein genug, um nur wenig an diesem Bilde zu verschieben. Die alten Vorräte in der Hand der Landwirte zur Zeit der neuen Ernte sind aber auch vielfach für den allgemeinen Konsum garnicht erlangbar. Für alle Exportländer kommt dabei in Betracht, daß, wenn sie auf Grund momentan günstiger Preise mehr verkaufen, als nach dem Bedarf ihrer eigenen Wirtschaft ratsam erscheint, sie hinterher mit Leiden bestraft werden, die durch die vorher bezogenen baren Einnahmen nicht im entferntesten aufgewogen werden. Die furchtbaren Hungersnöte in Rußland und Indien unmittelbar nach dem Leiter-Corner sind in dieser Richtung sehr ernste Belege. Und weil z. B. der amerikanische Farmer sehr gut weiß, daß ein Zukauf von Futtermitteln ihm teurer zu stehen kommt, als der Verkauf seines Weizens ihm einbringen würde, deshalb zieht er es jetzt wieder in vielen Gegenden vor, lieber von seinem eigenen Weizen zu verfüttern und auf den Zukauf von anderen Futterstoffen zu verzichten. Die Hoffnung, im Falle der Not auf die unsichtbaren Vorräte der Landwirte zurückgreifen zu können, wird also nach einer Seite sich immer trügerisch erweisen müssen: entweder nach der Seite der Konsumenten oder nach der Seite der Landwirte.

Uns scheinen solch nüchterne, ziffernmäßige Betrachtungen namentlich heute sehr am Platze zu sein, wo eine verständnislose Masse, von gewissenlosen Agitatoren verhetzt, in den Straßen und Volksversammlungen den Ruf nach möglichst billigem Brot laut werden läßt, um auf solche Weise wichtige wirtschaftspolitische Entschließungen des Reichs zu beeinflussen.

Wer die Geschichte der Literatur über die Getreidepreise kennt, der weiß, wie die französischen Nationalökonomien schon des 17. und 18. Jahrhunderts in ihren Ausführungen über die Getreidepreispolitik das Sprichwort anwendeten: „Cherté fait abondance“ – „Teuerung macht Überfluß“. Es heißt diese aus reichster Lebenserfahrung geschöpfte Lebensweisheit nur umdrehen, wenn wir sagen: „Zu billige Getreidepreise erzeugen Teuerung“.

Selbst die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte mahnen uns an dieses alte Sprichwort der Getreidepolitik deutlich genug. Den zu billigen Getreidepreisen von 1885, 86 und 87 sind die teuren Preise vom Jahre 1891 gefolgt. Auf zu billige Preise von den Jahren 1893, 94, 95 kam das Leiter-Corner-Jahr 1897/98.

Man kann als Agitator in der Verhetzung der Volksmassen recht gute Erfolge erzielen, ohne von diesem tieferen Zusammenhang der periodischen

Getreidepreisschwankungen etwas zu verstehen. Wenn aber die Masse der Lohnarbeiter heute insbesondere mit aller Rücksichtslosigkeit den Ruf nach möglichst billigen Getreidepreisen erheben zu müssen glaubt, so läge es allem Anscheine nach weit mehr in ihrem Interesse, sich mit den drohenden Gefahren einer furchtbaren Teuerung bekannt zu machen, auf die wir bei all den herrschenden Kurzsichtigkeiten unabwendbar lossteuern, und die überall dort naturgemäß am schwersten gerade auf die Arbeitermassen zurückfallen muß, wo die Nationen den Grundsatz vergessen haben: „Sichere Dir vor allem Deine Brotversorgung im eigenen Lande durch genügend hohe Getreidepreise!“

## Die Überproduktionstheorie und die Getreidepreise Anno 1894 und heute.

(Getreidemarkt, IV. Jahrg. 1904. No. 37, Seite 332 und 333.)

Als im Oktober 1894 die Weizenpreise in Berlin im Monatsdurchschnitt auf 125 M. per 1000 kg herabgesunken waren, wurde bekanntlich als Erklärung für diese Erscheinung in Presse, Parlament und Literatur die „Überproduktionstheorie“ vertreten. Die Zunahme des Weizenbaues sollte damals im Auslande namentlich eine so gewaltige Steigerung der Weizenproduktion erzielt haben, daß die ganze Welt „mit Weizen förmlich überschwemmt“ werden könnte. Versucht man es, diese allgemeinen und bis in die Mitte der neunziger Jahre herrschenden Redensarten auf bestimmte Ziffern zu reduzieren, so lassen sich folgende Angaben gewinnen:

Die internationale Weizenernte des Jahres 1890/91 wird auf 62,1 Millionen Tonnen angegeben. Nach einem anerkannten Erfahrungssatz der englischen Spezialstatistik darf angenommen werden, daß der Weizenkonsum per Jahr und für die ganze Erde um etwa 1 % der Durchschnittsernte zunimmt. Das Jahr 1890/91 war ein solches mit guten Weizenpreisen. Es darf deshalb angenommen werden, daß damals die Jahresproduktion nicht wesentlich über den Jahreskonsum hinausgegangen ist. Rechnet man nun von hier ab für jedes Jahr eine Zunahme des Weizenkonsums um 1 %, so erhalten wir für das Erntejahr 1893/94 einen internationalen Weizenverbrauch von – 63[,]981 Millionen Tonnen und für das Erntejahr 1894/95 einen solchen von 64[,]621 Millionen Tonnen.

In Wirklichkeit soll nach der Spezialstatistik die Weizenernte in diesen beiden Jahren 66 bzw. 69 Millionen Tonnen groß gewesen sein. Die daraus sich ergebende Ziffer der Überproduktion in Weizen für diese beiden Jahre erreicht somit rund 2 Millionen bzw. 4 ½ Millionen Tonnen Weizen. Wird von hier ab für jedes Jahr die Konsumzunahme mit 1 % angesetzt und weiter gerechnet, so ergibt sich für das Erntejahr 1901/02 ein Weizenkonsumbedarf von 69,28 Millionen Tonnen, während in eben diesem Jahre die Weizenernte 73,23 Millionen Tonnen groß gewesen sein soll. Die Weizenernte überragt mithin die rechnerisch gefundene Ziffer des Getreidekonsums um rund 4 Millionen Tonnen. Da aber bekanntermaßen in eben diesem Jahre die Vorräte in altem Weizen bei Beginn des neuen Erntejahres ganz außerordentlich aufgebraucht waren und mithin die Jahresernte zweifelsohne hinter dem Jahresbedarf zurückblieb, dürfte anzunehmen sein, daß die Zunahme des Konsums pro Jahr wahrscheinlich etwas größer ist als 1 %. Die oben berechneten Überproduktionsziffern für die Jahre 1893/94 und 1894/95 mit 2 bzw. 4 ½ Millionen Tonnen wären also event. entsprechend zu mindern. Nehmen wir von diesem Jahre 1901/02 ab an, daß die Zunahme von 1 % per Jahr für den Konsum auf der Basis der Ernteziffer von 1901/02 also auf der Basis von 72,23 Millionen statt nur auf 69,28 Millionen Tonnen weiter berechnet werden sollte, so erhalten wir für die beiden letzten Jahre 1902/03 und 1903/04 einen internationalen Weizenbedarf von 73 962 Millionen Tonnen und 74 702 Millionen Tonnen; die Weizenernte des letzten Jahres

allein aber erreichte aller Wahrscheinlichkeit nach die Höhe von 87 336 Millionen Tonnen und war mithin rund 12 663 Millionen Tonnen größer als der wahrscheinliche Bedarf, während für das vorausgegangene Jahr die Weizenernte auf 79 395 Millionen Tonnen angegeben wird und mithin im vorletzten Jahre schon eine Überproduktion von 5,4 Millionen Tonnen anzusetzen wäre. Für die beiden letzten Jahre ergibt sich daraus eine Gesamtüberproduktion von rund 18 Millionen Tonnen gegenüber einer Gesamtüberproduktion von nur 6 ½ Millionen Tonnen in den beiden Jahren 1893/94 und 1894/95. Trotzdem sind die Preise im Februar in Berlin für Mai auf 186 M. gestiegen, während sie im Oktober 1894 sogar auf 120 M. herabgesunken waren. Man braucht diese Ziffern nur miteinander zu vergleichen, um sofort zu erkennen, daß die Überproduktionstheorie, welche in den Jahren 1893 bis 1897 mit soviel Energie vertreten worden ist, heute wenigstens in der Praxis der Preisbildung längst zum alten Eisen gehört. Anders gestaltet sich das ziffernmässige Bild, wenn wir nicht nach der Jahresernte, sondern nach den sichtbaren Vorräten für Weizen fragen. Dann war am 1. Februar 1893 der sichtbare Weizenvorrat der Welt 6 370 000 Tonnen; 1. Februar 1894: 6 340 000 Tonnen; 1. Februar 1895 : 6 070 000 Tonnen; 1. Februar 1904: 4 500 000 Tonnen.

Gehen wir bei der Beurteilung der Preislage von jener Anschauung aus, die wir in No. 27 S. 239 des 2. Jahrgangs unserer Zeitschrift und später wiederholt eingehender begründet haben, nämlich, daß die Zunahme der Vorräte in der Hand des Handels um 1 % der Welternte einen Rückgang der Preise um 10 % bewirkt und umgekehrt eine Abnahme der Vorräte in der Hand des Handels um 1 % eine Preissteigerung von 10 % herbeiführt, so dürften die hier gegebenen Kalkulationen von neuem in der Lage sein, die hervorragende Bedeutung der Getreidevorratsziffern in ein helles Licht zu rücken. Es dürfte aber auch weiter daraus hervorgehen, in welchem Maße rückständig unsere mitteleuropäische Getreidestatistik ist, welche immer noch ausschliesslich und einseitig sich auf die Erhebungen der Getreideproduktion beschränkt und jede Ermittlung der Vorräte in der Hand des Handels wie in der Hand der Landwirte dauernd ausser Acht gelassen hat. Die heutige Marktlage zeigt nur zu deutlich, daß auf eine solche Weise die wichtigsten Ziffern zur Beurteilung der Marktlage uns heute fehlen.

## Der Weissbrotkorb der Welt.

(„Getreidemarkt“ Nr. 24. 1902.)

Die Weizenernte der Welt beträgt jährlich im Durchschnitt etwa 2500 Millionen Bushels, um sich in den letzten Jahren immer mehr den 3000 Millionen Bushels zu nähern. Die Weltweizenernte des laufenden Erntejahres schätzt man auf 2700 Millionen Bushels, gleich 73 483 000 Tonnen à 1000 k.

Jedes Land, das einen Überschuß über den eigenen Bedarf in Weizen produziert, wie Nordamerika, Rußland, Argentinien, Indien usw., schickt in der Hauptsache diese Mehrproduktion nach Westeuropa. Im Durchschnitt beträgt indes das im internationalen Getreidehandel zum Austausch gelangende Weizenquantum nur etwa 13 % der Jahresproduktion, während 87 % der Ernte in den Erzeugungsländern selbst verzehrt werden.

Die Weltweizenernte beginnt mit dem Kalenderjahr in der südlichen Hemisphäre, auf welche jedoch nur 5 bis 7 % der Welt-Weizen-Produktion entfallen. Vom Süden schreitet die Erntezeit mit der aufeinanderfolgenden Reihe der Monate nach Norden. In den Monaten Juni, Juli und August wird die größte Masse von Weizen geerntet, sodaß für den Weltmarkt in den letzten 90 Tagen des Kalenderjahres nahezu drei Vierteile der gesamten Welternte disponibel werden. Daraus erklärt es sich, daß im Herbst die Weizenpreise häufig am niedrigsten stehen.

Für Fütterung, industrielle Zwecke und Saat von der letzten Weltweizenernte 35 % in Abzug gebracht, verbleiben 47 764 000 Tonnen Weizen für den Konsum der Menschen. Daraus würde sich ein Verbrauch von 1 308 600 dz pro Tag und für die Erde berechnen. Um eine solche Weizenmenge, wie sie täglich von den Menschen verzehrt wird, fortzubewegen, wären 13 086 Eisenbahnwaggons à 10 Tonnen oder 43 Dampfer à 3000 Tonnen oder 65 430 Lastwagen zu je 20 dz erforderlich. Wollte man diese Zahl der Lastwagen und also den täglichen Konsum der Menschen an Weizen auf einen Marktplatz zusammenfahren, so wäre dazu eine Ausdehnung von etwa 50 ha erforderlich. Das gleiche Quantum Weizen in Eisenbahnwaggons verladen und zu einem Lastzuge zusammengestellt, würde eine Bahnlänge von Berlin bis etwa nach Brandenburg besetzen. Würde aber dieses täglich von der Bevölkerung der Erde verzehrte Weizenquantum zu Weißbrötchen verbacken werden, so wäre zu deren Aufnahme ein Brotkorb erforderlich, dessen oberer Durchmesser etwa eine Länge von 110 Meter und dessen Tiefe 55 Meter erreichen müßte.

## **Bestrebungen auf dem Wege zu einem Weizenverkaufs-Syndikat der Landwirte.**

(Referat erstattet im Gesamtausschuß des Bundes der Landwirte am  
11. Februar 1900.)

Wenn ich von einem Weizenverkaufs-Syndikat der Landwirte rede, so verstehe ich darunter Bestrebungen, deren Endziel es ist, daß eines Tages nicht mehr „Ritter und Blumenfeld“ und „Kohn und Rosenberg“, sondern die Landwirte sagen: „Das gilt der Weizen!“

Im Prinzip ist das eine durchaus berechtigte Forderung. Jeder Schuster und Schneider, jeder Schmied und Stellmacher, jeder Schreiner und Tapezierer findet es als selbstverständlich, daß er die Preise seiner Arbeitsprodukte bestimmt. Alle modernen großkapitalistischen Kartelle, wie der Petroleumring, der Kohlenring, der Eisenring, das Kalisyndikat, der Thomasmehlring bis herab zum internationalen Ring der Uhrspiralefabriken, sie alle denken garnicht daran, die Preise ihrer Produkte durch Börsen und Märkte bestimmen zu lassen, sondern sie setzen diese Preise ganz aus eigener Machtvollkommenheit an und zwar nach der Höhe ihrer Produktionskosten plus teilweise recht fettem Gewinn, den man z. B. auf Grund einer Gerichtsverhandlung aus den letzten Wochen für das internationale Antipyrinsyndikat auf 80 pCt. der Produktionskosten berechnen konnte. Indeß ist es ja auch den deutschen Landwirten gelungen, in der Zentrale für Spiritusverwertung die Preisbildung für Spiritus selbst in die Hand zu nehmen. Die Viehverwertungsgenossenschaft erstrebt das gleiche Ziel für den Fettviehverkauf. Das Syndikat der Rübenzuckerfabriken ist in Österreich-Ungarn zustande gekommen, in Deutschland in Vorbereitung. Und in dem internationalen Bureau für internationale Rübenzuckerstatistik in Paris ist selbst schon der Anfang für ein Rübenzuckersyndikat gegeben. Wenn aber in all diesen Fällen Markt und Börse verschwunden sind oder verschwinden oder niemals bestanden haben, warum sollten die Getreideproduzenten allein ihr natürliches Recht, nach billigem Ermessen zu sagen: das und das ist der Preis unserer Arbeitsprodukte! dem längst nicht mehr geglaubten Dogma von der Freiheit und Unfehlbarkeit des Marktes zu Liebe nicht ausüben dürfen, um diese wichtigste Pflicht ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit den „Kohn und Rosenberg“ und den „Ritter und Blumenfeld“ auch ferner zu überlassen? –

Eine Reihe von Äußerungen und Bestrebungen sagen uns, daß die Landwirte nicht beabsichtigen, das Preisbestimmungsrecht der Börse dauernd zu überlassen. Hierher zählen die höchst verdienstvollen Schriften des Herrn von Graß-Klanin zu Gunsten einer Association des landwirtschaftlichen Angebotes. Hierher gehören die bekannten Vorschläge des rheinischen und westfälischen Bauernbundes, den Getreidehandel der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu überweisen. Hierher gehören die Bestrebungen der Errichtung und weiteren Ausdehnung unserer genossenschaftlichen Lagerhäuser. Hierher gehört insbesondere auch die Geschichte einer gewaltigen Bewegung unter den nordamerikanischen Farmern, die bis zum Jahre 1869 zurückreicht und die trotz

aller Wichtigkeit gerade für die Getreidesyndikatsbewegung viel zu wenig bekannt ist. Sie wollen mir deshalb gestatten, darüber etwas eingehender zu berichten. –

Die schnöde Art, in der die nordamerikanischen Eisenbahn-Gesellschaften schon in den 60er Jahren den Farmern gegenüber ihr Monopol des Gütertransportes ausbeuteten: wie sie ihnen entweder sehr hohe Frachten aufrechneten oder sich anboten, ihren Weizen zu Schundpreisen abzukaufen, hat Mr. Kelley in Minnesota veranlaßt, im Jahre 1869 die Vereinigung der „Patrons of Husbandry“ zu gründen. Es war das eine Vereinigung von Farmern in den Formen der Freimaurerlogen mit geheim gehaltenen Erkennungsformeln und Hohenpriestern der 7. Rangstufe an der Spitze. Die Vereinigung in ihrer Abstufung nannte man „Grange“. Da gab es Lokal-Granges, State-Granges und National-Grange. Danach wurde diese Bewegung vom Volksmunde kurzweg „Grangerbewegung“ genannt. Die erforderlichen Mittel bezog die Loge der Landwirte aus den Eintrittsgeldern von 12 Mark für Männer und 4 Mark für Frauen und aus den Jahresbeiträgen von 5 Mark pro Person, wovon 20 Pfg. in die Schatzkammer der Nationalgrange, 60 Pfg. in die der Staatsgrange wanderten, während 4 Mark 20 Pfg. der Lokalgrange verblieben. Kaum war die Gründung der ersten Grange in Minnesota gelungen, so hatte sie auch bereits ihre eigenen Mahlmühlen und Schiffe mit Agenten in St. Paul und New York. Mit dem Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte sollte auch der Einkauf der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel „vom Häufelpflug bis zur Spieldose im Wohnzimmer“, wie man sich in Nordamerika auszudrücken pflegte, einheitlich organisiert werden. Am stärksten kam diese Bewegung in den Staaten Iowa, Missouri, Indiana, Illinois, Kansas, Georgia, Mississippi und Minnesota zum Durchbruch. In Illinois zählte man am 1. Januar 1874 nahezu 900 Lokal-Granges mit über 45 000 Mitgliedern. In Iowa gehörten im Jahre 1874  $\frac{2}{3}$  aller Elevatoren der Grange und es wird berichtet, daß die Gesamtloge in dieser Zeit 5 Dampfschiffe, 32 Elevatoren und 32 Lagerhäuser zu Eigentum besessen habe und 22 000 subordinierte Granges mit über 800 000 Mitgliedern repräsentierte. Aber diese nordamerikanische Farmervereinigung begnügte sich nicht damit, rein wirtschaftliche Aufgaben zu lösen. Sie war vielmehr – wie man in Deutschland heute sagen würde – demagogisch genug, auch nach politischer Macht zu streben, um dann ganz bestimmte Gesetze gegen ihre großkapitalistischen Ausbeuter zustande zu bringen. Und in diesem politischen Kampfe blieben die Agrarier nicht allein, sondern sie fanden die rückhaltslose Unterstützung der in Gewerkschaften organisierten intelligenteren Arbeitermassen. Beide zusammen hatten bald in fast all den vorgenannten acht Staaten die absolute Majorität in den Parlamenten. Und von da ab beginnt jene urwüchsige gesetzgeberische Tätigkeit, die am 4. Februar 1887 mit dem berühmten „Inter-State-Commerce Law“ gekrönt wurde. Die wirtschaftlich organisatorische Seite dieser Bewegung – die uns heute mehr interessiert – erreichte im Jahre 1875 ihren Höhepunkt in dem großartigen Plane der „Anglo American Cooperative Company“. Man beabsichtigte nämlich, die landwirtschaftlichen Produkte der nordamerikanischen Farmer gegen die Industrieprodukte der genossenschaftlich organisierten Arbeiter Englands direkt auszutauschen. Die agrarische Bewegung

Nordamerikas hat damit zum ersten Male das Gebiet der internationalen Beziehungen praktisch betreten. Eine Deputation der Nationalgrange besuchte England, die Vertreter der englischen Arbeiter erwiderten den Besuch auf amerikanischem Boden. Es kam selbst zu ganz bestimmten einschlägigen Abmachungen, die zu den weitgehendsten Hoffnungen Anlaß boten. Da fing aus ganz bestimmten und recht interessanten Gründen diese nordamerikanische Farmerbewegung an rückwärts zu gehen.

Die zu rasch vereinigten Elemente waren für ein sicheres Ineinandergreifen zu wenig geschult. Es fehlte sehr an der vollen Hingabe aller an den größeren Zweck der Gemeinschaft. Aus den unerfüllten Hoffnungen eines egoistischen Strebertums erwachsen recht bedenkliche Quertreibereien. Die Abstufung bis zu den hohen Priestern des 7. Grades schien vielen nicht demokratisch genug. Und die Nationalgrange hielt man für zu reich und zu mächtig. Hierüber dauerte der Skandal innerhalb der Vereinigung weiter, bis im Jahre 1875 die Nationalgrange 55 000 Dollar verteilte – etwa 10 Mark für jede Lokalgrange! Mit dieser Kapitulation der Zentrale vor einer Bewegung, welche auf ihre Schwäche abzielte, war die ganze Organisation unheilbar erschüttert. Es trat große Unordnung ein. Die Kommissionsfirma der Granger in Chicago z. B., welche für die Farmer in Illinois den Getreideverkauf zu besorgen hatte, machte einen recht bösen Bankrott. Im Jahre 1876 sind 4000 Lokalgranges ausgetreten. Die Gehälter der Beamten wurden um 50% reduziert. Der Grangerbewegung war der rechte Mut zur Bewältigung größerer Aufgaben gebrochen. Die in Nordamerika heute immer noch vorhandene und etwa ½ Million Mitglieder zählende Grangervereinigung beschäftigt sich seitdem mehr mit Fragen der Bildung und Erziehung, mit Schulen und Bibliotheken, mit landwirtschaftlichen Ausstellungen, Prämiiierungen, Saatgutmärkten und dergleichen mehr.

Diese Klippen, an denen die große Grangerbewegung Nordamerikas zerschellte, hat der heutige Führer der agrarischen Bewegung jenseits des Ozeans, J. H. Hanley von St. Paul in Minnesota, in geschickter Weise vermieden. Hanley ist seit einer Reihe von Jahren Inhaber des einflußreichsten Postens der „National Farmer's Alliance und Industrial Union“, die schon ihrem Namen nach sich abermals als eine Vereinigung der Farmer und der intelligenteren Industriearbeiter erkennen läßt und heute mit rund ½ Millionen Mitglieder die bedeutendste agrarische Vereinigung Nordamerikas ist. Hanley's Streben war nun vor allem darauf gerichtet, die bereits vorhandenen Vereinigungen Nordamerikas mit der National Farmer's Alliance zu einer noch größeren agrarischen Zentralunion zu vereinigen. Dadurch wird verhütet, daß nicht allzuviel neue und unerprobte Männer an einflußreichen Stellen innerhalb der Organisation stehen. Hanley ist auch nicht hoher Priester des 7. Grades, sondern dem Namen nach nur Generalsekretär und Generalgeschäftsagent dieser agrarischen Vereinigung. Bis zu Ende des vorigen Jahres waren so bereits:

The National Grain Growers Association mit 1 000 000 Mitgliedern;  
The National Cotton Growers Association mit 800 000 Mitgliedern;  
The National Live Stock Raisers Association mit 500 000 Mitgliedern;  
The National Wool Growers Association mit 100 000 Mitgliedern

an die National Farmer's Alliance angeschlossen und damit eine agrarische Zentralunion mit beinahe 6 Millionen Mitgliedern geschaffen.

Auch diese Bewegung ist, wie die Grangerbewegung zu ihrer besten Zeit, eine ausgesprochen politische. Hanley bleibt unablässig bemüht, in allen Parlamenten der Vereinigten Staaten eine absolute Mehrheit aus Agrariern zu erhalten. Sein politisches Programm lautet dabei einfach: Trust gegen Trust, Ring gegen Ring! Nachdem heute die großkapitalistischen Ringe der verschiedensten Art die Farmer wie Industriearbeiter – die in Nordamerika an Stelle des in Stadt und Land vernichteten Mittelstandes von Handel und Gewerbe getreten sind – gleich sehr ausbeuten, bleibt nach Hanley nichts anderes übrig, als einen noch mächtigeren Gegenring zu bilden, der die Macht der großkapitalistischen Ringe bricht. Um den Teilungsgelüsten der lokalen Vereinigungen vorzubeugen, die bei der Grangerbewegung so verhängnisvoll gewirkt haben, erhebt Hanley von den Mitgliedern der Central-Vereinigung keinerlei Beiträge und ist bemüht, die erforderlichen Mittel aus den Extraprämien zu beziehen, die aus der Organisation des Ankaufs und Verkaufs flüssig gemacht werden können. Welche Beträge in solcher Weise in Nordamerika zu erschließen sind, geht aus einer jüngsten Mitteilung Hanley's hervor, wonach es ihm gelungen ist, mit einer der großen Eisenbahngesellschaften ein Spezialabkommen zu treffen, auf Grund dessen sich eben diese Gesellschaft verpflichtet, nach einem Transport von 25 Millionen Bushels Getreide auf Rechnung der agrarischen Vereinigung eine Rückprämie von 12 Cts. pro 100 Pfund engl. zu gewähren, was im Ganzen die hübsche Summe von 10 Millionen Mark ausmacht! Mit diesen so erhaltenen Mitteln bezahlt Hanley die Agitatoren, welche im Lande umher reisen, um die Farmer über Zweck und Ziele der Agrariervereinigung aufzuklären. Und wenn in einer bestimmten Gegend sich genügend Farmer gefunden haben, welche sich verpflichten, diese An- und Verkaufsorganisation zu unterstützen, dann wird an der nächsten Eisenbahnstation ein Farmerelevator erbaut. Hanley hat heute bereits 250 solcher Elevatoren unter seiner einheitlichen Leitung und hofft im Laufe dieses Jahres 500 neue Elevatoren dazu bauen zu können. Es gehört nicht viel Rechenkunst dazu, um heraus zu finden, binnen welcher Zeit Hanley bei dieser Entwicklungstendenz 3000 Elevatoren unter seiner Leitung vereinigen wird. Das alles sind gewiß Dimensionen, die nach der Praxis der landwirtschaftlichen Genossenschaften Mitteleuropas als „fabelhaft“ bezeichnet werden müssen.

Und was will Hanley, was wollen die nordamerikanischen Farmer mit dieser gewaltigen Marktorganisation erreichen? Sie wollen den Getreidemarkt beherrschen und eines Tages die Preise für ihr Getreide selbst bestimmen. Als programmatisches Ziel gilt dabei, daß die Farmer des nordamerikanischen Westens für ihren Weizen 1 Dollar pro Bushel erhalten. Nun, m. H., wenn Sie diesen nordamerikanischen Normalpreis einer Kalkulation zu Grunde legen, welche die Kosten der Fracht und Spesen aller Art bis nach Berlin hinzurechnet, so erhalten Sie – ohne jeden Zoll – ziemlich genau den Kanitz-Preis für Weizen von 205 Mk. pro Tonne.

Sie ersehen daraus, wie vortrefflich die Bestrebungen der Agrarier der verschiedenen Länder zusammen passen und wie die natürliche Ordnung der Welt tatsächlich eine weit bessere ist, als das moderne Zerrbild der Zustände in Folge der internationalen agrarischen Notlage auf den ersten Blick erkennen läßt. Was müßte sich also nicht alles im Interesse der notleidenden Landwirtschaft erreichen lassen, wenn die größeren Vereinigungen der Landwirte aus ihrer lokalen und nationalen Isoliertheit heraustreten und Beziehungen zu einander unterhalten würden? Wir leben ja heute im Zeitalter des Verkehrs und der Weltpolitik. Die ganze Welt ist nunmehr ein großes Dorf. Im kleinsten Zeitungsblättchen des entlegensten Winkels finden Sie Telegramme aus China und Japan. Alle großen führenden Geschäftshäuser arbeiten heute täglich mit vertraulichen Informationen über ihre Interessen von der ganzen Erde. Die Getreidebörse in Chicago unterhält mit den übrigen Plätzen der Erde einen Telegraphenverkehr mit monatlich über 60 000 Telegrammen. Die Landwirte produzieren heute kein Produkt mehr, dessen Preislage nicht vom Weltmarkt beherrscht würde. Glauben Sie wirklich, m. H., daß angesichts solcher Tatsachen die Landwirte ewig nur mit den Informationen über ihre heimischen Interessen sich begnügen dürfen, ohne ihre vitalsten Interessen auf das Bedenklichste zu gefährden?

Es ist richtig: Wir sind heute bereits über alle wichtigeren Ereignisse auf der ganzen Erde unterrichtet. Aber in wessen Händen sind alle großen internationalen Telegraphenbureaus? und wessen Interessen dienen die im internationalen Nachrichtendienst am besten organisierten Blätter? Dem internationalen Großkapitale! Ist es nun für die Landwirte wirklich gut, den weitaus größten Teil ihrer neuesten Nachrichten immer nur aus diesen vom Kapitalismus beherrschten Quellen zu schöpfen?

Es ist richtig: die Reichsregierung hat eine Anzahl von landwirtschaftlichen Berichterstattern in die für die landwirtschaftliche Produktion heute wichtigsten Staaten entsendet. Aber die betreffenden Herren sind Fremdlinge in den betreffenden Ländern und von ihren Berichten wird nur veröffentlicht, was die Regierung für gut findet. Genügt das den landwirtschaftlichen Interessen? Ein Blick in die Berichte der ausländischen Konsulate über deutsche Verhältnisse lehrt schon, wie leicht offizielle Vertreter fremder Staaten auf der Informationssuche in die Irre geführt werden. Und die Erinnerung an die Energie, mit der die Reichsregierung die Erschließung des neuesten und vielleicht auch gefährlichsten landwirtschaftlichen Konkurrenzlandes, Mesopotamien, fördert, genügt wohl, um zu erkennen, daß von dieser Seite die landwirtschaftlichen Interessen hier kaum dadurch geschützt werden, daß später einmal ein landwirtschaftlicher Berichterstatter nach Mesopotamien geschickt wird, um zu beschreiben, wie alles zugegangen ist.

Es ist auch richtig, daß wir dem Vater der französischen Landwirtschaft und ehemaligen Ministerpräsidenten Méline die periodische Wiederkehr internationaler Agrarkongresse verdanken. Aber periodisch wiederkehrende Kongresse können unmöglich fortlaufend zu bearbeitende Aufgaben lösen. Und außerdem stehen diese Kongresse auch nicht im unmittelbaren Zusammenhange mit dem

vielleicht wichtigsten Problem der Landwirtschaft: mit dem Problem des Getreideverkaufs.

Nach dieser Richtung muß also doch wohl die rechte weltweite Organisation im Interesse der Landwirte erst noch geschaffen werden. Und wie das am besten geschehe, zeigt uns das Beispiel der modernen Kulturstaaten. Sie errichteten für die Post, die Eisenbahnen, den Marken- und Musterschutz, das Patentwesen etc. internationale Bureaus auf dem neutralen Boden der Schweiz, in denen die einschlägigen Informationen von der ganzen Erde gesammelt werden, um dann in geeigneter Weise zusammengestellt und wieder über die ganze Erde zur allgemeinen Kenntnis gebracht zu werden. Diese Informationen aus den verschiedenen Ländern besorgen dabei nicht besondere amtliche Berichtersteller, sondern die betreffenden staatlichen Organe selbst.

So müßten auch die organisierten landwirtschaftlichen Verbände der verschiedenen Kulturländer ein Spezial-Bureau zur besseren Regulierung der Getreidepreise auf dem neutralen Boden der Schweiz errichten, für welches die landwirtschaftlichen Organisationen in erster Linie selbst die erforderlichen Spezialberichte erstatten, die von diesem Bureau aus in entsprechender Verarbeitung und in mindestens drei verschiedenen Sprachen den Landwirten der ganzen Erde zugänglich gemacht würden. Welch' außerordentlich wichtige Fragen nur unter Voraussetzung dieses Bureaus eine glückliche Lösung finden können, davon heute nur einige Beispiele:

1.) Es ist bereits angedeutet worden, in welcher Weise unter den nordamerikanischen Farmern eine energische Marktorganisation begonnen hat. Das ist für die wachsende Beeinflussung der Getreidepreise durch die Landwirte von der allergrößten Bedeutung. Denn die Vereinigten Staaten sind und bleiben wohl auch noch für einige Zeit der wichtigste Faktor des internationalen Getreidemarktes. Im laufenden Jahre z. B. hat man den internationalen Weinelexport auf 48 Millionen Quarters (à 217 Kilo) geschätzt, wovon die Vereinigten Staaten von Nordamerika ziemlich genau die Hälfte liefern würden. Eine Organisation, welche den nordamerikanischen Markt beherrscht, wird also in der Regel auch den Weltmarkt beherrschen. Aber ein solches Ziel erreicht auch ein Hanley nicht auf einmal. Und ob er auf dem Wege zu diesem Ziele Unterstützung findet oder nicht, das kann unmöglich eine gleichgültige Sache sein.

Nun spielt sich der Welthandel zwischen Nordamerika und Europa in der Weise ab, daß die Nordamerikaner Nachmittags und Abends ihre Offerten nach Europa schicken. Sind jetzt die europäischen Märkte fest gewesen, so werden die Offerten in der Regel schlank aufgenommen und dann liegt darin sofort wieder eine Haussetendenz für die nordamerikanischen Märkte am folgenden Tage, die dann am nächstfolgenden Tage auf Europa wieder zurückwirkt. Wenn aber die europäischen Märkte flau waren und die Offerten Nordamerikas infolgedessen abgelehnt werden, dann ist mit großer Wahrscheinlichkeit für den nächsten Tag ein Rückgang der Preise in Chicago und New York zu erwarten, der sich dann sofort wieder auf Europa überträgt. Die Stimmung der europäischen Märkte aber hängt wesentlich von der Verkaufspolitik der europäischen Landwirte ab. Der

Getreidegroßhändler Hammesfahr sagt mit Recht, „Wissen wie die Getreidepreise sich bewegen werden, heißt wissen, zu welchem Preise die Landwirte verkaufen werden.“ Zu welchen Preisen werden nun die europäischen Landwirte verkaufen? Niemand weiß es. Selbst in kleineren Bezirken ist es schwer, eine Marktmeinung der Landwirte zu ermitteln. Nur zu häufig kommen die Landwirte ohne jede Preismeinung zum Markte, um hier erst den Händler zu fragen, was die Ware gilt. So kann es denn nicht überraschen, daß der mit einer ganz bestimmten Meinung ausgerüstete Handel den Markt vollkommen beherrscht, während die Landwirte als die Besitzer des weitaus größten Warenlagers von allem anderen nur nicht von einer klaren Erkenntnis ihrer Interessen beeinflußt werden.

Will man diesen recht mangelhaften Zustand beseitigen, so müssen nicht nur die Landwirte der einzelnen Länder über die Lage des Marktes und die daraus sich ergebenden Grundsätze ihrer Verkaufspolitik unterrichtet sein, es müssen auch die europäischen Landwirte wissen, welche Verkaufspolitik die nordamerikanischen Farmer zu befolgen beabsichtigen und umgekehrt. Kurz es muß auch für den Weizen erreicht werden, was das deutsche Spiritus-Syndikat im § 8 seines grundlegenden Vertrages erreicht hat: daß auf Grund einer ganz bestimmten Preismeinung über den „voraussichtlich zu erzielenden Durchschnittserlös“ gehandelt wird. Das deutsche Spiritussyndikat konnte dabei gleich bis zum 15. November die Normierung des voraussichtlichen Jahresdurchschnittspreises fordern. Man wird sich beim Weizen zunächst mit der Meinungsbildung auf kürzere Zeiträume beschränken müssen. Und während beim Spiritus der Gesamtausschuß nach Anhörung der Abteilungsvorstände über diese Frage entscheidet, wird beim Weizen eine fortgesetzte komplizierte Beobachtungstätigkeit mit umfassendem internationalen Meinungs-austausch notwendig sein, Aufgaben, die nur ein besonderes Spezial-Bureau bewältigen kann.

2.) Ein anderes Beispiel: Wer sich der Mühe unterzieht, die Tagesereignisse des Welthandels zu verfolgen, dem kann der überraschende Zusammenhang zwischen den täglichen Preisschwankungen, den sogenannten westlichen Ablieferungen in Nordamerika und den sogenannten sichtbaren Vorräten nicht entgehen. Zur Veranschaulichung dieses Zusammenhanges habe ich eine besondere Kurve konstruiert, welche die täglichen Preise für Effektivweizen in Antwerpen und Berlin und für laufenden oder nächsten Termin in New York mit den täglichen Weizenablieferungen an den acht wichtigsten westlichen Märkten von St. Louis, Kansas-City, Toledo, Detroit, Chicago, Minneapolis, Duluth und Milwaukee und den wöchentlichen sichtbaren Vorräten nach Bradstreet seit 1. Juli 1898 zur Anschauung bringt. Schon ein Blick auf diese Kurve läßt die fast unglaubliche Übereinstimmung der täglichen Preisschwankungen mit den sogenannten westlichen Ablieferungen erkennen, während seit September v. J. der Einfluß der sichtbaren Vorräte überwiegt.

Nun habe ich seit den letzten Wochen Veranlassung genommen, diese sichtbaren Vorräte Nordamerikas, so wie sie für den 1. Januar angegeben wurden, kritisch zu prüfen und ich bin dabei zu der Überzeugung gekommen, daß der Ring der nordamerikanischen Elevatoren und Großmühlen es fertig gebracht

hat, diese sichtbaren Vorräte für den 1. Januar 1900 im Vergleich zu dem 1. Januar 1899 um etwa 30 bis 40 Millionen Bushels oder bis 50% in die Höhe zu schwindeln.

Es ist mehr oder minder zufällig, daß ich diese kritische Untersuchung angestellt habe. Und nur mühsam und unvollständig gelingt es mir, dieser Kritik weitere Verbreitung zu verschaffen. Wenn aber ein besonderes Spezial-Bureau mit einer allgemein verbreiteten Monatsschrift bestände, dann könnte eine solche kritische Tätigkeit binnen kurzem mit einer solchen schwindelhaften Vorratsstatistik wirksam aufräumen. Wäre aber diese heute fast überall geglaubte Bradstreet'sche Ziffer als unrichtig allgemeiner erkannt, dann würden unsere Weizenpreise heute leicht um 10 bis 15 Mark pro Tonne höher sein.

3.) Diese ganz unerläßliche Ausbildung einer bestimmten Preismeinung und einer bestimmten Getreideverkaufspolitik der Landwirte hat eine fortgesetzte Kontrolle aller wichtigen Ereignisse des Marktes, aber auch eine fortgesetzte Kritik der Preisbewegung zur Voraussetzung. Ich habe auch nach dieser Richtung wieder einige Kurven ausgearbeitet um Ihnen an bestimmten Vorkommnissen zu zeigen, wie bitter Not im Interesse einer besseren Regulierung der Getreidepreise solche Untersuchungen sind.

Von diesen Tafeln bringt die eine die täglichen Preisbewegungen auf den größten Weltmärkten zur Anschauung. Die beiden obersten Linien beziehen sich auf die Mehlpreise effektiv in Paris und New York. Hier handelt es sich also um die Preise eines Produktes, das die organisierten Großmühlen von Nordamerika und Frankreich verkaufen. Diese Personen haben natürlich eine ganz bestimmte Verkaufspolitik. Und trotzdem die Terminbörsen beim Rohprodukt, dem Weizen nämlich, wie bei der Terminmarke des fertigen Produktes fortwährend Schwankungen erzeugen, bewegen sich unter dem Einfluß der Marktorganisation der Großmühlen die Effektivpreise für Mehl fast immer in der horizontalen Linie.

Die nächsten vier Linien beziehen sich auf die Weizenpreise von Antwerpen und Liverpool und auf die Terminpreise von Chicago und New-York. Diese Preise schwanken natürlich, weil sie von dem nervösen Terminspiel beherrscht werden. Aber von den beiden Fällen abgesehen, in denen gegen Ultimo September 1899 der Konkurs einer bedeutenden Baissefirma in Chicago die dortigen Terminpreise beeinflußt und zu Anfang November einige Firmen in Antwerpen mit effektiver Ware in Liquidation traten, sehen wir diese Preiskurven in ziemlich tadelloser paralleler Bewegung, was wir als den Ausdruck geordneter Gegenseitigkeitsverhältnisse bezeichnen müssen.

Und nun habe ich für die gleiche Zeit und nach dem gleichen Maßstabe die Preisbewegung der acht größeren Lokalmärkte in Deutschland auf zwei Tabellen, je eine für Roggen und Weizen und in beiden Fällen für genau das gleiche Litergewicht, aufgezeichnet. Und was machen diese Kurven für einen traurigen Eindruck! Kaum daß man für Mannheim, Neuß und Breslau wenigstens eine gewisse solide Stetigkeit erkennen kann. Die Preislinien aller anderen Märkte gehen wie Kraut und Rüben durcheinander und die unsolidesten Zickzack-

kurven finden wir bei Königsberg und Berlin. Dieses Chaos in der Preisbewegung der deutschen Lokalmärkte kostet den deutschen Landwirten alljährlich unzweifelhaft ein schweres Geld.

Wer nun mit seinen Betrachtungen immer innerhalb der Grenzen des Vaterlandes hängen bleibt, kann leicht zu der Meinung kommen, es müßte so sein! Wer aber die Verhältnisse des Auslandes zum Vergleich heranzuziehen imstande ist, der erkennt sofort, daß geordnete Zustände allerdings ganz anders aussehen, als diese Preiskurven der deutschen Lokalmärkte. Und wenn man gewiß auch überall solche vergleichende graphische Darstellungen ausführen kann, um die dabei entdeckten Mängel zu beseitigen, dazu bedarf es doch eines fortgesetzten internationalen Austausches der gesammelten Erfahrungen und der besser bewährten Organisationsgrundsätze unter zielbewußter kritischer Verarbeitung. Und deshalb namentlich sage ich: auch hier liegt wieder eine höchst wichtige Aufgabe des zu gründenden Spezial-Bureaus zur besseren Regulierung der Getreidepreise vor.

4.) Eine vierte Aufgabe: Unsere Landwirte werden heute in den wichtigsten Fragen bei der Entscheidung über den Herbst- und Frühjahrsbestellungsplan von Presse und Wissenschaft im Stiche gelassen. Niemand sagt ihnen im Herbst: ob sie nach der allgemeinen Marktlage besser Roggen statt Weizen oder besser Weizen statt Roggen bauen? Und niemand sagt ihnen im Frühjahr: welche Frucht die mehr begründete Aussicht auf bessere Preise hat? Viele bequeme Herren behaupten sogar: diese Fragen könnten von niemandem beantwortet werden! Trotzdem haben Presse und Literatur in den Jahren vor 1897/98 unausgesetzt von der „Überproduktion in Getreide“ gesprochen, um in eben diesem Jahr ihre Spalten mit Ausführungen über den größten Mangel an Getreide zu füllen. Darauf wurde der Weizenbau allgemein so reichlich ausgedehnt, daß die Weltweizenernte von 1897/98 auf 1898/99 von 283 auf 360 Millionen Quarters stieg. Unter solchen Umständen kann es nicht überraschen, daß wir unter der Herrschaft der Terminbörsen aus den unheilvollen intensiven Schwankungen der Getreidepreise nicht heraus kommen. Die Nachrichten, welche den Landwirten allgemein zugänglich werden, sind eben nach beiden Seiten übertrieben. All' diese Ausführungen sollten sich — wie der Getreidegroßhändler Hammesfahr in Antwerpen einmal sehr zutreffend bemerkte — etwa nach folgendem Schema bewegen : Der Gesamtweizenbedarf der Welt sei 300 Millionen Quarters pro Jahr. Wenn nun die Weltweizenernte 306 Millionen Quarters ist und die Landwirte alles auf den Markt werfen, dann sinken die Preise auf dem Weltmarkte um 40%. Wenn aber die Welternte statt 300 nur 294 Millionen Quarters war, dann steigen die Weltmarktpreise um 30%. Die Preissteigerung oder der Preisrückgang darf deshalb absolut nicht als die direkte Proportionale des Überschusses oder des Mangels an Getreide betrachtet werden. Die Getreidequantitäten, um die es sich in beiden Fällen handelt, sind nur ganz wenige Prozent der Welternte. Und eben deshalb muß hier eine vernunftgemäße Organisation der Landwirte die überraschendsten und schönsten Resultate zeigen. Würde freilich der Versuch, einer Regelung des Angebots aus der Welternte nur auf eines der europäischen Länder beschränkt werden, so wären diese wenigen Prozente der

Welternte gewiß groß genug, um einen schweren Mißerfolg mit absoluter Sicherheit erwarten zu lassen. Wenn aber diese Organisation eine alle wichtigeren Produktionsländer umfassende wird, dann verschwindet das Risiko vollständig und der Erfolg wird ein unausbleiblicher. Auch hier führen also alle Erwägungen auf die Notwendigkeit der Errichtung eines besonderen Spezial-Bureau zur besseren Regulierung der Getreidepreise.

5.) Auf dem internationalen Geographenkongreß, der im September 1899 in Berlin tagte, berichtete Dr. Wilhelm Meinardus, daß er aus einer 40 Jahre langen Beobachtungsreihe mit 90% Übereinstimmung ermitteln konnte, daß dem Klima des Vorwinters der norwegischen Küste das zu erwartende Klima des Spätwinters im nördlichen Deutschland entspreche. Weitere Untersuchungen haben ergeben, daß die Erträge der Weizenernte im Herbst für Preußen sehr ähnlich schwanken, wie die Temperatur in Norwegen im ersten Quartal desselben Jahres. Und durch Untersuchungen des schwedischen Meteorologen Hildebrandsohn wurde festgestellt, daß die Regenmenge im Sommer für Norddeutschland im Zusammenhang stehe mit den Niederschlägen des voraufgegangenen Sommers an der atlantischen Küste Nordamerikas. Welche Fülle von praktischen Konsequenzen über die voraussichtliche Lage des Getreidemarktes lassen sich aus den Resultaten der meteorologischen Forschungen solcher Art ableiten, und was kann auch auf diesem Punkte gerade wieder eine besondere Zentralstelle leisten, wenn sie z. B. auch das vorhandene Material über den Grad des Gefährdetsein der Saaten in den verschiedenen Monaten des Jahres nach wissenschaftlicher Methode verarbeitet!

In engster Verbindung damit besteht das Bestreben zur Herbeiführung einer mehr gleichmäßigen und möglichst praktisch durchgebildeten Art der Berichterstattung über die besäten Flächen, den Saatenstand und den Ertrag der Ernten. Weil auch nach dieser Richtung Verbesserungen höchst wünschenswert sind, hat auf dem letzten internationalen Handelskongresse zu Philadelphia im Herbst 1899 der Vertreter einer russischen Handelskammer den Antrag auf Errichtung eines internationalen Bureau zur besseren Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Saat- und Ernteberichte eingebracht, der nicht nur angenommen, sondern auch schon im Januar d. J. Gegenstand warm befürwortender Vorstellungen von Seiten der führenden nordamerikanischen Handelskammern an ihre Regierung wurde. Diese Bestrebungen decken sich nicht mit den Interessen der Landwirte. Denn wenn die Berichterstattung über Aussaat, Ernteaussichten, und Ernterträge noch weiter vervollkommenet wird und in der Hand des Handels verbleibt, dann wird noch früher als bisher unter der fortdauernden Herrschaft der Terminbörsen jede anrückende reiche Ernte zur entsprechenden Entwertung der noch vorhandenen Bestände der alten Ernte führen. Hanley und seine Freunde in Nordamerika wollen deshalb die ganze Erntestatistik abschaffen. Ich möchte statt dessen den Grundsatz vertreten, daß die landwirtschaftliche Erntestatistik in erster Linie doch wohl die Interessen der Landwirte berührt und deshalb nicht schablonenweise in ihren Resultaten immer sofort der allgemeinen Öffentlichkeit übergeben werden sollte. Das Interesse der Werterhaltung der großen Restbestände der vorhergehenden Ernte fordert bei bevorstehenden reichen Ernten

ein verständiges Zurückhalten der Erhebungsergebnisse. Und deshalb namentlich würden auch diese Aufgaben am besten einem landwirtschaftlichen Spezial-Bureau zur besseren Regulierung der Getreidepreise überantwortet.

6.) Schließlich soll noch einer spezifischen Art der Überproduktion und des Produktionszuwachses in diesem Zusammenhange gedacht werden, nämlich der sogenannten Erschließung neuer Konkurrenzländer. Das nächstliegende Beispiel bleibt hier vorläufig noch Argentinien. Im Jahre 1887/88 konnte man in dickleibigen wissenschaftlichen Werken noch schreiben: „Argentinien wird niemals auf dem Getreidemarkte eine Rolle spielen. Denn sein Boden ist nicht fruchtbarer als der nordamerikanische und die Transportkosten sind vom Laplata aus weit größer. Deshalb hat Argentinien auch bisher keinen beachtenswerten Getreideexport erringen können.“ Nun – in den Jahren 1894 und 95 las sich das anders. Und heute wird niemand bestreiten können, daß unsere Weizenpreise mindestens um 30 % höher wären, wenn Argentinien geblieben wäre, was es im Jahre 1883 war. Welche Macht hat nun so gründlich dieses Argentinien seit dieser Zeit zum Nachteil der Getreidebauern der Erde verändert? Man behauptete auf dem 4. internationalen Agrarkongreß in Budapest: Die Verschiebung der Verkehrswege habe Argentinien erschlossen! – Ja, m. H. seit wann verschieben sich denn die Verkehrswege aus eigener Kraft? Und wachsen etwa die Eisenbahnen und Kanäle von selbst wie das Unkraut auf dem Felde? Mit dieser Erklärung ist also doch wohl nichts erklärt. Schlagen wir statt dessen ein ernstes Fachblatt, wie den englischen „Economist“ auf, so finden wir u. a. folgendes: Die Totalverschuldung Argentiniens an das Ausland war um Mitte November 1891 noch 3540 Millionen Mark, trotzdem in der Zeit vom Januar 1890 bis Juni 1891 die argentinischen Staatsanleihen 50 %, die argentinischen Provinzialanleihen 60 % ihres Kurswertes verloren hatten. Also wurden auch in Argentinien die Eisenbahnen und Kanäle nur mit viel Geld gebaut. Und da die Argentinier dieses Geld selbst nicht hatten, figurierte das internationale Bank- und Börsenkapital als Vermittler und Geldbesorger. Und da ich in der Lage bin, aktenmässig nachzuweisen, daß die Vertreter des internationalen Bank- und Börsenkapitals in Argentinien Millionen an Bestechungen ausgegeben haben, um die Argentinier zu einer so wahn-sinnigen Schuldenmacherei zu bewegen, bin ich auch berechtigt zu sagen: das internationale Bank- und Börsenkapital hat für fette Provisionen und Gewinne die Riesenanleihen vermittelt, durch die Argentinien erschlossen wurde und damit, wie mit Hilfe des Zusammenbruches seiner papierernen Goldwährung ist jenes gefährliche landwirtschaftliche Konkurrenzland geschaffen worden, als welches heute Argentinien allgemein bekannt ist. Wenn dem aber so ist, dann liegt der goldene Schlüssel zur Erschließung neuer Konkurrenzländer auf den Geldbörsen und in den Großbanken Mitteleuropas. Und wir verhüten die Gefahr der Erschließung neuer Konkurrenzländer, indem wir diesen goldenen Schlüssel hüten.

Diese hier sich anschließenden Erwägungen sind heute von ganz besonderer Bedeutung. Denn die Energie, mit der die deutsche Reichsregierung den Ausbau der anatolischen Bahnen durch die mesopotamische Tiefebene fördert, rückt die Erschließung Kleinasiens als landwirtschaftliches Konkurrenzland in den Bereich

der nächsten Jahre. Daß aber damit für die mitteleuropäischen Landwirte wahrscheinlich der weitaus gefährlichste Konkurrent geschaffen wird, ist unschwer zu begründen.

Nach den Angaben von Sprenger u. A. handelt es sich hier um die Erschließung von Ländergebieten, deren zur landwirtschaftlichen Produktion mehr oder minder vorzüglich geeigneter Boden etwa die Ausdehnung des Deutschen Reiches umfaßt. In alter Zeit, als die Bewässerungsanlagen in der mesopotamischen Ebene noch in einem vorzüglichen Stande waren, sollen nach den Überlieferungen, die uns Herodot erhalten, geradezu fabelhafte Weizen- und Gersteuerträge hier erzielt worden sein. Dieses alte Bewässerungssystem soll nun mit europäischem Gelde wiederhergestellt werden. Und damit würde die berühmte Kornkammer der antiken Geschichte in ihrer ganzen Leistungsfähigkeit wieder erstehen. Aber auch ohne die Vollendung dieses Bewässerungssystems ist die kleinasiatische Konkurrenz schon gefährlich genug. Sprenger schätzt unter den heutigen Verhältnissen den Weizenерtrag dieser Ländereien auf 1600 Kilo pro Hektar bei 50 Mark Produktionskosten. Die Transportkosten aus Kleinasien und Mesopotamien sind die geringsten unter allen landwirtschaftlichen Konkurrenzländern und dürfen bis nach Berlin oder Mannheim auf 30 Mark und weniger pro Tonne Weizen angesetzt werden, so daß sich in der Tat die Angaben der Herren Dr. Rösicke und Graf Schwerin-Löwitz bestätigen, wonach die Tonne Weizen aus Kleinasien künftig für 60 Mark nach Deutschland gestellt werden kann. Wenn wir aber hinzurechnen, daß nach der Erfahrung mit Argentinien jede starke Verschuldung solcher armen Länder zu einem allgemeinen Krach mit weitgehender Entwertung der Valuta führt und wenn wir hier – abermals auf Grund argentinischer Erfahrungen – z. B. mit einer Entwertung um 400 % rechnen, so könnte in einem solchen Falle der mesopotamische Weizen schon für 37 bis 38 Mark pro Tonne nach Deutschland verkauft werden.

Als besonders bedenklich kommt hier noch in Betracht, daß in diesen Ländern nicht nur Weizen und Gerste mit Obst, Wein und fast allen Handelsgewächsen vorzüglich gedeihen, sondern auch die viehwirtschaftliche Produktion zum Teil die ausgezeichnetsten Bedingungen vorfindet. Ferner muß erwähnt werden, daß hier nicht nur – wie in Indien – harter sondern auch weicher Weizen wächst, daß heute schon aus diesen Gegenden einzelne Posten guter Braugerste ausgeführt werden und daß hier die Ausfuhr der neuen Ernte nach Europa im April und Mai beginnt, mithin zu einer Zeit über die europäischen Märkte hereinbricht, in der man häufig noch die letzten Hoffnungen auf eine Preisbesserung hegen durfte.

Daß aber die Entwicklung in der Tat diese verhängnisvolle Richtung einschlagen muß, wird insbesondere durch die Tatsachen bestätigt, daß die anatolischen Bahnen heute schon den wesentlichen Teil ihrer Einnahmen aus dem Getreidetransport ziehen, der von 23 800 Tonnen im Jahre 1894 auf 410 000 Tonnen im Jahre 1898 gestiegen ist, trotzdem damals das fruchtbarste Produktionsgebiet für Getreide noch nicht einmal erreicht war, daß Kleinasien heute schon als Getreideexportland Kanada gleichgestellt werden darf und daß das durch den projektierten Bahnbau zu erschließende Land heute bereits rund sechs

Millionen Einwohner zählt, während Argentinien gerade erst die vierte Million überschritten hat.

Wie ist nun diesem schweren Übel der kleinasiatischen Konkurrenz am besten zu begegnen? Offenbar dadurch, daß man nicht wartet, bis das Unglück da ist, um sich dann mit schönen Worten und kleinen Linderungsmitteln zu erschöpfen, sondern zur rechten Zeit das kommende Übel verhütet. Und wie das am besten geschehen könne, lehrt uns abermals die Geschichte der argentinischen Konkurrenz.

Nicht verhüten kann man, daß solche Länder aus eigener Kraft sich weiter entwickeln. Nicht verhüten kann man ferner, daß sehr reiche Leute solchen Ländern Darlehen gewähren. Aber verhüten kann man allerdings, daß die Großbanken und Börsen in schwindelhafter Weise für solche Länder aus den Taschen der mittleren Kapitalbesitzer viele Millionen auf Nimmerwiedersehen herausholen, um dann nach dem unausbleiblichen Krach die gefährlichsten landwirtschaftlichen Konkurrenzerscheinungen geschaffen zu haben. Und das wird dadurch verhütet, daß Anleihen für solche Zwecke an den Börsen weder zur Emission, noch zur Notierung zugelassen werden, daß den großen Notenbanken die Belehnung solcher Werte untersagt wird und daß durch die Ausscheidung der Depositenbanken von den Emissionsbanken die Kassengelder der soliden einheimischen Unternehmungen nicht immer wieder dazu mißbraucht werden, den Großbanken und Geldbörsen die fetten Gewinne für leichtfertige ausländische Gründungen in die Taschen zu schieben.

Soviel ist aber auch hier wieder sicher, daß in all diesen Fällen die Geldbörsen und Großbanken von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Nordamerika aufs Innigste miteinander verbrüdet und verschwägert sind. Jede solche Verhütungspolitik, die sich z. B. nur auf Deutschland beschränken würde, würde an dem schließlichen Resultate wenig ändern. Jede wirksame Agrarpolitik hat also auch auf diesem höchst wichtigen Gebiete zur Voraussetzung, daß die Agrarier endlich den Bahnen der internationalen Großbanken und Börsen folgen und auf dem Wege einer gegenseitigen Verständigung dafür Sorge tragen, daß die zweckmäßigen Maßregeln in allen dafür in Betracht kommenden Staaten noch zur rechten Zeit ergriffen werden. Daß aber die Klärung all dieser Ideen und Forderungen in solchem Umfange nur wieder durch ein ständiges Spezial-Bureau bewältigt werden kann, ist doch wohl selbstverständlich.

Nun soll schließlich aber auch die Frage beantwortet werden: wie würden sich all diese Forderungen in die Tat übersetzen lassen? Darauf kann ich zunächst mit der Mitteilung antworten, daß ich bereits begonnen habe, das wiederholt erwähnte Spezialbureau zur besseren Regulierung der Getreidepreise in Freiburg in der Schweiz zu errichten. Die Mittel hierzu wurden mir in liberaler Weise von der Regierung des Kanton Freiburg, vom Bund der Landwirte in Berlin und von der Société des Agriculteurs de France in Paris gewährt. Ich bin deshalb auch bereits in der Lage, ganz bestimmte Leistungen auf den Gebieten der wichtigsten vorgenannten Aufgaben nachweisen zu können.

Unterstützt von sechs Assistenten, die den verschiedenen Ländern Europas angehören, von besonders tüchtigen Korrespondenten in Argentinien, Nordamerika und Rußland, von Spezialkorrespondenten an den Börsen in Liverpool, Antwerpen und Chicago, habe ich neben einer umfassenden internationalen Korrespondenz vier französische, zwei englische und eine russische Schrift veröffentlicht und sieben Nummern vertraulicher Preisprognosen in deutscher Sprache herausgegeben, die heute an 180 Abonnenten in Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland zur Verteilung gelangen. Die Einrichtungen des Bureaus wurden bereits von einer Reihe von Großgrundbesitzern und vom Ackerbauminister der australischen Kolonie Viktoria, Herrn J. W. Taverner besucht, die französische Regierung hat durch ihren Gesandten in Bern sich eingehenden Bericht darüber erstatten lassen. Nachdem inzwischen am 7. Februar a. c. auch die nordamerikanische Agrariervereinigung einstimmig beschlossen hat, sich dem von mir geleiteten Bureau anzuschließen und alle damit verbundenen Lasten und Pflichten zu tragen, konnte jetzt sofort mit den Vorbereitungen zur Herausgabe von monatlichen Nachrichten unseres Bureaus in deutscher, französischer und englischer Sprache begonnen werden.

Um mich in der fortlaufenden Beurteilung des Weizenmarktes zu erproben, habe ich seit Frühjahr 1897 begonnen, einen kleineren Kreis von Landwirten über den günstigsten Zeitpunkt zum Verkauf ihrer Weizenernte zu beraten. Administrator R. O. Wolf-Bernterode hat darüber in No. 160 der „D. T. Z.“ vom 6. April 1899 berichtet und konstatiert, daß ich im Frühjahr 1897 geraten habe, seine 1896er Ernte nicht zu verkaufen, sondern bis in den Spätherbst 1897 zurückzuhalten. Im Herbst 1897 lautete dann mein Rat: „Warten bis zum Frühjahr!“ Im April 1898 war meine Aufforderung: „Nicht bis Ende Mai warten!“ Wolf verkaufte darauf seinen Weizen am 20. Mai zu 260 Mark pro Tonne. Im Herbst 1897 hatte ich geraten: „Rasch dreschen und verkaufen!“ Wolf verkaufte im November 1898 für 163 Mark pro Tonne. Tatsächlich sind gleich darauf die Preise gefallen. In meiner ersten Prognose vom 3. Juni 1899 habe ich zum Verkauf bei besserem Angebot aufgefordert. In der Tat hat sich bald darauf der Weizenmarkt dauernd verflaut. In meiner Prognose vom 7. September 1899 habe ich bereits eingehend die Gründe genannt, warum die Gefahr bestehe, daß die Weizenpreise bis in den Dezember hinein weiter zurückgehen. Wer sich der Getreidepreise des letzten Dezember erinnert, weiß, daß die Getreidemarktverhältnisse damit zutreffend beurteilt wurden. Aus diesen Proben geht doch wohl hervor, daß man mit der erforderlichen Sachkenntnis und Unbefangenheit die Lage des Marktes in zutreffender Weise zu beurteilen in der Lage ist. Wenn aber der Einzelne ohne jede positive Organisation innerhalb des Marktes solche Erfolge erzielen kann, dann muß die Ermittlung einer richtigen Marktmeinung bei einem allgemeinen Austausch der Meinungen der national organisierten Landwirte wesentlich geringere Schwierigkeiten bieten. Auch nach dieser Richtung liegt heute bereits ein bestimmtes praktisches Beispiel vor. Die organisierten Agrarier unter Hanley in Nordamerika haben am 7. Februar a. c. einstimmig beschlossen, bereit zu sein zur Übernahme der Verpflichtung, nur dann ihren Weizen zu verkaufen, wenn dessen Preis in Liverpool 1 Dollar oder etwa

154 Mark pro Tonne ist und mit dem Weizen zurückzuhalten, sobald der Preis in Liverpool unter diesen Preis sinkt und wenn die organisierten Landwirte der anderen Länder die gleiche Verkaufspolitik akzeptieren.

In der binnen kurzem von mir zur Ausgabe gelangenden Monatsschrift wird ein Organ geschaffen, das die einschlägigen Nachrichten von der ganzen Erde ohne Vermittlung der großkapitalistischen Presse den Landwirten bieten wird und einen unmittelbaren Meinungsaustausch über das Problem einer besseren Regulierung der Getreidepreise zwischen den Führern der Landwirte der ganzen Erde herstellt.

Zur Beseitigung der Mißstände innerhalb der Märkte der verschiedenen Länder durch positive moderne Organisationen werden bestimmte Entwürfe ausgearbeitet, die dann zur Erlangung von Verbesserungsvorschlägen in dieser Monatsschrift veröffentlicht werden. Als Beispiel nach dieser Richtung findet sich in der Anlage ein solcher Plan für die Organisation der Landwirte zum Getreideverkauf in Deutschland.

Auch hinsichtlich der Frage der Regulierung der Anbauverhältnisse haben die nordamerikanischen Agrarier am 7. Februar a. c. einen wichtigen Beschluß gefaßt, wonach sie sich bereit erklären, im Interesse des Zustandekommens einer besseren Regulierung der Weizenpreise durch die organisierten Landwirte ihre Weizenfläche bis 20% unter jene Ausdehnung einzuschränken, welche das Weizenareal in Nordamerika im Jahrgange 1898/99 erreichte.

Mit der Sammlung und Sichtung der Materialien über die regelmäßigen Beziehungen zwischen Witterung und Getreideertrag ist das von mir geleitete Bureau bereits beschäftigt.

Und um auf dem internationalen Kongreß der landwirtschaftlichen Verbände im Juli in Paris in Sachen der Verhütung der kleinasiatischen Konkurrenz zu einer möglichst weitgehenden Einigung zu kommen, wird von mir inzwischen eine größere Schrift verbreitet, die bis zum Pariser Kongreß in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinen soll.

Aus all diesen Mitteilungen wollen Sie m. H. ersehen, daß ich Ihnen nicht etwa bloß theoretische Träumereien vorgetragen habe, sondern daß es sich hier um ein klar erkanntes Ziel handelt, das wir mit Volldampf bereits zu erreichen bemüht sind. Die praktische Ausführung dieser Ideen erfordert zunächst eine aufklärende und meinungsausgleichende Tätigkeit. Gleichzeitig handelt es sich um die Auffindung der besten Pläne für die Marktorganisation der Landwirte innerhalb der verschiedenen Länder. Und ist in den wichtigsten Getreideproduktionsländern der Erde erst diese nationale Organisation geglückt, dann funktioniert der ganze Apparat in der Weise, daß jede nationale Organisation nach den allgemein als richtig erkannten Grundsätzen handelt. Mit jedem Tage der allgemein wachsenden Einsicht der Landwirte in diese Verhältnisse wächst auch der Einfluß der Landwirte auf die Gestaltung der Getreidepreise. Und eines Tages wird auf diesem Wege am sichersten die heutige unheilvolle Macht der

Getreideterminbörsen gebrochen sein zu Gunsten jenes natürlichen Rechtes, kraft dessen der Landwirt sagt: was der Weizen gilt.

Doch nun zum Schlusse wenige Bemerkungen allgemeiner Art.

Falsche Freunde der Landwirtschaft pflegen bei allen Syndikatsbestrebungen der Landwirte mit den Worten: unmöglich! bedenklich! unausführbar! zu argumentieren. Und wenn dann gar von einer weltweiten Entente die Rede ist, dann sollen diese Bestrebungen gleich „antinational und weltwirtschaftlich“ sein. Da alle diese Argumente vor allem von der Börsenpresse gebraucht werden, ist es nicht schwer, den Zusammenhang zu erkennen, in dem dieselben stehen.

Als im Jahre 1879 Fürst Bismarck mit der Getreideschutzzollpolitik begann, da hieß es: „Die Zeit der nationalen Isoliertheit ist vorbei. Auch Deutschland ist nur noch ein Glied in dem weltwirtschaftlichen Arbeitsprozeß. Die Landwirte müssen sich eine moderne kaufmännische Bildung aneignen und sich selbst helfen, statt immer auf die Hilfe des Staates zu warten!“ Als dann zu Anfang der 90 er Jahre bei einem außerordentlichen Tiefstand der Getreidepreise Graf Kanitz seinen Antrag auf Verstaatlichung der Getreideeinfuhr einbrachte, hieß es auf derselben Seite: „Deutschland ist nicht allein auf der Welt und wir dürfen uns nicht politisch und wirtschaftlich isolieren. Heute leben wir im Zeitalter der Weltpolitik. Außerdem wohnen in Deutschland auch noch andere Leute als die Landwirte!“ – Wenn aber die Landwirte wie moderne Kaufleute zu denken anfangen und durch eine Organisation nach Art der Syndikate sich selbst zu besseren Preisen verhelfen wollen, wobei, gezwungen durch den internationalen Getreidemarkt, internationale Beziehungen unerlässlich sind, dann kommen diese selben Leute und ihre Nachbeter und sagen: „Die Landwirte als Vertreter der nationalsten Gewerbe dürfen nie international werden. Außerdem ist das alles auch viel zu gefährlich für sie und obendrein unausführbar!“ – Der Bankrott dieser ganzen Weisheit wird schon darin offenkundig, daß sie sich fortwährend widerspricht und nie anzugeben weiß, wie denn die Landwirte zu besseren Preisen kommen können. Der zu erwartende Maximalzoll von 60 Mark pro Tonne Weizen und Roggen bedeutet gegenüber der drohenden Gefahr der kleinasiatischen Konkurrenz wenig. Denn wenn die Tonne Weizen dann ohne Zoll für 60 oder gar nur für 38 Mark nach Deutschland gestellt werden kann, dann verhindert ein Zoll von 60 Mark nicht die Vernichtung der deutschen Getreidebauern. Was können also hier diese falschen Freunde der deutschen Landwirtschaft bieten? – Nichts!

Nachdem der Antrag Kanitz nicht Gesetz geworden, erscheint die Organisation eines Getreidesyndikates durch die Landwirte selbst als der einzig gangbare Weg, der garnicht früh genug betreten werden kann. Daß dieser Vorschlag unausführbar sei, kann nur jemand sagen, der von all diesen Dingen recht wenig versteht. Das andere Argument aber: die Landwirtschaft verliere ihren nationalen Charakter, wenn die organisierten landwirtschaftlichen Verbände sich eines eigenen internationalen Nachrichtendienstes bedienen – ist so sonderbarer Art, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen.

Nur eine Frage soll hier noch kurz beantwortet werden und das ist die nach den Beziehungen meines Vorschlages zur Zollpolitik. Die Zollgesetze haben bekanntlich die in sie gesetzten Hoffnungen keineswegs immer erfüllt. Wenige Monate nach der Zollerhöhung von 1887 standen die Getreidepreise innerhalb Deutschlands wesentlich niedriger denn zuvor. Deutschland und Frankreich haben wiederholt Monate hindurch auf Grund einer Verbilligung der Inlandpreise die preissteigernde Wirkung ihrer Zölle bis zur Hälfte und mehr verloren. Man ist deshalb namentlich in Frankreich neuerdings zu der Überzeugung gekommen, daß eine positive einheitliche Marktorganisation der Landwirte ergänzend zu den Zollgesetzen hinzutreten müsse, um deren Wohltaten den Landwirten zu sichern. Genau so hat ja auch das deutsche Spiritussyndikat erst es den deutschen Landwirten ermöglicht, die guten Seiten der Branntweinsteuer-gesetzgebung zu nützen. Also steht auch eine nationale Zollpolitik nicht etwa im Gegensatze sondern im besten Einklang mit den Bestrebungen zur Errichtung eines Weizenverkaufssyndikats. Dies bis zu dem Grade, daß jedes Schutzzoll-gesetz nur eine halbe Maßregel ist, wenn eine solche Organisation nicht stützend hinzukommt.

Noch schärfer tritt dieses Zusammengehören hervor, wenn wir jene Frage berühren, welche neuerdings wieder der beweglichen Zollskala Freunde erworben hat. Die Gesetze der neuesten Zeit bieten bekanntlich durchweg einen stabilen Zollsatz mit beweglichen Getreidepreisen. Man würde stabile Getreidepreise mit einem beweglichen Zollsatz vorziehen. Und unzweifelhaft wäre das den heutigen Zuständen gegenüber ein wesentlicher Fortschritt. Aber all diese Bestrebungen werden dem Mißerfolg nicht ausweichen können, wenn sie den Getreidemarkt und die Getreidepreisbildung als einen rein sachlichen Mechanismus betrachten, in den man mehr oder minder leicht einen nach bestimmten Voraussetzungen wechselnden Mechanismus einsetzen kann. Das ist ein Irrtum. Die Getreidepreise sind das Resultat persönlicher Leistungen und Unterlassungen im ausgesprochensten Sinne des Wortes. Und wer auch immer hier einen toten Zollmechanismus einsetzt, wird die maßgebenden Personen des Getreidehandels dadurch nur veranlassen, dieses tote Instrument zu ihren Zwecken zu mißbrauchen. Das Problem der Stabilisierung der Getreidepreise läßt sich lediglich in der Weise lösen, daß man mit dem Grundsatz der Alleinherrschaft des internationalen Handels und seines heutigen Monopols der Preisbestimmung bricht und an Stelle der Personenreihe der heute herrschenden Börsianer die organisierten Landwirte einsetzt, die dann selbstverständlich auch allgemeine Beziehungen pflegen und weltweite Fühlung behalten müssen. Und wenn so die heute an den Preisschwankungen interessierten Personen durch Personen ersetzt werden, die umgekehrt an der Stabilisierung der Preise interessiert sind, dann endlich kann auf dieser Unterlage ein wechselnder Zoll zum guten Ziele mitwirken.

Sie ersehen daraus, m. H. daß auch die Verbindung mit den Aufgaben der nationalen Zollpolitik den allmählichen Ausbau eines Weizenverkaufssyndikates als einen ebenso modernen wie echten Fortschritt erscheinen läßt.

## Projekt einer Organisation der deutschen Landwirte für den Getreideverkauf.

(Referat erstattet im Gesamtausschuß des Bundes der Landwirte  
am 11. Februar 1900.)

Drei große Mängel lassen sich an der heutigen Organisation des Getreideverkaufs der Landwirte in Deutschland nachweisen; nämlich:

1. die Selbständigkeit der Lokalmärkte;
2. das Fehlen einer bestimmten Preismeinung auf Seiten der Landwirte und
3. die einseitige Feststellung der Getreidepreise durch Börse und Handel.

Um die weitgehende, bei den modernen Verkehrsverhältnissen fast unglaubliche Selbständigkeit der deutschen Lokalmärkte zu erkennen, bedarf es nur eines Blickes auf die graphischen Darstellungen der Preisbewegung der acht wichtigsten Lokalmärkte für Weizen und Roggen. Die Preise für Königsberg, Posen, Berlin und Magdeburg bewegen sich weit unabhängiger voneinander, als die Preise von Chicago, New York, Liverpool und Antwerpen. Und eine nähere Untersuchung zeigt, daß diese Selbständigkeit fast ausnahmslos zuungunsten der Landwirte geübt wird. Ein einzelner größerer Käufer beherrscht einen deutschen Lokalmarkt nach Belieben. Vor kurzem war ich in der Lage, eine Berechnung darüber anstellen zu lassen, wieviel die gleiche Art der Selbständigkeit der Lokalmärkte die französischen Landwirte jährlich kostet? Diese Berechnung ergab die gewaltige Summe von 80 Millionen Franken. Wenn auch heute nicht die gleichgroßen Sätze für Deutschland eingestellt werden dürfen, so wird es doch kaum zu hoch gegriffen sein, wenn ich behaupte: daß die deutschen Landwirte für die Selbständigkeit der deutschen Lokalmärkte jährlich 40 Millionen Mark zu zahlen haben.

Dieser große Verlust hängt wesentlich mit dem Mangel einer bestimmten Marktmeinung auf Seiten der Landwirte zusammen. In der Regel verkauft man deshalb unter dem Einfluß von Gründen, die mit der Lage des Getreidemarktes in keiner Beziehung stehen. Man hat Schuldzinsen und Steuern zu zahlen, die Böden sollen der Gewohnheit nach geräumt werden, die Gespanne haben gerade Zeit für Marktfuhren usw. Im Gegensatze hierzu halten sich selbst kleinere Händler mindestens ein Fachblatt des internationalen Getreidehandels und sind außerdem für ein oder zwei Weltbörsen auf die täglichen Telegramme abonniert, die nicht nur über die letzten Preise, sondern auch über Vorräte, Verschiffungen usw. orientieren. Und kommt dann selbst im Innern von Indien oder an den Ausläufern des Ural zu dem Händler ein Landwirt mit seinem Weizen, um ihn zu verkaufen, so dient das letzte Telegramm aus Chicago dabei als Unterlage. Wirklich große Getreidefirmen unterhalten für enorme Kosten ein ganzes statistisches Bureau mit einem besonders organisierten vertraulichen Nachrichtendienst über die wichtigsten Plätze der Erde. Daß eine so außerordentlich ungleiche Verteilung der Kenntnisse des Marktes nicht zugunsten der meist garnicht informierten Landwirte ausschlagen will, braucht nicht zu überraschen.

Endlich ist es nur die natürliche Konsequenz solcher Zustände, wenn heute der Handel allein berechtigt erscheint, das Monopol der Preisnormierung für landwirtschaftliche Produkte auszuüben. Deshalb ist für eine Reihe der angesehensten deutschen Nationalökonomien die Terminbörse der vollendetste Ausdruck unserer modernen kulturellen Entwicklung und die Aufhebung der Börsentermingeschäfte gleichbedeutend mit einem Kulturrückschritt. Und so allgemein sind diese freihändlerischen Ideen in Fleisch und Blut übergegangen, daß Viele noch nicht einmal daran gedacht haben, daß dieses Monopol der Preisfestsetzung für landwirtschaftliche Produkte überhaupt eines Tages dem Handel nicht mehr gehören könnte.

Im Gegensatz zu diesen Zuständen und Theorien muß jede wirksame Organisation der deutschen Landwirte für den Getreideverkauf vor allem daran festhalten, daß das Recht der Preisnormierung für landwirtschaftliche Produkte keineswegs notwendigerweise mit der Tätigkeit des Handels verbunden ist. Wir haben heute einen wohlorganisierten und wohlhabenden Handel für Petroleum, Eisen, Kohle, Kali, Spiritus usw. und dieser Handel hat mit der allgemeinen Preisfestsetzung dieser Produkte wenig oder nichts zu tun. Es gibt heute keine Petroleum-, Eisen-, Kohlen- oder Kalibörsen und in Deutschland auch keine Spiritusbörse mehr. Warum sollte das gleiche nicht auch für Getreide zu erreichen sein und zwar wahrscheinlich nicht zuletzt auch zum Vorteil des soliden Getreidehandels!

Die Erfahrung hat bis heute zur Genüge gelehrt, daß die Überlassung des Monopols der Getreidepreisnormierung an den spekulativen Handel sich schlecht bewährte. Die Produzenten fast aller Länder der Erde sind in Not geraten. Und auch die Getreidehändler sind in den letzten Monaten wieder so massenhaft zugrunde gegangen, daß in Frankreich z. B. heute die Rede geht: es seien nur noch Getreidefirmen mit einem Betriebskapital von rund 20 Millionen existenzfähig. Tatsächlich hat sich die Konzentration innerhalb des Getreidehandels in letzter Zeit in erschreckendem Maße verschärft. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die Produzenten endlich beginnen, auf dem Wege einer modernen Organisation die Preisnormierung für Getreide selbst in die Hand zu nehmen.

Diese Preisfestsetzung muß sofort für das ganze Deutsche Reich eine einheitliche sein, wie das heute bei dem deutschen Spiritussyndikat auch der Fall ist. Dazu gehört eine von den Landwirten gebildete Zentralmarktstelle für Deutschland, der ein Beirat aus Vertretern des Handels und der Mühlen zur Seite stehen kann – ebenfalls nach Art der Organisation des deutschen Spiritussyndikates. Diese Zentralstelle hat den Marktpreis zu normieren. Auf welchen Zeitraum? Aus ganz bestimmten Gründen konnte das Spiritussyndikat die Festsetzung von Jahresdurchschnittspreisen wagen. Für das Getreide wird es besser sein, zunächst nur den Preis für den nächsten Tag zu bestimmen. Wird es mit dem fortschreitenden Ausbau der Organisation möglich, die Preise längere Zeit auf der gleichen Höhe zu halten, dann kann vielleicht mit der Normierung von Wochenpreisen begonnen werden, denen dann die Monats- und Jahrespreise folgen. Die Mitglieder der Zentralmarktstelle würden also zunächst täglich am späten Nachmittag zusammen kommen, um an Hand des von allen Seiten vorlie-

genden Nachrichtenmaterials im Einvernehmen mit dem Beirat den normalen Getreidepreis für den nächsten Tag und für ganz Deutschland festzustellen.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Normalpreis nicht für ganz Deutschland der gleiche sein kann. Man wird vielmehr die natürlichen Gründe für die lokale Verschiedenheit der Preise sorgfältig zu berücksichtigen haben und für alle wichtigeren Marktplätze – abermals nach Analogie des deutschen Spiritussyndikates – eine natürliche Preisdifferenzskala aufstellen müssen, auf Grund deren alsdann nach Bekanntgabe des Normalpreises für Berlin der Normalpreis für jeden Ort zu berechnen ist.

Dieser Preisnormierung der Landwirte muß eine Verkaufsorganisation zur Seite stehen, um den Landwirten den Mißbräuchen der Lokalmärkte gegenüber als Rückendeckung zu dienen. Diese Verkaufsorganisation kann unmöglich nur eine lokale sein. Die Zeit der Lokalmärkte und der nur lokalen Getreide-Verkaufsgenossenschaften ist mit der Entwicklung der modernen Verkehrsverhältnisse längst vorbei. An ihre Stelle müssen die natürlichen Bewegungsbezirke des Getreideverkehrs treten, wie sie unter Benutzung des verkehrsstatistischen Materials leicht umgrenzt werden können. So haben wir z. B. einen südwestdeutschen Getreidebewegungsbezirk mit dem Hauptplatz Mannheim, einen nordwestdeutschen Bewegungsbezirk mit den Hauptorten Neuß und Duisburg usw. Innerhalb dieser Bewegungsbezirke muß der Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Getreideverkaufsorganisation liegen. Hier muß vor allem der Anschluß an Händler und Müller hergestellt werden. Hier müssen die landwirtschaftlichen Silos und Lagerhäuser, Verladungsräume mit Reinigungsmaschinen usw. unter einheitliche Leitung gestellt werden.

Auf der untersten Stufe der heutigen Lokalmärkte endlich sind landwirtschaftliche Vertrauensmänner anzustellen, welchen täglich von der Zentralmarktstelle die Normalpreise telegraphisch zugehen. Will nun ein Landwirt sein Getreide verkaufen und hat er sich bereits dieser nationalen Organisation angeschlossen, so erfährt er von diesem Vertrauensmann den Preis mit Information über die allgemeine Marktlage. Und entschließt sich dieser Landwirt zum Verkauf und bieten ihm die Abnehmer des Lokalmarktes nicht mindestens den Normalpreis, dann übernimmt der Vertrauensmann die Ware, um sie nach den Direktiven der Leitung der natürlichen Bewegungsbezirke weiter zu behandeln. Landwirte, welche sich der nationalen Organisation nicht angeschlossen haben, sind auch nicht berechtigt, deren Vorteile zu beanspruchen. Außerhalb der Markttage wären diese Vertrauensmänner besonders geeignet, den Geist der genossenschaftlichen Organisation der Landwirte zum Getreideverkauf innerhalb ihres Bezirkes immer besser zu wecken. Und es kann kaum bezweifelt werden, daß unter dem Überbau der nationalen und bezirksweisen Organisation die Bildung kleiner Lokalvereine in einer Weise zunehmen würde, die alle bisherige Erfahrung weit hinter sich ließe.

Dieses Projekt einer Organisation der deutschen Landwirte zum Getreideverkauf wandelt also vor allem die modernen und geschäftlich klaren Bahnen des deutschen Spiritussyndikates, ohne den wesentlichen Unterschied in den

Schwierigkeiten einer solchen Organisation für Spiritus und für Getreide zu verkennen. Es handelt sich hierbei nicht nur um eine „Assoziation des Angebotes“, die namentlich in mehr lokalem Verbände erfahrungsgemäß leicht zum Schaden der Assoziierten enden kann. Es handelt sich vielmehr um die planmäßige Übernahme des Rechtes der Preisnormierung für Getreide aus der Hand der Börsen in die Hand der organisierten Produzenten. Die hier gemachten Vorschläge gehen somit wesentlich über die Aufhebung der Börsentermingeschäfte hinaus und zielen auf vollständige Beseitigung der Getreidebörse, ganz so, wie auch das Spiritussyndikat die Spiritusbörse beseitigt hat. Aus all diesen Gründen genügt hiernach nicht schon eine Vereinigung der Landwirte, sondern unerlässlich ist der gleichzeitige Anschluß der soliden Händler und Müller. Es genügt nicht schon, die in Deutschland produzierten Getreidemassen zu sammeln. Weit wichtiger vielmehr erscheint es, daß die organisierten Landwirte in Gemeinschaft mit Handel und Müllerei einen gerechten Getreidepreis vereinbaren, zu dem sich die Ware aus der Hand der Produzenten schlankweg in den Konsum bewegen kann. Und Angesichts der modernen Verkehrsverhältnisse sollte sich diese Organisation – abermals nach Analogie des Spiritussyndikates – sofort auf ganz Deutschland erstrecken.

Die in Deutschland bereits vorhandenen Organisationen erleichtern die Ausführung dieses Planes sehr wesentlich. In den Silo- und Getreideverkaufsgenossenschaften ist ein Stamm von Personen und Erfahrungen gegeben, der wohl ohne Schwierigkeiten sich in den weiteren Rahmen einer Organisation der natürlichen Getreidebewegungsbezirke überführen ließe. Der Neubau einer wesentlich größeren Zahl von Silos scheint mir für die Gründung eines nationalen Weizensyndikates ebensowenig eine Voraussetzung zu bilden, wie der Mangel einer größeren Zahl von landwirtschaftlichen Spirituslagerhäusern die Gründung des Spiritussyndikats gehindert hat. In der Zentralnotierungsstelle der preußischen Landwirtschaftskammern wäre der Anfang einer Zentralmarktstelle gemacht. Und wenn sämtliche Vereinigungen von Landwirten innerhalb Deutschland sich diesem Plane anschließen und überall mit den soliden Händlern und Müllern Fühlung nehmen, dann müßte es nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn nicht binnen kurzer Zeit ein Syndikat zustande käme, das stark und mächtig genug wäre, mit der täglichen Getreidepreisnormierung für den folgenden Tag zu beginnen.

## Das Syndikat – Die Innung der Zukunft.

Vortrag, gehalten auf dem Bäcker-Zweig-Verbandstag in Prenzlau.

(Sonderdruck.)

Gestatten Sie mir zunächst eine persönliche Vorbemerkung: Viele von Ihnen werden sich beim Durchlesen Ihrer Tagesordnung gefragt haben: Wie kommt ein Professor der Nationalökonomie dazu, uns einen Vortrag über Syndikat und Innung zu halten? Meine Aufklärung zu dieser Frage ist folgende: Seit bald mehr als 25 Jahren bin ich bemüht, ein System der Nationalökonomie auszuarbeiten, das in erster Linie nicht aus den Büchern, sondern aus dem modernen Leben geschöpft ist, und dessen Vorschläge geeignet wären, die berechtigten Klagen des ehrlich arbeitenden Volkes abzustellen. Selbstredend habe ich zu diesem Zwecke umfassende wissenschaftliche Studien machen müssen. Aber ich bin nach einigen Jahren wissenschaftlicher Arbeit immer wieder hinaus in die große Praxis gekommen. So war ich in der kleinen und großen Praxis der Landwirtschaft, des internationalen Getreidehandels und der Großbanken. Ich habe Jahre hindurch Studienreisen durch die Kulturländer der Erde gemacht, und weil ich in meinen Untersuchungen vom täglichen Brot des Volkes ausgehe, habe ich mich seit den letzten sechs Monaten mit der Lage der deutschen Müllerei beschäftigt. Dabei kam ich zu dem Schlüsse: das deutsche Mühlengewerbe leidet an den Folgen der freien Konkurrenz. Deshalb kann den deutschen Müllern nur geholfen werden durch eine vernunftgemäße Beseitigung der freien Konkurrenz. Dazu bietet sich nur der Weg einer gesellschaftlichen Organisation des Mühlengewerbes, wofür sich das Fremdwort „Syndikatsbildung“ eingebürgert hat. Aber dieses deutsche Mühlensyndikat soll nach meiner Auffassung kein Syndikat der Großkapitalisten werden, das die Masse des Volkes immer mehr ausbeutet, es soll ein MITTELSTANDSSYNDIKAT werden, dessen Ziel darauf gerichtet ist: nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit die selbständigen Existenzen in Stadt und Land tunlichst zu erhalten und zu fördern und sie durch eine zusammenfassende Organisation stark genug machen, um endlich den Kampf erfolgreicher auch mit den großkapitalistischen Syndikaten aufnehmen zu können. Das geplante Mühlensyndikat sollte deshalb seinen Getreideeinkauf gemeinsam organisieren mit dem soliden Getreidehandel und mit den Getreideverkaufs-Organisationen der Landwirte. Für die Verkaufsvereinigung der Müller ist gedacht: der Anschluß an die Einkaufsorganisation der BÄCKER in Verbindung mit den SOLIDEN MEHLHÄNDLERN. Nur durch eine solche KOMBINATION DER MITTELSTANDSSYNDIKATE könnte den höchsten Ansprüchen genügt werden bei einem Minimum von Spesen. Diese Beseitigung aller überflüssigen Spesen würde bei großer Stetigkeit der Entwicklung einen guten ökonomischen Erfolg verbürgen, ohne eine Erhöhung der Brotpreise ins Auge zu fassen.

Daß dieses Syndikatsprogramm für die Landwirte richtig ist, weiß ich seit Jahren. Daß es auch für die Müller zutreffend ist, davon habe ich mich in den letzten Monaten in vielen deutschen Müllerversammlungen überzeugt. Ich komme nun zu den Bäckern, zu Ihnen, um mich auch hier zu informieren: ob ich mit meinen Vorschlägen mich auf dem rechten oder auf dem falschen Wege

befinde? Um die heutige Aussprache vorzubereiten, habe ich mir von dem Generalsekretär Ihres Zentralverbandes „Germania“, Herrn Dr. Westphal, die Materialien zur Beurteilung der Lage des deutschen Bäckergewerbes schicken lassen. Diese Materialien habe ich durchgearbeitet und was ich auf Grund derselben Ihnen jetzt kurz vortragen möchte, das ist Folgendes: Ich möchte Ihnen zunächst ausführen, wie ich in wissenschaftlicher Formulierung das Krankheitsbild des deutschen Bäckergewerbes auffasse, um dann daraus, streng logisch, jene Maßnahmen abzuleiten, welche geeignet wären, Ihre Notlage zu beseitigen. Mich leiten bei diesen meinen Ausführungen keinerlei geschäftliche Interessen. Ich suche nur die Wahrheit, sonst nichts. Weil man sich aber auch bei dem Suchen nach Wahrheit irren kann, wende ich mich an die Praxis, um von Ihnen zu hören, ob die Resultate meiner theoretischen Durchdenkung unseres volkswirtschaftlichen Problems mit Ihrem auf dem Wege der Erfahrung gewonnenen Empfinden übereinstimmt oder nicht.

Also – zunächst zur wissenschaftlichen Formulierung des ökonomischen Krankheitsbildes im deutschen Bäckergewerbe.

M. H.! Das deutsche Bäckergewerbe scheint heute zwischen zwei Mühlsteine geraten zu sein: davon ist der eine die kapitalistische Entwicklung unserer Gesellschaft, der andere die Proletarierpolitik der Regierung und der Sozialisten.

Die kapitalistische Entwicklung unserer Gesellschaft bringt es mit sich, daß auch das Arbeitsfeld der selbständigen Bäckermeister zur beliebigen Ausbeutung an das Großkapital ausgeliefert wurde. So entstanden namentlich in den Großstädten und Industriebezirken Brotfabriken, welche durch ihre Maschinen, bei einer besseren Ausnützung der Arbeitskräfte und mit Hilfe einer billigeren Organisation des Absatzes wie des Einkaufs speziell die Preise für das Schwarzbrot so weit drücken konnten, daß die Bäckermeister damit nicht mehr zu konkurrieren imstande sind.

Diese sogenannte Gewerbefreiheit hat weiter dazu geführt, daß die Zahl und Leistungsfähigkeit der Bäckereien vielfach über den Konsumbedarf des Volkes hinaus gewachsen ist. Namentlich die Konkurrenz der Müller und Mehlhändler erleichtert es dem Einzelnen außerordentlich, auch ohne Fachkenntnisse eine Bäckerei aufzumachen. Diese Übersetzung im Gewerbe wird weiter unterstützt durch die Bauspekulation in den Städten. Es ist bekannt, daß ein neues Haus mit einem Laden einen höheren Verkaufspreis erzielt. Deshalb wird von den Bauspekulanten nur zu häufig der Einbau einer Bäckerei in den neuen Bauplänen vorgesehen. Im ersten Vierteljahre wohnt dann der Bäckerneuling ohne Miete, bis das Haus verkauft ist. Jedenfalls aber müssen all diese Anfänger durch Schleuderpreise sich bemühen, ins Geschäft zu kommen. Einer sehr kleinen Anzahl von solchen Anfängern glückt es, sich eine Existenz zu gründen. Die große Mehrzahl der Neulinge wird bald von der Last der Hausmiete und von den Kreditkosten für die Mehllieferungen bei einem ungenügenden Absatz ihrer Produkte erdrückt. Sie verschwinden wieder von der Bildfläche, tragen so wesentlich zu der starken Fluktuation im Bäckergewerbe in den größeren Städ-

ten bei und verknüpfen damit außerdem eine schwere Schädigung auch für die besser fundierten Bäckermeister.

Dazu kommt endlich noch die Schädigung des Bäckergewerbes durch die Verteuerung des Feuerungsmaterials von Seiten des Kohlensyndikates.

Die Proletarierpolitik der Regierung und der Sozialisten bringt es mit sich, daß durch die sozialen Versicherungsgesetze auch den Bäckermeistern erhebliche neue Lasten für ihre Hilfsarbeiter aufgebürdet wurden, sowie daß durch die Bundesratsverordnung von 1896 über den Maximalarbeitstag im Bäckergewerbe das gute Verhältnis zwischen Meister und Gesellen zerrissen wurde, um durch den Klassenkampf der Gesellenverbände mit Streiks und Boykotts ersetzt zu werden und daß seit 1886 die Konsumvereinsbäckereien mit Hilfe der hohen Weihnachtsdividenden sich immer mehr ausbreiteten und gelegentlich durch Streiks und Boykotts noch außerordentliche Förderung auf Kosten der selbständigen Bäckermeister erhielten.

So wird das alte selbständige Bäckergewerbe von zwei Seiten her in seiner Existenz schwer bedroht. Sie als Männer der Praxis reihen hier sofort die Frage an: Wie kann uns geholfen werden? Ich, als wissenschaftlicher Systematiker möchte zunächst die Frage einschieben: Wie ist eine solche Politik dem Bäckergewerbe gegenüber überhaupt möglich geworden? Denn daran kann nicht gezweifelt werden, daß unsere maßgebenden und für unsere volkswirtschaftliche Entwicklung in erster Linie verantwortlichen Personen nicht aus böser Absicht gehandelt haben. All diese Männer haben vielmehr nach bestem Wissen und Können gehandelt. Sie waren überzeugt, im Interesse des Vaterlandes das Beste zu tun. Und welche Gründe haben sie dabei geleitet? Die Antwort auf diese Frage führt zu dem wissenschaftlichen Kapitel über den unheilvollen Einfluß einer irrigen nationalökonomischen Theorie auf die Gesundheit unseres Volkslebens.

Seit Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts haben die sozialistischen Theorien von Karl Marx einen immer gewaltigeren Einfluß in unseren Hörsälen für Nationalökonomie gewonnen. Seit dieser Zeit ist der ganze Nachwuchs unserer Behörden im Geiste dieser sozialistischen Theorien ausgebildet worden. Deshalb glauben heute unsere maßgebenden Kreise an folgende Lehrsätze: „Der weitere Ausbau unserer kapitalistischen Entwicklung gehört zum naturgemäßen Fortschritt unserer Kultur. Damit ist leider die Vernichtung der selbständigen mittleren und kleinen Existenzen unvermeidlich verknüpft. Jede kulturförderliche Politik muß die kapitalistische Entwicklung begünstigen. Daneben besteht nur noch die Aufgabe, im Interesse des sozialen Friedens für die Lohnarbeiter die Wirkung der freien Konkurrenz tunlichst zu mildern durch Versicherungsgesetze und Arbeiterschutzgesetze aller Art. Die Lohnarbeiter müssen sich organisieren, um dann als gleichberechtigter Faktor mit dem Unternehmerkapital günstigere Lohnverträge abschließen zu können. Nur so lassen sich vorgeblich die beiden gleichberechtigten Faktoren Kapital und Arbeit mit einander versöhnen.“ – Wie wenig bei all diesen Theorien an den Mittelstand gedacht wurde, wird wohl am besten durch die Tatsache illustriert, daß in dem großen Hand-

wörterbuch der Staatswissenschaften von Prof. Conrad von 1890, an dessen dickleibigen Bänden all unsere nationalökonomischen Gelehrten mitgearbeitet haben, in der ersten Auflage gar kein Artikel über „Mittelstandspolitik“ enthalten war. All diese Auffassungen scheinen heute unseren maßgebenden Kreisen als „wissenschaftlich erwiesen.“ Darnach handeln sie; und der Mensch ist bekanntlich niemals grausamer, als dann, wenn er glaubt, im Rechte zu sein!

M. H., mit diesen herrschenden Theorien müssen Sie rechnen. Bringen Sie aus Ihrer Notlage heraus irgend welche Vorschläge, welche mit diesen Theorien in Widerspruch stehen, so werden Sie mit Ihren Forderungen verständnislos abgewiesen. Was deshalb nach meiner Überzeugung die Mittelstandsbewegung in erster Linie hervorholen muß, das ist eine andere richtigere Theorie, welche geeignet wäre, die heute herrschenden falschen Theorien zu verhängen. Dann erst wird die Periode einer fruchtbaren Mittelstandspolitik einsetzen, die keine kapitalistische und keine sozialistische Theorie als maßgebend anerkennen kann. Als eine solche Mittelstandstheorie nenne ich folgende Sätze:

Der Mittelstandsbegriff ist kein Einkommensteuerbegriff, sondern ein eminent sozialer Begriff. Ich verstehe unter Mittelstand Personen, welche zugleich ihr erster Arbeiter und ihr Kapitalist sind. Nur wenn sich so Kapital und Arbeit in einer Person vereinigen, herrscht der soziale Friede. Der Mittelstand ist deshalb die Grundzelle des gesunden Volkskörpers. Zersetzen sich aber diese Grundzellen in der Weise, daß Kapital und Arbeit sich nach verschiedenen Personenreihen trennen, dann mag die Regierung durch Versicherungsgesetze und Organisationen aller Art den Proletariern schenken, was sie will, die Zufriedenheit der Strebsamen in der Volksmasse wird damit nie erreicht, so lange diesen das Aufsteigen in den selbständigen Mittelstand verschlossen bleibt. Der selbständige Mittelstand ist entwicklungsgeschichtlich der Zustand der Freiheit der Arbeit, und diese Freiheit ist kein leerer Wahn. Selbst die Revisionisten unter den Sozialdemokraten hätten inzwischen erkennen können, daß die Proletarier als solche von einer Versöhnung mit den Kapitalisten nichts wissen wollen. Der strebsame Arbeiter, der sein Leben lang zur abhängigen Arbeit verdammt ist, bleibt in der Arbeiterpartei revolutionär. Die Zufriedenheit der Arbeiter beginnt erst dort, wo dem Arbeiter sich die Möglichkeit bietet, eine selbständige Lebensstellung zu erringen. Die friedliche Lösung der ARBEITERFRAGE liegt also in der Lösung der MITTELSTANDSFRAGE. Die Stellung, welche deshalb der Mittelstand mit den strebsamen Arbeitern dem Kapitalismus gegenüber einnehmen muß, läßt sich in folgendes Bild kleiden: Die Volkswirtschaft eines höher entwickelten Kulturlandes stellt eine wohl gedeckte Tafel dar. Jedermann, der eine entsprechende sittliche und ökonomische Qualifikation sich erworben hat, hat auch das Recht, an dieser Tafel Platz zu nehmen und sich satt zu essen, aber auch diese reiche Tafel ist nicht unendlich lang. Nur wenn die Gesättigten aufstehen, um den Hungrigen Platz zu machen, reicht sie aus. Wenn aber eine kleine Zahl von Personen, die an dieser Tafel schon satt geworden sind, sich auch noch sämtliche Taschen mit Waren vollstopfen und immer noch sitzen bleiben, während andere Hunger leiden, dann muß das im Volke böses revolutionäres Blut geben, das sich durch einige Brotbrocken aus der Staatsküche nicht beruhigen läßt. Ich folgere

daraus den politischen Grundsatz: „Das Arbeitsgebiet des selbständigen Mittelstandes muß nach oben gegen das Einbrechen des Kapitalismus gesichert sein, gleichviel, ob dieser Kapitalismus in der Form von privaten Großbetrieben, oder von Aktiengesellschaften oder von Vereinigungen anderer Art sich einfindet. Dieses Arbeitsfeld des Mittelstandes muß nach unten gesichert sein durch die Bedingung, daß nur solchen Arbeitern der Eintritt in das Gewerbe offen steht, die im Gewerbe schon tüchtig gearbeitet haben und durch den Besitz von Ersparnissen ihre ökonomisch-sittliche Qualifikation erweisen können.“

Aus diesen Mittelstandstheorien ergibt sich von selbst jenes praktische Programm, dessen Durchführung Sie aus Ihren ökonomischen Schwierigkeiten befreien würde: Sie brauchen zunächst eine Art Kontingentierung für das Bäckergewerbe, durch welche jedem Bäcker das heute redlich erworbene Arbeitsfeld als „sein Recht“ zugeschrieben wird. Der Zuwachs des Konsumbedarfs wird dann zunächst den zu kleinen Bäckereien zugeteilt, damit diese groß genug werden, um ihren Mann zu ernähren. Was darüber hinaus geht, dient zur Schaffung neuer Bäckerstellen, auf welche vor allem jene Bäcker gesellen Anspruch haben, welche fleißig und tüchtig waren und sich etwas erspart haben. Damit aber auch allen notwendigen Neuerungen Rechnung getragen werde, sollten sich die Bäcker auf der Basis der Kontingentierung mit den schon vorhandenen Brotfabriken und mit den schon vorhandenen Konsumvereinsbäckereien zu großen Einkaufssyndikaten für Mehl, Hefe, Milch, Butter, Brennmaterialien und Bäckereieinrichtungen zusammen schließen und hierbei redlich Hand in Hand gehen mit den Mittelstandssyndikaten in den Nachbargewerben. Für unsere moderne Zeit mit ihren gewaltigen Verkehrseinrichtungen paßt nicht mehr die lokale Innung. Deshalb sage ich: Auch für das Bäckergewerbe ist das Syndikat die Innung der Zukunft. Und nun zum Schlüsse nur noch zwei Bemerkungen: Ich habe Ihnen mit meinen Ausführungen ein Zukunftsbild entrollt. Das weiß ich, das mußte ich, denn es gibt einen unentbehrlichen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis in der Politik. Die praktische Politik ist die Kunst des Möglichen, die Nationalökonomie als Wissenschaft ist die Bautechnik des Zukunftsstaates. Die von weiter greifenden wissenschaftlichen Grundsätzen nicht mehr geführte Praxis verirrt sich zu leicht in tausend Details. Wenn Sie die einfachen Sätze meiner Programmformulierung mit den vielen Forderungen der Praktiker wie: Zwangsinnung, progressive Besteuerung der Brotfabriken und der Konsumvereine, Befähigungsnachweis, Arbeiterschutzverbände, Handwerkerkammern, Einkaufsgenossenschaften, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Aufhebung des § 100q der Gewerbeordnung usw. vergleichen, so werden Sie finden, daß der berechtigte Teil all dieser Einzelforderungen in meinem Programm enthalten ist, ohne die dort mit in Kauf genommenen Bedenken. Dazu hat die wissenschaftliche Formulierung den Vorzug, daß sie nicht als enges Interessenprogramm erscheint, sondern als ein allgemeines Programm, für das sich der unbeteiligte Dritte interessiert und zwar bis hinab zu dem einsichtsvollen Proletarier. Und das ist doch wohl für die Durchführung des Programms ein wesentlicher Vorteil.

Endlich wird Ihnen nicht entgangen sein, daß ich es ganz verabsäumt habe, an irgend einer Stelle heraus zu rechnen, wie viele hundert Millionen Gewinn

durch meine Vorschläge dem deutschen Volke zugeführt würden. M. H., solche Profitberechnungen stelle ich in volkswirtschaftlichen Fragen nie mehr an, seitdem ich aus der Weltgeschichte gelernt habe, daß alle Völker, die dem Golde nachgelaufen sind, schließlich elend zu Grunde gingen. Die „Politik des Nationalreichtums“ führt zum Verderben. Ich bin als Mittelstandspolitiker bestrebt, ein anderes Endziel als das des größeren Goldreichtums ins Auge zu fassen und das ist die Zufriedenheit der Menschen, und ich glaube auch mit dieser prinzipiellen Auffassung in Ihren Kreisen keine Gegnerschaft zu finden.

## Warum und wie der Landwirt sich eine Meinung über den Getreidemarkt sichern soll?

(Monatliche Nachrichten aus dem Internationalen Bureau zur Regulierung der Getreidepreise, No. 4, 1900.)

Der Grundvertrag zwischen dem Verwertungsverbande der deutschen Spiritusbrennereien und der Zentrale für Spiritusverwertung sagt in seinem § 8 wörtlich: „Sofort nach jeder Lieferung empfängt der Brenner eine Abschlagszahlung, deren Höhe bis zum 15. November jeden Jahres nach Einholung des Gutachtens der Abteilungsvorstände unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Kartoffelernte, der vorhandenen Bestände und der voraussichtlichen Gestaltung des Absatzes im In- und Auslande festzusetzen ist. Der Gesamtausschuß soll bestrebt sein, die Höhe der Abschlagszahlung möglichst dem voraussichtlich zu erzielenden Jahresdurchschnittserlöse anzupassen.“ Die vortreffliche Organisation des deutschen Spiritussyndikates ist also auf der Überzeugung aufgebaut, daß der Gesamtausschuß in der Lage ist, bald nach Beginn der Brennkampagne den zu erzielenden Jahresdurchschnittserlös im voraus zutreffend zu beurteilen und zwar mit einem SOLCHEN GRADE VON SICHERHEIT, daß danach die den Brennern bei jeder Lieferung zu leistende Abschlagszahlung bemessen werden kann. Und diese Beurteilung der voraussichtlichen Bewegung der Spirituspreise geschieht auf Grund umfassender Informationen. Deshalb sind nach § 31 des gleichen Grundvertrages die Brenner verpflichtet, Mitteilungen über den Betrieb ihrer Brennereien, über ihr Kontingent, über zu erwartende Ablieferungen, über ihre Kartoffelanbaufläche, über mutmaßliche und definitive Erträge ihrer Kartoffelernte usw. zu machen. Der Gesamtausschuß ist aber auch insbesondere deshalb in der Lage, den Jahreserlös innerhalb gewisser Grenzen im voraus zu beurteilen, weil das deutsche Spiritussyndikat in Deutschland die maßgebende Spiritusverwertungs-Organisation geworden ist, der gegenüber die Berliner Spiritusbörse zu einer Scheinexistenz herabgesunken ist. So ordnen und gestalten sich die Verhältnisse der Preisbildung, wenn die organisierten Produzenten den Preis ihres Produktes selbst bestimmen.

Die niedrigste Vorstufe zu diesem höheren Entwicklungsstadium wird durch jenen Zustand bezeichnet, in welchem der Produzent ohne jede Marktmeinung und ohne irgend welche Information sein Produkt zum Händler bringt, um von diesem sich sagen zu lassen, was es gilt, und diese Entscheidung urteilslos zu akzeptieren.

Das Übergangsstadium wird charakterisiert durch das Bestreben der Produzenten, sich über die Technik der Märkte und der Preisbildung und über die Preise selbst zu orientieren und andere allgemeine Marktinformationen aufzunehmen. Ein weiterer Schritt vorwärts führt dann schon zu einer richtigen Zusammenfassung all dieser Momente zum Zwecke der Bildung einer Marktmeinung. Und der damit gegebene tiefere Einblick in die Schwächen einer einseitigen Preisbildung durch den Handel ruft dann mit elementarer Gewalt die Verkaufsorganisation der Produzenten hervor.

Die deutschen und mitteleuropäischen Getreideproduzenten befinden sich heute noch an dem ersten Übergangsstadium von der einseitigen Preisbildung durch den Handel zur Verkaufsorganisation der Produzenten. Sie kümmern sich um die Organisation der Märkte, um die Preisnotierungen und von allen landwirtschaftlichen und agrarischen Blättern erwartet man, daß sie fortlaufend Getreidemarktsnachrichten bringen. Aber dieser Zustand kann unmöglich auf die Dauer befriedigen. Wir haben früher bereits nachgewiesen, daß die Mitteilung einer Fülle von Marktpreisen nur zur Verwirrung der Marktmeinung beitragen muß. Speziell die Börsenterminpreise für Getreide sind seit einer Reihe von Jahren darauf zugeschnitten, die Landwirte über die zweckmäßigste Zeit zum Verkauf ihrer Waren in die Irre zu führen. Wenn die Preise später steigen, werden an der Chicagoer Terminbörse – die bekanntlich den größten Einfluß ausübt – die späteren Termine in der Regel niedriger notiert als der Tageskurs des laufenden Monats, um den Landwirt zum Verkaufe zu verleiten. Und wenn die Preise eine fallende Tendenz haben, wird in der Regel der laufende Termin billiger notiert als die späteren Termine, damit der Landwirt zu seinem Schaden verleitet wird, seine Ware zurück zu halten. Wer also diese Börsenpreise ohne Kommentar unter den ahnungslosen Landwirten verbreitet, macht sich mitschuldig an der Ausplünderung der Landwirte durch die Börse. Und was nützt z. B. die bloße Mitteilung der Preise der deutschen Lokalmärkte, wie sie gestern notiert wurden? Der Landwirt, der im Glauben an die Bedeutung derselben seinen Weizen oder Roggen heute zum Markte bringt, wird nur zu häufig erfahren, daß die Preise über Nacht sich um 5, 6, 8, 10 Mark und mehr pro Tonne verändert haben. Und wenn diese Veränderung eine solche à la baisse war, dann sind die Kosten der Marktfahrt vielleicht ein Grund für ihn, seine Ware zu diesem billigeren Preise loszuschlagen. Und das Vertrauen auf die veröffentlichten Marktpreise hat ihn in diese Falle gelockt.

Die Preise sind offenbar nur das Endprodukt einer Reihe von Faktoren, die auf dem Markte zusammen wirken. Und wie es ganz allgemein besser ist, die Ursachen und nicht bloß die Wirkungen zu kennen, so stehen auch die den Preis bestimmenden Marktnachrichten an Bedeutung weit über den Marktpreisen. Wenn mir bekannt ist, daß die Vorräte in der Hand des Handels gering sind und daß sich gerade Nachrichten über ungünstige Ernteaussichten verbreiten, dann werde ich bei dem heutigen Mangel einer Getreideverkaufsorganisation der Landwirte in 9 unter 10 Fällen gut daran tun, nach etwa 14 Tagen bis höchstens 3 Wochen bei gutem Gebot mein Getreide zu verkaufen und dementsprechend meine Dispositionen einrichten. Wer aber in solchen Fällen nur die Marktpreise von gestern anschaut, wird mit größter Wahrscheinlichkeit den günstigen Zeitpunkt zum Verkauf seines Getreides verpassen. Wer es deshalb redlich mit den Interessen der Landwirte meint und mit den Vorgängen auf dem Getreidemarkte vertraut ist, kann den Getreideproduzenten gar nicht dringend genug den Übergang von der urteilslosen Sammlung der Marktpreise zur Bildung einer Marktmeinung empfehlen.

Aber – was bedeutet die Bildung der Marktmeinung? Personen, die sich den Anschein geben, als ob sie in solchen Dingen auch mitzureden berechtigt wären,

bezeichnen nicht selten die Bildung einer Marktmeinung als eine „prophetische“ Tätigkeit, die vom praktischen Standpunkte aus mit Unsinn und Anmaßung identisch sei. Man braucht diese „Fachleute“ nur etwas weiter reden zu lassen, um sehr bald zu hören, daß der Getreidepreis durch Angebot und Nachfrage bestimmt werde. Wenn dem so wäre und ich die Ziffern von Angebot und Nachfrage einigermaßen kenne, sollte ich dann nicht in der Lage sein, die künftige Bewegung der Getreidepreise beurteilen zu können? Es hat bekanntlich eine ganze Reihe hoch angesehener Nationalökonomien gegeben, welche sogar besondere arithmetische Formeln dafür aufgestellt haben, wie sich die Preise verändern, wenn sich die Faktoren von Angebot und Nachfrage so oder so verändern. Und was heißt denn „prophezeien“? Im Sinne des hebräischen wie griechischen Sprachgebrauchs heißt prophezeien nicht vorhersagen, sondern: an Stelle eines anderen und zwar an Stelle Gottes oder einer Gottheit reden. Man darf deshalb sagen, daß Personen, welche die Bildung einer Marktmeinung als „prophetische Leistung“ lächerlich zu machen sich bemühen, ebensowenig über die Bedeutung des Fremdwortes „Prophet“ wie über die tiefere Natur des Getreidemarktes orientiert sind.

Vertreter der Wissenschaft sind der Bildung einer Marktmeinung auf Seiten der Landwirte abhold, weil sie auf dem Boden der Cohn-Kantorowicz'schen Theorie stehen, wonach nur der Börsianer die „instinktive Intelligenz“ besitzt, künftige Gestaltungen der Getreidepreise voraus zu ahnen. Wir haben früher nachgewiesen, daß diese instinktive Börsenintelligenz lediglich in der Theorie der Cohn-Kantorowicz existiert. Und wenn sie wirklich vorhanden wäre, wäre es zu mindesten seltsam, sie allen Nichtbörsianern abzusprechen.

Wichtiger als diese billigen Behauptungen ist offenbar die Stellung der großen Praxis zu unserer Frage. Nun haben wir schon Eingangs erwähnt, daß das deutsche Spiritussyndikat in dem § 8 seines Gesellschaftsvertrages von seinem Gesamtausschuß die Beurteilung des Durchschnittserlöses für Spiritus auf 1 Jahr im voraus alljährlich bis zum 15. November spätestens verlangt. Es ist also überflüssig, sich damit zu bemühen, die Beurteilung der künftigen Preisbewegung als unmöglich und unsinnig darzustellen. Nur der Einwand wäre berechtigt, daß dem Gesamtausschuß des deutschen Spiritussyndikates möglich ist, was auf dem Getreidemarkte ohne Verkaufsorganisation der Produzenten nicht möglich ist. Nun – wie steht es denn mit dem internationalen Getreidehandel und der Mühlenindustrie? Alle wirklich hervorragenden Fachblätter des Getreidehandels bringen in kürzeren Zeiten allgemeine Übersichten über die Lage des Marktes, die selbstverständlich fast ausnahmslos in eine bestimmte Meinung über die voraussichtliche Bewegung der Preise ausklingen. Die in Liverpool erscheinenden „Corn Trade News“ z. B. erfreuen sich der in ihren Wochenübersichten gegebenen statistischen Kalkulationen halber eines besonderen Rufes. Alle Fachblätter der Großmühlen bringen selbstverständlich an leitender Stelle einen Artikel über die Lage des Marktes, die nun einmal ohne eine bestimmte Meinung nicht beurteilt werden kann. Die hochangesehene Fachzeitung „The Miller“ in London erläßt von Zeit zu Zeit in der „Times“ Preisausschreiben für die besten Preis- und Marktprognosen, die dann in ihren Spalten

veröffentlicht werden. Der Geschäftsverkehr auf den großen Terminmärkten ist ohne eine bestimmte Marktmeinung gar nicht möglich. Wenn die Situation des Marktes weder *à la hausse*, noch *à la baisse* eine bestimmte Tendenz erkennen läßt – wie das ab und zu vorkommt – dann sinkt die Schätzung der täglich in Chikago zum Abschluß gekommenen Termingeschäfte rasch unter 1 Million Bushels, um auf 4, 6, 8 und mehr Millionen zu steigen, wenn eine allgemeine Markttendenz sich wieder scharf heraus gebildet hat. Die Meinung über die künftige Gestaltung der Getreidepreise ist also ein geradezu unentbehrlicher Faktor des Marktes.

Als eine Ausnahme nach dieser Richtung könnte höchstens der „Wiener Börsencourier“ angeführt werden, welcher es ausdrücklich ablehnt, einen Rat über die künftige Bewegung der Getreidepreise zu erteilen. Aber diese Ausnahme hat ihre ganz bestimmten Gründe. Zunächst kann der „Wiener Börsencourier“ kaum zu den großen Fachblättern des Getreidehandels gezählt werden. Die „Corn Trade News“ z. B. geben allein für Telegramme aus Nordamerika jährlich über 150 000 Mark aus. Solche Mittel stehen dem „Wiener Börsencourier“ nicht entfernt zur Verfügung. Es kommt ferner in Betracht, daß gerade der Wiener und Budapester Markt vielleicht am schwersten zu beurteilen ist. Eingeschlossen zwischen dem hochentwickelten Mitteleuropa einerseits und Rußland und Rumänien andererseits, hat Österreich-Ungarn infolge seiner nur mehr geringen Exportfähigkeit in Weizen eine ziemlich weitgehende Unabhängigkeit in seiner Preisbewegung erlangt. Wenn die unteren Donauländer mit Südrußland weniger gute Ernte haben, kann die ungarische und österreichische Spekulation ihre ganz selbständige Haussebewegung haben, ohne dabei von Westeuropa gestört zu werden. Die Ereignisse bis März 1899 haben das genügend bestätigt. Nicht minder selbständig sind die österreichisch-ungarischen Märkte in diesem Frühjahr *à la baisse* vorgegangen. Und das wird so bleiben, so lange auf Seiten der Landwirte dieser Länder auch der bescheidenste Anfang einer Getreideverkaufsorganisation noch fehlt. Wenn aber in solchem Maße der persönliche Wille der zufällig führenden Spekulation die Preise unabhängig von der allgemeinen Lage des Weltmarktes zu verschieben imstande ist, dann ist es auch begreiflich, daß der „Wiener Börsencourier“ es ablehnt, für sein spezielles Gebiet sich mit der verantwortungsvollen Beurteilung der künftigen Bewegung der Getreidepreise zu befassen.

Die Bildung einer Marktmeinung ist also in der großen Praxis längst eingeführt. Trifft sie auch immer das Richtige? Ganz gewiß nicht. So haben sich z. B. die „Corn Trade News“ namentlich zur Zeit des Leiter-Corners mit ihren Beurteilungen recht gründlich getäuscht. Einer ihrer Abonnenten schrieb ihr nachher in Bezug auf ihre damaligen statistischen Zusammenstellungen, daß Lord Beaconsfield einmal gesagt habe: „Es gibt drei Sorten von Lügen: erstens gewöhnliche Lügen, zweitens verdammte Lügen und drittens – Statistik!“ Die „Corn Trade News“ standen damals mit Leiter in einer gewissen geschäftlichen Beziehung, indem sie an Leiter täglich ein informatorisches Telegramm über die Lage der europäischen Märkte zu schicken hatte. Leiter zahlte dafür neben allen Unkosten für 12 Monate ein Honorar von 12 000 Mark. Das mag unwillkürlich

das Gefühl, das ja bei allen Beurteilungen künftiger Verhältnisse innerhalb der organischen Welt eine so große Rolle spielt, beeinflußt haben. Auch die Preisprognosen des „Miller“ treffen nicht immer das Richtige. Es gibt Zeiten, in denen eine große Zahl der internationalen Getreidehändler in ihrer Beurteilung der Marktlage sich täuschen. Das war unzweifelhaft vom Juli v. J. bis Februar-März dieses Jahres der Fall. Deshalb haben im letzten Winter so viele Getreidehändler zwangsweise oder freiwillig liquidiert. Und das war einer der wesentlichen Gründe, warum die Getreidepreise sich fast nicht mehr erholen wollten, auch nachdem die finanziellen Schwierigkeiten beseitigt waren, die der Beginn des unerwarteten Burenkrieges gebracht hatte. Von der Beurteilung der Marktlage Unfehlbarkeit erwarten, heißt einfach Unmögliches erwarten. Der Irrtum ist ganz gewiß hier nicht ausgeschlossen. Aber wer deshalb auf die Bildung einer Marktmeinung überhaupt verzichtet und lieber unter dem Einfluß der Fälligkeitstermine seiner Zahlungen, der freien Zeit seiner Gespanne, der Inventuraufnahme usw. sein Getreide verkauft, rechnet mit einer Wahrscheinlichkeit, den richtigen Zeitpunkt zum Verkaufen zu treffen, die weit geringer ist als 1 : 1. Wer aber auf Grund einer sorgfältig gesuchten Marktmeinung seine Verkäufe einrichtet, kann immerhin darauf rechnen, in 7 bis 9 Fällen unter 10 das Richtige zu treffen. Das wohl verstandene eigne Interesse sollte deshalb die Landwirte zur Bildung einer Marktmeinung führen.

Es ist nämlich deshalb mit einem Unterschiede in der Richtigkeit der Marktmeinung zu rechnen, weil verschiedene Landwirte nicht gleich lange ihre Ware vom Markte zurückhalten können. Die einen müssen sie spätestens bis zu Weihnachten verkaufen, die anderen können sie bis zum Frühjahr oder auch bis zur neuen Ernte halten, die Dritten können sie auf Jahre lagern. Das sind ganz außerordentlich wichtige Unterschiede, die die Landwirte nur zu regelmäßig bei ihren Anfragen um Beratung über den günstigsten Zeitpunkt zum Verkauf unerwähnt lassen.

Die erste Klasse ist unzweifelhaft am schwersten zu beraten. Ziehen wir z. B. die in ihren Gesamtverhältnissen am meisten gleichmäßigen letzten acht Jahre in Betracht, so haben die Dezemberverkäufer von Weizen dreimal bessere und viermal schlechtere Preise erhalten, als die August-Septemberverkäufer. Der entscheidende Faktor war dabei der Ausfall der so außerordentlich unsicheren argentinischen Ernte, die immer erst mit dem Augenblicke, in dem sie geschnitten wird, einigermaßen zuverlässig zu beurteilen ist. Der argentinischen Witterung und den argentinischen Heuschrecken gegenüber ist bei dem heutigen mangelhaften Nachrichtendienst aus Argentinien jede Voraussicht besonders schwierig. Wer also wirklich bis Dezember verkaufen muß, scheint im allgemeinen am besten zu handeln, wenn er nach der Ernte so rasch als möglich drischt und bei befriedigendem Angebot seinen Weizen verkauft. Auf den letzten Groschen zu spekulieren, ist am allerwenigsten in diesem Falle ein geschäftliches Prinzip. Sollte freilich eine entsprechende größere Zahl von Landwirten jetzt diesen Rat befolgen, dann würden die Preise auf Grund stärkerer Ablieferungen in die Hand des Handels im Herbst stärker fallen und diejenigen, welche bis Dezember warten, würden dann voraussichtlich die besseren Geschäfte machen.

So lange der Handel allein die Preisbildung in Händen hat, sind solch überraschende Verschiebungen ganz unvermeidlich. Speziell heute aber wäre diesen Landwirten der Dezemberverkauf anzuraten, wenn wir im Laufe des September aus Argentinien sichere Nachrichten über ungünstige Aussichten der Dezemberernte erhielten, was bei besserer Organisation des Nachrichtendienstes möglich wäre. Man ersieht daraus, daß trotz der kurzen Frist und der geringeren Chancen auch für die Bis-Dezemberverkäufer die Bildung einer Marktmeinung leicht 10 Mk. pro Tonne wert ist.

Schon weit besser steht es mit denjenigen Landwirten, welche bis zum Frühjahr oder bis zur neuen Ernte warten können. Sie vermögen die Dezemberchancen auszunutzen und haben außerdem noch die Frühjahrstermine zu ihrer Verfügung, auf welche neben den argentinischen Verschiffungen namentlich die Aussichten der neuen Ernte einwirken. Und der Frühjahrstermin hat auch in den letzten acht Jahren seinen guten alten Ruf nicht ganz verloren. In fünf unter den letzten acht Jahren hatten wir in den Monaten April bis Juli außerordentliche Preissteigerungen. Die Schwierigkeit lag dabei nur darin, den rechten Zeitpunkt zum Verkaufe nicht zu verpassen. Unter dem unheilvollen Einflusse der Terminbörsen ist die Haussebewegung ebenso rasch eingetreten, wie sie rasch wieder verschwunden ist. Ihre durchschnittliche Dauer ist 14 Tage bis drei Wochen. Wer diese Bewegung in geschickter Weise benutzte, konnte leicht 10, 15 bis 20 Mk. pro Tonne Weizen gewinnen. Wer dabei nur die Preisnotierungen betrachtet hat, wird immer ganz genau erfahren haben, wann er mit seinen Verkäufen bereits zu spät kommt. Auch in diesem Falle ist also die Bildung einer Marktmeinung, will man gute Geschäfte machen, ganz unentbehrlich.

Endlich gibt es Landwirte, welche auf Jahre hinaus ihr Getreide zurückhalten können. In Indien und Rußland ist das eine häufige Erscheinung. Aber auch aus Nordamerika wird berichtet, daß reiche Farmer schon seit Jahren begonnen haben, sich Getreidelagerräume zu bauen und bei weniger guten Preisen ihr Getreide zu lagern, bis wirklich gute Preise kommen. Als im Mai 1898 die Weizenpreise in Chicago eine so außerordentliche Höhe erreichten, da sollen diese Farmer ihre Speicher geöffnet und ihre Ernten seit 1895 auf einmal verkauft haben. Wesentlich deshalb soll in Nordamerika wenigstens die dem Leitercorner zugrunde gelegene Kalkulation sich als unzutreffend erwiesen haben. Diese Art des Getreideverkaufs bringt unzweifelhaft die reichsten Gewinne, vorausgesetzt, daß das Getreide gut gelagert wird. Die täglichen Preisnotierungen bieten für diese Landwirte bei einer mittleren oder gar schlechten Preislage gar kein Interesse. Kommen aber außerordentliche Preisbewegungen, dann ist die Marktmeinung ihr allein brauchbarer Führer. Wer im Frühjahr 1898 der Meinung war, daß der Corner gelingen würde, der wußte im voraus, daß er dann Ende Mai verkaufen muß. Wer der Meinung war, daß der Corner mißlingen würde, wußte ebenso im voraus, daß er Mitte Mai verkaufen müsse. Ein Blick auf die Marktpreise war dabei völlig überflüssig.

Die Bildung einer Marktmeinung über die voraussichtliche Bewegung der Getreidepreise auf seiten der Landwirte ist endlich auch zur Herbeiführung besserer Preise von der allergrößten Bedeutung. Der heutige Zustand einer ein-

seitigen Preisfixierung durch den Handel ist, logisch betrachtet, geradezu eine Ungeheuerlichkeit. Der Landwirt, der das Getreide produziert, hat auf die Bewegung der Preise fast noch keinen Einfluß gewonnen. Der Handel, der die landwirtschaftlichen Produktionskosten gar nicht kennt, kümmert sich auch nicht um die Frage einer gerechten Entlohnung der im Getreide „geronnenen“ landwirtschaftlichen Arbeit. Er bestimmt vielmehr im Allgemeinen die Getreidepreise nach der Größe der Warenvorräte, die sich in seiner Hand befinden. Diese Vorräte sind im Verhältnis zu dem, was der Landwirt besitzt, klein und betragen durchschnittlich nur 3 bis 6% der Welternte. Sobald die Landwirte zu diesem Vorrat in zweiter Hand 1 % mehr abliefern, fallen die Preise, sobald diese Vorräte um 1 % abnehmen, steigen die Preise. Und die Landwirte nehmen diese Preisbildung, als wäre sie unabänderlich. Was würde man von einem Restaurateur sagen, dessen Büfettier die Preise der Speisen und Getränke bestimmen würde nach Maßgabe der Vorräte, die sich unter der Zufuhr aus Küche und Keller und der Ablieferung an die Gäste jeweilig am Büfett anhäufen? Und doch vollzieht sich heute die Getreidepreisbildung in genau der gleichen sinnlosen Weise. Nun bedingen die Interessen der großkapitalistischen Organisationen, welche im nordamerikanischen Elevatorenring und in den großen Gründungsbanken unter den mannigfachsten Formen der Terminbörsen, der Eisenbahntarifierung, der Erschließung neuer Länder usw. sich auch des Getreides bemächtigt haben, daß die Preise in der Hauptsache à la baisse tendieren. Angebot und Nachfrage bestimmen längst nicht mehr den Preis, wenigstens wenn man darunter das Verhältnis zwischen der Jahresernte plus alte Vorräte zu dem Jahresbedarf versteht. Das bischen sichtbare Vorräte in der Hand des Handels bestimmt die Preise. Und diese Statistik wird von dem nordamerikanischen Elevatorenring in willkürlicher Weise gefälscht. Fehlt dieser organisierten großkapitalistischen Baissepartei gegenüber eine organisierte Haussepartei, so bleiben die Getreidepreise niedrig, auch wenn die Ernte noch so schlecht ausgefallen ist und ein Defizit in der Brotversorgung droht. Die Erfahrungen aus dem Leitercornerjahre 1897/98 sind nach dieser Richtung im höchsten Maße interessant. Daß eine schlechte Ernte kommen werde, wußte man bereits im April 1897. Schon um diese Zeit habe ich dem engeren Vorstande des Bundes der Landwirte mein Gutachten dahin abgegeben, daß bessere Weizenpreise kommen müßten. Aber siehe da – die Weizenpreise fielen in Chicago von 76 ½ Cents am 24. April auf 68 ½ Cents am 2. Juli. Herr von Ploetz hat mir damals ganz mit Recht geschrieben: „Sie haben sich mit Ihrer Vorhersagung geirrt, weil die Terminbörsen mit den Getreidepreisen machen, was sie wollen.“ Wer weiß, wie lange trotz der längst allgemein bekannten schlechten Ernte die Baisse damals auf dem Getreidemarkte noch gedauert hätte, wenn Leiter sich nicht der Riesenaufgabe unterzogen, auch die Haussepartei wieder einmal international zu organisieren. Diese Organisation ist mit Leiter zusammengebrochen. Die damals von der Haussepartei gemachten Erfahrungen werden sobald keinen Großkapitalisten mehr veranlassen, eine abermalige Organisation der Haussepartei auf sich zu nehmen. Das wachsende Ansammeln von mehreren Ernten auf seiten der reichen nordamerikanischen Farmer wird in eingeweihten Kreisen sogar als eine

wachsende Gefahr für jede energische Haussebewegung bezeichnet. Ein zweiter Leiter wird deshalb recht lange auf sich warten lassen. Inzwischen bleiben die Getreidepreise ungehindert der Spielball der organisierten Baissepartei, deren Vertreter da und dort die Meinung äußern, daß die Weizenpreise in Mitteleuropa auch noch auf 10 Mark pro Tonne herabsinken könnten. In diese traurigen Verhältnisse müssen die Landwirte aktiv eingreifen, wenn sie nicht von Haus und Hof kommen wollen. Und dabei wäre der nächste Schritt, daß sie sich nicht damit begnügen, die leeren Marktpreise von gestern zu betrachten, sondern sich auf Grund zureichender Information eine Meinung über die kommenden Preise bilden, um darnach ihre Dispositionen einzurichten. Die nationale Verkaufsorganisation der Landwirte wird nach einer solchen Vorschule dann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Man mag deshalb die Lage der Getreide bauenden Landwirte betrachten wie man will, von allen Seiten tritt uns die Notwendigkeit der Bildung einer Marktmeinung entgegen. Gewisse unsichere Kantonisten mögen auch ferner die Behauptung wiederholen: „Das ist unmöglich!“ Die große Praxis hat darüber längst zu Gunsten der Bildung einer Marktmeinung entschieden. Und meine eigene Erfahrung hat mir bestätigt, daß man mit einem entsprechenden Aufwand von Fleiß und Sachkenntnis im Allgemeinen ziemlich das Richtige treffen kann. Wie durch Zuschrift von anderer Seite in Nummer 160 der „Deutschen Tageszeitung“ vom 6. April 1899 bezeugt wird, habe ich im Frühjahr 1897 geraten, die 96er Ernte nicht zu verkaufen. Im Herbst 1897 disponierte ich: „Warten bis zum nächsten Frühjahr.“ Im April 1898 schrieb ich: „Vor Ende Mai verkaufen“. Man verkaufte am 20. Mai zu einem Preise von 260 Mark pro Tonne. Im Herbst 1898 war meine Marktmeinung: „Rasch dreschen und verkaufen.“ Gleich darauf gingen die Preise zurück. Im Juni schloß meine Prognose: „Verkaufen bei günstigem Angebot.“ Nach Mitte Juni gingen die Preise dauernd zurück. In meiner Prognose vom 7. September 1899 habe ich dann die Gründe genannt, warum die Gefahr bestehe, daß die Weizenpreise bis in den Dezember hinein fallen. Die Preise sind dann freilich bis über den Dezember hinaus gefallen und zwar wesentlich unter dem Einfluß jener Geldknappheit, die der unerwartete Ausbruch des Burenkrieges hervorgerufen hatte. In meiner Prognose vom 7. April 1900 habe ich darauf hingewiesen, daß für die Zeit bis zum 1. September begründete Aussichten bestehen, daß die Preise sich bessern. Eine ganz ausnahmsweise frühe Ernte hat diese Chancen wesentlich herabgemindert. Trotzdem kam Ende Juni eine Haussebewegung. Und in meinem Rundschreiben vom 7. Juli habe ich meinen Abonnenten empfohlen, mit einem bevorstehenden weiteren Rückgang der Preise zu rechnen. Die Erfahrung hat inzwischen gezeigt, daß diese Meinung eine zutreffende war. Das sind also im ganzen 8 verschiedene Meinungsäußerungen, von denen sich 7 als durchaus zutreffend erwiesen haben. Das macht 87 % Treffer. Die so weit verbreiteten amtlichen Wetterprognosen zählen günstigen Falls nur einige 60 % Treffer. Mit jeder neuen Marktmeinung wächst die Erfahrung auf diesem Gebiete. Auch vom Standpunkt der wissenschaftlichen Methode muß deshalb die Bildung einer Marktmeinung als berechtigt bezeichnet werden.

Aber – wie bildet man sich eine richtige Marktmeinung? Ein Getreidehändler der Schweiz, der sich nicht gerade durch besonders reiche Bildung auszeichnete, befolgte die Methode, immer das Gegenteil von dem zu tun, was die Mehrheit seiner Kollegen getan. Er hielt sich namentlich durch besondere Berichterstattung über die Läger des schweizerischen Getreidehandels orientiert. Waren diese klein, so kaufte er, waren sie groß, so verkaufte er. In den Jahren 1897 und 1898 hat er mit dieser einfachen Methode gute Geschäfte gemacht. Inzwischen ist er bankrott geworden. So leicht ist also die Bildung einer Marktmeinung nicht.

Im Sommer 1897 hörte ich mit eigenen Ohren, wie ein einflußreicher landwirtschaftlicher Beamter in Süddeutschland in öffentlicher Versammlung die Theorie vertrat: Die Erfahrungen dieses Jahres haben wieder gezeigt, daß die alte Regel, erst im Frühjahr zu verkaufen, nicht mehr richtig ist. Heute muß man im Herbst so rasch als möglich dreschen und verkaufen, wenn man bessere Preise erzielen will. – Auch so einfach ist die Sache nicht, daß man aus den Erfahrungen eines einzigen Jahres schon allgemeine Regeln abzuleiten berechtigt wäre.

Im September v. J. sind durch die deutsche landwirtschaftliche Presse zwei Marktmeinungen verbreitet worden, von denen die eine sogar durch einen halbamtlichen Charakter sich auszeichnete. Beide trugen den Stempel der Unzulänglichkeit an der Stirne. Wer so naiv ist, mit dem Unterschiede der einen Jahresernte gegenüber der anderen die Preisbewegung erraten zu wollen und gleichzeitig mit der einschlägigen Fachliteratur so wenig vertraut ist, daß ihm Angaben über sichtbare und unsichtbare Vorräte mangeln, der sollte allerdings die Veröffentlichung von Marktmeinungen besser unterlassen. Diese beiden Autoren sind ja auch inzwischen mit ähnlichen Leistungen nicht mehr an die Öffentlichkeit getreten.

Wer sich eine Meinung über die voraussichtliche Bewegung der Getreidepreise bilden will, um rechtzeitig und nicht zu spät seine Ware an den Markt zu bringen, der muß sich nach meiner Erfahrung vor allem ein richtiges Bild über zwei Dinge machen: über die Jahres- und über die Tagessituation. Die Jahressituation wird gebildet durch das Verhältnis der Größe der neuen Ernte plus alte Vorräte zu dem Jahreskonsum für Menschen, Vieh, industriellen Bedarf und Aussaat und durch die Aussichten der wachsenden Ernte. Die Tagessituation wird gebildet durch die Größe der Warenvorräte in der Hand des Handels, die Aussichten des eventuellen Kampfes der Hausse- und Baissepartei an den Terminbörsen, durch die Bewegung der Frachtsätze und die Höhe des Zinsfußes nebst den Veränderungen der Valuten der exportierenden Länder. Beide, nämlich die Jahres- und Tagessituation, stimmen keineswegs immer miteinander überein. Häufig läßt die Jahressituation bessere Preise erwarten, während gleichzeitig die Tagessituation auf schlechtere Preise zielt. Wenn dann trotzdem die Jahressituation eine Hebung der Preise zu bewirken vermag, so ist mit voller Sicherheit zu erwarten, daß die Preisbesserung eine rasch vorübergehende ist. Die Gründe dafür sind schon in der ersten Nummer unserer Zeitschrift angegeben. Zu solchen Zeiten müssen also insbesondere die Ablieferungen an den westlichen Hauptmärkten in Nordamerika, die sichtbaren Vorräte des internationalen Handels mit den Verschiffungen beachtet werden. Schließt sich aber eine

gute Tagessituation an eine gute Jahressituation an, dann hat es mit dem Verkauf wenig Eile, dann ist die Besserung der Preise von Bestand. Umgekehrt bezeichnet eine schlechte Tages- und Jahressituation für die Landwirte einen hoffnungslosen Zustand.

Sind das die allgemeinen Grundsätze der Methode, welche bei einer sorgfältigen Ermittlung der Marktmeinung zu beachten sind, so erübrigt noch die Beantwortung der Frage: wo finden sich diese Informationen? Und darauf muß leider geantwortet werden: Sie finden sich in keiner Zeitung in einer für die Landwirte richtigen Weise vereint. Der „Cincinnati Price Current“ und das „New York Journal of Commerce“, die in den letzten Monaten in der deutschen landwirtschaftlichen Presse so häufig als hervorragende Fachblätter genannt wurden, sind ausgesprochener Maßen Organe der Baissepartei, über welche in Nordamerika recht harte Urteile gefällt werden. Die Landwirte sollten sich deshalb hüten, den Ausführungen dieser beiden Blätter zu viel Glauben zu schenken. Auch „Bradstreets“ steht im Zweifel auf seiten des Elevatorenringes, dessen Entgegenkommen er seine Statistik vielfach verdankt. Die amerikanischen Zeitungen kommen außerdem etwas verspätet nach Europa. Am besten sind noch die englischen Fachblätter, und zwar namentlich „Corn Trade News“ in Liverpool, die sich durch gute Übersichtlichkeit der Nachrichten auszeichnen, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sie Haussenachrichten und Baissenachrichten abwechselnd bringen. Es ist deshalb unumgänglich, noch andere Zeitungen daneben zu lesen. Und dazu eignen sich für Landwirte vor allem die großen Müllerzeitungen, wie „The Northwestern Miller“ von Minneapolis, „The Miller“ von London und „Milling“ von Liverpool, die durchweg dem Baissestandpunkt abgeneigt sind. Daneben gehen noch Berichte von Konsuln und Gesandten durch die Presse, die aber stets mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln sind. So hat im August der Konsul aus Havre berichtet, daß die neue französische Ernte auf 16 ½ Millionen Hektoliter, und die alten Vorräte auf 15 Millionen Hektoliter geschätzt werden – der Konsul hätte hinzufügen müssen, daß das die Meinung des Baissiers ist und daß der offiziöse „Temps“ zu gleicher Zeit die Ernte auf 100 Mill. Hektoliter schätzte. Mitte August ging ein Gesandtschaftsbericht aus Argentinien durch die Presse, in welchem der zu erwartende Export auf 2 Millionen Tonnen angegeben wird. Man hätte offenbar besser getan, damals von dieser großen Ziffer jenes Quantum abzuziehen, das bereits verschifft worden war, dann hätte diese Angabe sich darauf reduziert, daß in diesem Jahre noch etwas über 300 000 Tonnen zu erwarten seien.

All diese Nachrichten sollten nicht nur täglich gelesen, sondern auch in ihren Angaben kritisch verarbeitet werden. Es kommt nämlich überall gelegentlich vor, daß die wichtigsten statistischen Angaben grobe Druckfehler enthalten. Das findet man dann sofort heraus, wenn die hierher gehörende Zahlenreihe übersichtlich geordnet zur Verfügung steht.

Ist so das Material gesichtet, dann sollte die Findung des Urteils nicht in der Hand eines Einzelnen ruhen. Trotz all dieser vereinfachenden Grundsätze ist die Beurteilung der künftigen Bewegung der Preise immer noch eine so diffizile Arbeit, daß dabei ein Meinungs austausch mit anderen unentbehrlich ist. Deshalb

namentlich sind Spezialberichte von großen Chicagoer Kommissionshäusern ab und zu von hohem Werte. Und auch zu anderen großen Börsenplätzen sollte man Beziehungen unterhalten. Und wenn auch diesen Anforderungen genügt ist, dann muß das Empfinden möglichst rein auf Interesselosigkeit an der Preisbewegung gestimmt sein. Nur ein möglichst unbefangenes Auge wird kleine, aber deshalb doch oft wichtige Vorgänge zutreffend einschätzen. Sobald aber erst die materiellen Interessen einer bestimmten Richtung angehören, wird gar zu leicht der Wunsch zum Vater der Gedanken und das Auge blind für die deutlichsten Anzeichen zur richtigeren Beurteilung der Lage.

So etwa könnte sich der Landwirt eine selbständige Marktmeinung bilden. Und wenn schon dem Einzelnen dazu nur zu häufig die Zeit mangelt, so sollte es doch den großen landwirtschaftlichen Korporationen möglich sein, ein Spezialbureau dafür einzurichten. So lange das noch nicht geschehen ist, bringt diese Monatsschrift regelmäßig einen Artikel über die Lage des Weizenmarktes. Und weil die Ereignisse nur zu häufig so rasch wechseln, daß eine rechtzeitige Beratung durch die Monatsschrift ausgeschlossen erscheint, wollen unsere Abonnenten, soweit sie diese Zeitschrift durch den Buchhandel oder die Post beziehen, ihre Adresse hierher oder an die Ißleibsche Verlagsbuchhandlung nach Berlin einsenden. Wir sind dann in der Lage, in besonderen Fällen gratis und franko in einem verschlossenen Kuvert unsere Marktmeinung ihnen zu übermitteln.

## **Darf eine Organisation der landwirtschaftlichen Marktnachrichten die Beurteilung der kommenden Preisbewegung ausschalten?**

(Getreidemarkt, IV. Jahrgang, No. 49.)

### **I.**

Gewiß ist es wesentlich leichter, die einlaufenden Marktnachrichten und statistischen Angaben ohne jede Kritik auf Zuverlässigkeit und ohne jede Beurteilung der daraus für die nächste Zukunft sich ableitenden Konsequenzen einfach übersichtlich zu veröffentlichen. Wer es unternimmt, einen Marktnachrichtendienst so zu organisieren, daß damit fortlaufend die nächste Zukunft zutreffend beurteilt wird, übernimmt ein ebenso schwieriges wie aufreibendes Amt. Recht naheliegend ist es auch, daß zunächst mit den Versuchen im Sinne der leichteren Aufgabe begonnen wurde. So haben ja schon die alten Babylonier vor mehr als vier Jahrtausenden zunächst damit begonnen, die Sonnen- und Mondfinsternisse aufzuzeichnen, um erst zur Zeit Alexander des Großen daraus jene Theorie abzuleiten, mit deren Hilfe sie das Eintreffen dieser Himmelsereignisse ziemlich zuverlässig voraussagen konnten. So hat schließlich jede fortgeschrittene Wissenschaft diesen charakteristischen Entwicklungsweg von der kritiklosen Beobachtung zur klaren sicheren Voraussage der kommenden Ereignisse durchgemacht, weshalb die hervorragendsten Männer der Wissenschaft, wie Liebig, Helmholtz, Hertz u. a. die Ansicht vertreten haben: „Es ist die nächstliegende und vielleicht auch wichtigste Aufgabe aller menschlichen Erkenntnis, künftige Erfahrungen vorauszusehen, um unser Handeln in der Gegenwart danach einrichten zu können.“

In Mitteleuropa beschäftigt sich bis heute der landwirtschaftliche Marktnachrichtendienst in der Hauptsache noch damit, die Ereignisse von gestern heute einfach zu registrieren und zu veröffentlichen. Sollte hier allein die menschliche Erkenntnis in der reinen Empirie hängen bleiben?

### **II.**

Jedenfalls ist es unschwer nachzuweisen, daß z. B. die Getreidepreisnotierung allein ganz wesentliche praktische Bedürfnisse der Landwirte unberücksichtigt läßt.

Den Landwirten gelingt es nicht immer, den vollen Marktpreis bei ihren Verkäufen zu erzielen. Wer mangelhaft über die Marktlage unterrichtet ist, muß diese seine Unkenntnis mit einem entsprechenden Abzug im Preise bezahlen. Werden nun diese eigentlich zu billigen Preise öffentlich notiert, so wirkt das naturgemäß *à la baisse* auf die allgemeine Preisbewegung im Markte.

Die amtlichen Preisnotierungen werden heute in der Weise veröffentlicht, daß die Mehrzahl der Landwirte erst zwei Tage später diese Preise erhält. In Zeiten mit intensiven Preisveränderungen – wie z. B. im Februar dieses Jahres – kann es leicht vorkommen, daß sich innerhalb dieser zwei Tage der Preis um 5

bis 6 Mark per 1000 kg verändert hat. Der Landwirt, welcher also auf Grund dieser amtlichen Preismitteilung seine Ware verkauft, wird in einem solchen Falle um 5 bis 6 Mark per Tonne zu Schaden kommen.

In der Praxis des Getreideverkaufs hat sich namentlich deshalb ganz allgemein auch innerhalb des Deutschen Reiches ein umfassendes Lieferungs-geschäft ausgebildet, weil die Mühlen durch die Konkurrenz gezwungen sind, ihr Mehl auf Monate im Voraus zu verkaufen. Um dabei an dem Risiko der möglichen Getreidepreisveränderung nicht zugrunde zu gehen, müssen die Mühlen auch auf Monate im Voraus ihr Getreide kaufen. Im laufenden Jahre z. B. verkaufte eine sehr große Zahl von deutschen Landwirten seit Februar die erst im Herbst zu erwartende Getreideernte. Die Preise für diese Vorverkäufe per Herbst werden heute amtlich noch gar nicht ermittelt. In den amtlichen Veröffentlichungen finden mithin die Landwirte gar keinen Anhalt dafür, ob der ihnen gebotene Herbstpreis der Lage des Marktes entspricht oder nicht. Und doch wird auf solche Weise wahrscheinlich vielfach die Hälfte unserer Getreideproduktion verkauft.

Dazu kommt in der Praxis des landwirtschaftlichen Getreideverkaufs eine Reihe von Fragen, welche die Landwirte zwingen, auf Grund einer ganz bestimmten „Meinung“ über die nächste Zukunft zu handeln. Eine recht große Zahl der Landwirte ist immer noch in der Lage, sich frei zu entscheiden, ob sie im Herbst oder im Frühjahr ihr Getreide verkaufen wollen. Das haben die Erfahrungen im Herbst 1898 und 1904 deutlich bewiesen. Unsere Haferpreise sind seit Monaten recht billig. Viele Landwirte nehmen aus einer Reihe von Gründen an, daß die Haferpreise nach der neuen Ernte steigen werden und halten deshalb mit ihren Verkäufen heute zurück. Tun diese Landwirte recht daran oder werden sie wahrscheinlich dabei zu Schaden kommen? Eine mit zureichenden Hilfsmitteln ausgerüstete Informationsstelle für diese Fragen existiert nicht. Unsere Landwirte müssen sich deshalb ohne eine solche behelfen, so gut und so schlecht es eben geht.

Wer in der Praxis unserer Getreideverkaufsgenossenschaften einen besseren Einblick gewonnen hat, wird die teilweisen Mißerfolge derselben wesentlich auf den Umstand zurückführen, daß diese Körperschaften fortgesetzt mit einer bestimmten „Meinung“ über die nächste Zukunft arbeiten müssen, und bei dem völligen Mangel einer Einrichtung, welche in der rechtzeitigen Aufklärung der kommenden Ereignisse ihnen behilflich wäre, auf das ganz zufällige Erraten angewiesen sind.

Aber nicht nur der einzelne Landwirt und die landwirtschaftlichen Genossenschaften, auch der Staat und das Reich kommen fortgesetzt ohne eine bestimmte „Meinung“ über die voraussichtliche Bewegung der Getreidepreise in der nächsten Zukunft gar nicht aus. So hat auch jüngst gelegentlich der ersten Beratung der neuen Börsengesetznovelle der preußische Handelsminister Möller im Reichstage konstatiert, daß nicht nur die verbündeten Regierungen, sondern selbst eine Reihe von Abgeordneten auf der rechten Seite des Hauses im Jahre 1901 der „Meinung“ waren, die damals gerade recht hohen Getreidepreise

würden auch in den nächsten 12 Jahren noch andauern. Die gleiche „Meinung“ über die voraussichtliche Bewegung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte spielt auch beim Abschlusse der neuen Handelsverträge eine durchschlagende Rolle. Schreiber dieses hat seit dem Jahre 1897 eine wachsende Zahl von Landwirten und landwirtschaftlichen Genossenschaften mit recht bescheidenen Hilfsmitteln über die voraussichtliche Bewegung der Getreidepreise in der nächsten Zukunft beraten und dabei nachweisbar bis heute 90 % Treffer gehabt. Was erscheint da zweckmäßiger: die Landwirte, die Genossenschaften und das Reich in diesen Fragen im Dunkeln tappen zu lassen und sich mindestens ebenso häufig zu irren, wie man das Richtige trifft, oder endlich ein Spezialbureau mit reichen Mitteln auszustatten, das die kommenden Ereignisse im Markte rechtzeitig aufzuklären berufen ist?

### III.

Alles Neue und deshalb Ungewohnte hat Anfeindungen zu ertragen. Hier, wo es sich darum handelt, künftige Erfahrungen vor auszusehen, liegt es zu nahe, von einer „prophetischen“ Aufgabe zu reden, die zu erfüllen dem gewöhnlichen Sterblichen nicht vergönnt sei. Kein Einwand ist weniger begründet als dieser. Das Wort „prophezeien“ als gleichbedeutend mit „künftige Erfahrungen voraussagen“ verwenden, ist ein ebenso irriger Sprachgebrauch wie die übliche Redensart von der „aufgehenden“ und „untergehenden“ Sonne. Die Sonne steht fest und nur der Gesichtskreis der Erde geht auf und unter. Und „Prophet“ im wahren Sinne des Wortes ist nur, wer im Auftrage Gottes redet. So wenig es angebracht erscheint, einen größeren Bauern, welcher bei einem Vermögen von 100 000 Mark in landwirtschaftlichen Notjahren pro Jahr 10 000 Mark Verlust zu tragen hat und sich deshalb berechnet, daß er bei Fortdauer dieser Verhältnisse in zehn Jahren völlig verarmt wäre, als einen „Propheten“ lächerlich machen zu wollen, ebensowenig paßt die gleiche Bezeichnung auf einen Spezialisten auf dem Gebiete der Marktnachrichten, der auf Grund der ermittelten Verhältnisse von Vorrat und Bedarf, Angebot und Nachfrage fallende oder steigende Preise voraussagt.

Ein anderes Bedenken sieht in diesen Voraussagungen den „Anreiz zur Spekulation“. Und „die Landwirte und namentlich die landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen nicht spekulieren!“ – also sei jede Beratung nach dieser Richtung zu verwerfen. Auch diesem Einwand ist leicht zu begegnen. Das Wort „specula“ bedeutet bekanntlich einen erhöhten Punkt, von dem aus man einen besseren Rundblick genießt. „Spekulieren“ heißt im wirtschaftlichen Sinne: auf Grund bestimmter Erfahrungen aus der Vergangenheit und bestimmter Erwartungen von der Zukunft in der Gegenwart in bestimmter Weise handeln. In diesem Sinne einer berechtigten Spekulation ist jede menschliche Wirtschaft ohne „Spekulieren“ gar nicht denkbar. Der Landwirt, welcher im Herbst seinen Samen der Erde anvertraut, in der Hoffnung, im nächsten Herbste ernten zu können, „spekuliert“. Der Viehzüchter, welcher Generationen hindurch seine Zuchtwirtschaft im Hinblick auf bestimmte Erwartungen in ganz bestimmter Weise leitet, ist ein „Spekulant“ im guten Sinne des Wortes. Soll nun etwa der Landwirt nur

auf technischem Gebiete spekulieren und auf ökonomischem Gebiete die Spekulation mit seinen Produkten ausschließlich dem Handel überlassen? Und spekuliert der Staat nicht auch, welcher auf zwölf Jahre im voraus Handelsverträge abschließt? und welcher Abgeordnete wäre im Falle einer solchen Abstimmung von der „Beteiligung an dieser Spekulation“ freizusprechen? Freilich trennt sich dabei von dieser berechtigten Spekulation die volkswirtschaftliche unberechtigte mit Gewaltmitteln durchgeführte Spekulation ebenso scharf wie jedes von der Habgier getragene „Spiel“.

Gewiß ist in dieser Art der Beurteilung kommender Marktereignisse die Gefahr enthalten, daß durch Irrtümer der Volkswirtschaft nicht unbedenkliche Schädigungen erwachsen. Aber diese Gefahr trifft für alle Unternehmungen größeren Stiles zu. Was steht für die Führung unserer Politik, für den eventuell ungünstigen Ausfall eines Krieges nicht alles auf dem Spiel! Trotzdem muß die Politik geführt werden und die künftigen Kriege wollen vorbereitet sein. Die Verantwortung aber trägt in diesen Fällen vor allem nicht der Laie, sondern der verantwortliche Fachmann. Glücklicherweise kann die fachmännische Tüchtigkeit des verantwortlichen Leiters gerade in diesem Falle besonders leicht und rasch erprobt werden. Schreiber dieses wäre unbedingt der Meinung, daß jeder Leiter eines solchen Nachrichtendienstes, der weniger als 90 Treffer in seinen Vorhersagungen erzielt und außerdem für die 10 % Irrungen nicht durchaus begründete Entschuldigungen in außerordentlichen Ereignissen findet, sofort seiner Stelle zu entheben wäre.

#### IV.

Schon Aristoteles erzählt bekanntlich in seiner „Politik“, daß der altgriechische Philosoph Thales seine besseren Kenntnisse der Ansichten für die kommende Olivenernte dazu benutzt habe, um die Olivenpressen billig auszupachten und dann durch die wesentlich teure Wiederverpachtung dieser Pressen ein großes Vermögen zu erwerben. Würde Thales gleichzeitig einen Marktnachrichtendienst geleitet und seine diesbezüglichen Anschauungen veröffentlicht haben, so hätte er an derselben Spekulation zur selben Zeit wahrscheinlich ein Vermögen verloren, statt es zu gewinnen. Wer spekulieren will, behält seine besseren Kenntnisse für sich und wird um so größere Gewinne erzielen, je größer die Unkenntnis der Massen ist. Eines der wirksamsten Mittel gegen jede volkswirtschaftlich ausbeutende Spekulation ist deshalb ein möglichst guter allgemein zugänglicher Nachrichtendienst im Markte. Die eigentlich führenden Spekulanten sind immer Gegner eines jeden Fortschritts im Marktnachrichtendienst.

Wenn trotzdem die Masse der Interessenten immer noch nicht wie ein Mann auf das Allerentschiedenste für einen möglichst vollkommenen Nachrichtendienst dieser Art eingetreten sind, so hängt dies mit dem Mangel an Erfahrung und Einblick in solche Verhältnisse zusammen. Trotzdem ist die Beurteilung der kommenden Marktpreise eine ziemlich einfache Sache, wenn nur zwei Regeln dabei sorgfältig beachtet werden, nämlich:

1. Keiner Nachricht zu vertrauen, die nicht von anderen Seiten ausdrücklich bestätigt wird und deshalb den Nachrichtendienst immer so zu organisieren, daß die Nachrichten sich gegenseitig kontrollieren und
2. die voraussichtliche Preisbewegung vor allem unter dem Gesichtswinkel der Tatsache zu beurteilen, daß heute der Handel den Getreidepreis bestimmt und zwar zunächst nach Maßgabe jener Vorräte, die er selbst besitzt. Nehmen diese Vorräte in der Hand des Handels nur um 1 % zu, so fallen meist die Preise um 10% und umgekehrt. Das große Ziel aller Verkaufssyndikate ist deshalb darauf gerichtet, nicht mehr Ware in die Hand des Handels fließen zu lassen, als der Konsum daraus unmittelbar entnimmt. Die Syndikate regulieren die künftigen Marktpreise durch Regulierung des Wareneinfusses in die Hand des Handels.

Wenn alle damit in Verbindung stehenden Verhältnisse zuverlässig in Ziffern, statt wie heute in allgemeinen Redensarten, aufgeklärt sind, dann ist die Beurteilung der kommenden Preise ebenso einfach wie die Beurteilung des Geschäftserfolgs eines größeren Unternehmens auf der Basis einer geordneten Buchführung. Dieser Marktnachrichtendienst in Verbindung mit der Marktstatistik ist seinem Wesen nach gar nichts anderes als eine volkswirtschaftliche Buchführung. Der Staat verlangt durch seine Gesetze von jedem Kaufmann eine geordnete Buchführung mit Inventaraufnahme. Man verlange deshalb endlich auch vom Staate, daß für Waren, wie die landwirtschaftlichen Produkte, die so umfassend Gegenstand des Handelsverkehrs sind, eine volkswirtschaftliche Buchführung als notwendige Ergänzung zu der privatwirtschaftlichen hinzutrete. Wie jemand ein ausgezeichneter Rechner sein und trotzdem nur wenig von einer doppelten Buchführung verstehen kann; so kann auch jemand ein vorzüglicher Statistiker sein und trotzdem über die Fragen des Marktnachrichtendienstes keinerlei Erfahrung besitzen. Wo, wie z. B. in Rußland selbst kaufmännische Kreise vielfach von einer geordneten Buchführung wenig wissen, nennt man eben diese Buchführung „höhere Mathematik“, an die man sich nur äußerst zaghaft und mit den größten Bedenken heranwagt. Genau so geht es mit der Beurteilung der kommenden Preisbewegung mit Hilfe eines guten Nachrichtendienstes, die in Nordamerika z. B. von jedem größeren Geschäftsmann als etwas ganz selbstverständliches betrachtet wird. Wie jede geordnete Buchführung erst durch Zusammenfassung aller Konti eine zutreffende Beurteilung der Geschäftslage gestattet, so läßt sich auch die volkswirtschaftliche Lage eines Marktes erst durch Zusammenfassung der wahrscheinlich zehn Spezialkonti richtig einschätzen. Wer aber nur über das Konto des Ernteertrags, des Saatenstandes und der Preise von gestern verfügt, wird damit wenig ausrichten können. Und eben, weil diese volkswirtschaftliche Buchführung dem eminent praktischen Zwecke der Aufklärung im Markte dienen soll, muß die Verarbeitung der Erhebungsergebnisse mit solcher Raschheit erfolgen, daß dieselben vor Eintritt der Folgeerscheinungen im Markte bekannt werden.

## V.

In der modernen volkswirtschaftlichen Praxis geht heute Europa bekanntlich bei Nordamerika in die Schule. Das gilt auch für die Ausgestaltung des modernen volkswirtschaftlichen Marktnachrichtendienstes. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde die erste Fachzeitung für den Getreide-, Fleisch- und Viehhandel bereits im Jahre 1844 gegründet. Seitdem waren in allererster Linie die Vereinigten Handelskammern unter Führung der wenigen Fachleute für den Nachrichtendienst bemüht, auch die Mitwirkung des Staates in immer größerem Umfange für diese Zwecke zu erschließen. Die Union mit den Einzelstaaten wendet heute jährlich für Getreidemarktnachrichten 1 ½ bis 2 Millionen und für die Kontrollerhebung im Jahre 1900 nahezu 15 Millionen Mark auf. In Nordamerika stehen Handel wie Industrie und Landwirtschaft für Marktnachrichten und Marktstatistik auf dem Boden der Überzeugung, daß möglichste Publizität alle berechtigten Interessen am besten zu fördern in der Lage wäre. In Deutschland hat vor kurzem das Reichsamt des Innern dem deutschen Handelstag die Ziffern für das Konto des Getreidebahnverkehrs offeriert. Der Handelstag hat daraufhin bei den deutschen Handelskammern angefragt, wie diese über ein solches Anerbieten dächten? Das Resultat dieser Umfrage hat inzwischen der Generalsekretär des deutschen Handelstag Dr. Soetbeer in seiner Zeitschrift „Handel und Gewerbe“ vom 23. April a. c. No. 27 veröffentlicht. Es lautet:

- 14 Handelskammern halten die Veröffentlichung einer solchen Statistik für wertvoll,
- 22 Kammern schätzen den Wert dieser Ziffern nur gering ein,
- 31 legen denselben keinen Wert bei und
- 83 Handelskammern haben auf diese Anfrage überhaupt nicht geantwortet.

Diese Ziffern lassen wohl zur Genüge erkennen, daß der deutsche Getreidehandel die eminente Bedeutung einer solchen volkswirtschaftlichen Buchführung noch längst nicht erkannt hat. Auf eine ersprießliche Mitarbeit ist deshalb von dieser Seite bis auf weiteres kaum zu hoffen. In jüngster Zeit wurde in der Presse bekannt gegeben, daß für den Berliner Platz die Handelskörperschaften allwöchentlich eine Ziffer über die Größe ihrer Getreidevorräte veröffentlichen wollten. Diese Ziffer hat wenig Wert, weil ihr die Kontrolle und die Ergänzung durch die gleiche Ziffer in allen wichtigen Plätzen von Mitteleuropa fehlen. Das Getreide, das in Hamburg oder Stettin angekommen ist, wirkt selbstverständlich längst auch auf den Berliner Markt. Was will also die Vorratsziffer nur für Berlin praktisch bedeuten?

Der Marktnachrichtendienst für landwirtschaftliche Produkte ist vor allem eine Sache im Interesse der Produzenten, im weiteren auch der Konsumenten, der Mühlen. Soll hier etwas Ersprießliches geleistet werden, so müssen große Gesichtspunkte zur Anwendung kommen. Wenn irgendwo, so gilt hier der Satz: „Im engen Kreis verengt sich nur der Sinn!“ Die landwirtschaftlichen Organisationen der mitteleuropäischen Staaten haben durch Gründung der internationalen Union für Stand und Bildung der Getreidepreise unter dem Präsidium des

Prinzen Schönaich-Carolath seit 1900 gezeigt, daß sie auch aus Nordamerika das Gute nehmen, wo sie es finden. Möchte es jetzt vor Abschluß der neuen Handelsverträge an der erforderlichen Unterstützung nicht fehlen, diese so bitter nötige Zentralstelle für landwirtschaftliche Marktnachrichten endlich in Deutschland ins Leben zu rufen. Daß eine solche Stelle im Jahre 1891 nicht bestanden hat und die deutschen Handelsverträge damals auf einer nur geringen fachmännischen Beurteilung der voraussichtlichen Bewegung der Getreidepreise aufgebaut waren, hat der deutschen Landwirtschaft die schwersten Opfer gekostet. Wer weiß, wohin uns eine zweite gleich trübe Erfahrung führen würde.

## **Kann die kommende Preisbewegung für Getreide zutreffend vorhergesagt werden?**

(S. 488, Getreidemarkt, IV. Jahrgang 1904, No. 50, v. 6. April 1904.)

Unter dem Einfluß der herrschenden einseitigen Schule der Nationalökonomie, die sich in der Hauptsache darauf beschränkt, historisches Material zu sammeln, ohne damit ein neues „System“ aufbauen zu können, hat sich in weiten Kreisen des Volkes die Anschauung festgesetzt: der Nationalökonom als Fachmann könne wohl sagen, wie es **IST** und **GEWESEN IST**, nicht aber wie es sein wird. Ein so großer Irrtum hat nur deshalb bei uns sich so sehr verbreitet, weil niemand mehr die Schriften von Friedrich List durchsieht. Jeden Leser dieser Schriften aber muß es geradezu mit Bewunderung packen, wie scharf und genau unser List vor 60 oder 70 Jahren fast unsere ganze Gegenwart voraus gesagt hat. Wenn – um mit dem nordamerikanischen Nationalökonom Carey zu reden – „das dankbare Vaterland ihm nicht vorher die Pistole in die Hand gedrückt“ hätte, würde List einen ganzen Band „Nationalökonomie der Zukunft“ uns geschaffen haben, der gewiß für die segensreiche Entwicklung der Völker von unendlichem Werte gewesen wäre. Es ist ja längst bekannt, in welchem Umfange der Reichskanzler Fürst Bismarck den Ideen von List gefolgt ist. Der Berliner Nationalökonom Eugen Dühring hat Friedrich List als den einzigen großen deutschen Nationalökonom gepriesen. Wenn wir von dem Grundsatz ausgehen, daß die Nationalökonomie eine praktische Wissenschaft ist, wie die Medizin, die Agrikulturchemie, die Maschinenbaulehre, die Lehre von der Bautechnik usw., so wird man die Größe und Bedeutung eines Nationalökonomens nur messen können an jenen Diensten, welche er der Entwicklung der Völker geleistet hat. List ist der moralische Gründer des deutschen Zollvereins und des deutschen Eisenbahnsystems. Damit hat er in der Tat dem deutschen Volke einen Dienst geleistet, mit dem sich die Leistungen keines anderen deutschen Nationalökonomens vergleichen lassen. Solche Dienste sind aber ohne eine zutreffende Beurteilung der kommenden Ereignisse garnicht möglich. Also muß jeder wirkliche Fachmann für Getreidepolitik auch die kommende Bewegung der Getreidepreise zutreffend voraussagen können. Kann er das nicht, so ist damit in exakter Weise seine Disqualifikation als Fachmann ebenso entschieden, wie die Disqualifikation eines Baumeisters, dessen gebaute Häuser nicht stehen bleiben.

Indes sind wir auch in der Lage, aus unseren eigenen Erfahrungen den Nachweis zu erbringen, daß sich die kommenden Getreidepreise in der Tat zutreffend voraussagen lassen:

1. Im Jahre 1886 hat Schreiber dieses vorausgesagt, daß die Ausfuhr von Weizen aus Ostindien in wenigen Jahren ihren Höhepunkt erreichen werde, was geschehen ist.
2. Im Jahre 1890 hat sich Schreiber dieses gegen eine Zollermäßigung in seinem Gutachten an das „Auswärtige Amt“ ausgesprochen, weil ein wesentlicher Rückgang der Getreidepreise wahrscheinlich bevorstehe. Die Ereignisse von 1893 und 1894 haben das bestätigt.

3. Seit 1894 hat Schreiber dieses immer wieder darauf hingewiesen, daß die billigen Weizenpreise in wenigen Jahren von wesentlich höheren Weizenpreisen abgelöst würden – im Jahre 1897/98 hatten wir den „Leiter-Corner“.
4. Im Winter 1896 hat Schreiber dieses dem Rittergutspächter Wolf in Ascherode auf Anfrage geraten, seine Weizenvorräte ruhig zur neuen Ernte 1897 mit hinüber zu nehmen.
5. Im Herbst 1897 waren wir der Meinung, diese beiden Ernten bis zum Frühjahr 1898 zu behalten.
6. Zu Anfang März 1898 schrieben wir an Wolf: „Mit dem Weizenverkauf nicht warten bis Ende Mai.“ In der Tat wurde Mitte Mai 1898 der höchste Preis für Weizen seit vielen Jahren bezahlt.
7. Die wachsende Zahl von Anfragen aus landwirtschaftlichen Kreisen ließ gedruckte vertrauliche Prognosen zur Ausgabe gelangen. In einer solchen haben wir am 3. Juni 1899 zum Weizenverkauf bei besserem Preisgebot geraten, was sich als sehr zutreffend erwies.
8. In den Monaten September und Oktober 1899 wurde ein weiterer Rückgang der Preise vorausgesagt, welcher auch eingetreten ist.
9. Seit Ende Januar 1900 wurde vor weiteren Verkäufen wegen Aussicht auf bessere Preise gewarnt.
10. Am 7. Juli 1900 wurde zum Verkauf geraten, weil jetzt wirklich eine Preisbesserung von kürzerer Dauer eingetreten war.
11. Ende April 1901 wurde zum Verkauf von Weizen und Roggen geraten, was sich abermals bewährte.
12. Im Oktober 1901 wurde trotz der starken herrschenden Baisse eine wesentliche Preissteigerung für Weizen, Roggen, Futtergetreide und Schweinefleisch vorausgesagt, was zutreffend war.
13. Im Juni 1902 wurde von uns berichtet, daß Weizen bis Herbst in Deutschland keine weitere Steigerung erfahren werde, wohl aber für September von Armour in Chicago eine Weizenschwänze beabsichtigt wäre – was sich bewährte.
14. Im Herbst 1902 wurde der Rat erteilt: Weizen, Roggen und Hafer der neuen Ernte rasch dreschen und verkaufen, der durch die weitere Entwicklung gerechtfertigt wurde.
15. Im Juli 1902 hat Schreiber dieses bis Ende des Jahres eine wesentliche Steigerung der Maispreise vorhergesagt, was sich in vollem Umfange bestätigte.
16. Im Februar 1904 wurde die Hausse für Weizen und Roggen als eine solche von nur kurzer Dauer von Anfang an bezeichnet, was zutreffend gewesen.

Rechnen wir hier in den Fällen 11, 12, 14, und 16 jede einzelne Ware als eine besondere Prognose, so ergibt das im ganzen 24 zutreffende Vorhersagungen. Dazu kommen für diese ganze Zeit von 1886 ab 2 ½ Fälle unzutreffender Vorhersagungen. Im Juni 1899 wurde eine weitere Steigerung der Weizenpreise erwartet, was wesentlich durch den Ausbruch des Burenkrieges verhindert wurde. Im Januar 1902 erwarteten wir eine weitere Steigerung der Weizenpreise

bis Herbst, was nicht für Deutschland, sondern nur für Nordamerika sich bestätigte. Endlich hat der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges im Februar a. c. eine unerwartete Hausse gebracht. Das wären also unter 27 Vorhersagungen  $2\frac{1}{2}$  Nieten oder rund 90 % Treffer, was wir in unserer letzten Nummer schon behauptet haben. Für diese  $2\frac{1}{2}$  Nieten kommt aber in Betracht, daß in den beiden Kriegsfällen die Beurteilung des Marktes hauptsächlich deshalb so schwer war, weil wir für Europa keine irgend brauchbare Getreidestatistik besitzen. Wäre eine solche vorhanden, so wäre für ein fachmännisches Urteil die Irrung in diesen Fällen nicht möglich gewesen. Die Irrung im Falle des Zusammenbruchs der Hausseepartei im Januar 1902 ist ein zweitesmal nicht mehr möglich. Der schon seit 1895 von uns geforderte Ausbau eines besseren Nachrichtendienstes für den Getreidemarkt muß mithin eine weitere Steigerung des Prozentsatzes zutreffender VORHERSAGUNGEN der kommenden Getreidepreisbewegung BEWIRKEN.

## **Unsere Vorhersagung des nordamerikanischen Weizenkonsums und Weizenexportes im März a. c.**

(Getreidemarkt, V. Jahrg. 1904, No. 4, Seite 46 und 47.)

Goethe sagt bekanntlich einmal: „Der Irrtum wiederholt sich immerfort in der Tat, deshalb kann die Wahrheit nicht oft genug in Worten wiederholt werden!“ So begegnet man ja auch immer wieder der Auffassung: „Es ist nicht möglich, die kommende Preisbewegung vorauszusagen!“ Wer aber die laufenden Ereignisse verfolgt, weiß ganz genau, daß auch hier die Wahrheit in wesentlich andere Worte gekleidet werden muß. Sobald erst genügend zuverlässige Informationen vorliegen, ist es für eine kritisch vergleichende Kalkulation ein leichtes, zu den Schlußfolgerungen zu kommen: die Preise werden sich voraussichtlich in der nächsten Zeit weiter befestigen, oder: die Preise werden voraussichtlich in den kommenden Monaten abflauen. Wer sich die brauchbarsten Ziffern über den Ausfall der neuen Ernte über die Erde beschafft hat und damit die Ereignisse der früheren Jahre kritisch vergleicht, kommt nach den einfachsten Kalkulationsgrundsätzen zu einer bestimmten Antwort auf die bedeutsame Frage: ob das Angebot oder die Nachfrage voraussichtlich im Markte überwiegen wird. Und dementsprechend verändern sich die Marktpreise.

Bis zu welchem Maße die weit besser als in Deutschland organisierte Getreidestatistik in Nordamerika praktisch wertvolle Schlüsse über die nächste Zukunft zuläßt, haben unsere Veröffentlichungen im März a. c. über dieses Thema wieder von neuem gezeigt. Es war uns schon damals möglich, die Auffassung eingehend zu begründen, daß die amtliche Ziffer über die Größe der Weizenernte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika für das Erntejahr 1903/04 wahrscheinlich um rund 80 Millionen Bushels zu groß sei. Heute berechnet sich nach den neuesten Erhebungen über die Größe der Vorräte an altem Weizen die amtliche Überschätzung der nordamerikanischen Weizenernte im letzten Jahre auf rund 70 Millionen Bushels. Wir haben in unseren Artikeln im März einzelnen nordamerikanischen Sachverständigen gegenüber die Meinung vertreten, daß die Union auch in der Zeit vom 1. März bis 1. Juli noch einige Millionen Bushels Weizen per Monat ausführen könne, ohne – wie jene Statistiker annahmen – das letzte Weizenkorn verschicken zu müssen. Und siehe da: Nordamerika hat in diesen vier Monaten rund 20 Millionen Bushels exportiert und verfügt trotzdem noch über einen Vorrat an altem Weizen in erster und zweiter Hand von etwa 63 Millionen Bushels. Wir haben am 28. März a. c. die Meinung vertreten: die Vereinigten Staaten von Nordamerika würden 40 bis 50 Millionen Bushels Weizen exportieren können und dann immer noch 48 bis 38 Millionen Bushels als alte Reserve behalten. Die Summen für Export und Vorrat zwischen unserer Märzschätzung und den inzwischen erfolgten Ereignissen stimmen mithin auf 5 Millionen Bushels genau überein, ein Beweis, wie zutreffend wir in unserer Nummer vom 28. März a. c. den wahrscheinlichen Weizenkonsum der Union für die vier Monate von März bis Juli geschätzt haben. Der denkende Leser wird sich selbst die Frage beantworten können: in welchem Maße eine zutreffende Beurteilung der kommenden Preise erleichtert wäre, wenn wir erst ähnlich brauchbare

Kalkulationen über das Verhältnis von Vorrat, Bedarf, Angebot und Nachfrage für die europäischen Staaten anstellen könnten, wie das heute schon für Nordamerika möglich ist. Man sollte es wirklich fast nicht für möglich halten, daß man über eine so einfache und praktisch so bedeutsame Sache viele Jahre hindurch fortgesetzt schreiben kann, ohne in gewissen Kreisen, die da alles wahrhaftig direkt genug angeht, auch nur ein bischen sachliches Verständnis zum Durchbruch zu bringen !

## **Ist es gerechtfertigt, angesichts der bevorstehenden Zollerhöhung die städtische Bevölkerung gegen das Land zu verhetzen.**

Vortrag gehalten in München am 25. März 1901.

(Monatliche Nachrichten aus dem internationalen Bureau zur Regulierung der Getreidepreise, No. 11, 1901.)

Wer heute in Folge seines Berufes den Streit für und gegen den Getreide-Schutzzoll zu verfolgen gezwungen ist – denn zu seinem Vergnügen unterzieht sich auf die Dauer ganz gewiß Niemand dieser Aufgabe – der muß den Eindruck gewinnen, als ob die Sprache den Menschen gegeben wäre, nicht um sich gegenseitig zu verstehen und verständigen, sondern um sich gegenseitig zu verhetzen und verfeinden. Nun ich will wenigstens heute die Sprache dazu benutzen, um Irrtümer aufzuklären. Und deshalb wird für mich der gegebene Ausgangspunkt in der Frage liegen: welches ist der Tatbestand, um den sich dieser in so unsympathischen Formen geführte Streit dreht?

Die deutschen Landwirte hatten in den Jahren 1872 und 1873, also vor dem Schutzzoll, bei Freihandel, als niemand daran dachte, die deutschen Bauern mit dem Worte „Brotwucherer“ zu beschimpfen und zu einer Zeit, als die Steinträger in Berlin Champagner tranken, Weizenpreise bis zu 290 Mark pro 1000 Kilo. Diese Preise sind inzwischen, trotz des Schutzzolles von 35 Mark per Tonne, auf 150 bis 160 Mark, also auf nahezu die Hälfte herabgesunken, so daß die deutschen Landwirte zumeist ihre Auslagen nicht mehr zurück erstattet erhalten und auf die Dauer zu Grunde gehen müssen. Deshalb verlangen jetzt die Landwirte vom Staate die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen, die in Verbindung mit ihrer eigenen Initiative und Tatkraft geeignet wären, Getreidepreise zu sichern, welche dem Durchschnitt der letzten 30 bis 40 Jahre entsprechen und etwa 200 Mark für die Tonne Weizen erreichen sollen. Eine dieser geforderten staatlichen Maßnahmen, die die Regierung demnächst zu gewähren bereit wäre, ist eine entsprechende Erhöhung der Zölle. Das ist der einfache Tatbestand auf Seiten der Agrarier. Und darauf hin erhebt sich ein maßloses „Gebrüll“ – um mit der „Frankfurter Zeitung“ zu reden – über „Brotwucher“, über „unverschämte nimmersatte Junker“ und „räuberische Anschläge auf die Taschen des werktätigen Volkes“ im Wortlaut der Resolution der letzten sozialdemokratischen Volksversammlung in München – und über die „maßlose Herrschaft der Sonderinteressen in der Wirtschaftspolitik des Staates“, um auch einen Lujo Brentano nicht zu vergessen.

Schon aus diesem Zusammenhange läßt sich also feststellen, daß die Einsicht in die Rechts- und Wirtschafts begriffe unserer Zeit bei der Frankfurter Zeitung, der sozialdemokratischen Agitation und dem Professor Brentano heute auf folgender Entwicklungsstufe angelangt ist:

Wenn die Landwirte einen Getreidepreis verlangen, der ihren Auslagen plus ortsüblichem Arbeitslohn gleichkommt, dann ist das ein „unverschämter Brot-

wucher“, gegen den mit „Gebrüll“ vorgegangen werden muß. – Wenn Jemand seine Forderungen für eine Leistung auf das beschränkt, was ihm im Durchschnitt der letzten 30 bis 40 Jahre dafür unbeanstandet bezahlt wurde, dann ist das ein „räuberischer Anschlag auf die Taschen des werktätigen Volkes“. – Und wenn ein großer Gewerbestand seine ökonomische Vernichtung kommen sieht und sich deshalb um Hilfe an den Staat wendet, weil es sich um die Bekämpfung von Einwirkungen handelt, denen gegenüber der Einzelne machtlos ist, dann wird die Wirtschaftspolitik des Staates in „maßloser Weise von Sonderinteressen beherrscht.“

Es genügt doch wohl, diese Tatsachen und Äußerungen nur einander gegenüber zu stellen, um als gerecht empfindender und noch denkender Mensch sofort zu wissen, auf welcher Seite maßlose Übertreibungen vertreten werden. Ich will indes auch die Begründungen meiner verehrten Gegner hier zum Wort kommen lassen und zwar in der Weise, daß ich dieselben zusammenstelle aus der Petition des Magistrates und der Stadtverordneten in Berlin, aus der letzten Münchner Rede des Herrn von Vollmar gegen die Zölle, aus dem bekannten sozialdemokratischen Flugblatte: „Was kosten uns die Junker?“ und aus der neuesten Schrift des Herrn Professor Lujó Brentao über das Freihandelsargument. Darnach stützt sich die Anklage auf Brotwucher gegen die deutschen Landwirte auf folgende Punkte:

„Die Zölle verteuern im Inlande die notwendigen Lebensmittel auf künstliche Weise und wirken in Zeiten mit Notpreisen notverschärfend. Nach einer abermaligen Erhöhung der Zölle wird man in Deutschland das teuerste Brot in Europa essen. Für die Arbeiter sind dann Lohnkämpfe ganz unvermeidlich. Und dadurch, wie durch die damit wesentlich verschlechterten Beziehungen zum Auslande wird unsere Exportindustrie schwer geschädigt. Die zu erwartenden Zollkriege steigern die drohende Arbeitslosigkeit noch mehr. Und so treibt die bevorstehende Entwicklung zu ernstesten sozialen Gefahren. Die Zölle hemmen den Kulturfortschritt des Volkes, weil sie die Verbilligung des Brotes hindern, unsere Produktivkraft im Getreidebau in einer weniger rentablen Verwertung künstlich festhalten und damit die raschere Zunahme des Nationalreichtums hindern.“

„Ja, wenn die Getreidezölle noch, wie die Industriezölle, Erziehungszölle wären, die nach einer bestimmten Zeit wegfallen, ließe man sich das Alles noch gefallen. Aber es handelt sich hier dem Auslande gegenüber um eine dauernde Konkurrenzfähigkeit und deshalb um dauernde Zölle, die dem Bauern keinen Vorteil und der Landwirtschaft keine Rettung bringen, weil die durch solche Zölle bewirkte Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte bei der nächsten Handänderung von den höheren Grundpreisen mit den höheren Grundschulden verschlungen wird. Wirklich große Vorteile von einer Zollerhöhung haben lediglich die größten Grundbesitzer Deutschlands, die schon eine viel zu große Fläche des deutschen Bodens ihr Eigen nennen und dafür, daß sie das Brot des Volkes essen, nicht etwa dem Volke dankbar sind, sondern

als echte Despoten in jeder Sozialreform eine revolutionäre Maßnahme erblicken, die durch Knebelgesetze wieder pariert werden müßte. Dieser Junkerbande keinen Pfennig Zoll!“

Meine verehrten Gegner werden mir zugeben müssen, daß ich in dieser Blütenlese keines ihrer wesentlichen Argumente unbeachtet gelassen habe.

Wie steht es nun mit der Richtigkeit dieser Behauptungen und vor allem mit der schweren Anklage des Brotwuchers?

Wenn ich dieses Wort aus dem Munde der Vertreter der großen Emissionsbanken und der Börsenbarone höre, dann erinnert mich das immer lebhaft an eine beliebte Lustspielszene auf den Londoner Volksbühnen. Da kommt nämlich ein Mann aus der Provinz nach London, um sich die Großstadt anzusehen. Kaum, daß er auf einer Bank sich niedergelassen hat, gesellt sich ein Taschendieb zu ihm, der auch gleich anfängt, seine Taschen zu durchsuchen. Der Provinziale merkt das und faßt die Hand des Diebes in seiner Tasche ab. Bis dahin ist alles normal. Aber von diesem Momente ab nimmt die Situation auf einmal eine überraschende Wendung. Der Dieb schreit nämlich mit Donnerstimme: „Was tun Sie, verfluchter Kerl, mit meiner Hand in ihrer Tasche?“ Der Mann aus der Provinz wird ganz verwirrt. Alles schaut ihn an als den eigentlich Schuldigen. Und inzwischen findet der eigentliche Dieb Zeit und Gelegenheit zu verduften. Den Börsenbaronen und Großbanken gegenüber sind nicht die Landwirte die Wucherer, sondern die Ausgewucherten. Und wenn das letzte Ziel der agrarischen Bewegung darauf gerichtet ist, diese Auswucherung endlich einmal abzustellen, so paßt es für den Ernst des Lebens mindestens schlecht, wenn die Wucherer ihren Opfern den „Wucher“ zur Last legen.

Aber auch im Munde der Sozialdemokraten kann der Vorwurf des Brotwuchers gegen die Landwirte nicht gerade für eine besonders entwickelte Urteilsfähigkeit Zeugnis ablegen. Denn die Landwirte sind heute in einer unbestreitbaren Notlage. Das geht für jeden genügend aus der Tatsache hervor, daß seit Anfang der 70er Jahre bei wesentlich gesteigerten Kosten und Kulturansprüchen die Getreidepreise nahezu um die Hälfte gefallen sind. Wer aber in einer Notlage sich um Hülfe an den Staat wendet, kann unmöglich sich damit des „Wuchers“ schuldig machen. Man mag deshalb diese Anklage so unbefangen wie nur möglich prüfen, im letzten Ende schrumpft das ganze große Geschrei vom Brotwucher auf die Behauptung zusammen, die beabsichtigte Zollerhöhung werde auch die Getreidepreise entsprechend erhöhen. Und das soll namentlich durch den Professor Conrad in Halle unwiderleglich nachgewiesen worden sein. Nun ich habe mir diese Conrad'sche Beweisführung auch angesehen und nichts gefunden, als eine in viel zu kleinem Maßstabe gehaltene graphische Darstellung, aus der hervorgehen soll, daß die Differenz zwischen den Inlands- und Auslandspreisen annähernd immer gleich sei der Zollhöhe. Aber wenn dieser Nachweis auch richtig wäre – was ich ganz entschieden bestreite – so ist damit die Behauptung, daß der Zoll im Inland die Preise steigere, noch garnicht erwiesen und ich wundere mich, wie so viele ernste Männer auf diese Oberflächlichkeit hineinfallen konnten.

Ganz offenbar: wenn die Preisdifferenz zwischen Zollinland und Ausland gleich ist der Zollhöhe, dann sind immer noch drei Fälle möglich: entweder hat sich der Zoll auf das Inland überwältzt, oder er hat sich auf das Ausland überwältzt, oder er wird zum Teil vom Inlande und zum anderen Teile vom Auslande getragen. In all diesen drei Fällen ist die Preisdifferenz zwischen Inland und Ausland gleich der Zollhöhe. Wie hat sich nun aber tatsächlich die Überwälzung bei den deutschen Getreidezöllen gestaltet? Darüber schweigen sich unsere verehrten Gegner vornehm aus, um dann wieder desto lauter vom Brotwucher zu schreien. Nun ich habe diese von Prof. Conrad unterlassene Untersuchung angestellt und zwar nicht etwa erst heute, sondern schon im Jahre 1888, und bin dabei speziell für den Roggenzoll und für die Zollerhöhungen von 1885 und 1887 zu folgenden Resultaten gekommen:

Die Absicht der verbündeten Regierungen, den Zoll um weitere 20 Mark zu erhöhen, ist bereits im Dezember 1884 bekannt geworden. Der solide Handel glaubte damals in der Tat an eine preissteigernde Wirkung der Zölle und unter dem Einflusse seiner Ankäufe stiegen die Berliner Roggenpreise von 139 im Dezember 1884 auf 145 Mark im Februar 1885. Dann kam mit Gesetz vom 22. Mai 1885 die Zollerhöhung um 20 Mark und nun fiel – wohl verstanden: „fiel“ – der Berliner Roggenpreis von 145 Mark im Mai auf 135 Mark im September 1885, auf 131 Mark im Januar 1886, also binnen neun Monaten um 14 Mark per Tonne! Und der Berliner Roggenpreis fiel sogar weiter und erreichte im Oktober 1886 den Tiefpunkt von 124 Mark per 1000 Kilo! Und angesichts solcher Ziffern, die Jedermann in den Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amtes nachlesen kann, wagen heute ernste Männer zu behaupten der Zoll verteuere im Inland die Getreidepreise.

Wie steht es nun mit der Wirkung des Zollgesetzes vom 21. Dezember 1887, das bekanntlich abermals die Zölle um weitere 20 Mark erhöhte? Auch diesmal wurde diese Absicht der verbündeten Regierungen bereits im Januar 1887 bekannt. Aber diesmal waren die soliden Händler durch Schaden klug geworden. Sie legten keine Lager mehr an, in der Hoffnung auf die preissteigernde Wirkung der Zölle. Desto sicherer fühlte sich die Baissespekulation an der Berliner Börse, die sich beeilte, die preisdrückende Wirkung der in Aussicht stehenden Zölle im voraus zu diskontieren. Die Roggenpreise fielen in Berlin von 131 im Januar auf 109 ½ Mark im September 1887 und als dann im Dezember das Gesetz zu Stande kam, fielen die Preise in den 12 nachfolgenden Monaten abermals um 4 Mark per Tonne! Also auch hier das gerade Gegenteil einer Steigerung der Getreidepreise.

Und mit diesem Resultate meiner Untersuchungen über die Wirkung der Zölle in Deutschland stehe ich keineswegs allein. Eine lange Reihe von tüchtigen Fachmännern könnte ich anführen, welche zu dem gleichen Schluß gekommen sind. Der Kürze halber will ich nur auf einen Mann aus dem Inlande hinweisen, der ganz gewiß die Vorgänge auf dem Getreidemarkt besser kennt als die Professoren Conrad und Brentano und sicher kein Agrarier ist – ich meine den Berliner Börsenmakler Emil Meyer. Dieser Mann hat in seinem Bericht über den Berliner Getreidehandel für das Jahr 1885 sich auf der 1. und 2. Seite eingehend mit der

Frage der Wirkung der Zölle beschäftigt und schreibt darüber wörtlich folgendes: „Die Zölle hatten das gerade Gegenteil der erhofften preissteigernden Wirkung. Bei uns hat der Konsument ein ebenso billiges Brot, als er ohne die Zollerhöhung gehabt haben würde.“ Im Weiteren verweise ich nur noch auf die Übereinstimmung, mit der das ganze Ausland gegen jede Zollerhöhung Stellung nimmt. Glaubt denn wirklich Jemand, daß der russische Finanzminister Witte, der in seinem Reiche Millionen von armen Teufeln hungern sieht, ohne sich viel darum zu kümmern, auf einmal ein so warmes Herz für die deutschen Lohnarbeiter hätte, daß er denen zu Liebe sich persönlichen Schwierigkeiten mit dem deutschen Reichskanzler aussetzt? Nein, Russland erwartet eben mit größter Sicherheit, daß die beabsichtigte Zollerhöhung den Roggenpreis in Rußland entsprechend herabdrücken wird und den daraus erwachsenden Bedenken zu Liebe macht Witte Opposition gegen die Zollerhöhung. Also, die von unseren verehrten Gegnern behauptete preissteigernde Wirkung der Zölle erweist sich bei näherer Prüfung als eine durch nichts erwiesene Behauptung und die heute mit so großem Geschrei erhobene Anklage des Brotwuchers gegen die Agrarier findet lediglich im Parteihaß und in der Parteipolitik ihre Begründung.

Nicht besser steht es mit der Behauptung, die Zölle würden in Zeiten der Not die Preissteigerung noch verschärfen. Hierzu nur ein Beispiel. Wir hatten Notpreise im Mai 1898. Damals notierte Berlin am 10. Mai bei einem Zoll von 35 Mark einen Weizenpreis von 257 Mark, New-York aber am gleichen Tage einen Weizenpreis von 293 Mark, also um 36 Mark über Berlin trotz des Zolles und trotz der Transportkosten von New-York nach Berlin. Der exakte ziffermäßige Beweis des Brotwuchers will also auch in diesem Falle in keiner Weise gelingen.

Eine lange Kette von ganz besonderen Irrtümern hat sich Professor Brentano gegen die bösen Agrarier zusammengetragen, aus denen ich zur Charakterisierung nur einige herausgreifen will. Ich zweifle nicht daran, daß sich der Geheimrat Brentano für einen hervorragenden Kenner der Freihandelslehre hält. Aber trotzdem habe ich beim Durchlesen seiner neuesten Schrift zu meiner größten Überraschung gefunden, daß der Herr Professor gar nicht weiß, was wir unter dem Prinzip des Freihandels im Gegensatz zur modernen agrarischen Bewegung zu verstehen haben. Er scheint immer noch der Meinung zu sein, das Wesen des Freihandels liege in dem freien internationalen Austausch der Waren. Dann darf ich dem Herrn Professor mitteilen, daß wir Agrarier entschieden der Meinung sind, daß es in irgend welcher Zukunft zu einer solchen Ordnung der Verhältnisse kommen muß, daß der Güterverkehr wieder zollfrei über die Grenzen der Staaten geht. Dann wären wir Agrarier nach der Definition Brentano's also auch Freihändler. Trotzdem bekämpfen wir die Freihändler auf das Entschiedenste und warum? Weil eben unser Gegensatz ein ganz anderer ist, als Herr Professor Brentano zu ahnen scheint. Dieser zwischen uns bestehende Gegensatz ist nämlich folgender: Die Freihändler sind der Überzeugung, daß die Börse das Monopol der Preisnormierung für die landwirtschaftlichen Produkte am besten und vollkommensten ausübt, und daß die Verwaltung unseres Geldvorrates am sichersten den großen Privatbanken anvertraut bleibt. Die Agrarier aber sind der Überzeugung, daß diese freihändlerische Ordnung der Dinge die

eigentliche Ursache für die ruinösen, die landwirtschaftliche Arbeit auswuchern- den Getreidepreise ist, und daß hier eine Neuordnung in der Weise geschaffen werden muß, daß die Landwirte selbst die Preise für ihre Produkte bestimmen, wie das heute schon jeder Gewerbetreibende, aber auch die großkapitalistischen Syndikate für ihre Produkte tun. Das ist das eigentliche Streitobjekt zwischen Agrarier und Freihändler. Und indem Brentano davon gar keine Ahnung hatte, ist sein schöner Angriff an dem Ziele glücklich vorbei gelungen.

Ein anderer prinzipieller Irrtum Brentano's liegt darin, daß er immer noch glaubt, die Klagen der deutschen Landwirte über zu niedrige Getreidepreise seien in der Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Landwirte begründet. Ich habe schon als junger Student daran gezweifelt und deshalb namentlich mich bemüht, die Verhältnisse der wichtigsten Getreideproduktionsländer der Erde mit eigenem Auge untersuchen zu können. Als ich nun auf dieser meiner Reise nach Rußland kam und dort frug: „Wo sind denn bei Euch die Landwirte, die zu den heutigen Preisen immer noch gut bestehen können?“ da lautete die Antwort: „Solche Landwirte und Gegenden gibt es bei uns nicht. Aber diese günstigen Produktionsorte, die uns die Preise ruinieren, werden Sie in Indien und Amerika finden.“ Als ich dann später die gleiche Frage in Indien stellte, lautete die Antwort: „Ja bei uns rentiert sich der Getreidebau schon lange nicht mehr. Wir glaubten immer, daß neben den Nordamerikanern namentlich die Russen unsere Konkurrenten seien.“ Und als ich noch später die gleiche Frage in Nordamerika stellte, da sagte man mir: „Bei uns können die Farmer zu den heutigen Preisen auf die Dauer nicht existieren, aber wir glaubten immer, die günstigen Produktionsorte, die Sie suchen, seien in Rußland und Indien.“ Und so sollte immer auf der anderen Seite der Erde der landwirtschaftliche Urheber der niedrigen Preise sein. In Wirklichkeit ist die Notlage der Getreidebauern heute eine internationale. Und deshalb begreife ich sehr wohl das Unbehagen des russischen Finanzministers, wenn er jetzt erwarten muß, daß durch die deutsche Getreidezollerhöhung die Lage der russischen Landwirte eine noch schwierigere wird. Aber es ist höchst kurzfristig von Witte gedacht, deshalb sich gegen die deutschen Getreidezölle zu wenden. Weit richtiger würde er eine internationale Konferenz aus tüchtigen Agrariern – nicht aus Professoren der Nationalökonomie – zusammenberufen – meinetwegen abermals nach dem Haag – um gemeinsam das Programm auszuarbeiten, wie wir das Getreide und die landwirtschaftlichen Produkte der Herrschaft des internationalen Großkapitals entreißen und damit zu einer Regulierung der Getreidepreise kommen, bei der die Zölle überflüssig werden. Die russische Regierung hat ja bereits im November 1896 diesen Weg mit dem Vorschlage an die nordamerikanische Regierung betreten, durch ein internationales staatliches Weizensyndikat die Weizenpreise auf 1 Dollar per Bushel zu halten. Die russische Regierung hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie nur solche Preise als genügend für die russischen Landwirte ansieht, die sich aus dem sogenannten Dollarweizen in Nordamerika für Rußland ergeben. Es ist jedenfalls sehr überraschend, daß die alte Forderung der nordamerikanischen Agrarier dahin lautet: wir brauchen für die Farmer des Westens einen Preis von 1 Dollar per Bushel auf seiner Farm und wenn wir diesen Preis

umrechnen und die Frachtkosten hinzunehmen, so ergibt sich für Berlin ohne Zoll eine Parität von 200 Mark per 1000 Kilo – also ganz genau der Normalpreis der deutschen Agrarier. Wir ersehen daraus, wie vortrefflich die Forderungen der Agrarier international zusammen stimmen.

Brentano sagt da zwar, daß dann sofort eine Überproduktion eintrete, aber das sagt er nur, weil ihm die einschlägigen Verhältnisse absolut nicht bekannt sind. Wir hatten z. B. mehr als Dollarpreise im Jahre 1897 bis 1898. Die dann folgende 98er russische Ernte war die größte, die bisher bekannt geworden. Dennoch war die Weizenausfuhr aus Rußland im Jahre 1898 bis 1899 kleiner als viele Jahre zuvor. Warum? In Folge der vorausgegangenen besseren Getreidepreise hatten die russischen Bauern bei ihren Wucherern etwas Luft bekommen, deshalb haben sie sich etwas mehr satt essen können und deshalb blieb weniger Weizen für den Export übrig. Man ersieht daraus nur immer wieder, daß die bei Brentano so beliebte Methode, aus den Verhältnissen der Industrie logische Schlüsse zu ziehen, die für die Landwirtschaft gelten sollen, eine durchaus unzulässige ist. Nach ganz dem gleichen Irrtume in der Methode ruft Brentano aus: „Ja, wenn die agrarischen Zölle wenigstens noch, wie die Erziehungszölle der Industrie, nur für eine bestimmte Zeit gelten würden, ließe man sie sich noch gefallen. Aber die agrarischen Zölle sind als dauernde Einrichtungen gedacht.“ Der Herr Professor kennt offenbar nur „dauernde Zölle“ und vorübergehende „Erziehungszölle für die Industrie.“ Und weil die Landwirtschaft schon da ist und nicht wie eine neue Industrie erst erzogen werden kann, sind die agrarischen Zölle für ihn „dauernde“ Zölle. Nun gibt es aber zufällig noch einen dritten Gesichtspunkt, der allerdings noch nicht in den Handbüchern für Nationalökonomie steht, der aber trotzdem aus den Verhältnissen der Wirklichkeit leicht abzuleiten ist. Die Landwirtschaft ist bekanntlich in einer Notlage, die beseitigt werden soll. Bei dieser Heilung dient der Zoll als notwendiges Isolierungsmittel, wie etwa für den Patienten das Krankenzimmer. Und da man auch an der Landwirtschaft nicht ewig herumkurieren darf, wenn sie nicht zu Tode kuriert werden soll, müssen diese agrarischen Zölle nach einer gewissen Zeit entbehrlich werden. Der Herr Professor Brentano wird sich also wohl oder übel entschließen müssen in seine Terminologie der Zölle eine Bereicherung einzuführen und die agrarischen Zölle von heute, vielleicht als sog. „Heilungszölle“ neben den Erziehungszöllen der Industrie als „vorübergehende“ Zölle in sein Kollegienheft aufzunehmen.

Ganz besonders bedenklich aber – auch vom wissenschaftlichen Standpunkte – ist der Brentano'sche Grundsatz: immer möglichst billig einkaufen! Ich halte das schon vom Standpunkt der Privatwirtschaft aus für unrichtig und schließe mich hier lieber dem alten hausbackenen Grundsatz an: „Leben und Leben lassen!“ Ich gönne mit Vergnügen dem Produzenten einen guten Preis, wenn er mir eine gute Ware liefert. Und die modernen großen Warenhäuser und Ramschbazare halte ich für einen höchst zweifelhaften Fortschritt. Was mich aber ganz besonders bei den Brentano'schen Ausführungen erschreckt hat, das war der Gedanke, daß möglichst billige Getreidepreise von ewiger Dauer seien. Zu diesem Kapitel bietet selbst die neueste Zeit recht ernste Ziffern. Unsere

Weizenpreise sind bekanntlich seit dem Jahre 1891 fortwährend zurückgegangen. Die Folge war, daß z. B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Weizenanbaufläche fortwährend verringerten und zwar von nahezu 40 Millionen Acres im Jahre 1891 bis auf nur 34 Millionen in den Jahren 1895 und 1896. Und als dann zu dieser Einschränkung des Weizenbaues in Folge zu billiger Weizenpreise die Mißernte von 1897 hinzu kam, war die Voraussetzung für das Leitercorner-Jahr 1897/98 mit seinen Hungersnotrevolten in Spanien und Italien und unmittelbar nachfolgenden furchtbaren Hungersnöten in Rußland und Indien gegeben. Die weitere Folge war, daß jetzt, nach der außerordentlichen Preissteigerung, die in Nordamerika nahezu 2 Dollars per Bushel erreichte, die Weizenanbaufläche sofort auf 44 Millionen Acres emporschnellte. Seitdem sind die Weizenpreise wieder außerordentlich billig geworden. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sich damit nur wieder ein neuer Corner vorbereitet. Oder blicken wir einmal in die englische Geschichte. Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die industrielle Entwicklung immer mehr Fortschritte machte, fing man auch in England die Politik möglichst billiger Getreidepreise an. Der englische Getreidebau ging zurück und die englische Brotversorgung kam immer mehr in Abhängigkeit vom Auslande. Und dann kamen auf einmal die napoleonischen Kriege mit einem Durchschnittspreis für Weizen in England von 569 Mark per 1000 Kilo im Jahre 1812! Inzwischen schwanken die englischen Weizenpreise wieder zwischen 90 und 135 Mark, aber die Geschichte wird dem englischen Arbeiterführer Henry Batchford Recht geben, wenn er in seiner berühmten Schrift „Merry England“ ausruft: „Noch einige Jahrzehnte so billige Getreidepreise wie heute und England ist verloren!“ Oder betrachten wir einmal das alte Rom. Als der altrömische Bauernstand noch jene gewaltigen Heere stellen konnte, die Karthago vernichteten und in raschem Siegeslaufe die Mittelmeerländer eroberten, da schwankten die mittleren römischen Getreidepreise noch zwischen 107 und 133 Mark per 1000 Kilo. Aber dann begann jene großkapitalistische Proletariertpolitik, die die hauptstädtischen Wählermassen mit möglichst billigem Getreide bestochen hat und die ungefähr im Jahre 58 vor Christus bei der kostenlosen Verteilung des Staatsweizens angelangt war. Und damit war man auch mitten in der sozialen Revolution und in den Bürgerkriegen. Von nun ab diktieren Hungersnöte die Geschichte des römischen Weltreiches. Als alle Mittel des Staates zur Vertreibung des Hungergespensstes erschöpft waren, kam es deshalb zur gewaltsamen Vernichtung aller individuellen Freiheit in dem Ausbau der römischen Collegia. Und als auch dann noch der römische Kaiser dem hungernden Volke gegenüber sich persönlich nicht sicher fühlte, da packte er seinen Kaiserthron zusammen und zog damit nach Konstantinopel, wo ihm die Nähe der ägyptischen, mesopotamischen und pontischen Kornkammer die Versorgung seiner Hauptstadt mit Brotgetreide garantierte. Bald darauf hatte Rom aufgehört ein Weltreich zu sein. Oder wie war es denn in Athen, diesem Musterlande einer materialistischen Geschichtsentwicklung zum Industrie-Exportstaat? Perikles wendet noch all seine Staatskunst auf, um das hauptstädtische Proletariat möglichst billig zu füttern. Aber nach seinem Tode hören bald die Beiträge der Bundesgenossen auf. Und dann beginnt sofort die chronisch

gewordene soziale Revolution. Zur Zeit Alexanders des Großen war Griechenland in seiner Brotversorgung hauptsächlich auf Ägypten angewiesen. Hier herrschte der Statthalter Kleomenes und benutzte sein Getreideausfuhrmonopol zur schamlosesten Ausplünderung der griechischen Staaten. Die Bürgerkriege lösten einander ab und noch einige Zeit, und auf den Marktplätzen der einst so stolzen Hauptstädte weiden die Kühe, während Ziegenheerden sich um die Akropolis tummeln. Alle politischen Denker Griechenlands sind darüber einig, daß auch diese Kulturwelt an dem Rennen und Jagen nach Geldgewinn, an der einseitigen Entwicklung der Exportindustrie, an der Vernichtung des Mittelstandes und an der falschen Getreidepolitik zu Grunde gegangen ist.

Müssen denn aber alle Völker immer die gleichen Dummheiten machen, bis es zu spät ist? Und kann es der Species Homo sapiens wirklich als eine Auszeichnung angerechnet werden, wenn heute Vertreter der politischen Wissenschaften aus all diesen tiefersten Ereignissen so gar nichts gelernt haben und ihre Beredsamkeit nur immer dazu aufwenden, auch Deutschland auf den Pfad einseitiger Exportstaatsentwicklung zu drängen, bis endlich auch die deutsche Kultur in genau der gleichen Weise zu Grunde gerichtet ist.

Man wird hier vielleicht einwenden, daß man zwar mit meinen prinzipiellen Gesichtspunkten einverstanden sein könne, ohne deshalb in einer weiteren Erhöhung der Getreidezölle ein geeignetes Mittel zur Besserung zu erblicken, weil sie den Bauern keinen Vorteil gewähren, die bedrohte heimische Landwirtschaft nicht retten können und nur den Latifundienbesitzern zu gute kommen, die so wie so schon das Brot des Volkes essen. Darauf habe ich etwa folgendes zu erwidern: Denken Sie sich den Fall, daß jemand, der schon einige Glas Bier getrunken hat, behauptet, das Bier sei vortrefflich, während ein anderer, der von dem Bier nur gehört hat, behauptet, es sei ungenießbar – wessen Aussage würden sie wohl am meisten vertrauen? Ganz offenbar der Aussage desjenigen, der das Bier getrunken hat. Genau, so halte ich es mit der Bedeutung der Zölle für den Bauern. Sie, die Bauern nämlich, kennen die Zölle seit 1879 am eigenen Leibe. Und wenn dann die landwirtschaftlichen und bäuerlichen Vertretungen mit solcher Einstimmigkeit wie heute behaupten, daß die Zölle für sie von der allergrößten Bedeutung sind, dann höre ich nicht mehr auf superkluge Äußerungen solcher Personen, die nur vom Hörsagen reden. Übrigens sind diese Behauptungen der Bauern längst durch eine Reihe von Erhebungen bestätigt worden. Ich erinnere nur an die Untersuchung von Geheimrat Kühn, der nachgewiesen hat, daß der Bauer per Hektar Fläche mehr Getreide verkauft als der Großgrundbesitzer. Noch in den letzten Tagen erhielt ich eine Zusammenstellung des Abgeordneten Köhler, welcher für eine kleine hessische Gemeinde nachweist, daß 56 Bauern, von denen der Begüterteste weniger als 11 Hektar sein eigen nennt, in einem Jahre für 22 631 Mark Getreide verkauft haben. Würde nun eine entsprechende Erhöhung der Getreidezölle im Durchschnitt jedem dieser Bauern etwa 100 Mark mehr einbringen, so bin ich der Überzeugung, daß das für sie eine ganz außerordentliche Wohltat wäre. Man muß dabei nur nicht den Fehler machen, die Beträge für sich allein zu betrachten. Hundert Mark in der Hand eines Rothschild sind nichts, in der Hand eines kleinen Mannes sind hun-

dert Mark ein gesammeltes Vermögen. Und dann, meine Herren, glauben sie doch nicht, daß die größten Grundbesitzer die Schutzzollagitation angezettelt haben. Die wirklich größten Grundbesitzer sind zumeist Personen, die an verschiedenen großen Industrien beteiligt sind, über so und so viele Bankanteile verfügen und eine Reihe gut dotierter Aufsichtsratsposten ihr eigen nennen. Für diese Herren spielt ihr landwirtschaftliches Einkommen trotz der Latifundien eine weniger hervortretende Rolle. Und kommt es zu einem Konflikt zwischen den landwirtschaftlichen und kapitalistischen Interessen, dann neigen sie zumeist den letzteren zu. Wo diese Klasse von Grundbesitzern herrscht, wie z. B. in England, da gibt es keine agrarische Bewegung. Und wo es noch eine kräftige agrarische Bewegung gibt, wie in Deutschland und Frankreich, da ist der landwirtschaftliche, selbstarbeitende Besitzer vorherrschend. Man täuscht sich also über den wahren Charakter der Schutzzollbewegung durchaus, wenn man darin etwas anderes als eine Bewegung der selbständigen landwirtschaftlichen Arbeit sieht.

Wenn ferner Lujo Brentano, der Abgeordnete Dr. Barth, das „Berliner Tageblatt“ u. A. unter Berufung auf meine früheren Arbeiten über die Schutzzollerhöhung mir vorwerfen, daß sie die bedrängte Landwirtschaft nicht retten könne, weil ihre Wirksamkeit bei der nächsten Handänderung im Besitz durch Grundpreis und Grundschulden aufgesogen werde, so vergißt man dabei zwei Dinge: einmal übersieht man, daß die Zollerhöhung weniger die Preise gegen früher steigern, als vielmehr auf ihr früheres Niveau zurückbringen soll. Es dreht sich immer nur um die Forderung von Preisen, die dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre gleich kommen. Ferner vergißt man, das die heutigen Agrarier längst keine „Nur-Schutzzöllner“ mehr sind und allgemein die eminente Bedeutung eines organischen Agrarrechts anerkennen, dessen Aufgabe es wäre, auch die Überwälzung der Getreidepreissteigerung auf den Grundwert zum Nachteil der landwirtschaftlichen Arbeit zu verhüten.

Und schließlich noch wenige Worte zu dem pathetischen Ausruf des sozialdemokratischen Flugblattes: „Die Junker essen ohnehin schon das Brot des Volkes.“ Ich akzeptiere diesen Vorwurf sofort und sage: Jawohl, die Junker essen das Brot des Volkes. Aber essen denn die sozialdemokratischen Fabrikarbeiter nicht auch das Brot des Volkes? Wem verdankt denn der Arbeiter seine technischen Kenntnisse? Hat etwa der Arbeiter auch das Rohmaterial geschaffen, das er verarbeitet? Ist die Maschine, an der er beschäftigt wird, sein Arbeitsprodukt? oder müssen wir uns als denkende Menschen vor einer in Tätigkeit gesetzten Maschine nicht sagen, daß dieser Arbeitsprozeß eigentlich die ganze riesenhafte soziale Arbeitsgemeinschaft der Menschen zurück bis zur Bronze- und Steinzeit zur Voraussetzung hat? Wenn dem aber so ist, dann ißt auch der Lohnarbeiter das Brot des Volkes. Ich kenne Niemanden, der es nicht essen würde: Also, meine Herren, auf diesem Gebiete ist nach keiner Seite hin ein Vorwurf zu schmieden. Worauf es aber bei der sozialen Entwicklung ankommt, das ist dieses: Jedem Arbeiter – und ich nenne denjenigen einen Arbeiter, der sich in irgend welcher Form dienend an die Gesamtheit anschließt – soll es bei fortschreitender Kultur immer leichter werden, sich sein tägliches Brot zu verdienen.

Die Fortschritte der sozialen Arbeitsgemeinschaft sind heute so gewaltig, daß diese Anforderung längst in reichstem Maße erfüllt sein könnte, wenn nicht in dem Kapitalismus der Arbeit ein gefährlicher Feind erwachsen wäre, der in tausend verschiedenen Formen es versteht, den früheren, gegenwärtigen oder künftigen Arbeitsertrag in die Form eines Kapitalgewinnes umzuwandeln und in seine Tasche zu stecken. Wenn der produktivste aller römischen Juristen, Marcus Antistius Labeo, in seiner Spezifikation z. B. bestimmte, daß der Verarbeiter einer fremden Sache Eigentümer seines fertigen Produktes werden soll und die Person, der die fremde Sache gehörte, nach dem üblichen Sachpreise abzufinden sei, so hat er damit einen der vielen Konfliktsfälle zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeit entschieden. Wenn heute die großen Emissionsbanken jährlich ungezählte Millionen an Gründergewinn in ihre Tasche stecken, so ist das nichts anderes, als eine der modernsten Auswucherungsformen der Arbeiter, mit der sich seltsamerweise die Sozialdemokraten immer noch nicht beschäftigen. Und wenn heute die Landwirte über zu niedrige Getreidepreise klagen, so ist das die Folge einer Auswucherung der landwirtschaftlichen Arbeit in den raffiniertesten Formen des Börsenterminspiels unter Leitung des nordamerikanischen Elevatorenringes und der internationalen Gründertätigkeit der Emissionsbanken. Soweit es auf der Welt eine ehrliche, redliche Arbeit gibt, sie mag sich Landwirt oder Mittelstand in Gewerbe und Handel oder Lohnarbeiter nennen, soweit besteht eine natürliche Interessengemeinschaft zwischen ihnen, die nur ein blinder Parteifanatismus verkennen kann. Sie alle haben den gleichen Feind zu bekämpfen, nämlich den Kapitalismus. Oder – wie der schweizerische Arbeiterführer Greulich einmal in seiner drastischen Weise gesagt hat: „Die Bauern und die Arbeiter liegen in demselben Spital krank.“

Der Mittelstand in Handel und Gewerbe fängt mehr und mehr an, diese Interessengemeinschaft mit den Agrariern zu erkennen und dementsprechend zu handeln. Nur die sozialdemokratischen Lohnarbeiter meinen immer noch wunder was geleistet zu haben, wenn sie fanatisch in den Ruf einstimmen: „Fort mit den Zöllen!“ Ich gebe gewiß gern zu, daß den Lohnarbeitern im Allgemeinen die Auffassung der Getreidezölle als Bremszug in der modernen kapitalistischen Entwicklung, um Zeit zu gewinnen für mehr durchgreifende Reformen, nicht so leicht zugänglich gemacht wird. Aber ist es denn für den gesunden Menschenverstand wirklich gar so schwer, wenigstens zu begreifen, daß, wenn die Landwirtschaft nicht rentiert, dann natürlich die Bevölkerung vom Lande nach der Stadt abströmt und den Arbeitermarkt überfüllt, zum Schaden und Verderben der Arbeiter, und wenn umgekehrt die Landwirtschaft rentiert, daß dann diese Abwanderung vielleicht ganz aufhören könnte und damit die Stellung der Lohnarbeiter sich wesentlich gebessert hätte? Und gehört es wirklich zu den unfaßbaren Vorstellungen, daß, wenn es auf solche Weise uns gelingt, die heimische Konsumkraft per Kopf und Tag nur um 10 Pfennig zu steigern, damit allein schon die industrielle Nettoausfuhr Deutschlands, von der immer so viel Aufhebens gemacht wird, aufgewogen ist? Und wenn die sozialdemokratischen Lohnarbeiter das wirklich nicht mehr begreifen können, dann will ich sie wenigstens daran erinnern, daß gegen Ende des 18. und in der ersten Hälfte des

19. Jahrhunderts das Proletariat in England nur deshalb durch den Kapitalismus so furchtbar ausgebeutet werden konnte, weil es dem englischen Kapitalismus bereits im 15. und 16. Jahrhundert gelungen war, den englischen Bauernstand zu vernichten. Wo umgekehrt die Landwirtschaft eine blühende geblieben ist, da ist auch überall die Einführung des Fabriksystems ohne schlimme Ausbeutungsformen den Arbeitern gegenüber von statten gegangen. Der entscheidende Kampf zwischen Arbeit und Kapital wurde in der Weltgeschichte noch immer von den Bauern und von der selbständigen landwirtschaftlichen Arbeit ausgefochten. Wenn heute die sozialdemokratischen Arbeiter blind genug sind, dem Kapitalismus gegen die Landwirte Zuzug zu leisten, so sollten sie wenigstens sich bewußt werden, daß sie auf diese Weise mithelfen, Freiheit und Fortschritt für ihre Kinder zu vernichten.

Aus all diesen Erwägungen fasse ich meine Ausführungen in den Satz zusammen: es ist durch nichts gerechtfertigt, angesichts der bevorstehenden Zollerhöhung die städtische Bevölkerung gegen das Land zu verhetzen.

**B.**  
**Wirtschaftskrisen**  
**und wirtschaftliche Organisationen.**

=====

**Das Problem der Verhütung unserer Wirtschaftskrisen**  
**und die Interessen unserer Großbanken.**

(Deutsche Tageszeitung, No. 109, 1909.)

Unsere Bank-Enquete wurde bekanntlich veranstaltet, als das deutsche Volk unter einem ungewöhnlich hohen Zinsfuße schwer zu leiden hatte, und der Unwille breiter Berufskreise eine Aufklärung über diese Mißstände forderte. In dieser Enquete nahm der Berliner Großbankier Dr. von Schwabach Veranlassung, zu erklären: „Es gibt für uns Bankiers nichts Unangenehmeres, als einen hohen Bankdiskont“. Freiherr von Wangenheim zitierte in seinem Referate diese Äußerung und stellte zunächst fest: dieser Behauptung stehe die Tatsache entgegen, daß die deutsche Reichsbank in den Zeiten der Krisen mit dem höchsten Diskont immer die besten Geschäfte gemacht habe; so 1882 bei einem Diskont bis zu 6 % einen Reingewinn von 7,05 % des Grundkapitals, so 1890 bei einem Diskont bis 5,5 % einen Gewinn von 8,81 %, so 1900 bei einem Diskont von 7 % 10,48 % Gewinn und 1907 bei einem Diskont von 7,5 % 9,89 % Gewinn! In ruhigen Zeiten war dieser Gewinn zwei bis drei Prozent niedriger. Außerdem steigerte sich der Gewinn des Reiches auf 34 Millionen Mark gegen früher etwa 15 Millionen Mark. Auf den Zuruf, daß das selbstverständlich sei, weil es eben die Reichsbank sei, antwortete Freiherr von Wangenheim, daß auch Geheimrat Rießler, früher Direktor der Darmstädter Bank, jetzt Professor an der Berliner Universität, in seinem bekannten Werke „Zur Entwicklungsgeschichte der Großbanken“ auf Seite 53, 54 und 325 darauf hingewiesen habe, daß die Banken in Zeiten der Krisen besonders hohe Dividenden verteilen könnten. Dagegen verwahrte sich dann Geheimrat Rießler mit besonderer Schärfe. „So etwas sei in seinem Buche nicht gesagt. Einen derartigen Wechselbalg habe er nie in die Welt gesetzt“.

Nun hat aber Rießler in seinem genannten Buche auf Seite 325 mitgeteilt, daß die Deutsche Bank in Berlin in dem Krisenjahre 1882 10 % Dividenden verteilte, gegen nur 6, 6 ½ und 9 % in den Jahren 1877, 1878 und 1879; daß dann in den Jahren 1883 bis 1888 wieder nur 9 % Dividende folgten, daß aber in dem Krisenjahre 1890 10% wieder erreicht wurden. In dem dann nächsten Krisenjahre 1900 wurden 11 % und in der letzten Krisis 1907 12 % Dividende verteilt. Es ist richtig: Rießler sagt das alles nicht wortwörtlich! Er gibt auf Seite 325 nur eine Tabelle über die Entwicklung des Aktienkapitals, der Reserven, der jährlichen Gesamtumsätze und der Dividenden der Deutschen Bank von 1870 bis 1904. Aber es ist doch wohl ein durchaus wissenschaftlicher alter Brauch, aus solchen Tabellen

ganz naheliegende einfache Schlüsse zu ziehen und dann bei deren Verwendung anzugeben, aus welcher Quelle geschöpft wurde.

Aus dem genannten Rießerschen Werke geht ferner hervor, daß es die großen Privatbanken NICHT IMMER verstanden haben, in den Jahren der Krisen die höchsten Dividenden zu verteilen. So weist Rießer auf Seite 54 darauf hin, daß die Darmstädter Bank 1854  $5\frac{1}{2}\%$ , 1855  $10\frac{2}{3}\%$ , 1856 15% und in den Krisen-jahren 1857 5% Dividende gegeben habe. Aber auf der vorhergehenden Seite wird ausdrücklich betont, daß es ein Fehler sei, zu große Dividenden auszu-schütten. Richtiger sei es, den Mehrgewinn zur Stärkung der inneren Position zu verwenden. Rießer ist ferner in seinem Abschnitt über die „Aufgaben des Bank-wesens im Wirtschaftsleben“ bemüht, die Bankdirektoren auf die bisher oft zu wenig beachteten „Symptome einer herannahenden Krisis“ aufmerksam zu machen. Für eine solche Krisis müsse jede weitblickende Bankleitung ihre Mittel möglichst liquid halten. Die Handhabung einer solchen großzügigen Divi-dendenpolitik lernen unsere Großbanken offenbar immer besser, wie die angeführten Dividenden der Deutschen Bank beweisen dürften. Und daraus hat Freiherr von Wangenheim in der Bank-Enquete-Kommission den wichtigen Satz gefolgert: „Also stehen die Interessen der Banken hier im scharfen Gegensatze zu den Interessen des ganzen übrigen Volkes“. Denn – wie wir hier noch hinzu-fügen wollen – die Banken sind interessiert an möglichst hohen Dividenden und an der periodischen Wiederkehr von Krisen, mit denen immer ein besonders teurer Geldstand verknüpft ist. Das hat inzwischen der Bankdirektor und Reichstagsabgeordnete Mommsen in der Reichstags-sitzung vom 18. Februar unumwunden zugegeben, indem er etwa sagte: „Ein möglichst billiger Diskont ist sehr angenehm für alle, die kein Geld haben. Für die, welche Geld haben, sind billige Zinssätze nicht angenehm. Das Vermögen des deutschen Volkes ist aber größer als seine Schulden, deshalb hat es ein Interesse daran, nicht zu billige Zinssätze zu haben und gar zu wenig Zinsen einzunehmen“. Das ist eine sehr dankenswerte Offenheit. Mommsen übersieht dabei nur, daß der Besitz und das Vermögen sich in immer weniger Händen konzentriert, und daß die allerneu-este für Preußen bekannt gewordene Zunahme der Besitzenden sich ausschließ-lich auf die Zunahme der Parzellenbesitzer auf dem Lande zurückführt, wäh-rend gleichzeitig in den Städten die Zunahme der Besitzlosen andauert. Aber auch mit dieser kleinen Verbesserung der ergänzungssteuerpflichtigen Bevölke-rung in Preußen pro 1908 auf 14,09 für Hundert der Gesamtbevölkerung wird nichts für den Satz bewiesen: das deutsche Volk in seiner Mehrheit habe ein Inte-resse an nicht zu billigen Zinssätzen!

Mommsen übersieht ferner, daß noch stärker als die Konzentration des Ver-mögens die Konzentration der Vermögensherrschaft durch unsere Syndikate fortschreitet. Das gewaltige Syndikat der Berliner Großbanken wird nach dem Urteile von Sachverständigen heute von etwa zwölf Personen beherrscht. Und diese fortschreitende Konzentration muß bei immer demokratischer werdendem Wahlrecht nach aller geschichtlichen Logik mit elementarer Gewalt zur Expro-priation der Expropriateure führen. Doch diese Bemerkung hier nur nebenbei, um folgende Tatsachen zusammenzufassen: Die Regierung hat die Bank-Enquete

einberufen, als weite Kreise in Stadt und Land unter dem zu hohen Bankdiskont zu leiden hatten und die Antwort auf die Frage gegeben werden sollte: „Wie ist die Wiederkehr solcher Zustände künftig zu verhüten?“ In dieser Bank-Enquete aber waren die Vertreter der Interessen der Großbanken in der überwiegenden Mehrzahl. Und in dieser Bank-Enquete hat ein Berliner Großbankier behauptet: es gebe für die Banken nichts Unangenehmeres, als einen hohen Bankdiskont. Als daraufhin Freiherr von Wangenheim betonte, daß die Interessen der Banken doch wohl auf seiten des höheren Zinssatzes stünden, und daß diese Folgerung nicht nur aus der Statistik der Reichsbank, sondern auch aus dem bekannten Buche von Rießler gezogen werden müsse, da verwahrte sich der Geheimrat Rießler sehr energisch gegen diese Folgerung. Und jetzt erklärt der Bankdirektor Mommsen im Reichstage: Wer Geld hat, ist selbstverständlich an höheren Zinsen interessiert. Erinnern diese Vorgänge nicht lebhaft an eine interessante Stelle bei Adam Smith, auf die der Ökonomierat Lücke schon öfter hingewiesen hat, und die lautet:

„Da die Vertreter der Geldinteressen ihr ganzes Leben lang sich mit Plänen und Berechnungen beschäftigen, so ist ihr Verstand in der Regel auf diesem Gebiete mehr geschärft, als der derjenigen Personen, welche das Landinteresse vertreten. Aber, da die Gedanken der ersteren Klasse in der Regel auch mehr auf das, was ihren eigenen Geschäften, als auf das, was der Volksgemeinschaft im allgemeinen frommt, gerichtet sind, so kann man ihr Urteil, selbst dann, wenn es mit der größten Unbefangenheit abgegeben wird, nur mit großer Vorsicht akzeptieren. Die Überlegenheit der Vertreter der Kapitalgewinne über die Vertreter der Interessen der Grundbesitzer besteht nicht sowohl darin, daß sie das öffentliche Interesse, als darin, daß sie ihr eigenes Interesse besser verstehen. Durch diese Art der Überlegenheit haben sie oft die Großmut anderer mißbraucht und sie zum Preisgeben ihrer Interessen zu bewegen vermocht. Im allgemeinen ist das Interesse eines jeden Geschäftsmannes in der einen oder anderen Beziehung ein von dem öffentlichen Interesse verschiedenes. Jeder Vorschlag zu neuen Gesetzen, der deshalb von den Vertretern der Kapitalinteressen ausgeht, ist mit großer Vorsicht aufzunehmen und sollte nie genehmigt werden, bevor er nicht mit ängstlicher Sorgfalt geprüft worden ist.“

## Die Mühlenumsatzsteuer ohne oder mit Kontingentierung der Mühlen.

(Deutsche Agrarzeitung No. 28, vom 8. Juli 1906.)

Der Ausbau unserer modernen Verkehrswege hat auch in Deutschland dem internationalen Getreideverkehr wesentliche Erleichterungen gebracht. In den Hafenplätzen wie an den großen schiffbaren Strömen und Kanälen ist es heute ein Leichtes, vom internationalen Getreidehandel fast jede beliebige Menge, selbst in vorzüglichen Qualitäten, fortlaufend zu beziehen, ohne auf den Ausfall der heimischen Ernte Rücksicht nehmen zu müssen. Im Anschluß an diese Verkehrswege hat sich unsere Großindustrie entwickelt mit ihrer rapid wachsenden Arbeiterbevölkerung und einem damit wachsenden lokalen Brotbedarf. Dies alles mußte eine Reihe von großen Mühlen aus den deutschen Kornkammern nach diesen Wasserstraßen locken. Da das Mehl auf den Wasserstraßen und Eisenbahnen zu den gleichen Kosten verfrachtet wird, wie das Getreide, und Mehl plus Kleie wegen des billigen Spezialtarifs für Kleie zusammen sogar weniger Fracht zahlt, als der Rohstoff Getreide, so konnten jene Großmühlen um die Abstoßung ihrer Produktion unbesorgt sein. Unsere Großbanken waren bereit, die gewünschten Millionen zur Verfügung zu stellen. Und so entstanden nach ausländischem Vorbilde auch in Deutschland Mühlen von einer Größe und von einer Produktionsfähigkeit, die alles weit überboten haben, was man bis dahin als eine große Mühle bezeichnete. Die Tagesvermahlung wurde von 40 bis 50 Tonnen auf 400 bis 500 Tonnen erhöht. Und schon sehen wir drei solche Großmühlen in der Hand eines Unternehmers. Viele von dieser Entwicklung nicht begünstigten Mühlen sind eingegangen. Fast überall begegnen wir im Lande den Mehlofferten einzelner Großmühlen. Eine größere Arbeit von Dr. Paul Mohr, die im Jahre 1899 aus dem Seminar der Berliner Professoren Schmoller und Sering hervorgegangen ist, kommt bereits zu dem Schlusse: „Wenn für irgend ein Gewerbe die marxistische (sozialistische) Theorie von der Überlegenheit und dem Siege des Großbetriebs über den Kleinbetrieb paßt, so ist dies vollkommen richtig für die Müllerei.“ „Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann es dem modernen Großbetrieb in der Müllerei gelingt, den Kleinbetrieb aufzusaugen.“ Unter solchen Umständen war es gewiß begreiflich, daß diejenigen Politiker, die nicht der sozialistischen Entwicklung zuneigen, sondern unter allen Umständen den selbständigen Mittelstand in Stadt und Land zu erhalten bestrebt sind, die Forderung vertraten: eine progressive Umsatzsteuer für Mühlen einzuführen, die dieser drohenden Alleinherrschaft der Großmühlen in wirksamer Weise begegnet.

Die Propaganda hierfür in den Fachkreisen und innerhalb der nationalwirtschaftlich gerichteten politischen Parteien hat nach jahrelangem, anscheinend zunächst erfolglosem Mühen endlich das Ergebnis gezeitigt, daß in den Parlamenten mehrerer deutscher Einzelstaaten eine starke Mehrheit für jenen Gedanken eintritt, und auch im Reichstage lehrten die jüngsten Kommissionsverhandlungen über diesen Gegenstand, daß auch hier eine Majorität jedenfalls für das Prinzip vorhanden ist: dem sonst fortschreitenden Ruin der binnenländi-

schen Müllerei nicht länger mehr tatenlos zuzuschauen, sondern durch einen wie immer gearteten gesetzgeberischen Eingriff die mittleren und kleinen Existenzen im Müllereigewerbe zu stützen und die heute herrschenden, zum Teil ja direkt aus der wirtschaftlichen Gesetzgebung entspringenden Vorteile jener Großmühlen durch einen direkten Eingriff zu Gunsten der Binnenmüllerei wieder auszugleichen.

Nachdem also jedenfalls das Prinzip: dem Müllereigewerbe überhaupt zu helfen, sich Anerkennung errungen hat, erscheint es mir zeitgemäß, zu untersuchen, wie der grundlegende Gedanke im Einzelnen noch weiter auszubauen sein würde, um das erstrebte Ziel der wirtschaftlichen Gesundung des Gesamtgewerbes möglichst vollkommen zu erreichen.

Man hat hierbei nicht nötig, auf die Einwendungen derer einzugehen, die dem Prinzip eines gerechten wirtschaftlichen Ausgleichs grundsätzlich widerstreben, weil sie gerade aus der intensivsten Ausbeutung der sogenannten „freien Konkurrenz“ den größten eigenen Vorteil (jetzt bereits oder für die Zukunft) erwarten. Wer auf solchem Standpunkt steht, kann kaum belehrt, muß vielmehr durch die vereinigte wirtschaftspolitische Kraft der Anderen bezwungen werden.

Ernste Prüfung aber erheischt die Frage: Wo treten, bei den bisher vorliegenden Vorschlägen, unnötige und vermeidbare Härten zu Tage? Und andererseits: In welcher Richtung reichen diese Vorschläge noch nicht aus, um völlig zum Ziel zu gelangen?

Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich nicht nur Mühlen mit früher 40 bis 50 Tonnen täglicher Vermahlung in solche von 400 bis 500 Tonnen Vermahlung verwandelt haben, sondern noch mehr haben sich Mühlen mit früher nur 5 bis 10 Tonnen täglicher Vermahlung zu 40 und 50 Tonnen täglicher Leistung vergrößert. Nun bedeuten aber zehn Mühlen mit 50 Tonnen täglicher Vermahlung als Produzenten zusammen so viel wie eine Mühle mit 500 Tonnen Tagesvermahlung. Mit anderen Worten: nicht nur bei den größten, sondern auch bei den mittleren und kleinen Mühlen besteht ein bedenkliches Vergrößerungsbestreben. Deshalb griffen konsequenter Weise die bekannt gewordenen Entwürfe einer Mühlenumsatzsteuer auch schon bei mittleren Mühlen mit bemerkenswert hohen Steuerforderungen ein. Das bewirkte, daß sich die deutschen Müller in zwei feindliche Gruppen teilten: für und gegen die Umsatzsteuer!

Die Erwägung, daß ein Großmüller – nach den bekannten Vorschlägen – bei 150 Tonnen Tagesmahlung pro Tonne 4 M. 50 Pf. Steuer zu entrichten hätte, reicht eben nicht aus, um einen Mittelmüller, der etwa 50 Tonnen täglich vermahlt, darüber hinweg zu trösten, daß er nach dem gleichen Gesetzesvorschlage selber jährlich 22 500 M. Umsatzsteuer auf sich nehmen soll. Er sieht zunächst nur die ihm selber drohende Neubelastung; ob er in Folge der noch stärkeren Besteuerung einer noch größeren anderen Mühle eine entsprechende Entlastung erfahren wird, erscheint ihm zunächst fraglich – und diese Entlastung ist auch nicht bloß fraglich, sondern sogar direkt ausgeschlossen, falls er in seiner Gegend nicht unter der Konkurrenz eines noch Größeren zu leiden hat, sondern wenn er

nur mit gleich großen Mühlen dort konkurriert. Es tritt bei ihnen Allen dann gleichmäßig eine als einfache Unkostenerhöhung wirkende Besteuerung ein, die im gegenseitigen Konkurrenzverhältnis aber keine Erleichterung schaffen kann!

Es ist kein Zweifel, daß nach den bisher vorliegenden Anträgen durch eine progressive Umsatzsteuer den kleineren Mühlen überall dort wirksam geholfen werden kann, wo sie mit mittleren oder großen Mühlen zu konkurrieren haben: den mittleren Mühlen dort, wo sie mit großen konkurrieren müssen, und den großen Mühlen dann, wenn sie mit den allergrößten in Konkurrenz liegen. Überall wird in diesen Fällen die eigene Steuerbelastung durch die entsprechend höhere Belastung der größeren Mühle wieder wett gemacht und (da die Steuer als Betriebskostenerhöhung wirkt) so tritt darüber hinaus durch die entsprechend stärkere Kostenerhöhung der größeren Mühle eine entsprechende Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der kleineren Mühle ein. In allen diesen Fällen sehen wir auch folgerichtig eine unbedingte Zustimmung der betreffenden müllerischen Kreise zu dem Gedanken einer jeden Mühlenbetrieb treffenden Umsatzsteuer.

Ganz anders in denjenigen Gegenden Deutschlands, wo nur kleinere mit kleineren Mühlen, mittlere mit mittleren und größere mit größeren Mühlen zu konkurrieren haben. Hier ist das ausgleichende und entlastende Moment der stärkeren Besteuerung des größeren Konkurrenten nicht gegeben; es findet daher keine Erleichterung der Konkurrenz statt; das nach dieser Richtung hin erstrebte Ziel einer Festigung der wirtschaftlichen Existenzen wird durch das einfache Besteuerungsprinzip nicht erreicht, sondern es ergibt sich für alle in einem solchen Konkurrenzbezirk gelegenen Mühlen durch diese Besteuerung nur eine reine Mehrbelastung zum Vorteil lediglich des Fiskus.

Daher ist es begreiflich, daß in allen solchen Gegenden Deutschlands, wo diese (wenn auch gegenseitig noch so erbitterten, aber in sich mehr gleichartigen) Konkurrenzverhältnisse obwalten, eine lebhaft gemeinsame Gegnerschaft gegen die Umsatzsteuer sich geltend macht.

Nun erscheint es mir nicht zweifelhaft, daß die tunlichste Einigkeit des ganzen Müllergewerbes eine wichtige Voraussetzung ist für die Erreichung der sachlichen Ziele:

Beseitigung der übermächtigen Konkurrenz der größeren gegen die kleineren Mühlenbetriebe;

Beseitigung der schrankenlosen Konkurrenz der gleichartigen Betriebe gegeneinander.

Ich glaube nun, daß diese Einigkeit der ausschlaggebenden Mehrheit des Gewerbes und damit die Erreichung der vorstehenden wirtschaftlichen Ziele herbeigeführt werden könnte, wenn man die progressive Umsatzsteuer so formuliert, daß man sie mit einem steuerfreien Kontingent verbindet und dadurch zugleich die Basis schafft für eine Syndizierung aller Betriebe zwecks Beseitigung der schrankenlosen gegenseitigen Unterbietung des Mahllohnes, wie

wir sie heute auch unter sonst gleichartigen Konkurrenzverhältnissen leider vielfach beobachten können.

Hierfür ist es zunächst wichtig, die tatsächliche Lage der Verhältnisse im Mühlengewerbe klarzustellen. Es trifft nämlich nicht zu, daß das deutsche Mühlengewerbe unter einer faktischen Überproduktion in Mühlenprodukten leidet. Nirgends kann diese Behauptung ziffermäßig belegt werden. Ein unverkaufter Mehl- oder Kleievorrat von 2,3 pCt. der Jahresproduktion, wie er im Höchsthalle festzustellen war, rechtfertigt es noch nicht, von einer allgemeinen Überproduktion zu reden. Und wenn da und dort lokal größere Vorräte sich ansammeln, dann finden sie nur in Folge des so mangelhaft organisierten Absatzes nicht leicht und nicht sofort Verwendung. Richtig ist nur, daß die Müllerei unter zu starker Produktionsmöglichkeit und dadurch unter Mißständen leidet, deren Wirkung zuletzt die gleichen Erscheinungen hervorruft, wie ein faktisches Zuviel an Produkten. Aber aus der gleichen Wirkung darf bekanntlich nicht der Schluß auf die gleiche Ursache gezogen werden.

Wenn es feststeht (und diese Tatsache ist erweisbar), daß das Übel nicht einem Zuviel an wirklicher Produktion, sondern nur einem Zuviel an Produktionsfähigkeit entspringt, dann ist damit auch der Weg gewiesen, den die prohibitive Umsatzsteuer ohne jede Verletzung irgend eines berechtigten Interesses gehen kann: sie braucht nicht darauf sich richten, die bisherige tatsächliche Produktion einzuschränken oder steuerlich zu belasten, sondern es genügt, wenn sie die über die bisherige Produktion hinausgehende, weitere Produktionsmöglichkeit einschränkt bzw. durch hohen Steuerdruck unmöglich macht – und dann ist eine auf der Basis der bisherigen tatsächlichen Vermahlung sich aufbauende Syndizierung des gesamten Mühlengewerbes zwecks Verständigung über einen gerechten Mahllohn möglich gemacht.

Die deutsche Müllerei leidet heute im Wesentlichen nur unter den Folgen der sogenannten „freien Konkurrenz“. Die freie Konkurrenz hat es verursacht, daß die Mehlerzeugungsfähigkeit der Mühlen weit über den Mehlbedarf des Volkes hinaus gewachsen ist und daß deshalb die Müller sich um die zu kurze Decke des Bedarfs reißen. Die freie Konkurrenz hat im Mühlengewerbe zu einer ungeheuren Übersetzung der Mehlofferte geführt, so daß in manchen Gegenden schon auf 3 und 4 Bäcker ein Mehlverkäufer kommt oder auf 6 und 8 Tonnen Tagesvermahlung schon ein Mehlagent. Dieser Zustand erzeugt dann natürlich im Markte ein gegenseitiges Unterbieten im Preise, zu weitgehende Kreditgewährungen an die Käufer, eine ungesunde Entwicklung der Lieferungs-geschäfte und eine wesentliche Erhöhung der Spesen durch zu viele Agenten, Doppelverfrachtungen usw. Aber alle diese Mißstände können nur dadurch beseitigt werden, daß man die wirkende Ursache: die freie Konkurrenz beseitigt durch einen modernen Zusammenschluß der deutschen Müller nach Art der Syndikate. Diesen Weg haben bis heute bereits 328 produktive Gewerbe in Deutschland beschritten. Nur innerhalb des Syndikats ist es möglich, die Produktion endlich dem Bedarf anzupassen, die Übersetzung der Mehlofferte zu verhüten, die Zuviel-Agenten zu vermeiden, das gegenseitige ruinöse Unterbieten der Preise aufzuheben, die Kreditgewährungen an die Käufer rationell

einzuschränken, die Lieferungsgeschäfte in die rechten Bahnen zu lenken und alle unnötigen Spesen durch eine vernunftgemäße Einteilung zu ersparen. Endlich würde innerhalb des Syndikats ein gerechter Ausgleich zwischen den größeren und kleineren Betrieben in der Weise möglich werden, daß, nach Art des Syndikatsvertrags der Spritfabriken und anderer Syndikate, auf Grund der tatsächlichen, aus den Büchern erwiesenen Verhältnisse den größeren Betrieben ein geringerer Preis für ihre Produkte gezahlt wird, um die dadurch eingesparte Summe dann den ungünstiger gelegenen kleineren Betrieben zuzulegen. Dieses Syndikatsprogramm steht nicht in einem prinzipiellen Gegensatz zu der geforderten Mühlenumsatzsteuer, es will nur durch Anwendung weiterer Maßregeln ergänzend wirken und so das gesteckte Ziel völlig erreichen helfen.

Das Syndikatsprogramm kann die Mühlenumsatzsteuer prinzipiell nicht entbehren. Sie ist als Hilfsgesetz für das Syndikat unumgänglich nötig. Was die Müller bisher tatsächlich vermahlen haben, muß ihnen als ihr „steuerfreies Kontingent“ zugeschrieben werden, das ihnen Niemand nehmen kann, ohne sie vorher entsprechend abzufinden. In dieser Art wäre zu Anfang die Erzeugung von Mühlenprodukten mit dem tatsächlichen Bedarf in direkte Beziehung zu setzen. Und erst auf solcher Basis kann sich der Syndikatsaufbau in solider Weise erheben. Weil wir keine Überproduktion in Mehl und Kleie haben, entspricht die gesamte Vermahlung ziemlich genau dem wirklichen Konsumbedarf. Wenn aber dann der Einzelne über sein Kontingent hinaus noch Getreide vermahlt und damit sich auf eine Bahn begibt, die das ganze Gewerbe mit dem Unheil der Überproduktion bedroht, dann muß dafür eine Strafe eintreten, die mit der Mehrvermahlung stark progressiv wächst. Aus all diesen Erwägungen scheint es mir richtiger: sich nicht auf die Forderung einer Mühlenumsatzsteuer allein zu beschränken, sondern bei den gesetzgebenden Faktoren eine Kontingentierung der Mühlen mit einer modifizierten Umsatzsteuer zu beantragen.

## Zur Kritik unserer bisherigen sozialen Gesetzgebung.

(Deutsche Agrarzeitung, 3. Heft, 1909.)

### I.

Mit dem Erlaß des Kranken-Versicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 wurden unsere großen sozialen Gesetze eingeleitet, durch die nach dem vortrefflichen „Leitfaden zur Arbeiterversicherung des Deutschen Reiches“ von Geheimrat Dr. Zacher (Ausgabe 1908) bis Ende 1907 im Ganzen rund 81 Millionen Personen (Erkrankte, Unfallverletzte, Invalide und deren Angehörige) 6,3 Milliarden Mark an Entschädigung erhalten haben. Davon sind durch die versicherten Arbeiter nur die kleinere Hälfte an Beiträgen aufgebracht worden. Gegenwärtig werden für diesen Zweig der Arbeiterfürsorge in Deutschland schon täglich 1,7 Millionen Mark aufgewendet, während die angesammelten Vermögensbestände bereits 2 Milliarden Mark erreichen. – Gewiß ist durch dies alles eine große Tat geleistet worden, die bis heute schon eine gewaltige Summe menschlichen Leides gemildert hat. Jedermann weiß, daß diese sozialen Gesetze aus den edelsten Motiven hervorgegangen sind. Und das Ausland ist sichtlich auf dem Wege, uns diese Politik in seiner Art nachzumachen. Aber all das darf und sollte uns nicht als Rechtfertigung genügen, um die einmal begonnene soziale Gesetzgebung ohne eingehende Prüfung in der genau gleichen Weise immer weiterzuführen. Die Logik der Geschichte fragt nicht nach den Motiven der Gesetze, oder nach dem Grade von zeitgenössischem Beifall und Nachahmung. Der erste Kanzler des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, der ein ganz seltener praktischer Kenner der Weltgeschichte war, hat den Ausspruch getan: „Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als unsere Oberrechnungskammer“. Sollte deshalb vor dem Weiterschreiten auf dem einmal eingeschlagenen Pfade der Gesetzgebung eine neue Wegsicherung nicht angezeigt erscheinen? Vielleicht lassen sich heute besser, als zu Anfang der 80er Jahre, die Voraussetzungen unserer sozialen Gesetzgebung prüfen? Vielleicht führen uns doch die unausbleiblichen Folgen dieser einseitigen Klassengesetzgebung recht bedenklichen Situationen zu?

Schon Professor Julius Wolf hat in seiner Berliner Rede gegen den Kathedersozialismus (1899) darauf hingewiesen, daß Fürst Bismarck in den achtziger Jahren noch selbst geglaubt habe: es sei möglich, durch unsere soziale Klassengesetzgebung die industriellen Arbeiter mit dem Staate zu versöhnen und den sozialen Frieden herzustellen. In der denkwürdigen Kronratssitzung vom 24. Januar 1890 aber, zwei Monate vor seiner Entlassung, hat Fürst Bismarck auf das Entschiedenste diese seine frühere Auffassung abgelehnt mit den Worten: „Es ist der Schein zu vermeiden, als bestehe an höchster Stelle und in der Regierung die Ansicht, daß durch Paktieren mit der Begehrlichkeit der Arbeiter zur Sicherung des sozialen Friedens zu gelangen sei. Nichts ist gefehlter, als eine Auffassung, welche sich schmeichelt, durch Inangriffnahme einer energisch durchgreifenden Gesetzgebung zugunsten der arbeitenden Klassen die Sozialdemokratie auf den

Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zurücklenken zu können.“

Ich war in meinem „System der politischen Ökonomie“ bemüht, die Begründung einer prinzipiellen Ablehnung des heute herrschenden Kathedersozialismus zu geben und fasse diese Ablehnung in folgende Punkte zusammen:

1. Der Kathedersozialismus ist kein nationalökonomisches System, das aus der Summe unserer gegenwärtigen Zeitverhältnisse abgeleitet wäre, (Miquel) so, wie der Freihandel und der Marxsche Sozialismus aus deren respektiven Zeitverhältnissen abgeleitet wurden. Werner Sombart nennt deshalb unsere Zeit eine solche der „Tatsachenvergötterung, des rückgratlosen Eclecticismus auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft“. Schmoller hat in seiner Berliner Rektoratsrede vom 15. Oktober 1897 alle Theorie als etwas „Schwankendes“ den empirisch ermittelten Tatsachen als „feststehender Wissenschaft“ gegenübergestellt. Und nach dem stets vorsichtigen Roscher beschäftigt sich die Volkswirtschaftslehre mit „dem, was ist und gewesen ist“, aber nicht mit dem „was sein soll“. Der Kathedersozialismus will mithin gar keine Theorie für eine bestimmte Gesetzgebung sein. Und soweit er überhaupt Theorien hat, stellen sich diese als eine, nach den verschiedenen Personen ungeheuer wechselnde Mischung des Freihandels und des Sozialismus dar.
2. Weil der Kathedersozialismus gar keine Theorie hat, verlaufen sich seine volkswirtschaftlichen Betrachtungen in Spezialuntersuchungen. Das typische Buch hierfür ist Conrads „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“. In diesem werden 240 verschiedene Spezialkrankheiten am Volkskörper von den jeweiligen Spezialisten behandelt und viele Hundert verschiedener Heilmittel dem sozialen Körper verordnet. Auf diese Weise erschöpft sich unsere praktische Politik in einem Kampf gegen Symptome, statt eine organische Heilung anzustreben.
3. Das tiefere Verständnis für das organische Wesen „volkswirtschaftlicher Körper“, das darin liegt, daß das Wohlbefinden des einen Gliedes von dem Wohlbefinden des anderen bedingt ist und alle Krankheitserscheinungen aus dem Wesen des ganzen Volkskörpers heraus verstanden und behandelt sein wollen, ist dem Kathedersozialismus verloren gegangen. „Man hat die Teile in der Hand, fehlt leider nur das geistige Band.“ Die uralte Fabel von dem Magen und den Gliedern ist in Vergessenheit geraten. Und weil die überhaupt noch vorhandenen theoretischen Erwägungen eine Mischung von Freihandel und Sozialismus darstellen, interessierte sich der Kathedersozialismus im Wesentlichen nur für die Reichen und die Proletarier. Deshalb hatte die erste Auflage von Conrads „Handwörterbuch der Staatswissenschaft“, trotz seiner sechs dicken Bände, einen Artikel über den Mittelstand ganz zu bringen vergessen.

4. Dieser ganz ungenügenden Durchdenkung der volkswirtschaftlichen Probleme von Seiten des herrschenden Kathedersozialismus entspricht die weitgehende Inkonsequenz unseres geltenden Rechtes.

Für die Einfuhr der ausländischen Ware in den inländischen Markt ist der „Freihandel“ beseitigt. Im nationalen Wirtschaftsverkehr aber ist die „Freiheit des Handelns“, das heißt: Das Recht des Individuums, rücksichtslos im egoistischen Interesse die wahren Interessen der Allgemeinheit stören zu dürfen, noch in voller Geltung. Weil aber auch hier das Volksleben diesen „Freihandel“ als unerträglich empfindet, mußte unsere „Gewerbeordnung“ seit 1869 mit 32 Novellen verziert werden, die nur als „Verlegenheitsgesetzgebung“ bezeichnet werden können. Für die Banknotenausgabe hat man den „Freihandel“ schon beseitigt. Aber auf dem ganzen übrigen Gebiete des Gold-, Geld- und Kreditverkehrs hat man nur für die Hypothekenbanken, die privaten Versicherungsgesellschaften und die Sparkassen den Freihandel etwas eingeengt. Man hat im Unfallversicherungsgesetz die Unfallkosten als einen Bestandteil der „Produktionskosten“ angesehen und bis heute die heimischen Wirtschaftsbetriebe deshalb zur Zahlung von rund 1 ½ Milliarden gezwungen. Man hat sich aber nicht darum gekümmert: ob der Freihandel im Markte es dem einzelnen Unternehmer auch wirklich gestattet, diese Lasten seinen Produktionskosten tatsächlich zuzuschlagen, oder nicht. Man hat durch unsere sozialen Gesetze die Lohnarbeiter als „Klasse“ versichert, im Interesse des „sozialen Friedens“. Jedermann weiß aber, daß seitdem die Zahlen der Streiks und der Terrorismus der Arbeiter wesentlich größer geworden sind. Das „Klassenbewußtsein“ der Lohnarbeiter, im Sinne der grundfalschen sozialdemokratischen Theorie, ist durch unsere sozialen Gesetze nur gestärkt worden. Der Wiener Bürgermeister und Führer der Christlich-Sozialen Partei in Österreich, Dr. Lueger, hat dieser Klassentheorie gegenüber mit Recht erklärt: „Es gibt keine spezifische Arbeiterklasse, weil jeder, der arbeitet, ein Arbeiter ist.“ Und der frühere Minister für öffentliche Arbeiten in Österreich, Dr. Geßmann, hat ausgeführt: „Es gibt nur eine echte Sozialpolitik, und das ist eine Sozialpolitik für das ganze Volk.“

Das Programm der Weiterführung der sozialen „Klassen“-Gesetzgebung schließt auch die „Versicherung der Arbeitslosen“ ein. Dieser Zustand der Arbeitslosigkeit ist aber bekanntlich eine unmittelbare Folge der heute innerhalb 8 bis 9 Jahren regelmäßig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen. Die vernunftgemäße Behandlung dieses Übelstandes würde doch wohl also darin liegen: klarzustellen, was die Ursache dieser periodischen Krisen ist, um dann mit diesen auch die Folgeerscheinung, die „Arbeitslosigkeit“ zu beseitigen. Aber von solch praktisch logischen Erwägungen findet man nichts in der kathedersozialistischen Literatur. Jede Frage wird hier streng als eine Frage „an sich“ behandelt, ohne alle Rücksicht auf den tieferen sozialen Zusammenhang aller volkswirtschaftlichen Erscheinungen. Deshalb propagiert man auch hier eine „Arbeitslosenversicherung für die Lohnarbeiter“. In der Beurteilung der periodischen Krisen aber stellt man sich wieder auf den freihändlerischen

Standpunkt und behauptet: es sei vielleicht garnicht gut, diese Krisen überhaupt zu beseitigen.

Die Unerbittlichkeit der „Logik der Weltgeschichte“ verpflichtet uns, vor der Weiterführung unserer bisherigen sozialen Klassen-Gesetzgebung ihren theoretischen Untergrund einer erneuten kritischen Prüfung zu unterziehen. Dies möge in einem folgenden Artikel zunächst an der Hand der Geschichte von Athen und Rom geschehen.

## II.

Manche „Spezialisten“ der Volkswirtschaftslehre wie der Geschichte vertreten die Meinung: unsere Gegenwart lasse sich mit der Vergangenheit, und speziell mit der antiken Welt, gar nicht vergleichen. Wer sein Leben lang Spezialist geblieben ist, mag dieser Auffassung zuneigen. Ich schließe mich auch hier lieber dem Fürsten Bismarck an, der uns nicht nur geschichtsphilosophische Betrachtungen „geschrieben“ hat, die noch von keinem Historiker erreicht wurden, sondern der auch selber Geschichte „gemacht“ hat, und zwar gute Geschichte. Dieser Fürst Bismarck hat ausgiebig die alte Geschichte zu Vergleichen mit der Gegenwart herangezogen. Und er hat auch damit das Richtige getroffen. Mögen die Details der äußeren Erscheinungen noch so verschieden sein – Mensch bleibt Mensch, ob er nun als einzelner das Himation oder die Toga, den Wams mit der Strumpfhose oder den modernen Gehrockanzug trug.

Speziell unserer bisherigen einseitigen Klassen-Politik gegenüber hat Bismarck in seiner schon erwähnten Kronratsrede vom 24. Januar 1890 den Satz ausgesprochen: „Geschichtliche Erfahrung und richtige Beurteilung der menschlichen Natur führen zu der Annahme, daß die Forderungen der Arbeiter sich in demselben Maße erhöhen werden, in dem die Gesetzgebung ihnen zu Diensten ist.“ Diese Auffassung ist in der Tat schon durch Athen und Rom als zutreffend bewiesen worden.

Als unter der Führung von Athen die Perserkriege für Griechenland siegreich zu Ende geführt waren und der Attische Seebund sich gebildet hatte, trat in der volkswirtschaftlichen Lage der Athener eine tiefgreifende Änderung ein. Infolge der extrem demokratischen Verfassung fühlten sich die attischen Bürger als Regenten des Attischen Seebundes. Warum sollten sie nicht durch die Ausübung dieser ihrer Regentenpflichten ihren Lebensunterhalt verdienen können? Das Prinzip der kostenlosen Leistung für den Staat ließ man fallen und gewährte staatliche Besoldung für Militärdienst, Richteramt und sogar für Besuch und Teilnahme an der Volksversammlung. Perikles hat dann diese staatlichen Soldzahlungen erhöht und noch auf die Kinder der gefallenen Krieger, wie auf die Arbeitsunfähigen und die beschäftigungslosen Bürger ausgedehnt, so daß bald, von insgesamt 35 000 erwachsenen männlichen Bürgern über 17 Jahre, 20 000 aus der Staatskasse erhalten wurden. Dazu hat man in fünf Jahren fast 11 Millionen Mark für Staatsbauten zur Beschäftigung der arbeitslosen Bürger verausgabt. Das Jahreseinkommen des Attischen Staates war jetzt etwa 3 ½ Mill. Mk. Ein ganz umfassendes System der Getreidepolitik,

das bei Todesstrafe Verbote erließ, sorgte für möglichst „billiges Brot“ in der Hauptstadt. Nachdem hierdurch der heimische Getreidebau fast verschwunden war, hatte man die Getreideimporteure und Getreidehändler unter staatlicher Aufsicht berufsgenossenschaftlich organisiert. Gelegentlich der Volksfeste pflegte man an das Volk Getreide kostenlos zu verteilen. Und als bald die Staatskasse mit ihren Zahlungen immer mehr ins Gedränge kam, schritt man zur Säkularisierung der Kirchengüter, zu Zwangsanleihen, zur Ausgabe von Kreditgeld und dann gelegentlich auch zur Hinrichtung der 1500 reichsten Demokraten, um mit deren Vermögen die leere Staatskasse wieder füllen zu können. Stockten die Zahlungen, weil der Staat kein Geld hatte, so kam es zur sozialen Revolution. Stockte die Getreidezufuhr von außen, so gab es Hungersnot und abermals blutige sozialrevolutionäre Bewegungen. War aber die Staatskasse leer und die auswärtige Getreidezufuhr ins Stocken geraten, dann blieb Athen auf Gnade und Ungnade seinen Feinden ausgeliefert. So erstmalig 404 v. Chr. Von da ab häuften sich die Prozesse der Hinrichtung der Reichen zur Ernährung der Armen, bis aus dem herrlichen klassischen Athen ein Trümmerhaufen geworden war.

Die Parallele in der Römischen Geschichte bietet das Institut der Kaiserlichen Annona. Von den 320 000 Getreideempfängern, die das Senatorische Rom als organisierte Wahlbestechung sich gehalten hat, behielt Caesar nur 150 000 arbeitslose Kostgänger übrig. Unter Augustus war deren Zahl rasch auf 250 000 gewachsen. Die Rücksicht auf „billiges Brot“ für dieses Proletarierheer hat im Kaiserlichen Italien nie den Getreidebau wieder zur Blüte gelangen lassen. Die Brotversorgung der Hauptstadt blieb auf auswärtige Getreidezufuhren angewiesen. Diese wurden von den Kaisern mit besonderer Sorgfalt organisiert. Trotzdem kehrten Hungersnöte häufig wieder. Namentlich Augustus war bemüht, durch öffentliche Bauten und prächtige Schauspiele das Volk in Rom bei guter Laune zu erhalten und hat hierfür aus seinem eigenen Vermögen 675 Millionen Mark geopfert. Trotzdem konnte er es nicht verhindern, daß gelegentlich die Tonne Weizen in Rom auf 590 Mark im Preise stieg. Schon unter seinen Nachfolgern Tiberius und Caligula beginnt der blutige Prozeß der Expropriation der Reichsten, um die chronische Leere der Staatskasse zu füllen. Und als der Kaiser Claudius im Jahre 52 n. Chr. bei einer Hungersnotrevolte in Rom nur mit Mühe sein Leben durch die Flucht retten konnte, begann der Staatssozialismus, der dann zum völligen Untergang führte.

Mit dem Blute vieler Kaiser und dem von vielen Legionen römischer Bürger ist dann auch hier die Geschichte einer Politik geschrieben, die das Proletariat auf Staatskosten sättigen wollte.

Unsere soziale Gesetzgebung hat prinzipiell den gleichen Weg zu betreten begonnen. Bis Ende 1907 haben im Ganzen rund 81 Millionen Personen 6,3 Milliarden Mark an Zuwendungen erhalten, von denen sie nur 2,7 Milliarden Mark durch Beiträge selbst eingezahlt hatten. In ruhigen Zeiten mag das alles heute noch unbedenklich erscheinen. Wie aber, wenn es zu einem Kriege zwischen Deutschland und anderen mitteleuropäischen Staaten kommt? Bei unse-

ren Berufsgenossenschaften ist die Zahl der Arbeiter auf 20 Millionen im Jahre 1907 gewachsen. Die allgemeine Verschuldungsmanie ist bei uns schon so weit gediehen, daß auch reiche Leute es als etwas Selbstverständliches betrachten, ihre Vermögenswerte zur Bank zu bringen, um sie mit möglichst viel Kredit zu belasten, der wieder neuen Spekulationen zugewendet wird. Man hat alle unsere Banken „Friedensbanken“ genannt, weil sie ein Krieg Deutschlands mit unseren Nachbarn wahrscheinlich fast alle zahlungsunfähig machen würde. Ich fürchte sehr, daß im gleichen Sinne unsere ganzen volkswirtschaftlichen Verhältnisse ebenfalls nur als „Friedenseinrichtungen“ bezeichnet werden müssen. Kommt es zu einem Kriege Deutschlands mit anderen Großstaaten, dann werden weite Kreise unserer Unternehmerwelt ins Stocken geraten. Dazu kommt der riesenhafte Geldbedarf eines solchen Krieges mit fünf bis sechs Milliarden Mark und mehr pro Jahr. Der übermäßige Gebrauch von Kredit, auf den unsere ganze Volkswirtschaft sich eingerichtet hat, wird dann sofort sehr hohen Zinsforderungen mit wesentlichen Kreditbeschränkungen begegnen. Eine ganz ungewöhnlich große Zahl von Lohnarbeitern muß unter solchen Umständen „arbeitslos“ werden. Aus welchen Mitteln sollen diese sich dann ernähren? Rechnen wir die Zahl der Unbeschäftigten nur auf zwei Millionen, mit Kindern und Angehörigen vielleicht im ganzen auf acht Millionen: bei den im Kriegsfall rasch sich steigenden Lebensmittelpreisen würde der Unterhalt dieser Massen kaum geringer als auf acht Millionen Mark pro Tag zu veranschlagen sein. Die „Arbeiter-Klassen“-Gesetzgebung hat das Rechtsbewußtsein und das Rechtsempfinden unserer Arbeiterklasse unter gleichzeitiger Einwirkung der falschen sozialistischen Lehren offensichtlich so verwirrt, daß ein „Rechtsanspruch an den Staat“ auf Ernährung dieser großen Massen „Arbeitsloser“ mit Ungestüm geltend gemacht werden wird. Bald nach Beginn eines mitteleuropäischen Krieges werden dann große Proletariermassen sich durch die Straßen unserer Hauptstädte wälzen mit dem Rufe nach Brot. Der Hunger kennt kein Gebot. Selbst die Reserven unserer sozialen Versicherungsinstitute sind im Kriegsfall nicht sofort liquide. Unsere Armeen sind dann an der Grenze. Was soll daraus werden? Können wir wirklich diese Bahn der einseitigen sozialen Klassen-Gesetzgebung mit gutem Gewissen für die Sicherheit unseres Volkes und Staatslebens weiterwandeln? Statt endlich in eine organische, soziale und volkswirtschaftliche Reform einzutreten, die es sich zum Ziel setzt, durch umfassende mittelständische Gesamtorganisation den weiteren Fortschritten des Zersetzungsprozesses der Volksmassen in nur „Reiche“ und nur „Proletarier“, nur „Unternehmer“ und nur „Lohnarbeiter“ wirklich wirksam entgegenzuarbeiten? In der Art, daß auch beim Abzug unserer Armeen an die Grenze und bei der, durch einen Weltkrieg bedingten Störung von Industrie, Gewerbe und Handel den breiten Massen des Volkes ein festerer wirtschaftlicher Halt, ein festes Heim, ein notwendiges Minimum wirtschaftlicher Existenz durch eigene Arbeit auf eigener Scholle und in eigener Werkstatt mehr als bisher wiedergeschaffen und gesichert werde?

### III.

Ich denke nicht daran, unseren Lohnarbeitern den gesteigerten Anteil an unserer materiellen Kultur zu mißgönnen, wie das von parteiblinde Kritikern meines „Systems der politischen Ökonomie“ mir vorgeworfen wurde. Wohl aber bleibe ich prinzipieller Gegner einer sozialen „Arbeiter“-Politik, die von kurzsichtigen Gewerkschaftspolitikern, die nur an ihre Menschenklasse denken, sich das Konzept diktieren läßt. Jede echte Sozialpolitik muß immer das Ganze des Volkskörpers und alle produktive Arbeit in Stadt und Land im Auge behalten. Noch weniger denke ich daran, unsere soziale Gesetzgebung abbrechen oder zum Stillstand bringen zu helfen. Ich möchte vielmehr mit-helfen, sie ganz wesentlich weiterzuführen, auch im Interesse der Lohnarbei-ter. Nur sollten vorher die ihr anhaftenden bedenklichen Seiten und Eigen-schaften abgestreift werden. Hierzu rechne ich insbesondere :

1. den Charakter unserer sozialen Gesetze als „Klassen“-Gesetze für die „Lohn“- Arbeiter;
2. die reichen Zuwendungen von Subsidien aus der Staatskasse und
3. die Belastung des Unternehmertums ohne Garantien dafür, daß diese Aufwendungen in der Tat überall als „Produktionskosten“ bei dem Verkaufspreis der Produkte verrechnet werden können. Dazu käme
4. die längst beabsichtigte Vereinfachung der Organisation.

Ich halte an der alten Überzeugung fest, daß es einer im hier entwickelten Sinne wirklich sozialen Gesetzgebung in der Tat gelingen kann, was der ein-seitigen „Klassen“-Gesetzgebung nie gelingen wird: uns den sozialen Frieden zu bringen und bessere Menschen mit edleren Gesinnungen zu erziehen.

An dieser Überzeugung hindert nicht der von Professor Julius Wolf betonte Umstand, daß sowohl die „Nur“-Lohnarbeiter wie auch die „Nur“-Millionäre der Regel nach unzufrieden sein und bleiben werden. Denn dazwischen gibt es eben noch eine Klasse von Menschen, die allerdings von unserer heutigen Nationalökonomie und Gesetzgebung vernachlässigt wurde: den MITTELSTAND. Die richtige Beurteilung dieser drei Menschenklassen hat schon vor mehr als zweitausend Jahren, auf Grund der gewaltigen politischen Erfahrungen der zusammenbrechenden Griechenwelt, Aristoteles in klassi-scher Kürze mit den Worten gegeben: „Der Mittelstand ist der beste von allen, denn er folgt am leichtesten der Vernunft. Aber die allzu Reichen sind über-mütig und in großen Dingen schlecht und die allzu Armen sind Bösewichter und in kleinen Dingen schlecht. Ein Staat, der nur aus Reichen und Armen gebildet wird, ist ein Staat von Neidern und Verächtern, die sich immer gegen-seitig feindlich gesinnt sind und leicht zum Bürgerkriege kommen. In einem Staate aber, in welchem der Mittelstand vorherrscht, herrscht auch die Freund-schaft, die zu jeder Gemeinschaft wie zum dauernden sozialen Frieden gehört“. Diese Sätze bleiben wahr, so lange es Menschen gibt. In diesem Sinne schreibt auch der Finanzrat Dr. Hugenberg in seiner 1906 erschienenen „Bank- und Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes“ im Schlußsatz wörtlich: „Bei den besseren Elementen der Lohnarbeiter, nicht in der breiten Durch-

schnittsmasse selbst, ist der wesentlichste Sitz und Ursprung der Unzufriedenheit. Wir müssen, um dieser Unzufriedenheit Herr zu werden, in Deutschland einmal alle für die Arbeiterwelt bestehenden Einrichtungen daraufhin nachprüfen, wie wir dem einzelnen Tüchtigen einen leichteren Übertritt in die höheren Schichten, den Aufstieg in die selbstwirtschaftenden Klassen, die Abwendung und Freimachung von den niederziehenden Einflüssen der breiten Durchschnittsmasse ermöglichen können. Dann wird es leichter sein, die Bestrebungen der Arbeiterwelt von ihrem jetzigen Anspruch, die ganze Welt zu beherrschen, zurückzuführen.“ – Mit dieser Erkenntnis aber hört die Arbeiterfrage auf, eine Klassenfrage der Lohnarbeiter zu sein. Sie wird zu einer Frage der redlichen Arbeit des ganzen Volkes und in ihrem Mittelpunkt ruht das Problem des echten, alten, selbständigen Mittelstandes, den unser Kathedersozialismus fast vergessen hat. – Die Lösung dieser Frage aller produktiven Arbeit in Stadt und Land ist nicht möglich durch gesteigerte Geschenke aus der Staatskasse. Sie verlangt vielmehr die endliche Beseitigung des schrankenlosen Freihandels im Grundstücksverkehr, in der Preisbildung der Produkte auf dem heimischen Markt, in der Umwandlung der Privatunternehmungen in kapitalistische Gesellschaften, im Gold-, Geld- und Kreditverkehr, in der Neugründung von Unternehmungen etc. Von dem Egoismus seiner Bürger allein kann kein Gemeinwesen auf die Dauer bestehen. Deshalb muß der durchweg noch herrschende Freihandel in der nationalen Wirtschaft so weit beseitigt werden, als er den Egoismus des Einzelnen gewissermaßen offiziell in den Vordergrund gerückt und über die Interessen der Allgemeinheit als Herrscher gestellt hat. Nach Aristoteles gehört die Freundschaft zu jeder Gemeinschaft wie zum dauernden sozialen Frieden. Wenn wir heute auch nicht alle Brüder und Freunde sind und wenn uns heute auch auf allen Wegen Neid, Haß und Mißgunst begegnen, so kann uns doch jeder tiefere Blick in den Prozeß der Arbeit und des Einkommens nur davon überzeugen, daß wir Alle gleichmäßig von der Tatsache einer gewaltigen Arbeitsgemeinschaft beherrscht und umschlossen werden. Mit dem heute im Geschäftsleben allein herrschenden freihändlerischen Grundsatz: „Möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen!“ wird schon der Idee nach die soziale Revolution in unsere Reihen getragen. Was wir statt dessen brauchen, das ist die Einführung des altpreußischen Grundsatzes: „Suum cuique!“ Jedem das Seine! Dabei muß die theoretische Nationalökonomie von der Hypothese ausgehen: Wenn wir alle Brüder wären, wie würden dann unter tunlichster Beibehaltung des unverlierbaren liberalen Prinzips der Selbständigkeit und der Selbstverantwortlichkeit, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse am besten zu ordnen sein? Und von diesem Ideal soll dann die Gesetzgebung des Tages so viel verwirklichen, als nach praktischen Erwägungen möglich ist. Nur auf diesem Wege werden wir auch zu einer besseren allgemeinen Gesinnung der Bevölkerung kommen, als wir heute vor uns haben. Und nur auf dieser Basis gestaltet sich eine gute Ordnung unserer heimischen Volkswirtschaft, die im Frieden wie im Kriege gleich unerschütterlich ist. Im deutsch-französischen Krieg 1870/71 haben bekanntlich die industriellen Gebiete Frankreichs am frühesten einen

„Frieden um jeden Preis“ gefordert. Der Mittelstand in Stadt und Land aber hat am tapfersten ausgehalten. Die Befreiung Preußens, Deutschlands aus der Franzosenherrschaft war das Werk des ökonomisch-selbständigen Mittelstandes in Stadt und Land. Sollen all diese Lehren der Geschichte uns umsonst gegeben sein?

## Ein Dokument zur Entstehungsgeschichte der „Preußenkasse“.

(Deutsche Agrarzeitung. 31. Heft. 1904.)

Nach dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht für 1903 hat der Jahresumsatz der „Preußischen Zentralgenossenschaftskasse“ die Höhe von achteinhalb Milliarden Mark überschritten. Dieser glänzende Erfolg unter der so umsichtigen Leitung ihres Präsidenten Dr. Heiligenstadt läßt auch im Auslande das Ansehen der „Preußenkasse“ – wie ihr allgemein eingebürgerter abgekürzter Name jetzt lautet – stetig wachsen. Die literarische Behandlung dieses eigenartigen Bankinstituts erfolgt damit naturgemäß immer häufiger. Und eine hierbei stets zutage tretende Lücke der Darstellung gibt mir den Anlaß, das nachfolgende Dokument zu veröffentlichen.

In der Regel wird nämlich behauptet: die erste positive Anregung zur Errichtung der „Preußenkasse“ sei auf der vom preußischen Landwirtschaftsminister zu Ende Mai und Anfang Juni 1894 einberufenen „Agrarkonferenz“ gegeben worden. Keine noch so sorgfältige Durchsicht des über diese Konferenz veröffentlichten stenographischen Protokolles wird indes für diese Annahme eine brauchbare Unterlage auffinden können. Die richtige Entstehungsgeschichte ist folgende:

Ich war eingeladen worden, kurz vor Weihnachten 1894 in Halle auf der Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Hauptvereins der Provinz Sachsen einen Vortrag zu halten. Dem folgte die weitere Einladung, die landwirtschaftlichen Einrichtungen in Halle kennen zu lernen. Der heute geschäftsführende Direktor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Herr Dr. Rabe, erläuterte mir die Verhältnisse der „Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank für die Provinz Sachsen“. Bei dieser Gelegenheit erfuhr ich, daß diese Bank damals einen Kredit von 600 000 Mark, den sie für ihre angeschlossenen Genossenschaften von der dortigen „Provinzialhülfskasse“ aufgenommen, mit 4 % verzinsen mußte. Weil gleichzeitig der Privatdiskont an der Berliner Börse nur etwa 1 ½ % war, mußte dieser Zinssatz als viel zu hoch bezeichnet werden und ich verpflichtete mich deshalb, binnen kürzerer Zeit Mittel und Wege zu finden: wie den landwirtschaftlichen Genossenschaften dieser billigere Kredit zugänglich gemacht werden könnte. Diesbezügliche Umfragen in anderen Teilen des Deutschen Reiches vervollständigten mein Material. Und am 16. Januar 1895 früh 8 Uhr sprach ich bei dem damaligen Finanzminister Miquel vor, um ihm meine neuen Vorschläge zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Kredits zu unterbreiten. Miquel erzählte einleitend: er stehe mit dem preußischen Landwirtschaftsminister in Unterhandlung über einen Plan zur teilweisen Schuldentlastung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Ich bemerkte hierzu: auf solch große Gesichtspunkte nicht eingehen zu wollen. Es handle sich vielmehr um eine ganz einfache Sache. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften hätten sich provinziell und in einzelnen Landesteilen zusammen gefunden, nun handle es sich noch darum, diese Genossenschaftsverbände zu einem großen zentralen

Geld- und Kreditausgleichsinstitute mit dem Anschluß an den Hauptgeldmarkt des Landes weiter zu bilden. Miquel interessierte sich sofort außerordentlich für diese Idee. Zu seinem Bedauern war es ihm persönlich nicht möglich, unverzüglich sich gründlicher darüber auszusprechen, weil er an eben diesem Tage den Staatshaushaltsplan im preußischen Abgeordnetenhaus einzubringen hatte. Er bat deshalb, mich in seinem besonderen Auftrage sofort zum Präsidenten der Seehandlung Excellenz Burckhardt zu bemühen, um mit diesem eingehend die Realisierung meines Planes durchzusprechen und über die dabei gewonnenen Resultate dann noch einen besonderen Bericht zu erstatten. Meine folgende Besprechung mit Excellenz Burckhardt dauerte nahezu drei Stunden. Nach wiederholter neuerlicher Durchdenkung des gestellten Problems schrieb ich dann mein Memorandum, dessen Original vorliegt, am 1. Februar 1895 nieder. Bereits in den Staatsratssitzungen vom 12. bis 21. März 1895 wurde ein darauf bezüglicher Antrag eingebracht und einstimmig angenommen. Etwa gleichzeitig setzten die entsprechenden Anträge und Verhandlungen im preußischen Landtage ein und am 1. Oktober 1895 begann die „Preußenkasse“ ihre segensreiche Geschäftstätigkeit.

Mein Memorandum vom 1. Februar 1895 lautet wörtlich:

## I.

### DER HEUTIGE ZUSTAND.

Die landwirtschaftlichen lokalen Darlehnskassen in Deutschland beginnen mehr und mehr, sich zu Provinzialverbänden zusammenzuschließen. Die Kasse dieser Verbände ist dann die Ausgleichsstelle der Zahlungen der lokalen Darlehnsvereine. Soweit jedoch zur Deckung der gewährten Kredite die eigenen Mittel nicht ausreichen, beschaffen sich die Provinzialverbände das Geld als Lombarddarlehen auf Wechsel oder Wertpapiere direkt oder indirekt von der Regierung.

So hat die sogen. landwirtschaftliche Genossenschaftsbank der Provinz Sachsen gegen Hinterlegung von Wechseln, die von einer großen Anzahl von Genossenschaften in Beträgen von 600 Mk. bis einigen 1000 Mk. ausgestellt wurden, auf „Eine Woche nach Sicht“ im Gesamtbetrage von 1 200 000 Mk. aus der Provinzialhilfskasse einen Kredit von 600 000 Mk. zu 4 % gewährt erhalten. Und so erhebt der mittelfränkische Darlehnskassenverband gegen ein Depot von Staatspapieren im Betrage von 1 Million bei der Bayer. Notenbank 500 000 Mk. zu 3 bzw. 3 ½ %.

Der Privatkont an dem Berliner Markt ist bekanntlich seit längerer Zeit schon unter 2 %. Er bewegt sich augenblicklich auf der Höhe von 1 ½, 1 ⅔, 1 ¼ %.

Die der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank der Prov. Sachsen für ein Darlehen im Betrage von 600 000 Mk. erwachsenden Kosten berechnen sich

an Zinsen 4 % pro anno. . . . .	24 000 Mk.
an Wechselstempel für das Wechseldepot in der Höhe von 1 200 000 Mk. zu ½ % . . . . .	<u>600 Mk.</u>
mithin im Ganzen auf . . . . .	24 600 Mk.

## II.

### DIE MÖGLICHKEIT DER VERBILLIGUNG.

A. Die Königliche Seehandlung hat in höchst dankenswerter Weise sich bereit erklärt, den provinziellen Darlehnskassenverbänden innerhalb der preußischen Monarchie gegen entsprechende Sicherheit ein Lombarddarlehen zu 2 ½ % zu gewähren. Für den vielleicht unwahrscheinlichen Fall, daß dabei keine weiteren Spesen auflaufen, würden auf diesem Wege die Kosten des genannten Darlehens der sächsischen Genossenschaftsbank sich nur auf Mk. 15 000 berechnen.

B. Einen anderen Weg der Verbilligung bietet die Benutzung des Privatdiskonts für Wechsel auf dem freien Markte. In diesem Falle müßte das heutige Lombarddarlehen bei der Provinzialhilfskasse oder bei der Bayrischen Notenbank in einen Wechsel umgewandelt werden, der von dem Provinzialverband der Darlehnskassen auf die Hilfskasse oder die Notenbank gegen das dort lagernde Depot gezogen und von diesen letzteren Kassen akzeptiert würde. Diese Wechsel würden alsdann durch Vermittlung einer besonderen Zentralstelle auf dem offenen Markt in Berlin so lange verkauft werden, als der heutige Geldstand andauert. Die Kosten berechnen sich in dem Falle wie folgt:

3 Monatsakzepte zum Privatdiskont von 1 ½ % auf 340 Tage für Mk. 600 000. ....	Mk.	8 500
usancenmäßige Zinsen für 5 Tage im Vierteljahr also 20 Tage zum Bankdiskont von 3 % .....	Mk.	1 000
Wechselstempel auf 3 Monate je ½ %, also auf ein Jahr 2 % .....	Mk.	1 200
Maklergebühren, je nach der Höhe des Wechsels und der Regelmäßigkeit der Geschäftsbeziehungen von ⅕ bis ⅒ % schwankend, also ca. ⅓ % oder ⅔ pro Jahr	<u>Mk.</u>	<u>300</u>

In Summa! ..... Mk. 11 000

mithin eine Verbilligung den heutigen Kosten gegenüber um Mk. 13 000 und gegenüber dem Lombarddarlehen der Seehandlung um Mk. 4 000 oder ⅔ %.

C. Der dritte mögliche Weg der Verbilligung bezieht sich auf die Anteilnahme der deutschen Landwirtschaft an dem Notenprivileg der Reichsbank. Wenn nämlich dieses Notenprivileg der Reichsbank der augenblicklichen Geldnot der landwirtschaftlichen Darlehns-genossenschaften in der Weise dienstbar gemacht würde, daß die unter B näher bezeichneten Genossenschaftswechsel, mit Umgehung des freien Marktes, direkt in Reichsbanknoten zu einem Diskontsatz von ½ % umgesetzt werden könnten, dann würden sich in diesem Falle die Kosten berechnen für ein Darlehen von Mk. 600 000 :

Zinsen 1 ½ % pro anno .....	Mk.	9 000
Wechselstempel auf ein Jahr 2 % .....	<u>Mk.</u>	<u>1 200</u>

im Summa: ..... Mk. 10 200

mithin Mk. 14 400 billiger als heute, Mk. 4 800 billiger als die Seehandlung und Mk. 800 billiger als die Benutzung des freien Marktes.

### III.

#### VON DEN EINWENDUNGEN.

Die hier in Vorschlag gebrachten Wechsel der landwirtschaftlichen Darlehnskassenverbände tragen auf den ersten Blick den Charakter der „Reitwechsel“. In Wahrheit hat der mittelfränkische Darlehnskassenverband z. B. mit seinen 123 lokalen Darlehnskassen mit unbeschränkter Haftpflicht einen jährlichen Waren- und Güter-Umsatz von durchschnittlich 7 bis 8 Millionen Mark. Zu diesem ganzen Umsatze wird kein Warenwechsel verwendet. Wenn also, auf Grund dieses Güterverkehrs, zwecks Anteilnahme an dem billigen Geldstand des Marktes, schließlich ein Wechsel auf Mk. 500 000 ausgestellt wird, so ist das wohl nichts anderes, als die den bäuerlichen Verhältnissen einzig mögliche Form einer rationellen Benutzung des Wechselkredites.

Auch die Sicherheit dieser Wechsel könnte zweifelhaft erscheinen. Indes ist von den landwirtschaftlichen Darlehnskassenvereinen mit unbeschränkter Haftpflicht bis heute noch kein einziger zu Grunde gegangen. Und wer die ganz seltene Sorgfalt kennt, mit der die Tausende und Abertausende von kleinen Darlehen, unter gegenseitiger Kontrolle der Bauern innerhalb des örtlich begrenzten Kreises, gewährt werden, kann begreifen, daß man es hier mit einer nach menschlichen Begriffen absoluten Sicherheit zu tun hat. Ihr gegenüber ist die Sicherheit unserer allerersten Privatbanken unbedingt eine geringere; denn die Geschichte kennt eine lange Reihe von Fällen, in welchen allererste Bankhäuser zum Schrecken des Marktes bankrott gegangen sind, weil sich die leitenden Persönlichkeiten in ihrem Größenwahn in durchaus unmögliche Geschäfte eingelassen hatten.

Endlich kann die vorausgeschickte Berechnung der Kreditverbilligung deshalb angefochten werden, weil die Kosten des Wechselakzeptes nicht eingesetzt worden sind. Den Gepflogenheiten der Banken entspricht dieses gewiß nicht. Aber der Vorgang ist doch nichts anderes, als eine Bürgschaftsleistung bei voller Sicherheit. Wie aber der eine Nachbar für den anderen sich auf dem Lande täglich verbürgt, ohne eine besondere Entschädigung dafür zu verlangen, so würde es auch in scharfem Widerspruche, wenigstens zu dem ländlichen Volksempfinden stehen, wenn eine öffentliche Kasse für das Wechselakzept mehr verrechnen würde, als die tatsächlich aus der Haftung erlaufenden Kosten betragen. Übrigens darf hier noch ausdrücklich betont werden, daß die augenblicklich in den landwirtschaftlichen Genossenschaften herrschende Geldnot mit der Not der Zeit eine vorübergehende ist.

### IV.

#### VON DER BEDEUTUNG DIESER MAßREGELN.

Die Bedeutung einer Anteilnahme der bäuerlichen Kreditgenossenschaften an dem billigen Zinsfuß des Geldmarktes läßt sich nicht bloß in Mark und Pfennig berechnen. Der Glaube an das ernste Wollen der Staatsregierung, die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern, würde damit wesentlich erstarken. Die weitere Ausdehnung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens würde

eine wichtige Förderung erhalten. Soweit aber das Notenprivileg der Reichsbank in Betracht gezogen würde, soweit dürfte es vielleicht auch im Interesse der Aktionäre der Reichsbank liegen, der deutschen Landwirtschaft, gerade bei der heutigen Notlage der Bauern, eine paritätische Behandlung gegenüber Industrie und Handel angedeihen zu lassen. Die in letzter Zeit zu 100 % und mehr gedeckten Noten bieten der Ausführung des gemachten Vorschlages keine Schwierigkeiten. Und der Zahlungsverkehr der ländlichen Darlehnskassen umspannt die seltene Sicherheit, daß die ihm übergebenen Noten wahrscheinlich immer erst dann zur Reichsbank zurückströmen, wenn diese selbst es wünscht.

Berlin, den 1. Februar 1895.

## Die Ergebnisse der Bank-Enquete nach agrarischer Auffassung.

(Stimmen aus dem agrarischen Lager, Heft VII, 1909.)

### I.

Der Bericht der Bank-Enquete-Kommission ist zwar heute noch nicht allgemeiner zugänglich geworden. Aber inzwischen ist in der deutschen Presse so viel darüber bekannt gegeben worden, daß es jedem Fachmanne möglich wird, dazu Stellung zu nehmen. Und das ist für die agrarische Beurteilung des Problems um so nötiger, je eifriger allerwärts die Nachricht verkündet wird: „Es bleibt alles beim Alten!“ Nach agrarischer Auffassung, die in diesem Falle auch wohl von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Stadt und Land geteilt wird, kann und darf unser deutsches Bankgesetz vom 14. März 1875 nicht im wesentlichen bleiben, wie es war und ist. Hier müssen von der kommenden Gesetzgebung wesentliche, einschneidende Änderungen vorgenommen werden. Und das aus folgenden Gründen:

Die Bank-Enquete ist von der Reichsregierung einberufen worden, weil über die schweren Mißstände im Geld- und Kreditmarkte weite Volkskreise sich erregt hatten. Es ist längst bekannt, daß ein großer Teil der Sachverständigen, aber auch ein wesentlicher Teil der Kommissionsmitglieder, sich an der Enquete mit der Überzeugung beteiligt hat: „Hier muß etwas wesentlich Neues geschehen!“ Ebenso darf freilich auch zugegeben werden, daß wahrscheinlich die Mehrzahl der Enquete-Beteiligten an den bisherigen Zuständen im wesentlichen nichts geändert wissen wollte. Weil es sich jedoch hierbei nicht nur um die Kundgebung von Abstimmungsresultaten, sondern um die Bekanntgabe von Gründen für und gegen handelt, über die dann demnächst die gesetzgebenden Faktoren abzustimmen berufen sind, bleibt dieses Stimmverhältnis ziemlich gleichgültig.

Wie lautete denn die eigentliche Streitfrage innerhalb der Bank-Enquete? Das geht schon aus der Tatsache der Einberufung der Kommission hervor. Die letzte Geld- und Kreditkrise bot den unmittelbaren Anlaß, diese kommissionelle Beratung von Sachverständigen herbeizuführen. Also wird doch wohl die Verhütung der Wiederkehr solcher Krisen der eigentliche Dreh- und Angelpunkt aller Beratungen gewesen sein. Es ist richtig: man gab sich reichlich Mühe, diese große gewaltige volkswirtschaftliche Frage durch allerlei banktechnisches Detail zu „verhüten“. Aber damit ist doch der eigentliche Ausgangspunkt weder verhüllt noch beseitigt worden. Bei der Beurteilung der Streitfrage jedoch ist es nötig, sich bewußt zu werden, daß hier nicht nur verschiedene Interessen, sondern vor allem ganz verschiedene Weltanschauungen einander gegenüber stehen.

Die Freihändler gehen von der Überzeugung aus, daß das wohlverstandene egoistische Interesse aller Einzelnen am besten geeignet sei, die Wohlfahrtsinteressen des Ganzen wahrzunehmen. So definiert Professor Conrad- Halle die „ge-

samte planmäßige Tätigkeit eines Volkes zur Befriedigung seiner Bedürfnisse“ als „Volkswirtschaft“. Professor Conrad übersieht dabei nur, daß 60 Millionen Menschen dann unmöglich eine planvolle Tätigkeit entfalten können, wenn jeder einzelne nur nach seinem Gutdünken handelt. Schärfere Kritiker sehen deshalb in unserem heutigen Wirtschaftszustand einen „anarchischen“ Zustand. Das dürfte zu weit gehen. Denn ganz ohne Oberleitung bleibt auch die freihändlerische Wirtschaft der einzelnen nicht. Große Gesellschaften, aber auch sehr reiche Private eignen sich das Recht und die Pflicht der Oberleitung an. So sind die großen Privatbanken als die „Leiter des Unternehmungsgeistes der Nationen“ bezeichnet worden. Das hat u. a. Dr. von Siemens, der bekannte Leiter der Deutschen Bank, im Deutschen Reichstage ausgesprochen. Also die großen Privatbanken, die Kartelle, die privaten Boden- und Landgesellschaften, die Güterschlächter, die Börsen und Märkte bilden eine Art Oberleitung der Millionen von privaten Einzelwirtschaften in Deutschland, um wenigstens einigermaßen eine gewisse Ordnung in die sonst noch tollere volkswirtschaftliche Unordnung zu bringen. Für diese Oberleitung läßt man sich, wie der tariftechnische Ausdruck lautet, „zahlen, was die anderen tragen können“. Und mit dieser freihändlerischen Art der volkswirtschaftlichen Organisation sind periodische Geld- und Kreditkrisen unausbleiblich verknüpft. Solche Krisen erlebten wir im Jahre 1857, dann 1862, 1873, 1882, 1890, 1900 und zuletzt 1907/08. Die Freihändler erblicken in diesen Krisen eigentlich gar keine Krisen: sie sehen darin nur eine notwendige Korrektur der „Erwerbshast“, wie das die „Frkf. Ztg.“ jüngst so sinnig ausgedrückt hat. Andere, wie Max Wirth, bezeichnen diese Krisen als ein wohltuendes Gewitter, nach dessen Verlaufe die ganze Natur wieder neu erfrischt ist. Kurz: nach dieser Auffassung liegt hier also gar kein Grund zu irgend welchen gesetzlichen Eingriffen vor. Also soll alles wieder beim Alten bleiben.

Die agrarische Mittelstandsauffassung erblickt aber in den Krisen eine periodisch wiederkehrende schwere Erkrankung des sozialen Volkskörpers, die, wie Albert Schäffle schon 1873 ausgeführt hat, „unter dem Gesichtswinkel ungesunder Volksvermögensverteilung als eine förmliche Methode der Vernichtung der kleineren Vermögen durch das große Börsenkapital mittelst organisierter Spielkuppelei betrachtet werden müsse.“ Und der berühmte Göttinger Jurist Rudolf von Ihering hat im Jahre 1873 den Satz niedergeschrieben: „Die Verheerungen, welche die Aktiengesellschaften im Privatbesitz angestiftet haben, sind ärger, als wenn Feuer- und Wassernot, Mißwachs, Erdbeben, Krieg und feindliche Okkupationen sich verschworen hätten, den nationalen Wohlstand zu ruinieren.“ Nach der amtlichen preußischen Vermögenssteuerstatistik waren 1895 noch 14,14 vom Hundert der Gesamtbevölkerung vermögenssteuerpflichtig. Bis 1905 war diese Ziffer langsam, aber stetig auf 13,78 zurückgegangen. Die ersten 10 Milliarden Vermögen wurden 1896 in Preußen von rund 3000 Personen besessen. Bis 1905 war diese Zahl auf die Hälfte herabgesunken. Also fortgesetzte Zunahme der Vermögenslosen und Konzentration des Besitzes in immer weniger Händen! Bankdirektoren haben für die letzte Krise nur die Kursverluste, und nur die an der Börse New Yorks, auf 17 Milliarden Mark berechnet. Auch

die produktive Arbeit der deutschen Volkswirtschaft hat in der letzten Krisis 1907/08 wieder viele Milliarden verloren, denen ein wesentlich kleinerer Gewinn in den Taschen jener Personen, die die Oberleitung des Unternehmungsgeistes der Nationen in Händen halten, gegenübersteht. Mit dem allgemeinen Zusammenbruche der Kurse und Werte, denen eine maßlose Überschuldung und Übergründung vorausgegangen ist, stehen die großen Preiskrisen der landwirtschaftlichen Produkte im engsten Zusammenhange. Zuerst werden mit einem Aufwande von Milliarden die ausländischen Konkurrenzländer erschlossen und neue Industrien hervorgezaubert; diese Vorgänge beeinflussen sichtlich die Abwanderung der Bevölkerung vom Lande. Die dann folgende Krisis bringt zwar den Landwirten etwas günstigere Arbeiterverhältnisse, aber, wie namentlich die Geschichte der nordamerikanischen und argentinischen Konkurrenz lehrt, wenige Jahre später trifft sie dann ein empfindlicher Preisrückgang der landwirtschaftlichen Produkte. Gleichzeitig werden die Armenversorgung wie die sozialen Arbeiterversicherungs-Einrichtungen nach der Krisis mit dem Heere der Arbeitslosen belastet. In Berlin und seinen Vororten allein zählte man im verflossenen Dezember 41 468 Arbeitslose, während in den Jahren vor der Krisis mit Tag- und Nachtschichten in der Industrie nicht genug gearbeitet werden konnte. Allen diesen im höchsten Maße bedenklichen Übelständen gegenüber muß die Frage aufgeworfen werden: „Was ist die Ursache dieser Krisen? Und wie wäre es möglich, ihre Wiederkehr künftig zu verhüten?“ Das ist der prinzipielle Standpunkt, der von agrarischer Seite in der Bankenquete vertreten worden ist und der hier erörtert werden soll.

## II.

Bei einer Beurteilung der Gold- und Kreditkrisen darf man die Begriffe „Krisis“ und „Krankheit“ nicht miteinander verwechseln. Die Krisis ist der letzte akute Teil einer Krankheit. Wenn die Krisis erst da ist, läßt sich in der Tat wenig mehr ändern. Da heißt es denn: das weitere Anziehen der Diskontschraube aushalten. Selbst der Besitz von etwa 100 Millionen Devisen in den Kassaschränken der Reichsbank bedeutet nur einen Tropfen auf einen heißen Stein; denn die Einziehung von selbst hundert Millionen Mark Geldguthaben im Auslande kann einer in Zeiten der Krisen sich einstellenden Kreditnachfrage nach vielen Milliarden nicht genügen. Soweit muß den bekannten freihändlerischen Ausführungen zugestimmt werden. Aber wenn die Bankpolitik dem Verlaufe der Krisis gegenüber machtlos ist, so ist das nicht in gleichem Maße der Krankheit gegenüber der Fall. Und dies namentlich dann nicht, wenn man dabei des uralten Erfahrungsgrundsatzes sich bewußt bleibt: „Das weitaus beste Heilverfahren ist die Verhütung der Erkrankung.“ Alle Landwirte werden sich der Exaktheit dieser Auffassung bei der Politik der Tierseuchengefahr erinnern. Auch gegenüber den bekannten kathedersozialistischen Bestrebungen, für die Lohnarbeiter in Deutschland mit einem jährlichen Aufwande von etwa 280 Millionen Mark eine öffentliche Arbeitslosenversicherung für die Zeit der Krisen zu schaffen, wird man in diesem Zusammenhange recht bestimmt betonen dürfen: „Die beste Arbeiterkrisenversicherung bleibt die Verhütung der Krisen!“ – Aber wie ist für

künftig eine solche Verhütung der Krisen möglich? Die Beantwortung dieser Frage führt auch auf wirtschaftlichem Gebiete zur Ermittlung des Krankheitserregers.

Jeder Fachmann weiß: die für die Wiedererkrankung des Volkskörpers gefährliche Zeit ist die bald nach dem Verlaufe der letzten Krisis, in der sich das Vertrauen der Masse des Volkes wieder einzufinden pflegt und gleichzeitig ein flüssiger Geldstand zur Gewährung eines reichlichen und billigen Kredits im Markte disponiert. Eine ganz besondere Rolle spielt hierbei der sogenannte Privatkont. Die große Masse der Börsenspekulanten sind namentlich nach einer Krisis wenig bemittelte Leute. Die Wiederbelebung der Börsenumsätze hat deshalb viel und billigen Kredit zur wesentlichen Voraussetzung. Wenn z. B. eine neue russische Anleihe an der Börse aufgelegt wird zu 4 % pari und wenn gleichzeitig Geld im offenen Markte nur zu 4 % zu haben ist, wird die neue Emission schmachlich Fiasko machen. Kein Börsenspekulant fragt danach. Wenn aber vierprozentige Russen pari angeboten werden und Geld zu 3 ½ % im Markte zur Verfügung steht, dann wird es für den Börsenspekulanten ein Geschäft, mit diesem 3 ½ prozentigem Gelde sich vierprozentige Russen zu kaufen und die Differenz von ½ % als Gewinn in seine Tasche zu stecken. Die auf solche Weise erwachte Nachfrage steigert den Kurs und erhöht dadurch den Gewinn der ersten Erwerber. Von den Hauptbörsen dringt die Kunde über das wieder erwachte Börsengeschäft durch die Presse in die Provinz. Und bald ist im ganzen Volke das Börsenspiel wieder im Schwung, mit seinen übermäßigen Emissionen und Neugründungen. Die Kurse und Preise steigen bald überall. Eine ganze Masse von Leuten bildet sich wieder ein, viel reicher zu sein, als sie sind. Deshalb pflegt auch der Konsum bald übermäßig zu steigen, bis eines Tages das Übermaß von Kreditgewährung zur Krisis führt, und damit alle eingebildete nur fiktive Wert- und Reichtumserhöhung in ihrer inneren Haltlosigkeit zusammenbricht.

Mit diesem billigen Privatkont im Markte verbindet sich heute ein weiterer Übelstand. Sobald nämlich der Marktzinsfuß billiger wird, erhöht sich der Kurs der Wechsel aufs Ausland, ganz so wie nach dem Ertragswertanschlage der vorgebliche Wert eines landwirtschaftlichen Grundbesitzes sich erhöht, wenn der allgemeine Zinsfuß fällt. Mit diesem Steigen der Wechselkurse auf das Ausland beginnt die Gefahr eines Exports von deutschem Golde nach dem Auslande. Um dieser Gefahr von Seiten der Reichsbank zu begegnen, bleibt ihr heute nur übrig, den Bankdiskont zu erhöhen und im Kampfe gegen den zu billigen Privatkont Reichsschatzscheine zu einem, dem Käufer günstigen Preise zu verkaufen. Dieser für die Reichsbank als Hüterin unseres nationalen Geldumlaufes wenig würdige Kampf gegen den zu billigen Privatkont mit wenig wirksamen Mitteln hat zur Folge, daß bei uns die Spannung zwischen dem Privatkont und der offiziellen Bankrate häufig auf 2 % und höher steigt, während in London und Paris diese Spannung in der Regel nur den Bruchteil von 1 % ausmacht. Dadurch wird abermals das Geld für die heimische produktive Arbeit verteuert, während der Börsenspekulation wesentlich billigeres Geld zur Verfügung steht.

Aus diesem ganzen Krankheitsbilde aber geht klar hervor, wo wir den eigentlichen Krankheitserreger und damit die Ursache der Krisis zu suchen haben. Ganz offenbar muß unterschieden werden zwischen Krediten, die die volkswirtschaftlich berechnete Arbeit fördern, und zwischen solchen Krediten, welche einseitig den Werthandel zur Ausnutzung von Gewinnchancen begünstigen. Kredite der ersteren Art dienen der Produktivität der volkswirtschaftlichen Arbeit. Sie vermehren in durchaus reeller Weise die Produktionsmittel. Diese Kredite können deshalb als volkswirtschaftlich günstige, als volkswirtschaftlich GEDECKTE Kredite bezeichnet werden. Im Gegensatz hierzu dient aller Kredit zur Ausnutzung von Gewinnchancen im Werthandel zunächst gar nicht der Steigerung der Produktivität der Arbeit; und soweit er indirekt diese Wirkung möglicherweise hat, bringt er die stoßartig überhastete Zickzackbewegung in die Produktionserscheinungen hinein und muß deshalb als ein volkswirtschaftlich bedenklicher Kredit und nach seiner ursprünglichen Form als LEERKREDIT bezeichnet werden.

Wer über die Richtigkeit dieser Auffassung noch im Zweifel sein sollte, braucht nur bei Geheimrat Rießer „Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken“, 2. Auflage 1906, S. 13 nachzulesen, wo die Symptome der Krisen mit folgenden Worten geschildert werden:

„Sprunghafte und immer auffälliger werdende Vergrößerung des Kreditbedürfnisses und starke, schließlich völlige Zurückziehung etwaiger Barguthaben; Verdrängung des kurzfristigen durch langfristigen Kredit; überhandnehmende Prolongation fälliger Wechsel; immer zunehmendes Angebot weniger guter, nicht bankmäßiger Sicherheiten; Inanspruchnahme des Akzeptkredits der Banken seitens der Industrie nicht für laufende Betriebszwecke, sondern zur Dividendenzahlung oder zur erheblichen Vermehrung der stehenden Kapitalien, wie Neuanlagen, Maschinen und Terrains; fortgesetzte Entnahme von Vorschüssen ohne Angabe oder mit Verschweigung des Verwendungszweckes; immer stärker werdende Verzögerung des rechtzeitigen Einganges fälliger Zahlungen; starkes Heraufschnellen der Rohstoff- und Warenpreise, endlich ein Übermaß von Gründungen, Umwandlungen und Emissionen und massenhafte Errichtung von Hilfsgesellschaften, Tochter- und Trustgesellschaften!“

Wenn wir hierzu noch die Leerwechsel aller Art, den Kredit der Differenzspieloperationen mit den Reportgeschäften und den spekulativen Lombardgeschäften einschließlich der Emissionskredite nehmen, so erhalten wir eine geradezu klassische Musterkarte von Geschäften aller Art zusammengestellt, die nur mit Hilfe des volkswirtschaftlichen Leerkredits möglich werden. Alle ehrliche Politik der Verhütung künftiger Krisen muß deshalb prinzipiell darauf gerichtet sein, den volkswirtschaftlichen Leerkredit aus den erlaubten Geschäften der Banken zu streichen. Dann erst wird der solide volkswirtschaftlich gedeckte Kredit dauernd zu billigen Bedingungen seine Befriedigung finden können.

In den volkswirtschaftlichen Argumenten der Freihändler, wie sie namentlich von der „Frankf. Ztg.“ in ihrer Artikelserie über die „Ergebnisse der Bank-Enquete“ so geschickt zusammengestellt wurden, ist diese einfache, klare Erkenntnis von einem ganzen Walle von Dornengestrüpp verdunkelt. Der Kreditbegehrt wird ganz allgemein und unterschiedslos den Mitteln der Kreditgewährung gegenüber gestellt. Und man kennt nur die privatwirtschaftlichen Unterscheidungen der Sicherheit und Liquidität des Kredits. Eine Unterscheidung zwischen dem volkswirtschaftlich berechtigten (gedeckten) und dem volkswirtschaftlich bedenklichen (leeren) Kredit kennt die „Frankf. Ztg.“ nicht.

Trotzdem ist doch folgende Argumentation ziemlich verständlich: Wenn unsere Banken beginnen, den volkswirtschaftlichen Leerkredit zuzulassen, dann lassen sie logischer Weise eine UNBEGRENZTE Kreditnachfrage zu. Denn die Sucht, reich zu werden, kennt keine Grenzen. Wir müßten also unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung stellen, um dieser Nachfrage gerecht zu werden. Das kann nicht geschehen und muß zu periodischen Krisen führen. Also ist der Ausgangspunkt schon verwerflich. Die industrielle Hochkonjunktur soll das Geld so verteuert haben? Aber ist diese sogenannte Hochkonjunktur der Industrie nicht ein Produkt der Leerkredite, die die Banken gewährt haben? Unsere Wirtschaftspolitik soll durch hohe Inlandszölle wie durch Schwächung der Börse die Bildung von Kapital unterbunden haben? Aber für die Börse gilt doch wohl das Ricardosche Wort: Die Börse produziert keine Werte, sie überträgt sie nur. Und diese Wertübertragungen vollziehen sich unter intensiven Preisschwankungen, wodurch die produktive Arbeit des Volkes wesentlich gehindert, aber nicht gefördert wird. Endlich ist die Börse in ganz besonderem Maße der Boden für die unbegrenzte Nachfrage nach Leerkredit, und eben deshalb eine wesentliche Ursache der Krisen.

### III.

Auch die „Frankf. Ztg.“ weist in ihren Ergebnissen der Bank-Enquete darauf hin, daß die deutsche Reichsbank ganz unverhältnismäßig weniger Gold besitzt als die anderen Zentralnotenbanken. Man gibt den Goldvorrat unserer Reichsbank für 1907 auf 633 Millionen Mark an gegen 2188 Millionen Mark in der Bank von Frankreich, gegen 2020 Millionen Mark in der russischen Staatsbank und gegen 931 Millionen Mark selbst in der österreichisch-ungarischen Bank. Wir zählen seit vielen Jahren genau die Kanonen und Pferde der französischen und russischen Armee und beeilen uns, etwaige Mängel unserer Armee zu beseitigen. Aber daß die französischen und russischen Zentralbanken 4208 Millionen Mark Gold bereit liegen haben gegen nur 633 Millionen Mark Gold in unserer Reichsbank, bleibt im Grunde unbeachtet, obwohl doch schon seit Jahrhunderten bekannt ist, daß zum Kriegführen nicht nur Soldaten und Kanonen und Pferde, sondern vor allem Geld gehört. Die „Frankf. Ztg.“ betont, auf diese Disparität der Reichsbank seit vielen Jahren hingewiesen zu haben. Das sei auch beachtet worden. Die Reichsbank gewähre inzwischen zinsfreie Vorschüsse auf schwimmendes Gold, anfänglich auf 5 oder 8 Tage, in neuester Zeit sogar bis über 6 Wochen. Es sei indes notwendig, mit derartigen Erleichterungen vorsichtig zu

sein, um nicht etwa nur den Goldtransitverkehr durch Deutschland zu unterstützen. Als nächstes Hilfsmittel nennt die „Frankf. Ztg.“ dann die Devisenpolitik der Reichsbank. Der Ankauf von Wechseln auf das Ausland, die in Gold zahlbar sind, soll dazu dienen, ein Geldguthaben im Auslande zu schaffen. Dabei kommen in erster Linie die Wechsel auf London in Betracht. Vorteile bringen die dafür aufgewendeten Millionen in Friedenszeiten vor allem dem Auslandsgeschäfte unserer Großbanken. Im Falle eines großen europäischen Krieges aber würde es sich zeigen, daß die Bank von England mit einem Goldvorrat von nur 696 Millionen Mark (1907) viel zu wenig Gold hat, um allen Anforderungen zu genügen. Und soweit wirklich noch Gold auf unser Guthaben in England zu erhalten ist, wird es im Falle eines Krieges gegen England nicht zu erhalten sein. Preußen hat bisher immer nur baare Geldvorräte im eigenen Hause zur finanziellen Mobilmachung gezählt. Sollten jetzt bei der preußisch-deutschen Regierung die Ansichten der Großbanken schon so sehr Eingang gefunden haben, daß heute Zahlungsverprechen dritter Personen, zahlbar im Auslande, zur finanziellen Kriegsbereitschaft gerechnet werden? Die „Frankf. Ztg.“ weiß ganz genau, daß unser heimischer Goldvorrat ferner sehr gefährdet wird durch die bei unseren Banken übliche „Usance“, jedem ausländischen Geschäftsfreund auf Wunsch gegen die lumpige Provision von 1 pro Mille jede beliebige Menge von unseren Zwanzigmarkstücken zu liefern. Die „Frankf. Ztg.“ selbst hat berechnet, daß unsere Großbanken in wenigen Jahren ausländische Goldanleihen im Gesamtbetrag von mehreren Milliarden Mark im Inlande untergebracht haben. Was will und kann bei einem gewaltigen freien Goldabflusse aus Deutschland die Politik der deutschen Reichsbank mit zinsfreien Vorschüssen auf schwimmendes Gold und mit Goldguthaben aus dem Devisengeschäfte im Auslande bedeuten? Wenn hier die Freihandelstheorien keinen Rat wissen, dann wird es doch wohl nötig sein, daß die Gesetzgebung sich der agrarischen Auffassung anschließt und endlich auch den Freihandel im Gold-, Geld- und Kreditverkehre beseitigt.

Was die „Frankf. Ztg.“ dieser Schlußfolgerung an Argumenten noch entgegenzustellen weiß, ist wenig stichhaltig. Die übermäßigen Emissionen der deutschen Banken und Börsen sollen deshalb nicht bedenklich sein, weil das deutsche Volk so sehr reich geworden sei. Schmoller habe schon seit 1893 die jährliche Sparkraft des deutschen Volkes nach der Emissionsstatistik auf 2 bis 2 ½ Milliarden Mark angegeben. Ist es wirklich der „Frankf. Ztg.“ unbekannt, daß die Emissionsstatistik zu einer solchen Schätzung unverwendbar ist, weil die Emissionen nicht mit Hilfe der Sparkraft, sondern mit Hilfe des Emissionskredites untergebracht werden, und weil ferner ganz wesentliche Teile der Emissionen nur Vermögensumwandlungen sind? Das weiß jeder Fachmann natürlich ganz genau. Trotzdem werden diese Schmollerschen Ziffern als zutreffend angeführt. Warum? Nun, weil sie den Vertretern der Freihandelslehre bequemer sind. Der Frankfurter Bankier Cäsar Straus hat in der „Kreuzzeitung“ vom 27. und 28. Februar 1895 an Hand der preußischen Einkommensteuerstatistik nachgewiesen, daß die jährliche Sparkraft des deutschen Volkes statt auf 2 bis 2 ½ Milliarden Mark, wie von Schmoller, nur auf 450 bis 470 Millionen Mark geschätzt werden dürfe. Aber diese richtigeren Ziffern werden von den Fachpublikationen über-

gangen. Bei der Schätzung des deutschen Volksvermögens scheint es neuerdings auch üblich geworden zu sein, brutto für netto zu nehmen und die Schuldzunahme außer Rechnung zu lassen. In etwa gleicher Weise berechnet die „Frankf. Ztg.“ den Goldbesitz Deutschlands nach der Ausprägung an Reichsgoldmünzen. Sie kommt auf diese Weise zu einem Goldbestande in der Höhe von 3863 Millionen Mark und fügt hinzu: „Dies natürlich mit Einschluß der inzwischen exportierten, verbrauchten und verlorenen Mengen.“ Sollte es wirklich der „Frankf. Ztg.“ unbekannt sein, daß heute von Fachleuten der Goldvorrat in Deutschland nur auf zwei Milliarden Mark geschätzt wird? Und wo bleibt dann noch der sehr reichliche Goldvorrat unseres Inlandsverkehrs pro Kopf der Bevölkerung? Trotzdem baut sich auf diesen im höchsten Maße zweifelhaften Ziffern unsere ganze moderne Bankpolitik auf. Wir halten unseren heimischen Verkehr für sehr reichlich mit Gold versorgt und sind bemüht, aus dieser großen Reserve Gold für die Banken aus dem Verkehre zu ziehen. Deshalb das Scheckgesetz und die umfassende Begünstigung des Überweisungsverkehrs bei Zahlungen aller Art! Deshalb auch die reichliche Ausgabe von kleineren Banknoten! Natürlich wird auf solche Weise noch mehr Gold in die Keller der Banken gelockt. Wenn aber dann mit diesem flüssigen Geldstande von neuem der Leerkredit zur Blüte kommt, wenn das Übermaß der Kreditgewährung noch größer wird und wenn wieder die Seifenblase der überhasteten Erwerbssucht in etwa 7 bis 8 Jahren zusammenbricht, dann wird das deutsche Volk um so energischer nach barem Golde fragen, je stärker man inzwischen das Gold aus dem Verkehre gezogen hat, wie wir das ja in der letzten Krisis in Nordamerika erlebt haben. Oder, sollte für diesen Fall jetzt schon im neuen Bankgesetze unseren Reichsbanknoten die Qualität als „gesetzliches Zahlungsmittel“ verliehen werden? Das wäre allerdings eine höchst einseitige Bankpolitik.

Zu dem gleichen Schlüsse muß jeder aufmerksame Leser der Artikel der „Frankf. Ztg.“ über die Ergebnisse der Bank-Enquete kommen. Immer wieder wird mit der größten Sorgfalt berechnet, wie vielleicht die armen Aktionäre der Reichsbank noch einen Bruchteil von 1 % mehr verdienen könnten, und der Reichsbankverwaltung wird vorgehalten, daß sie die Firmen, die direkten Geschäftsverkehr mit der Reichsbank pflegen, den Verlust von einigen Tagen Zins für ihr gutes Geld tragen läßt. Wie fürchterlich! Und das allerschlimmste, das uns passieren könnte, wäre nicht etwa der Verlust unseres Goldvorrates, sondern – die Störung der Wechselfarität im internationalen Zahlungsverkehre. Gleichzeitig weiß die „Frankf. Ztg.“ kein Wort zu berichten von den schweren Lasten, die das deutsche Volk in den Jahren 1907/08 infolge der Zinsverteuerung zu tragen hatte. Sie weiß nichts zu erzählen von den Milliarden, die dem deutschen Volke an seinem Vermögen in der letzten Krisis verloren gegangen sind. Sie weiß mit keinem Worte von der fortschreitenden Konzentration des Besitzes nicht nur, sondern auch der gesamten Vermögensverwaltung in immer weniger Händen zu berichten; — das Riesensyndikat der Berliner Großbanken wird heute z. B. von 12 bis 13 Personen beherrscht. — Und noch viel weniger geht die „Frankf. Ztg.“ darauf ein, zu schildern, in welchem Maße auch wieder durch die letzte Krisis 1907/08 die kleineren und mittleren Existenzen vernichtet worden

sind. Das alles muß unberücksichtigt bleiben, wenn man mit der „Frankf. Ztg.“ haben will, daß trotz der Bank-Enquete alles beim Alten bleiben soll. Desto wichtiger erscheint es, mit aller Energie den Standpunkt derer zu vertreten, die im Interesse der redlichen Arbeit des ganzen Volkes eine sehr wesentliche Änderung unserer bisherigen Bankgesetzgebung fordern.

#### IV.

Wer von der Tatsache ausgeht, daß die schweren Mißstände auf dem Geld- und Kreditmarkte während der letzten Krisis 1907/8 der unmittelbare Anlaß zur Einberufung der Bank-Enquete waren, muß logisch der Schlußfolgerung zuneigen, daß die Ergebnisse dieser Enquete auf eine Verhütung der Wiederkehr dieser Mißstände abzielen. Und wenn die Wurzel alles Übels der in Zeiträumen von je 8 bis 9 Jahren wiederkehrenden Geld- und Kreditkrisen in der Zulassung und Begünstigung des volkswirtschaftlichen Leerkredits neben dem volkswirtschaftlich gedeckten Kredit gesucht werden muß, dann wird es die unabwiesbare Aufgabe einer kommenden Novelle zu unserem Bankgesetze vom 14. März 1875 sein müssen, die Gewährung von solchem volkswirtschaftlichem Leerkredite aus der Reihe der gesetzlich zulässigen Bankgeschäfte zu streichen. Unsere Gesetzgebung hat die Freiheit der Privatnotenbanken aufgehoben. Wir haben durch unsere Goldwährung die freie Silberprägung beseitigt. Wir haben öffentlich-rechtliche Bestimmungen für die Hypothekenbanken, für die privaten Versicherungsgesellschaften, für die Genossenschaften und für die Sparkassen geschaffen. Wir haben ferner neuerdings, insbesondere durch das Scheckgesetz, den Privatbanken neue und ganz wesentliche Privilegien gesetzlich übertragen. Kein geringerer als der ehemalige Generaldirektor der Darmstädter Bank, Geheimrat und Professor Dr. Rießer, hat wiederholt schon darauf hingewiesen, daß die Privatbanken nicht nur ein „Geschäft“, sondern auch ein „Amt“ seien. Es muß also doch wohl als eine durchaus zeitgemäße Forderung erscheinen, nun endlich einmal diesen amtlichen Charakter unserer fast allmächtigen Privatbanken in klare Rechtsbestimmungen zu gießen.

Daß in der Tat bei der uns so nötigen Reform der allgemeinen Kreditverhältnisse der Kampf gegen den volkswirtschaftlichen Leerkredit gekämpft werden muß, bestätigt die Politik des Reichsbankdirektoriums seit zwei Jahren. Aber diese von der Reichsbank nach und nach abgeschobenen Kredite sind inzwischen von unseren Privatbanken aufgenommen worden, wie gerade die Artikel der „Frankf. Ztg.“ ausdrücklich bestätigen. Es ändert jedoch offenbar wenig an der Sache, ob sich an dieser Gewährung der bedenklichen Leerkredite auch die Reichsbank beteiligt, oder ob diese Kredite von den Privatbanken aufgenommen werden, die ihrerseits dann einen desto größeren Kredit bei der Reichsbank realisieren. Die neue Bankgesetznovelle muß diese volkswirtschaftlich bedenkliche Kreditgewährung als ein gesetzlich verbotenes Bankgeschäft qualifizieren, wenn auch damit diese Kredite nicht vollständig beseitigt werden. Deshalb muß vor allem der § 12 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 dahin abgeändert werden, daß aus den beiden letzten Zeilen des ersten Absatzes die Worte: „und für die Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen“ gestrichen werden, und an

deren Stelle die Worte treten: „und die Ausbreitung des volkswirtschaftlichen Leerkredits zu verhüten.“ Die entgegenstehende Bestimmung unseres Bankgesetzes kann heute kaum mehr genügen. Die große Mehrzahl der theoretisch gebildeten Nationalökonomien ist heute darin einig, daß es ein schwerer Fehler ist, das Geld mit Kapital begrifflich zu verwechseln, so wie es hier geschehen ist. Und auch der freihändlerische Begriff „Kapital“ denkt nur an eine Güter- oder Geldmenge, die den Zwecken der Produktion dienstbar ist. Der Leerkredit aber dient nur der Spekulation und Gewinnsucht. Es wären hier noch weitere triftige Gründe theoretischer Art anzuführen, was jedoch zu tief in das Gebiet der theoretischen Nationalökonomie hinein führen würde. Die praktisch politische Entscheidung fällt durch den Nachweis: die Zulassung des Leerkredits bringt unsere volkswirtschaftlichen Verhältnisse immer wieder in höchst bedenkliche Krisen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die obige Formulierung gesetzlich zum Ausdruck zu bringen.

Weil es sich aber naturgemäß darum handelt, den Leerkredit nicht nur aus den Geschäften der Reichsbank, sondern aus den Geschäften aller Privatbanken, die mit der Reichsbank in direkter oder auch nur indirekter Geschäftsverbindung stehen, zu beseitigen, und weil die Durchführung dieser wichtigen Aufgabe einer fortgesetzten fachmännischen Kontrolle bedarf, wird es notwendig, daß unsere gesetzgebenden Faktoren ein selbständiges und mit entsprechenden Machtbefugnissen ausgerüstetes verantwortliches Organ schaffen, das dem klar erkannten Übel durch vorbeugende Maßnahmen erfolgreich entgegen zu wirken berufen ist. Diese fachmännische Kontrollstelle gegen den Leerkredit lehnt sich naturgemäß an die Geschäfte der Reichsbank an. Sie dient dabei als ergänzende Kontrolle des Reichsbankdirektoriums. Aber sie greift auch über auf die Geschäftsgebarung aller Privatbanken, die direkt oder indirekt mit der Reichsbank in Verbindung stehen. Hier bleibt überall der Leerkredit ein prinzipiell verbotenes Bankgeschäft. Zur Ermöglichung dieser Kontrolle sind natürlich fortlaufende Berichte unerlässlich. Weil diese Berichte nicht veröffentlicht werden, sondern zur geeigneten Verwendung an das Reichskontrollamt des Geld- und Kreditverkehrs gehen, fällt hier der Einwand der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen weg. So voll zarter Rücksicht den Privatbanken gegenüber, wie die „Frankf. Ztg.“, die auch noch fragt, ob diese Berichte sich für die Unternehmungen „auch noch verlohnen“, sind wir nicht. Uns stehen die Interessen der Gesamtheit höher, als das Geschäftsinteresse der Banken. Eines besonderen gesetzlichen Deklarationszwanges bedarf es in diesem Falle nicht; es genügt eine Änderung der Reichsbankstatuten, daß die Nichterfüllung der vom Reichskontrollamt geforderten Einsicht in die laufenden Geschäfte die Auflösung der Geschäftsbeziehungen zur Reichsbank zur Folge hat.

Auf solche Weise würde endlich ein verantwortliches Organ geschaffen, das die Wiederkehr von Geld- und Kreditkrisen in der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten hat, das aber auch eben deshalb eine bessere Planmäßigkeit in das ganze deutsche Wirtschaftsleben bringt und schließlich durch sein gutes Beispiel in nicht zu ferner Zeit dazu führen wird, daß auch der internationale Geld- und Kreditmarkt endlich eine innere Gesundheit und bessere Ordnung erfährt.

## C.

### Nationalökonomische Lehrmeinungen.

=====

#### Brentanos Agrarpolitik.

(Deutsche Agrarzeitung, 4. Heft, 1898)

Um dem neuesten Lehrbuche Brentanos über „Agrarpolitik“ kritisch gerecht zu werden, ist es notwendig, sich zu erinnern, daß auch Brentano, wie so viele unserer Professoren für Nationalökonomie, seine grundlegenden Studien in England gemacht hat. Dort hat ihn in jüngeren Jahren der Zauber einer gewaltig entwickelten Exportindustrie mit ihren imponierenden Arbeiterverbänden eingefangen. Den daraus sich ableitenden Anschauungen ist er, trotz allen Schwankungen im einzelnen, treu geblieben bis in die Agrarpolitik.

Nach dem damit bezeichneten Ideenkreise ist Wohl und Wehe eines jeden höher entwickelten Kulturvolkes vollständig abhängig von dem Blühen und Gedeihen seiner Exportindustrie. Weil man aber heute nicht nur den industriellen Unternehmern, sondern auch dem industriellen Arbeiter freundlich gesinnt ist, wird die Leistungsfähigkeit der Exportindustrie nicht – wie bei der alten Freihandelsschule – auf niedrigen, sondern auf hohen Löhnen aufgebaut. Und um diese beiden anscheinend sich widersprechenden Forderungen miteinander zu verbinden, hat Brentano und seine Schule die Theorie der steigenden Arbeitsleistung bei steigenden Arbeitslöhnen und verkürzter Arbeitszeit aufgestellt. Das ist der eigentliche Kern des nationalökonomischen Systems Brentanos, in das eine Agrarpolitik als die Lehre von der wirtschaftspolitischen Pflege der landwirtschaftlichen Interessen garnicht hineinpaßt. Nachdem aber Brentano durch äußere Vorgänge, wie das Drängen der bayerischen Kammer der Abgeordneten, gezwungen wurde, auch agrarpolitische Vorlesungen an der Universität München zu halten, konnten diese konsequenter Weise keine anderen Zielpunkte erhalten als:

1. Die landwirtschaftliche Produktion ist dazu da, der Bevölkerung in Konkurrenz mit dem Auslande möglichst billiges Brotgetreide zu liefern – und wenn sie das bei weichenden Getreidepreisen nicht vermag, so soll sie zu anderen Produktionsarten übergehen oder die Produktion einstellen.
2. Der landwirtschaftliche Grund und Boden ist dazu da, im freihändigen Verkehr durch Parzellierung einer möglichst großen Zahl von Menschen zugänglich zu werden. Denn die Landwirtschaft ist nur Dienerin der Interessen der nationalen Exportindustrie.

Um nun seine Zuhörer und Leser von der Richtigkeit dieser seiner Lehrsätze zu überzeugen, beginnt Brentano in seinem Lehrbuche, das seine Vorlesungen wahrscheinlich wortgetreu wieder gibt, sehr geschickt mit einer Kritik der agrarpolitischen Universitätsvorlesungen seiner Kollegen, die eine Fülle von historischen und tatsächlichen Einzelheiten bieten, ohne sie logisch zu allgemeingülti-

gen Prinzipien zu verarbeiten. Brentano verspricht diesen Mangel einer feststehenden Theorie zu beseitigen und nimmt dann zum positiven Ausgangspunkte seiner Entwicklung die Natur des Grundes und Bodens im allgemeinen und des landwirtschaftlichen Bodens im besonderen. Auf diesem Wege findet sich rasch das namentlich in England früher viel erörterte sogenannte Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, das Brentano unter dem Gesichtswinkel der Frage behandelt: Wäre es möglich auf bestem Boden von beschränkter Fläche – etwa von einem Hektar – bei intensivster landwirtschaftlicher Kultur die für die ganze Menschheit erforderlichen Nahrungsmittel zu bauen? Das mehr praktische Fazit dieser Untersuchung lautet: Ohne dauernden Rückgang der Produktionskosten und ohne dauernde Steigerung der Getreidepreise muß infolge der relativen Abnahme der Erträge die mit dem Andrang der Bevölkerung bedingte Steigerung des Rohertrags zunächst auf Böden von minderer Beschaffenheit Verlust bringen (S. 58). Diese Bodenarten scheiden also jetzt zunächst wirtschaftlich aus der Aufgabe der Brotversorgung des Volkes aus, weil ihre Besitzer, falls sie durch wirtschaftspolitische Maßnahmen vor dem Untergange bewahrt werden sollten, zu dauernden Pensionären der Volkswirtschaft würden (S. 113). Aber auch die fruchtbareren und günstig gelegenen Grundstücke können für Deutschland den gesamten Getreidebedarf auf die Dauer nicht liefern, ohne auf das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags zu stoßen, es sei denn, daß die Getreidepreise künstlich so hoch gesteigert würden, daß der Getreidebau rentabler würde als alle übrigen Zweige der Landwirtschaft (S. 59). Damit aber würde der industrielle Export Deutschlands vernichtet, die Kaufkraft der deutschen Industrie ginge auch für die deutsche Landwirtschaft verloren. Und so müßte diese Politik der Sicherung der Getreideproduktion im Inlande schließlich sogar zum Ruin der nationalen Landwirtschaft führen (S. 60).

Daran schließt sich die Untersuchung über die Natur der Grundrente, wobei Brentano Andersons Grundrententheorie mit Ricardos Grundrententheorie verschmilzt. Andersons Grundrente ist die Prämie für Kulturfortschritte, die auch bei sich gleichbleibenden und selbst bei fallenden Getreidepreisen infolge einer Steigerung des Rohertrages dem Grundeigentümer verdiensterweise zufallen kann. Brentano nennt sie deshalb gesellschaftsfreundlich. Ricardos Grundrente ist das unverdiente Einkommen aus dem Monopolcharakter des Grundeigentums, das bei wachsender Bevölkerung und gleichbleibender Kultur und deshalb steigenden Getreidepreisen aus deren Überschuß über die aufgewendeten Kosten den Grundeigentümern zufällt. Brentano nennt sie deshalb gesellschaftsfeindlich. Für sie gilt das bittere Wort: Daß das Interesse der Grundeigentümer stets dem aller übrigen Bevölkerungsklassen entgegenstehend ist.

Weil aber deshalb die Gesamtheit nur ein Interesse an Andersons und nicht an Ricardos Grundrente hat, kommt auf diesem Wege Brentano schließlich zu seinen agrarpolitischen Leitsätzen, die so lauten:

Der Preis des landwirtschaftlichen Grundes und Bodens muß möglichst niedrig sein, – jede künstliche Erhöhung des Preises der Bodenfrüchte muß vermieden werden, – die Freiheit des Grundeigentums ist im vollsten Umfange durchzuführen – und die heute bestehenden Schutzzölle sind aufzuheben.

„Nachdem die bloße Aussicht auf höheren Gewinn bei der Mehrzahl unserer Grundbesitzer zu schwach war, sie zu veranlassen, der ihnen obliegenden Meliorationspflicht nachzukommen, muß jetzt der volle Druck der auswärtigen Konkurrenz wieder zugelassen werden, wenn nicht der Fortbestand des privaten Grundeigentums gefährdet werden soll“ (S. 144).

Das etwa ist der Inhalt jener Lehre, die Brentano seinen Hörern an der Universität München als „Agrarpolitik“ vorträgt.

Sie ist an Einzelheiten, die ich zunächst hier außer acht gelassen habe, gewiß leicht zu kritisieren. Beispielsweise sind die landwirtschaftlich-technischen Ausdrücke dem Herrn Professor Brentano offenbar keineswegs geläufig. Indes ist dieses mangelhafte Vertrautsein mit landwirtschaftlichen Vorgängen keine spezifische Eigentümlichkeit des Lehrbuches Brentanos.

Ferner lassen sich eine Reihe von tatsächlichen Irrungen und Widersprüchen nachweisen. Brentano befindet sich im Irrtume, wenn er in Anlehnung an das bekannte Gesetz Roschers immer wieder von dem Grundsatz ausgeht, daß eine Zunahme des Rohertrages auch eine Zunahme des Reinertrages bedeute, daß ferner die schlechteren Böden mit geringeren Erträgen naturgemäß notleidender seien, als die besseren Böden mit höheren Roherträgen und daß, wer nach seinem Vorschlage einen intensiveren Betrieb eingeführt habe, heute überhaupt nicht zu den notleidenden Landwirten gehöre. Würden ihm die tatsächlichen Rentabilitätsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe auch nur annähernd so bekannt sein, wie z. B. dem Leipziger Universitätsprofessor Howard, der seit dem Jahre 1872 für die verschiedensten Güter in Nord- und Mitteldeutschland die Rechnungsführung übernommen hat und heute diese Aufgabe für Güter der verschiedensten Größen mit einem Gesamtareal von 60 000 Hektaren und mit Hilfe von mehr als 80 Hilfsarbeitern Jahr für Jahr bewältigt, dann würde er in allen diesen Punkten zur gerade entgegengesetzten Behauptung gekommen sein. Brentano würde alsdann wissen, daß – um mit Howard zu reden – „Die Höhe des Körnerertrags vom Hektar nicht den geringsten Schluß darauf zuläßt, ob die Produktionskosten gedeckt werden oder nicht, oder ob ein Gewinn dabei bleiben wird.“ Er würde wissen, daß die landwirtschaftliche Notlage keineswegs sich nur auf die schlechten Böden beschränkt und daß gerade auf besseren Böden durch das Übermaß an Intensität ein hoher Prozentsatz von Wirtschaften bei den heutigen Preisverhältnissen unter den Druck des Defizits geraten ist. Brentano befindet sich aber auch in einem großen Irrtume, wenn er glaubt und behauptet, daß der Übergang zu einem intensiveren Landwirtschaftsbetriebe den Körnerbau überflüssig oder weniger leistungsfähig für die Brotversorgung des Volkes mache. Er wird auch kaum in der Lage sein, auch nur einen einzigen zuverlässigen Belag für seine Behauptung zu bringen, die Überlegenheit der russischen, indischen und amerikanischen Getreidekonkurrenz erkläre sich lediglich aus den billigeren Bodenpreisen und dem Übergang zum intensiveren Betrieb. Sein wiederholter Hinweis auf die englische Geschichte im achtzehnten Jahrhundert als Beispiel für intensive Betriebsentwicklung der Landwirtschaft bei selbst niedrigeren Getreidepreisen ist gewiß nicht besser begründet. Der Versuch der Verschmelzung der Grundrente Andersons und Ricardos führt bei jedem Mangel

einer zusammenfassenden Definition der Grundrente zu einer Reihe ungelöster Widersprüche. Unverträglich mit den bekannten Ernte- und Bedarfsziffern ist die immer wiederkehrende Behauptung Brentanos, Deutschland könne sich nicht selbst mit Brotgetreide versorgen. Wohl aber sollen die heutigen Getreideexportstaaten nicht nur ihrem eigenen Volke, sondern auch den mitteleuropäischen Industriestaaten für absehbare Zeit leicht das Brot liefern können. Und bei alledem hat sich auf märkischem Sandboden innerhalb 5 Jahren der Roggen-ertrag verdoppelt, der Haferertrag verdreifacht! Auf der einen Seite ist Brentano der Meinung, daß die Verbilligung des künstlichen Düngers den Rückgang der Preise für die Produkte ausgleiche – und wenige Seiten später führt Brentano ein Muster-Beispiel an, wonach bei 48 Mk. künstlichem Düngeraufwand pro Hektar 44 Ztr. Roggen geerntet wurden und die Produktionskosten im ganzen 358 Mk. betragen haben! Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß im Interesse der Gesamtheit die Bodenpreise niedrig sein müßten und dann werden gelegentlich die weitestgehenden Grundwertüberzahlungen aus acht verschiedenen Gründen zu rechtfertigen versucht. –

Das alles sind gewiß Irrtümer, Widersprüche und Ungenauigkeiten. Aber ich kann trotzdem die Überzeugung nicht unterdrücken, daß Brentanos Lehrbuch nur dann in gerechter Weise beurteilt werden kann, wenn es als ganzes und im ganzen aufgefaßt wird. Und unter diesem Gesichtswinkel gebührt dem Professor Brentano zunächst unbedingt die Anerkennung, eine Agrarpolitik zu lehren und veröffentlicht zu haben, die in durchaus konsequenter Weise jenem nationalökonomischen Lehrsystem angepaßt ist, dem wir unsere Handelsverträge verdanken. Diesem einheitlichen System gegenüber kann es m. E. nicht zulässig sein, die agrarpolitischen Ansichten Brentanos aus einer Reihe von Gründen zwar zu verwerfen, sonst aber in der Gewerbe- und Handelspolitik und in der sozialen Frage mit ihm durch dick und dünn zu gehen. Solche Inkonsequenzen rächen sich nicht bloß in der Theorie, sie rächen sich auch in der Praxis. Noch weniger erscheint es vielleicht gerechtfertigt, Brentanos Versuch einer theoretischen Erfassung des agrarpolitischen Problems einfach zu mißachten und sich nach wie vor mit der bloßen Anhäufung einer mehr oder minder großen Fülle von historischen Details zu begnügen. Denn mit dem „Nichts“ in der nationalökonomischen Wissenschaft ist ebensowenig geholfen, wie mit dem „Nichtstun“ in der Politik. Wer Brentanos Agrarpolitik wissenschaftlich abweisen will, der muß dessen Anschauungen auf ihrer ganzen Linie, und zwar einschließlich ihres exportindustriellen Ausgangspunktes, verwerfen können und an deren Stelle ein theoretisches System von nationalökonomischen Anschauungen setzen, das eben nicht, wie Brentanos Lehre, von der Exportindustrie ausgeht, um schließlich die letzten Linien auch noch in die Agrarpolitik hinein zu ziehen, sondern das umgekehrt von der Agrarpolitik ausgeht, um schließlich die letzten Linien bis in die Exportindustrie hinein zu konstruieren.

Wenn ein Professor der Medizin zu einem Patienten gerufen wird, der an der Lungenentzündung erkrankt ist, dann wird man wohl zu erwarten berechtigt sein, daß dieser gelehrte Herr sich eben über diese Lungenentzündung äußert und nicht etwa mit einem Vortrage über Nervenschwäche beginnt. Und

in ganz analog zwingender Weise ist m. E. für eine theoretische Erfassung unseres agrarischen Problems der Ausgangspunkt in derjenigen Frage gegeben, die heute international an aktueller Bedeutung alle anderen wirtschaftspolitischen Fragen überragt: in der Frage des Rückganges unserer Getreidepreise. Wenn also Brentano sein Lehrbuch, statt mit einer Untersuchung über die Natur des Grundes und Bodens, mit einer Untersuchung der Natur der Getreidepreise begonnen hätte, dann wäre er wahrscheinlich zu dem Resultat gekommen, daß die von ihm wieder vorgetragenen alten Grundrententheorien, wie ebenso das sogenannte Gesetz des abnehmenden Bodenertrags, in moderner einheitlicher Formulierung lauten müssen: „Langsam stetig steigende Getreidepreise und fortschreitende Kultur sind identische Begriffe“.

Für die theoretische Konstruktion des volkswirtschaftlichen Körpers ergibt sich daraus zunächst die Notwendigkeit, ihn nicht, wie Brentano, auf der Exportindustrie, sondern auf der nationalen Landwirtschaft aufzubauen. Und eigentlich sollte diese Forderung selbst Herrn Brentano heute nicht mehr überraschen, nachdem inzwischen auch der Evangelisch-soziale Kongreß nach einem Vortrage des Professors Oldenberg sich meiner seit 1893 so oft vertretenen Anschauung angeschlossen hat, wonach die mitteleuropäische Exportindustrie den Höhepunkt ihrer Entwicklung wahrscheinlich schon überschritten hat, und daß gerade die Industriestaaten bei den bevorstehenden Krisen um so sorglicher darauf achten müssen, die Brotversorgung im eigenen Lande nicht zu verlieren, als der heutige Zustand eines anscheinenden Getreideüberflusses keineswegs als dauernd angesehen werden darf. Brentanos Politik prinzipieller Bevorzugung der Exportindustrie mutet mich an wie eine Haushaltung, die eigensinnig fortgesetzt sich auf dem Gastrecht in fremden Häusern aufbaut, trotzdem aus all diesen Häusern immer laute Notklagen hörbar werden, und das Prinzip der Selbsterhaltung sie zwingt, ihre Türen dem bisherigen Gastfreund demnächst zu verschließen.

In diesem Zusammenhange würde denn auch Brentano sich darüber klar geworden sein, daß der moderne Rückgang der Getreidepreise, der deren historische Kontinuität nach abwärts gebrochen hat, nicht etwa die „natürlichen“ Getreidepreise darstellt, denen gegenüber die Bestrebungen auf deren Besserung und Wiedergesundung als „künstliche“ Preissteigerungen gebrandmarkt werden müßten, sondern daß dieser Preisrückgang zwar als etwas Natürliches, aber an sich als etwas Krankhaftes und Zersetzendwirkendes angesehen werden muß. Die sich daran von selbst anlehrende Untersuchung der Geschichte dieses Preisrückganges bietet nur immer neue Verstärkungen dieser theoretischen Schlußfolgerungen. Und die Klarlegung der dabei wirkenden Ursachen ergibt ganz von selbst jenes INTERNATIONALE Agrarprogramm, ohne dessen Durchführung wir zu keiner Wiedergesundung unserer weltwirtschaftlichen Preisverhältnisse für Getreide kommen können.

Bis zu diesem Ende aber vergehen wer weiß wie viele Jahre. Und für diese ZWISCHENZEIT gewinnen hohe Schutzzölle, periodische Grenzsperrungen, Verstaatlichung der Getreideeinfuhr usw. eine ganz andere PRAKTISCHE Bedeutung, als die theoretischen Ausführungen des Herrn Brentano ahnen lassen. Mehr theoretisch

gesprochen: Auf diesem Wege kommt die Periode der rein privatrechtlichen Bildung der Getreidepreise zum Abschluß, – die Periode der „sozialen“ Getreidepreise beginnt.

Das Alles ist auch nicht im Entferntesten einseitige agrarische Interessenpolitik. Das ist vielmehr eine Politik der GESAMTHEITSINTERESSEN im eminentesten Sinne des Wortes und zwar gemessen an dem allgemein anerkannten Maßstabe des Arbeitslohnes. Hier wird es notwendig sein, daß Herr Brentano auch hier seine Lohnbildungstheorie bei Seite läßt und statt dessen z. B. die Geschichte des australischen Arbeitslohnes in Betracht zieht.

In Australien erhält der Straßenkehrer für seinen achtstündigen Arbeitstag 7 bis 8 Mark. Und dem entspricht nicht etwa ein analog höherer Preis der verschiedenen Lebensmittel. Denn die Nahrungsmittel sind billiger als bei uns, weil ja von Australien Getreide, Fleisch, Butter und Käse zu uns importiert werden. Kleider sind nur etwa 20 % teurer als in Deutschland. Dagegen ist die Wohnung wiederum eher billiger. Der Arbeitslohn und damit die materielle Unterlage der ganzen Kultur ist aber in Australien unbestreitbar wesentlich höher als bei uns. Woher kommt das? Die Untersuchung führt uns auf die fünfziger Jahre zurück, als die Goldfelder entdeckt wurden. Damals sorgte eine vernünftige Gesetzgebung dafür, daß Jedermann, der Hacke, Schaufel und Waschsieb sein eigen nannte, sich auf den Goldfeldern ein Arbeitsfeld abstecken durfte, um dort sein Glück zu versuchen. Die Folge war, daß der Ertrag dieser Arbeiten auf den Goldfeldern nivellierend in die ganze australische Volkswirtschaft eingegriffen hat. Denn wenn irgend Jemand in einem Lohnverhältnis oder als selbständiger Unternehmer weniger verdiente, als draußen auf den Goldfeldern zu verdienen war, dann ergriff er eben diese Arbeitsgelegenheit. Eine gleiche Beobachtung können wir zur Blütezeit der neuesten nordamerikanischen Entwicklung im „fernen Westen“ machen. Hier regulierte das Einkommen der Farmertätigkeit im neuen Westen den Arbeitslohn in der ganzen nordamerikanischen Volkswirtschaft. Und theoretisch gesprochen enthüllt sich daraus die Funktion des Grundes und Bodens als volkswirtschaftlicher Lohnregulator auf dem Stützpunkt des ORGANISCHEN Mittelstandes, der KEIN BLOß STEUERTECHNISCHER Begriff ist.

In Ländern mit alter Kultur, wie Deutschland, kann nur der landwirtschaftliche Grund und Boden mit seiner wachsenden Produktivität bei langsam stetig steigenden Getreidepreisen diese Funktion als volkswirtschaftlicher Lohnregulator übernehmen. Und die Vermittlerrolle für die dabei frei ab und zu flutende Bevölkerung gebührt nicht, wie Brentano meint, dem freien Grundmarkt, sondern der nach großen Gesichtspunkten organisierten INNEREN KOLONISATION, die heute deshalb selbst in ihren bescheidensten Grenzen vollständig in der Luft hängt, weil bei dem heutigen Preisrückgang der Bodenprodukte die Landwirtschaft ihre für solche Aufgaben erst recht unerläßlich notwendige Produktivität verloren hat. Und für die wirtschaftspolitische Praxis ergibt sich daraus, daß alle Fragen der Grundeigentumspolitik Cura posterior sind, so lange unsere Getreidepreise nicht wieder gesund geworden.

Brentanos Furcht, der sogenannte Reallohn könne unter diesen Verhältnissen mit dem Nominallohn mindestens direkt proportional wachsen, ist auch nicht im Geringsten berechtigt. Denn die eingehenden Spezialuntersuchungen des freisinnigen Statistikers ENGEL haben doch wohl zur Genüge dargetan, daß bei zunehmendem Einkommen, also bei steigendem Arbeitslohn, die Bedeutung der Preishöhe des Brotes, und aber auch des Getreides, für das Budget des Einzelnen in geometrischer Progression zurücktritt.

Was aber die Bedeutung eines allgemein wachsenden Arbeitseinkommens für den industriellen Absatz anbelangt, so möge Herr Brentano sich einmal den Rechenstift zur Hand nehmen. Wir haben heute in Deutschland rund 54 Millionen Menschen. Steigt auf der Basis der fortschreitenden Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit nach und nach das allgemeine Arbeitseinkommen pro Kopf und Tag nur um 50 Pfennige, so wächst damit allein unsere nationale Konsumkraft jährlich um fast 10 Milliarden. Das ist das Dreifache unseres ganzen heutigen Exports, von dessen Größe sich Brentano dauernd so imponieren läßt und von dessen Bruttohöhe bekanntlich die Kosten für die eingeführten und verarbeiteten Rohprodukte abgezogen werden müssen! Das sind die schönen und fruchtbringenden Aussichten einer Steigerung der INLÄNDISCHEN Konsumkraft, deren Zuwachs relativ unbegrenzt ist und deren Blühen und Gedeihen durch keinerlei Kündigung von Handelsverträgen gestört zu werden vermag. —

Trotz dieser prinzipiellen Schwenkung unserer ganzen sozialen Wirtschaftspolitik, die die agrarische Bewegung der Gegenwart bedingt und fordert, sind die Agrarier von heute keineswegs so kurzsichtige Leute, daß sie die Exportindustrie kurzerhand abhacken und unterbinden wollen. Soweit es die klar erkannten Interessen der Gesamtheit irgend fordern und ermöglichen, soll die Exportindustrie auch heute noch geschützt und gefördert werden. Deshalb das Eintreten für die bisher gestellten Marineforderungen und für eine energische Kolonialpolitik von dieser Seite. Nur wo, wie bei Handelsverträgen nach Capri-vis Art oder bei agrarpolitischen Lehrbüchern à la Brentano, der prinzipielle Fehler auftritt, daß man den eigenen volkswirtschaftlichen Haushalt auf dem Gastrecht in fremden Häusern, die kaum genug für sich selber haben, aufbaut, – und wo die nur zu leicht vergängliche Exportindustrie statt der dauernden nationalen Landwirtschaft zur Basis der wirtschaftspolitischen Organisation des Volkes gewählt wird: nur dort ist die agrarische Opposition der Gegenwart und wohl auch der Zukunft eine unversöhnliche.

## Der „hochberühmte“ Professor Lujo Brentano.

(Korrespondenz des Bundes der Landwirte, No. 40 vom 18. Mai 1895.)

Ein hervorragender Gelehrter und Statistiker weist nach, in welchem prozentualen Verhältnis mit der Fettleibigkeit die Gefahr eines Schlaganfalls wächst und wie andererseits mit der zunehmenden ärmlichen Ernährung das Auftreten des Hungertyphus in ursächlichem Zusammenhange steht. Ein praktischer Arzt schlägt in einem Falle fortschreitender Abmagerung vor, durch Anwendung bestimmter Maßregeln einen mittleren Nahrungszustand herbeizuführen. Ein Dritter, der den Titel „Professor und kgl. sächsischer Geheimer Hofrat“ trägt, kritisiert diesen Vorschlag ablehnend, indem er, unter Berufung auf den erstgenannten hervorragenden Statistiker, ausführt, daß mit der zunehmenden Fettleibigkeit die Gefahr eines Schlaganfalles stetig wachse. Und die ganze freihändlerisch-fortschrittliche Presse ist über diese Gedankentiefe entzückt! – Genau nach diesem Schema vollzog sich der jüngste grandiose Erfolg des Herrn Prof. Dr. Lujo Brentano.

Der ehemalige Universitätsprofessor und spätere Unterstaatssekretär Dr. Georg von Mayr, hat nämlich vor vielen Jahren schon statistisch nachgewiesen, daß von einer bestimmten Stufe ab das Ansteigen der Getreidepreise mit der Zahl der Vergehen und Verbrechen gegen das Eigentum in direktem Zusammenhange stehe, während mit den fallenden Getreidepreisen die Zahl der Vergehen und Verbrechen gegen die Person zunimmt. Jetzt, nachdem der preußische Staatsrat den Antrag Kanitz abgelehnt hat, kommt auch Lujo Brentano mit einem Artikel in der „Neuen freien Presse“ vom 23. März, in welchem er dem erstaunten Europa verkündet, daß er aus sittlichen Gründen gegen jede Besserung der Getreidepreise sei, weil es statistisch erwiesen worden, daß die Zahl der Vergehen und Verbrechen gegen – das Eigentum mit den Getreidepreisen wachse. Und die Notiz über diese höchst wichtige Entdeckung macht die Runde fast durch die ganze deutsche Presse.

Uns konnte dieser Brentanosche Artikel nicht imponieren, denn wir kennen – entgegen Brentanos lebenswürdiger Annahme – nicht bloß den Einfluß steigender Getreidepreise auf die Vergehen und Verbrechen gegen das Eigentum, wir kennen auch den Einfluß fallender Getreidepreise auf die Zahl der Vergehen und Verbrechen gegen die Person. Wir kennen aber auch im Weiteren den ruinösen Einfluß unserer heutigen Getreidepreise auf Landwirtschaft, Gesellschaft und Staat und wissen, daß der augenblicklichen Baisse auf dem Weltmarkt für Getreide eines Tages die erschreckende Hausse mit all ihren verheerenden Einflüssen folgen muß. Aus all diesen Gründen sind wir für MITTLERE, NORMALE Getreidepreise. Wir kennen aber endlich auch die ganze wissenschaftliche Bedeutungslosigkeit des Herrn Professor Brentano. Und da diese Tatsache weniger allgemein bekannt zu sein scheint, wollen wir hier einige durchaus zuverlässige Angaben über dieses Thema folgen lassen.

Lujo Brentano begann seine glänzende wissenschaftliche Laufbahn mit einem zweibändigen Werke über „Die Arbeitergilden der Gegenwart“ 1871/72. Es ist das eine ganz fleißige historische Arbeit über die englischen Gewerkvereine, wobei natürlich die damalige Literatur über diesen Gegenstand tüchtig ausgeschrieben wurde. Aber von neuen, selbständigen Ideen keine Spur, es sei denn, daß man eine Reihe von maßlosen Übertreibungen darunter begreifen wollte. An diesem Buche zehrt der „berühmte“ Nationalökonom sein ganzes Leben hindurch. Fünf Jahre später, also im Jahre 1877, erscheint dasselbe Werk „unter Hinweglassung des gelehrten Apparates“ in populärer Kleinausgabe unter dem Titel: „Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Rechte“. Und darin wird allen Ernstes verkündet, daß die englischen Gewerkvereine, deren Organisation in den Schieds- und Einigungsämtern gipfelt, zur „vollständigen Lösung der Arbeiterfrage“ führen. Im Jahre 1879 erscheint von Brentano ein drittes Buch unter dem Titel: „Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung“. Da heißt es in der Einleitung wörtlich: „Als ich vor 2 Jahren meine Schrift über das Arbeitsverhältnis veröffentlicht habe, glaubte ich (sic!), daß es für mich nicht notwendig sein werde, auf diese Organisation in neuer Erörterung zurückzukommen. Allein sozialistische Gegner haben mich auf ein wichtiges Bedürfnis im Arbeiterleben verwiesen. Dies hat die Abfassung des vorliegenden Büchleins notwendig gemacht. Mit ihm halte ich den systematischen Aufbau der korporativen Organisation der Arbeiter im Wesentlichen vollendet.“ Und worin besteht diese wunderbare „VOLLENDUNG“? Die Gewerkvereine übernehmen noch die Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit, wobei die Versicherungsbeiträge der einzelnen Arbeiter ganz genau nach der Größe der Gefahr der Arbeitslosigkeit geregelt werden müssen. Woher die Arbeiter diese Versicherungsbeiträge nehmen sollen, ohne zu stehlen? nach welchen Ziffern sie berechnet werden? auf welchem Boden das ganze Gebäude sich erheben soll? – das sind Fragen, welche Herr Brentano einer Erwägung nicht für wert hält. – Im Jahre 1881 schrieb dieser berühmte Gelehrte ein anderes Werk: „Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen“. Und da heißt es denn auf der ersten Seite: „Vor drei Jahren, als ich mein Werk über die Arbeiterversicherung schrieb, da lag die Sache wesentlich verschieden von heute. Heute ist der Zweifel, ob die bestehende Erwerbsordnung unseren Verhältnissen und Bedürfnissen entspreche, in so weiten Kreisen verbreitet, ja selbst Regierungen und Reichstag erscheinen von ihm so angesteckt, daß man von den Grundprinzipien des Erwerbslebens als etwas unter allen Umständen zu Wahrendem bei der Erörterung der Arbeiterversicherung nicht mehr ausgehen kann. Man scheint willig die allerersten Grundprinzipien der bestehenden Erwerbsordnung zu opfern, wenn nur eine wirksame Arbeiterversicherung dadurch erreicht wird.“ Und dann kommt ein steinerweichendes Klagen und Jammern durch 118 Seiten, weil man den freien Willen des einzelnen durch den Versicherungszwang aufheben will. Aber das kann ja garnicht geschehen. Denn „angenommen, der Versicherungszwang sollte in Deutschland den Arbeitern in Krankheit, Alter und Todesfall den Bezug von Unterstützungen wirklich sichern, so könnte dies nur erreicht werden durch Beschäftigung der Arbeiter als Beamte mit lebenslänglicher Anstellung, durch

zwangsweise Einordnung der Arbeiter in Korporationen und Regelung der Arbeitsbedingungen unter Vorsitz eines von den Behörden ernannten Unparteiischen in Einigungskammern, die auf den Korporationen beider Parteien beruhten, und durch Feststellung der Arbeitsbedingungen durch die Behörden, verbunden mit Arbeitszwang“ (S. 92). „Statt den sozialdemokratischen Zielen entgegenzutreten, ebnet der geplante Versicherungszwang denselben den Weg. Der Untergang der politischen Freiheit und der nationalen Gesittung wird das Ende sein, dem er zuführt. Und es wird einerlei sein, ob dieses Ende auf dem Wege der konservativ-sozialistischen oder der sozialdemokratischen Organisation erreicht werden wird. Der Ruin der Kultur, der dann eintritt, wird in beiden Fällen derselbe sein“ (S. 109). Solchen Unsinn hat anno 1881 Brentano seinen Studenten als die Quintessenz nationalökonomischer Wissenschaft verkündet. Sieben Jahre später lag die Situation freilich wieder ganz anders. Das Gesetz über den Arbeiterversicherungszwang war inzwischen dem Reichstag zugegangen und Fürst Bismarck hatte bereits dafür einige große Reden gehalten. Jetzt kommt auch Brentano in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ und der Arbeiterversicherungszwang ist auf einmal – ganz ausgezeichnet! „Der Arbeiter hat Pflege, wenn er krank ist, und Versorgung, wenn er alt ist“ (S. 46). Und die früher geforderte Krisenversicherung mit den Gewerkvereinen ist auf einmal – für Deutschland gar nicht möglich! „Es fehlen gewisse Voraussetzungen politischer und geographischer Art“ (S. 44). Und es ist eigentlich nur „ein subjektiver Wunsch,“ den er der Erwägung anheim gibt, wenn er auf Seite 46 mit den Worten schließt: „Nicht schon mit der Annahme des beabsichtigten Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, sondern erst mit der Übertragung der Regelung des gesamten Arbeitsverhältnisses auf die Berufsgenossenschaften wird der konsequente Ausbau der deutschen Sozialpolitik, wird ihre Krönung vollendet sein!“ – Diese ganze Anschauung wird indes schon ein Jahr später wieder vollständig abgeändert. Kleinwächter hatte nämlich eine ausführliche Arbeit über die Kartelle veröffentlicht. Die Gesetzgebung war namentlich in Nordamerika damit beschäftigt. Und jetzt hatte auch Brentano „dem Leben die neue Bewegung abgelauscht.“ Er veröffentlichte einen Vortrag „über die Ursachen der heutigen sozialen Not,“ und – die Lösung der sozialen Frage bringen nach seinen neuesten Forschungen die „Kartelle!“ – Im Jahre 1890 nimmt dann Lujó Brentano in einer Einleitung zu Arbeiten seiner Schüler E. Auerbach, W. Lotz und F. Zahn alles das zurück, was er bis dahin gesagt und stellt sich wieder ganz auf seinen Standpunkt vom Jahre 1872, wonach die Lösung der sozialen Frage einzig und allein durch Abklatsch der englischen Gewerkvereine in Deutschland möglich ist. Aber auch damit waren die inneren Revolutionen dieses gewaltigen Geistes noch nicht abgeschlossen; denn im Jahre 1894 hält Brentano im Liebig'schen Hörsaal in München einen populär wissenschaftlichen Vortrag, wonach die allerneueste Lösung der sozialen Frage zu erwarten ist im „Zusammenschluß aller Produzenten, die als Privatunternehmer und Eigentümer sowohl im eigenen als im Interesse der Konsumenten und Arbeiter gemeinsam, laut Verträgen, handeln und beeinflußt bzw. kontrolliert durch die

Handelsministerien den Preis der Waren, die Höhe der Produktion wie des Arbeitslohnes bestimmen.“ – Wer's nicht glaubt, zahlt einen Thaler.

Diese bewundernswerte Geistestiefe und Sicherheit des Auftretens, welche Brentano in der Behandlung der sozialen Frage auszeichnet, ist ihm auch in der Behandlung der Agrarfrage treu geblieben. So hat er im Dezember 1893 in der wissenschaftlichen Beilage der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ einen Vortrag über „Gebundenheit und Teilbarkeit des ländlichen Grundeigentums“ veröffentlicht, in welchem er zeigt, daß die ganze moderne Agrarfrage nur deshalb in Deutschland auftauchen konnte, weil hier die Freiheit des Grundeigentums und die Freiheit der Verschuldung nicht vollständig durchgeführt wurde. Anerbenrecht, Höferecht und Fideikommiss müssen noch beseitigt werden. Dann ist die moderne Agrarfrage gelöst. In Frankreich, wo dies der Fall ist, befindet sich alles in höchster Glückseligkeit. In den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik vom September 1894 erscheint abermals Brentano, um unter dem Beifall seiner Schleppträger in einer, seinem persönlichen Geschmack entsprechenden Weise die bayerischen Bauern des krassesten Egoismus, der höchsten Faulheit im Steuernzahlen und dergl. zu beschuldigen. Die bäuerlichen Abgeordneten Bayerns werden es hoffentlich an der genügenden Antwort darauf nicht fehlen lassen. Und ganz neuerdings hat Brentano seiner Weisheit Schleusen geöffnet, um die Unzulässigkeit einer Besteuerung unserer Getreidepreise aus ethischen Erwägungen zu begründen. Daß er dabei nur die eine Seite der Forschungen eines Georg von Mayr, Bodio, von Oettinger u. a. abgeschrieben und die andere Seite von dem Einfluß niedriger Getreidepreise auf die Zahl der Verbrechen gegen die Person unberührt gelassen hat, kann bei einem so viel beschäftigten Gelehrten, der immer den neuesten Bedürfnissen entsprechend, seine Forschungen auf den Markt werfen muß, nicht weiter überraschen.

Das etwa ist in ganz kurzen Zügen die Übersicht der Verdienste und Leistungen des hochberühmten Nationalökonomen Professor Dr. Lujo Brentano, die aus dem Kollegienheft dieses „Gelehrten“ beliebig erweitert werden könnten. Für diese Sorte von Weisheit und Einsicht bezieht der Herr Professor an der Münchener Landesuniversität ein Jahreseinkommen von etwa 40 000 Mark und ist mit dem Rechte des Lehr- und Prüfungsmonopols ausgestattet. Alles das mußten und müssen seine Studenten zum Examen auswendig lernen, „als diktierte es der heilige Geist“. Und die das alles nicht bloß genau wissen, sondern auch als der Weisheit letzte Schlüsse „glauben“, die erhalten das Prädikat „ausgezeichnet“ und werden dann entweder wieder Universitätsprofessor für Nationalökonomie, oder sie kommen sofort nach den Ministerien in die einflußreichsten Stellen und Ämter, um die befruchtende und heilsame Kraft solcher Wahrheiten dem Volkskörper an maßgebender Stelle einzuimpfen. Wenn trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse des Deutschen Reiches seit Anfang der siebziger Jahre noch nicht besser geworden sind, so ist daran in erster Linie die Beschränktheit und Sittenlosigkeit der Landwirte schuld – wenigstens nach dem Urteil unseres „hochberühmten“ Professors Brentano.

## Professor Schmoller und sein Agrarprogramm.

(Korrespondenz des Bundes der Landwirte, No. 39 vom 15. Mai 1895.)

Professor Schmoller hat seit 1879 wiederholt agrarpolitische Ansichten veröffentlicht, die durch den Verlauf der tatsächlichen Entwicklung recht wenig bestätigt wurden. Wir wollen heute nicht näher darauf eingehen, sondern uns der Kritik seines allerneuesten Agrarprogramms zuwenden, das sich in dem letzten Heft seines „Jahrbuches“ niedergelegt findet.

Danach unterscheidet Schmoller einen „chronischen“ und einen „akuten“ agrarischen Notstand. „Der chronische Notstand ist verursacht durch die starke überseeische Konkurrenz, durch die stabilen oder rückgängigen Reinerträge, durch die längst vorhandene und neuerdings stark zunehmende Verschuldung ländlicher Besitzer, sowie durch die zu langsame Anpassung unserer Landwirte an die modernen welt- und kreditwirtschaftlichen Verhältnisse. Der akute Notstand ist verursacht durch überreiche Ernten in verschiedenen Staaten, die zusammenfielen mit einer allgemeinen weltwirtschaftlichen Stockung und einer momentanen Anschwellung der argentinischen Konkurrenz durch Papiergeldwirtschaft“. In gutes, einfaches Deutsch übersetzt, heißt das alles doch wohl nichts anderes als: „Die rückgängigen Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind die Ursache unseres agrarischen Notstandes“. Denn die begriffliche Erklärung des „chronischen Notstandes“ ist genau dieselbe, wie die des „akuten Notstandes“. Und überseeische Konkurrenz, rückgängige Reinerträge, neuerdings stark zunehmende Verschuldung, überreiche Ernten, Stockungen des weltwirtschaftlichen Verkehrs und argentinische Vorgänge sind nur die ganz bekannten erklärenden Begleiterscheinungen des allgemeinen Preisrückganges der landwirtschaftlichen Produkte. Wie Schmoller es aber gleichzeitig mit der „hohen“ Wissenschaft noch vereinbaren kann, den deutschen Landwirten mit dem Vorwurf einer „zu langsamen Anpassung an die – doch in Stockung geratenen – modernen welt- und kreditwirtschaftlichen Verhältnisse“ einen Fußtritt zu versetzen, ist aus dem betreffenden Aufsätze nicht ersichtlich.

Im weiteren führt dann Schmoller aus, daß wir gegen die chronische Not bereits einen maßvollen agrarischen Schutzzoll haben, den wir jetzt aus völkerrechtlichen Gründen nicht steigern können, aber auch aus Rücksicht auf die Volksernährung und die industrielle Konkurrenz mit England nicht steigern könnten. Also – es geht nicht. Fügen wir uns drein! Am Schreibtisch des Herrn Universitätsprofessors wird die Fassung dieses Entschlusses gewiß keine wesentlichen Schwierigkeiten gefunden haben. In der landwirtschaftlichen Praxis ist es anders. Wenn der Boden, so wie heute, unter den Füßen zu wanken beginnt, dann heißt es: „Irgendwo muß der Fuchs heraus!“ Und auch staatsmännisch ist das nicht gedacht. Wir haben die Schutzzölle eingeführt, zunächst um die Preise zu halten und dann sogar, um die Preise zu steigern. Statt dessen sind die Preise immer tiefer gesunken, auch im Zollinland. Der Schutzzoll kann also nicht das rechte Mittel sein, um den Preisrückgang zu parieren. Welches ist nun

das rechte Mittel zur Wiederherbeiführung normaler Getreidepreise, bei denen der Bauer wie der Arbeiter gleich gut bestehen können? – Das ist zunächst die große agrarpolitische Frage der Gegenwart.

Die historisch-nationalökonomische Schule Schmollerscher Richtung argumentiert freilich ganz anders. Mäßige Schutzzölle sind gegen die agrarische Not eingeführt worden. Sie können und könnten nicht mehr wesentlich erhöht werden. Also ist dieses Thema erledigt. Was aber die inzwischen eingetretene Verschärfung der Notlage anbelangt, so erscheint es zweckmäßig, mit etwas anderen Worten eine sogenannte „akute“ Erscheinung daraus zu konstatieren. Und gegen dieses akute Übel wird nach Schmoller eines der altbekannten historischen Mittel angewendet, nämlich: eine Notstandsanleihe von 1000 Millionen, von denen 200 Millionen zu Notstandsdarlehen und Unterstützungen, 800 Millionen zu Grunderwerbungen innerhalb des preußischen Staates zu verwenden wären. Auf diese Weise käme dann die innere Kolonisation großartig in Fluß. Nur die schlechten Wirte werden aufgegeben. Die Tüchtigen werden eventuell als Pächter auf ihrem Grundeigentum zu Bedingungen belassen, bei denen sie bestehen können. Wenn aber unsere landwirtschaftlichen Verhältnisse erst wieder günstige geworden sind, bringt der Staat einen großen Teil seiner jetzt gekauften Grundstücke wieder zum Verkauf und macht ein vorzügliches Geschäft dabei. – Man weiß in der Tat nicht, was man beim Durchlesen solcher Ausführungen mehr bewundern soll: die völlige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse oder die Sicherheit, mit der nach der einmal angenommenen Methode weiter argumentiert wird, ganz gleichgültig, was dabei herauskommt.

Schmoller scheint keine Ahnung davon zu haben, daß es sehr viele Wirtschaften gibt, welche unter einer tüchtigen Betriebsleitung bei Getreidepreisen, wie wir sie im letzten Winter hatten, selbst dann regelmäßige staatliche Zuschüsse zur Wirtschaftsweiterführung benötigten, wenn der Grund und Boden kostenfrei zur Verfügung gestellt würde. Dauern die niedrigen Getreidepreise fort, dann wird der heute so vielfach betriebene Raubbau am angesammelten Düngerkapital die Zahl dieser Wirtschaften in raschem Tempo steigern. Wir dürfen unter diesen Voraussetzungen in wenigen Jahren den durchschnittlich etwa mit 10 Mark pro Hektar unterstützungsbedürftigen Grundbesitz auf mindestens 5 Millionen Hektar schätzen. Das wären also jährlich 50 Millionen Mark staatliche Betriebsunterstützungen. Unsere heutigen schlechten Preise sollen nach Schmoller noch etwa 20 bis 30 Jahre andauern. Was soll also mit der 1000 Millionenanleihe geholfen sein? Und wie ist es möglich, ein solches Unternehmen vom finanziellen Standpunkte aus als „durchführbar“ zu bezeichnen? Hat Schmoller nie etwas von den Resultaten jener Versuche gehört, vergantete Güter aufzukaufen, in Stand zu setzen und dann mit Vorteil wieder zu verkaufen? Der Professor Schmoller, Mitglied des Staatsrats, scheint nach diesen Vorschlägen mit dem Vermögen des Staates doch etwas zu leichtfertig zu operieren, als daß man ihm die Errettung des landwirtschaftlichen Wohlstandes anvertrauen könnte.

Der letzte Grund für alle diese höchst merkwürdigen Ausführungen liegt indes in der wissenschaftlichen Denkart des Herrn Professors. Schmoller ist

historischer Kathedersozialist. Die Grundpreise und die Getreidepreise sind etwas historisch geworden. Als solches sind sie „natürlich“, im Gegensatz zu „künstlich“, und deshalb mit dem Privileg der Unantastbarkeit ausgestattet. Höchstens ein ganz mäßiger Schutzzoll darf passieren – wenn es historisch nicht anders sein kann. Die industrielle Entwicklung ist das modern Bevorzugte. Und soweit die Nationalökonomie einen Anspruch auf ethische Qualität erheben kann, so weit muß die Besserung der Lage der Lohnarbeiter im Anschluß an die historische tausendfältige Vielgestaltigkeit ganz allmählich und hübsch sachte ins Auge gefaßt werden. Erst auf dem Umwege über die Landarbeiterfrage kam man zur sogenannten inneren Kolonisation, die heute neben der Arbeiterfrage eine ganz besondere Rolle spielt. Ob aber die Kolonisten dann auch bestehen können, oder nicht, und wie dem fortwährenden Rückgange des landwirtschaftlichen Wohlstandes zu begegnen wäre – das sind Fragen, die die Wissenschaft nichts angehen. Da müssen sich die tüchtigen Leute alle selber helfen. Wenn aber die Bauerndörfer erst verschwunden und in Latifundien umgewandelt sind, und wenn die Landwirte erst ihr Vermögen wirklich verloren haben, dann ist eine hohe Aufgabe für die Wissenschaft erstanden. Dann wird auf der einen Seite ganz genau nach der betreffenden Schablone wieder kolonisiert und auf der anderen Seite soll künftig durch Notstandsanleihen bis zu 1000 Millionen geholfen werden. So wenigstens will es die „reine“ Wissenschaft der heute fast durchaus maßgebenden Schmollerschen Schule.

Die agrarische Bewegung der Gegenwart denkt und empfindet ganz anders. Für sie ist innerhalb deutscher Grenzen die in der heutigen Wissenschaft übliche Behandlung der sozialen Frage als die Frage der Lohnarbeiter ein durchaus ungehöriger Abklatsch englischer Verhältnisse. Und die englische industrielle Entwicklung erscheint ihr nicht etwa als ein musterhaftes, sondern als ein durchaus abschreckendes Beispiel. Nur wenn der unabhängige Mittelstand gestärkt und gefördert wird, kann auch dem Lohnarbeiter geholfen werden. Ist der Mittelstand aber erst zu Grunde gegangen, dann bleibt jede Bemühung um die Besserung der Lage der Arbeiter auf die Dauer vergeblich. Das Fundament des ganzen Mittelstandes bilden die selbständigen und selbstwirtschaftenden landwirtschaftlichen Unternehmer. Wie die Dinge heute laufen, droht diesen selbständigen Landwirten Mann für Mann der Ruin. Dahin darf es nicht kommen. Der Staat darf mit seinem Eingreifen nicht so lange warten, bis aus den Bauerndörfern Latifundien und aus den Landwirten besitzlose Arbeiter geworden sind, die man dann nach Schmoller mit Notstandsdarlehen und Almosen zu unterstützen hätte. Der Staat muß tun, was seine Pflicht ist, bevor es zu spät. Und diese Pflicht führt in erster Linie auf das Problem der Besserung unserer Getreidepreise.

Es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, unsere heutigen Getreidepreise seien auf eine „natürliche“ Weise entstanden. Sie sind in einer durchaus „künstlichen“ Weise vom internationalen Großkapital ausschließlich zu dessen Vorteil auf ihr heutiges niedriges Niveau herabgedrückt worden. Und es ist eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit von eminentester Bedeutung, daß mit dieser skandalösen Depression der Getreidepreise durch das internationale Großkapital endlich auf-

geräumt und damit die redliche landwirtschaftliche Arbeit ihres gerechten und billigen Lohnes teilhaftig werde. Wenn hierbei Schmoller von staatlicher Unterstützung und von Brotverteuerung redet, so zeugt das von einer vollständigen Verdrehung der Sachlage. Die Landwirte wollen keine Almosen und wollen keine Unterstützungen. Sie wollen nichts als ihr gutes Recht auf Befreiung von einer fortgesetzten systematischen Ausbeutung durch das internationale Großkapital, die dadurch nicht aufhört, eine schreiende Ungerechtigkeit zu sein, daß viele im Lande dieses Wucherbrot mit verzehren helfen.

Das etwa ist das Denken und Empfinden der agrarischen Bewegung der Gegenwart. Auch die neuesten Schmollerschen Auslassungen werden darauf nicht den leisesten Einfluß gewinnen. Dazu sind seine Argumente und kritischen Einwendungen viel zu reich an Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse. Aber die Tatsache bedarf allerdings hier der Betonung, daß man heute diesen Schmollerschen Theorien einen sehr weitgehenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung und endlich auch auf die nationalökonomische Bildung der akademischen Jugend eingeräumt hat, und daß deshalb die Schmollersche Schule als ein sehr bedenkliches Bremszeug am Wagen unserer Entwicklung in der Richtung innerer Gesundung bezeichnet werden muß.

## Das allerneueste Agrarprogramm.

(Die Zukunft, No. 12, vom 22. Dezember 1894, S. 554 ff.)

Ein um die Landwirtschaft hochverdienter Verleger, Herr Paul Parey in Berlin, feierte am siebenten dieses Monats das fünfundzwanzigjährige Jubiläum seiner selbständigen Tätigkeit und hat an diesem Tage, an dem ihn auch die philosophische Fakultät der Universität Halle zum Ehrendoktor ernannte, die Freunde seiner Verlagsbuchhandlung durch Herausgabe und Überreichung einer Jubiläumsnummer der „Deutschen Landwirtschaftlichen Presse“ auf das angenehmste überrascht. In dieser Nummer wird durch das dankenswerte Zusammenwirken einer Reihe der bedeutendsten und bewährtesten Fachmänner ein höchst interessanter Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft in dem letzten Vierteljahrhundert dargeboten. Und an der Spitze dieser ganz ausgezeichneten Abhandlungen steht ein Artikel vom Professor Dr. Max Sering über „Fünfundzwanzig Jahre deutsche Landwirtschaftspolitik“.

Sering, der bekanntlich aus der nordamerikanischen Konkurrenz seit Jahren ein Spezialstudium gemacht hat, nimmt dabei Stellung zu dem neuerdings immer ernster werdenden Problem von der Preisbildung für Getreide, und zwar in einer von seinen bisherigen Ausführungen wesentlich abweichenden Art. In dem Schlußkapitel seines großen Werkes über „Die nordamerikanische Konkurrenz“ (1888) spielt die Sorge um die Vollendung des Panamakanals noch eine sehr große Rolle. Und deshalb namentlich sind dort die positiven Resultate in die Möglichkeit ausgeklungen, solchen plötzlich hereinbrechenden Ereignissen gegenüber auf das Mittel des Skalzolls zurückgreifen zu müssen. Der Panamakanal liegt heute in Schutt und Trümmern. Vor seiner weltwirtschaftlichen Bedeutung fürchtet sich jetzt niemand mehr. Aber unsere Getreidepreise sind trotzdem so tief gesunken, daß es die deutsche Landwirtschaft schon als eine Erlösung betrachten würde, wenn es durch den Antrag des Grafen Kanitz gelänge, sie auch nur auf das Durchschnittsniveau der letzten vierzig Jahre zurückzubringen. Und was dabei unserer gegenwärtigen Situation noch ganz besonders einen geradezu unheimlichen Charakter verleiht, das ist die nur zu wohl begründete Überzeugung, daß unsere Getreidepreise immer noch tiefer sinken können. So rückt denn eine der gewaltigsten Gefahren für Völker und Staaten in die uns unmittelbar bevorstehende Zukunft ein. Und wer davor sein Haus sichern will, der muß sorgen und handeln, so lange es noch Zeit ist. Zu dieser ernsten Auffassung unserer heutigen Lage gibt es keine bessere Bestätigung als die Tatsache, daß ein sonst so vorsichtiger Agrarpolitiker wie Professor Sering, der früher nicht gegen die Handelsverträge Stellung genommen hatte, sich entschließt, zu dem Problem von den zu niedrigen Getreidepreisen mit positiven und durchgreifenden Vorschlägen hervortreten. Und wie lautet dieses neue Seringsche Agrarprogramm? „Die einzige und letzte Hilfe ist die vertragsmäßige internationale DOPPELWÄHRUNG.“

Es war nicht meine Absicht, jetzt und in der nächsten Zeit zu der bimetalistischen Forderung mich zu äußern, – aus verschiedenen Gründen. Da nun aber bei Sering die Überzeugung durchblickt, die Einführung des Bimetallismus sei

ganz unmittelbar bevorstehend, und da seine Ausführungen in Deutschland all-gemeinere Beachtung finden werden, halte ich es im Interesse der Sache für not-wendig, hier den Satz zu begründen, daß der vertragsmäßige Bimetallismus nicht nur keine Besserung, sondern geradezu eine weitere Herabsetzung unserer Getreidepreise bewirken müßte. Und bei dieser Beurteilung kommender Dinge bin ich in der Lage, zu konstatieren, daß meine fünf bzw. sechs Vorhersagungen agrarpolitischer Ereignisse seit dem Jahre 1879 sich durchweg als zutreffend erwiesen haben.

Selbst angenommen, daß die Seringsche Auffassung von der Ursache unse-rer niedrigen Getreidepreise vollständig richtig wäre: eine Besserung unserer heutigen Getreidepreise würde auf dem von ihm vorgeschlagenen Wege schon deshalb nicht erreicht werden, weil unter allen Umständen Rußland und namentlich auch Argentinien erst in einer späteren Zeit zur vertragsmäßigen Doppelwährung übergehen könnten. So lange dürfen wir in Deutschland nicht mehr warten. Die Getreidepreise müssen so bald wie irgend möglich gesteigert werden.

Im weiteren steht aber Sering mit seiner Behauptung, daß die Doppelwäh-rung jetzt der einzige und letzte agrarpolitische Rettungsweg sei, selbst mit einem der hervorragendsten Vertreter der bimetallistischen Theorien, Herrn Dr. Otto Arendt, in Widerspruch. Dieser hat in der deutschen Silberkommission aus-drücklich erklärt, daß die bimetallistischen Argumente keineswegs ausschließ-lich den Niedergang der Preise erklären wollen und können. Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage: Man kann auf diese Weise nicht einmal zu einem we-sentlichen Teile den Rückgang der Getreidepreise erklären. Und zur Begründung dieser Behauptung will ich heute nur zwei beachtenswerte Stellen aus der neu-esten ausländischen Literatur anführen.

In dem Bericht des Subkomitee des House of Senate in Washington, on agri-cultural Depression (1894), wird auf Seite 30 ausgeführt: „Wenn jemand in Indien für 100 Doll. Silber Weizen kauft und dann in London durch dessen Ver-kauf infolge eines entsprechenden Rückganges der Silberpreise statt 100 Doll. 130 Doll. in Silber erhält, so hat der betreffende Händler aus dieser Preisbewe-gung des Silbers einen Extraprofit von 30 Doll. gemacht. Aber dieses besonderen Gewinnes halber müssen doch jetzt nicht die Getreidepreise um den gleichen Betrag fallen!“ Und auf eine jüngst in Alford gehaltene bimetallistische Rede des Mr. Chaplin wurde nach mir vorliegenden englischen Quellen erwidert: „Den Rückgang der Getreidepreise in der Gegenwart auf gesetzgeberische Maßregeln zurückführen zu wollen, die in das Jahr 1873 fallen, heißt doch wohl eine etwas weit hergeholt Erklärung bringen.“ Wenn der Übergang Deutschlands zur Goldwährung wirklich unsere schlechten Getreidepreise verursacht hat, warum ist diese Wirkung in den siebziger Jahren so wenig hervorgetreten? Die Bewe-gung der Silberpreise selbst scheint darauf hinzudeuten, daß es sich hier um andere Dinge handelt. Von 1873 bis 87 war der Durchschnittspreis des Silbers  $50 \frac{1}{16}$  d. Im Jahre 1888 begann das Börsendifferenzspiel sich auch des Silbers zu bemächtigen und sofort sank das Silber bis zum Jahre 1893 auf einen Preis von  $39 \frac{5}{8}$  d. Und nachdem auch noch die Liquidationskasse für das Differenzspiel in

Silber errichtet worden war, fiel der Silberpreis innerhalb einer Zeit von 15 Monaten um weitere 29 %! Man braucht meines Erachtens diese Ziffern nur mit der Rede zusammenzuhalten, in der Dr. Arendt in der deutschen Silberkommission nachgewiesen hat, daß aus der Produktionsstatistik der Rückgang der Silberpreise in den letzten Jahren sich absolut nicht erklären läßt, um sofort zutreffend zu vermuten, in welcher Richtung die eigentliche Ursache auch unserer niedrigen Getreidepreise gesucht werden muß.

Doch prüfen wir nun die speziellen Ausführungen, mit denen Sering seine neueste agrarpolitische Forderung umgeben hat.

Wenn da gesagt wird: „Nachdem die Pläne zur direkten Entschuldung des Grundbesitzes gescheitert sind, bleibt nur als einziges Rettungsmittel der Bimetallismus“, so erblicke ich das bedenklichste Zeichen an der heutigen Lage des Grundbesitzes gerade darin, daß bei den heutigen Getreidepreisen selbst der schuldenfreie Landwirt innerhalb einer genau zu berechnenden Zeit zugrunde gehen muß. Wenn also auch einer der Entschuldungspläne zur Annahme gelangt wäre, so würden wir trotzdem mit dem Problem von den zu niedrigen Getreidepreisen zu rechnen haben. Wenn Sering ferner den Satz aufstellt: „Vorrat und Produktion von Gold haben sich als zu knapp erwiesen, um allen Völkern als allgemeines Tauschmittel zu dienen,“ so stößt er damit offene Türen ein. Nach den hier gewiß glaubwürdigen Äußerungen des Dr. Ludwig Bamberger denkt heute nämlich niemand mehr daran, die Forderung einer internationalen Goldwährung zu verteidigen. So weit aber darin die früher so oft gehörte Klage über den Rückgang der Goldproduktion gefunden werden könnte, handelt es sich vorläufig um ein beseitigtes Übel. Die Goldproduktion der Welt ist seit 1891/93 auf einen Durchschnitt von 6 670 000 Unzen gestiegen, gegenüber einer Durchschnittsproduktion von nur 5 250 000 Unzen in den Jahren 1871/90. Die Sorge um die zu knappe Golddecke ist es also nicht gewesen, die uns die Getreidepreise in den letzten Jahren verschlechtert hat. Es bleibt mithin nur die Valutaverschlechterung bei den verschiedenen Exportländern. Diesem Übelstande gegenüber gibt es aber neben der internationalen Goldwährung und der internationalen Doppelwährung noch ein Drittes und Viertes, was Sering nicht zu beachten scheint.

Auch den anderen Sätzen, wie: „Argentinien und Rußland wurden durch die herrschende Papiergeldwirtschaft gezwungen, ihren Getreidebau auszuweiten“ oder: „das Sinken der Getreidepreise ist hervorgegangen aus den auf dem Weltmarkt entstehenden Valutadifferenzen“ oder: „Die Papiergeldwirtschaft befähigt die Händler, den Kolonisten und Bauern das Getreide zu Hungerpreisen abzunehmen“, – kann ich unmöglich beipflichten. Denn der Rückgang der Valuta hat die Händler in den Exportländern nicht etwa in die Lage versetzt, den dortigen Landwirten das Getreide zu Hungerpreisen abzunehmen, sondern umgekehrt sie in die Lage versetzt, den dortigen Landwirten die gleichen und teilweise sogar bessere Getreidepreise zu gewähren, trotzdem die Preise auf dem Weltmarkt in der gleichen Zeit gefallen sind. Nicht durch den Rückgang der Valuta ist der Getreidebau in Rußland, Indien und Argentinien weiter ausge dehnt worden, sondern die größere Ausdehnung des Anbaues war bereits vor

der Valutaverschlechterung da und die gesteigerte Ausfuhr hat in deutlich ausgeprägter Weise die Tendenz, die Valuta wieder zu verbessern. Eine parallele Bewegung zwischen Valutaverschlechterung und Getreideausfuhr ist weder für Rußland noch für Indien noch für Argentinien statistisch erweisbar. So weit es sich aber anscheinend um eine Ausnahme von dieser Regel handelt, muß auch hier die eindringendere Analyse zwischen den Elementen der Erscheinung und den Elementen des Grundes unterscheiden.

Das naheliegende Beispiel hierfür ist Argentinien. Gegen Ende der achtziger Jahre sehnte sich eine kleine Zahl von Großkapitalisten wieder einmal nach einer Beschäftigung. Man sah sich auf der Erde um und verfiel auf Argentinien. Die Schätze dieses Landes sollten erschlossen werden. Deshalb hat man mit Hilfe der argentinischen Anleihen ein Kapital von etwa 2 ½ Milliarden aus den Taschen der mitteleuropäischen Sparer herausgezogen und nach Argentinien geworfen. Dort wurden mit diesem Gelde Häfen und Städte, Eisenbahnen und Lagerhäuser gebaut und durch umfassende Reklame ein großer Bevölkerungsstrom zur Ansiedelung als Kolonisten herangezogen. Das alles dauerte aber nur eine Zeit lang. Bei den vielen Neugründungen war doch zu viel Schwindel untergelaufen. Die Kreditwirtschaft war viel zu stark überspannt worden. Und so brach denn das Kartenhaus dieser feinen internationalen Gründung in sich zusammen. Das Großkapital hatte seinen Emissionsgewinn gemacht und steckte jetzt seinen zweiten Gewinn im Ankauf der fast wertlos gewordenen Papiere in die Tasche. Die kleinen mitteleuropäischen Sparer haben etwa 1 ½ Milliarden Kapital dabei verloren. Und unsere heimische Landwirtschaft hat einen neuen Konkurrenten auf dem Weltmarkt erhalten. Denn die paar Millionen neu angesiedelter Kolonisten haben ihre Farmen inzwischen etwas in Ordnung gebracht und müssen ihren Weizen verkaufen, um ihre Verpflichtungen zu decken. Und hierbei hilft ihnen die nach dem Zusammenbruch der Kreditwirtschaft eingetretene Verschlechterung ihrer Landesvaluta, und zwar dadurch, daß der Exporthändler darin eine Anregung findet und sie trotz weichenden Preisen in London sogar noch bessere Preise in ihrer Landeswährung gezahlt erhalten. Das ist in kurzen Zügen die Geschichte der argentinischen Konkurrenz. Wer ist nun schuld an der damit in Verbindung stehenden Verschlechterung unserer Getreidepreise? Die unterwertige Landesvaluta, die doch nur als notwendige Folge einer ganz ungeheuerlichen Kredit- und Mißwirtschaft eintreten mußte? Oder das internationale Großkapital, das wieder einmal ein Geschäft machen wollte, gleichviel wer dabei auch zu Grunde geht? Und wäre diese ganze Entwicklung nicht genau in der gleichen Weise auch dann gekommen, wenn der internationale Bimetallismus bereits durchgeführt gewesen wäre?

Professor Sering steht merkwürdigerweise auch in dieser neuesten Arbeit noch auf dem Boden der überlieferten Anschauung von der Überproduktion an Getreide und er bringt sogar einige neue Argumente zu ihrer Unterstützung vor. Ich habe mich bereits im Jahre 1888 mit Zweifeln an dieser reinen Quantitätstheorie getragen. Meine Studienreisen durch die Getreidebauländer der Erde haben mich darin nur immer noch mehr bestärkt. Und inzwischen hatte ich wiederholt Gelegenheit, den Satz zu begründen: „Wir haben keine Überproduk-

tion an Getreide.“ Heute ist die Zahl der Verteidiger der gleichen Ansicht schon fortwährend im Wachsen. Es zählen hierzu zwei der hervorragendsten Makler an den Getreidebörsen in London und Liverpool, der Agrarpolitiker der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Dr. Polya, neuerdings auch das Subkomitee des House of Senate in Washington u. a. m. Das internationale Material zugunsten einer Beweisführung gegen das Schlagwort von der Überproduktion in Getreide wächst in der letzten Zeit fast lawinenartig an. Und es war mir deshalb in ganz besonderem Maße interessant, bei Sering die Gründe kennen zu lernen, die ihn auch ferner an der bisherigen Auffassung festhalten lassen.

Sering führt dabei etwa das Folgende aus: „Hätten wir es nur mit Nordamerika zu tun, so brauchte uns für die Zukunft nicht bange zu sein. Nur bei besseren Preisen nimmt hier die Weizenproduktion sofort zu, während sie bei schlechten Preisen auch wieder zurückweicht. In dieser Richtung ließen sich namentlich zu Anfang der achtziger und Anfang der neunziger Jahre typische Vorgänge beobachten. Aber in beiden Fällen ist die zu erwartende Besserung der Marktlage dadurch verhindert worden, daß andere Länder nun gerade ihre Exporte steigerten.“ Diese Anschauung, daß die Weizenpreise seit Mitte der achtziger Jahre nur deshalb keine Besserung erfahren haben, weil andere Länder die periodische Produktionseinschränkung Nordamerikas wieder ausgeglichen haben, steht zunächst mit der erlangbaren internationalen Statistik über Getreideernten wie über Getreidebewegung in direktestem Widerspruch. Indessen will ich darüber bei anderer Gelegenheit sprechen und jetzt bei Nord- und Südamerika verweilen.

Nordamerika wäre also nach Sering dasjenige Land, dessen Weizenbau am leichtesten den Preisbewegungen des Marktes folgt. Aus den mir vorliegenden amtlichen Tabellen kann ich diesen Schluß nicht ziehen. Ich kann vielmehr daraus nur ersehen, wie die Weizenfläche in dem Jahrzehnt 1870 bis 1880 in raschem Tempo von 18 Millionen auf 37 Millionen Acres gestiegen ist, um von da ab auf annähernd der gleichen Höhe zu bleiben. Die Ziffern 37, 37, 36, 39, 36, 37, 37, 38, 36 (Millionen Acres) zeigen im Vergleich zu dem Jahrzehnt 1870 bis 1880 keine Bewegung mehr. Das Jahr 1885 mit einem Rückgang der Fläche auf 34 Millionen Acres, worauf Sering besonderes Gewicht zu legen scheint, hat deshalb keine Bedeutung, weil gleichzeitig die mit Mais angebaute Fläche von 69 auf 73 Millionen Acres gestiegen ist, trotzdem sich hierzu aus der Preisbewegung an sich keinerlei Motive ableiten lassen. Die richtige Erklärung dieses Rückgangs der Weizenfläche pro 1885 lautet ganz anders. In Nordamerika sind bekanntlich die jeweiligen Witterungsverhältnisse von ganz besonders maßgebendem Einfluß auf den jeweiligen Ernteaufschlag und damit erst recht auf den zum Export frei werdenden Überschuß: Diesem Faktor gegenüber tritt die Bedeutung einer Einschränkung der Weizenfläche um 2, 3, 4 oder 5 Millionen Acres vollständig zurück. So betrug denn im Jahre 1885 die Gesamtweizenernte bei einer Fläche von 34 Millionen Acres nur 357 Millionen Bushels, weil infolge ungünstiger Witterung der Durchschnittsertrag pro Acre auf 10 Bushels zurückgesunken war. Im Jahre 1891 hatte umgekehrt Nordamerika ein ausgezeichnetes Weizenwetter, deshalb stieg der Durchschnittsertrag pro Acre auf 15 Bushels und deshalb war

die Gesamternte auf 611 Millionen Bushels angewachsen, trotzdem die Anbaufläche nur 39 Millionen Acres umfaßte. Jeder praktische Landwirt wird mir aber nun sofort zugeben, daß die ursprüngliche Weizenanbaufläche in den Jahren 1885 und 1891 wahrscheinlich ziemlich genau die gleiche war und die kleine Schwankung von 39 zu 34 Millionen Acres bis zur Ernte nur dadurch verursacht wurde, daß man sich infolge der schlechten Witterungsverhältnisse gezwungen gesehen hatte, einen Teil der mit Weizen bestellten Flächen wieder umzuackern und mit anderen Früchten, wie namentlich mit Mais, zu bestellen. Damit aber fallen die von Sering zur Stütze seiner Preistheorie angeführten typischen Beispiele Nordamerikas in sich zusammen.

Auch der Hinweis auf Argentinien kann diese Theorie nicht retten. Seine höchste Ausfuhrziffer wird auf 56 Millionen Bushels angegeben. Welche ausgleichende Einwirkung aber soll diese Masse ausüben können neben einer Schwankung im nordamerikanischen Ernteausschlag von 399 Millionen Bushels im Jahre 1890 auf 611 Millionen Bushels im Jahre 1891? Ich bin deshalb der Meinung, daß auch neuerdings Sering die so oft schon behauptete Überproduktion in Getreide nicht erwiesen hat und daß deshalb auch seine Forderung eines internationalen Bimetallismus, so weit sie sich auf diesem Untersatz aufbaut, nicht als zureichend begründet erscheinen kann.

Die vertragsmäßige Doppelwährung wäre aber nicht bloß nicht in der Lage, unsere Getreidepreise zu bessern, sie würde sogar noch eine weitere Verschlechterung herbeiführen müssen, und zwar aus folgenden Gründen: der Bimetallismus will die Industrieausfuhr nach Silberländern steigern, die Möglichkeit der Anleiheaufnahme für diese Länder erleichtern und das Wertverhältnis von 1 : 15 ½ wieder einführen. Auf diese Weise würde man einem Lande wie Indien ein Geschenk von vielen hundert Millionen auf einen Schlag in den Schoß werfen, die finanzielle Kraft des indischen Staates würde plötzlich riesig erstarren und es versteht sich ganz von selbst, daß man dann den größten Betrag der so flüssig werdenden Geldmittel zum weiteren Ausbau des kaum begonnenen Eisenbahnnetzes verwenden würde. In dem Maße aber, wie die indischen Eisenbahnen weiter ausgebaut werden, wird von Indien aus eine wachsende Getreidemenge auf den Markt geworfen, für die überhaupt keine Produktionskosten in betracht kommen, weil sie wegen der mangelhaften Verkehrsverhältnisse für die Fälle der Not in den Boden eingelagert waren und jetzt durch die Eisenbahnen von ihrer Bestimmung freigegeben werden. Gerade diese Art von Weizenangebot übt den preisschädigendsten Einfluß aus. Und deshalb bin ich der Meinung, daß wir nach Einführung des internationalen Bimetallismus noch schlechtere Getreidepreise erhalten würden.

Damit will ich gewiß nicht sagen, daß unsere heutigen Verhältnisse sich durch einen ganz besonderen Grad von Vollkommenheit auszeichnen. Ich stimme sogar rückhaltlos jenen Politikern bei, die es bedauern, daß wir in Deutschland nicht zur lateinischen Münzunion, sondern zur Goldwährung übergegangen sind. Auch ich halte eine internationale, vertragsmäßige Ordnung der Verhältnisse für dringend geboten, um dadurch die Schwankungen der Valuten tunlich zu beseitigen. Aber ich bin der Meinung, daß in dieser Rich-

tung jene Vorschläge, welche Herr Dr. Arendt in der Silberkommission als Übergangsmaßregeln bezeichnet hat, vielmehr als das Problem des Bimetallismus in Betracht kommen, und zwar halte ich hier insbesondere die bekannten Vorschläge des Unterstaatssekretärs von Schraut der ernstesten Erwägung für wert. Das alles aber bildet nur ein Glied in einem großen System von Maßregeln, das zur Wiedergesundung unserer Getreidepreisverhältnisse durchgeführt werden müßte und das neuerdings in den vom Bunde der Landwirte beschlossenen Vorschlägen seinen Ausdruck gefunden hat.

## D. Volkswirtschaftspolitik und Geschichte.

=====

### Die Staatsratsbeschlüsse.

Ein agrarpolitisches Gutachten.

(Sonderdruck.)

#### I.

Die Staatsratsbeschlüsse über die Maßnahmen zur Hebung der Preise landwirtschaftlicher Produkte fordern „die Anwendung aller durchführbaren und zweckdienlichen Mittel zur Bekämpfung der Notlage“. Die „Durchführbarkeit“ wird also der „Zweckdienlichkeit“ vorausgeschickt. Damit erhalten die Beschlüsse mehr einen persönlichen und weniger einen rein sachlichen Charakter. Denn die Entscheidung über die Frage: was ist durchführbar? ist im höchsten Maße subjektiv. Der mutige und der entschlossene Mann wird tausend Dinge noch durchführen können, vor denen zaghafte Charaktere als absolut undurchführbar zurückschrecken. Der befähigte und erfahrene Kliniker führt Operationen aus, die von den Durchschnittsärzten mit Bewunderung angestaunt werden. Und ein Kollegium aus Vertretern des mobilen Kapitals wird sich in seinen Vorschlägen zur Besserung der heutigen landwirtschaftlichen Notlage sehr rasch erschöpft haben. Denn wer, wie das Kapital, auf dem Boden des Freihandels und des Gehen- und Geschehenlassens groß und mächtig geworden, der kann es überhaupt nicht fassen, daß die landwirtschaftlichen Interessen zu ihrem Blühen und Gedeihen ungefähr das gerade Gegenteil des absoluten Freihandels fordern. Man wird deshalb bei dieser so unbedingten Voranstellung der „Durchführbarkeit“ unwillkürlich veranlaßt, die Liste der am Staatsrat beteiligten Personen hervorzuholen. Und darnach zählen wir unter den 43 abstimmenden Mitgliedern dieses hohen Kollegiums acht Vertreter des mobilen Kapitals und nur 18 Landwirte, die noch nicht an Herz und Nieren Kapitalisten geworden sind. Niemand wird bei solchen Verhältniszißern der Zusammensetzung erwarten wollen, daß die Beschlüsse des betreffenden Kollegiums den unerläßlichen Forderungen des Bundes der Landwirte genügen können, nachdem das rein persönliche Gefühl der Durchführbarkeit so unbedingt in den Vordergrund gerückt war.

Diese nur zu sehr begründete Vermutung steigert sich zur Gewißheit dadurch, daß nach den Beschlüssen des Staatsrats die Mittel nur „zur Bekämpfung der Notlage“ dienen sollen. Wieder ein rein persönliches Moment! Es fragt sich: bis wieweit man die Notlage bekämpfen, bis zu welchem Grade man sie „mildern will? Auch hier werden Personen, die die Not am eigenen Körper empfinden, anders denken, als Personen mit einem jährlichen Einkommen von Millionen. Und so liegt denn für diese Art der Beschlußfassung in dem persönlichen Charakter der Zusammensetzung des Staatsrats ein unübersteigliches Hindernis

für die Vereinigung mit den Wünschen und Bedürfnissen der deutschen Landwirtschaft.

Im Interesse unserer Bauern, die heute mit ernstesten, schweren Sorgen für die Zukunft ihrer Familien belastet sind, wäre es im höchsten Maße wünschenswert gewesen, wenn der Staatsrat darauf verzichtet hätte, seine Beschlüsse durch ein solches Medium rein persönlicher Empfindungen hindurchgehen zu lassen. Und dieses Ziel wäre dann erreicht worden, wenn der Staatsrat sich zunächst auf den Boden der tatsächlichen Notlage gestellt, wenn er alsdann die Frage untersucht hätte: Was ist die wirkende Ursache dieser Notlage? und wenn er endlich die Mittel zur Abhilfe in den Mitteln zur Beseitigung dieser wirkenden Ursache gesucht und gefunden hätte. So machen es die Ärzte bei der Heilung der menschlichen Krankheiten, seitdem es eine medizinische Wissenschaft gibt. Und zwar gilt dabei der Grundsatz: Wo das Medikament nicht hilft, da hilft das Eisen, und wo das Eisen nicht hilft, da hilft das Feuer! Und genau so und nicht anders müssen es die Agrarpolitiker machen, wenn sie ihrer großen Aufgabe gerecht werden wollen. Das Wort „undurchführbar“ steht überhaupt nicht in dem Lexikon wahrhaft großer Staatsmänner der menschheitlichen Geschichte geschrieben, sobald es sich um entweder – oder, um Sein oder Nichtsein handelte, wie in dem Falle der heutigen Notlage der Landwirtschaft. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!“ sagt ein altes englisches Sprichwort. Dieser Weg muß gewiß den Zeitverhältnissen und Umständen angepaßt sein. Aber das Ziel kann und darf kein anderes sein, als „die völlige Beseitigung der Notlage“.

Indem der Staatsrat von Anfang an seine Beschlüsse unter den rein persönlichen Gesichtswinkel der „Durchführbarkeit“ und der bloßen „Bekämpfung der Notlage“ gerückt hat, hat er auch von Anfang an auf die eigentliche Lösung der Agrarfrage und mithin auf die wirkliche Beseitigung des landwirtschaftlichen Notstandes verzichtet. Er bringt nur kleine Linderungsvorschläge, Morphinum-einspritzungen gegen politische Schmerzen in Vorschlag. Die Patienten sollen dadurch vorübergehend wieder etwas zufrieden gestellt werden. Die Krankheit selbst wuchert mit der Krankheitsursache ruhig weiter. Das Verderben wird nicht abgewendet, sondern nur etwas aufgehalten. Ob aber – wie schon Rodbertus gesagt hat – der landwirtschaftliche Grundbesitz auf kaltem oder warmem Wege, ob er in langsamerem oder raschem Tempo zugrunde geht, das ist am letzten Ende ganz egal.

## II.

Die Staatsratsbeschlüsse über die Hebung der Preise landwirtschaftlicher Produkte „erkennen die Notlage der Landwirtschaft – ausdrücklich – an“. Und ebenso wird konstatiert, daß „die Bedeutung der Landwirtschaft für das Gesamtwohl nicht annähernd von einem der anderen Erwerbszweige erreicht wird“. Man sollte meinen, daß der Staatsrat, von diesen beiden Grundsätzen ausgehend zu ganz anderen Beschlüssen hätte kommen müssen.

Denn:

Wenn die Landwirtschaft heute in der Tat sich in einer Notlage befindet, und wenn diese wirtschaftliche Erkrankung, wie allgemeiner bekannt, seit Ende der 70er Jahre beobachtet wird, dann ist es heute wohl endlich höchste Zeit, mit der Anwendung durchgreifender Mittel zur Gesundung Ernstzumachen. Es gibt ja auch heute noch Menschen, welche die landwirtschaftliche Notlage in Abrede stellen. Und wir befinden uns also mit der agrarischen Krankheit noch in jenem Stadium, in welchem nicht jedermann die drohenden außerordentlichen Gefahren sofort erkennt. Die rechten Mittel können deshalb heute noch helfen. Wenn man aber so lange zuwartet, bis endlich auch der verrannteste Freisinnige einsehen muß, daß mit dem deutschen Bauernstand auch die deutsche Lebenskraft zu Grunde gegangen ist, dann ist es mit der Heilung des Übels vorbei und die Tage der Freiheit des deutschen Vaterlandes sind gezählt.

Und wenn die Landwirtschaft in der Tat an Bedeutung für das Gesamtwohl des Volkes alle anderen Erwerbszweige weit überragt, dann liegt es heute, wo die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen immer allgemeiner zu werden droht, bei der herrschenden organischen Auffassung der Volkswirtschaft doch recht nahe, einmal in das Gesetz der volkswirtschaftlichen Harmonie auf der Basis der landwirtschaftlichen Verhältnisse einzudringen. Ja, man möchte fast sagen: es liegt in all dem ein geradezu zwingendes Bedürfnis, solche Erwägungen nicht zu unterlassen. Werden aber solche Erwägungen angestellt, dann enthüllt sich sofort wieder der altbekannte Satz: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt!“ Wenn die landwirtschaftlich-bäuerlichen Verhältnisse blühen und gedeihen, dann fehlt der Bevölkerungsstrom vom Lande nach der Stadt. Die Menschen bleiben nur zu gerne draußen in der gesünderen Luft. Und der Magistrat der Stadt Berlin hat nicht nötig, allherbstlich seine öffentlichen Warnungen vor dem übermäßigen Zuströmen der Beschäftigungslosen zu erlassen. Mit dem Rückgang der industriellen Reservearmee steigt auch der Lohn der Industriearbeiter. Und so wächst mit dem bäuerlichen Wohlstand die Konsumkraft der breiten arbeitenden Volksmasse: das beste und umfassendste Absatzgebiet für Industrie und Gewerbe. Es erscheint also in der Tat der bäuerliche Wohlstand als das Fundament des Volkskörpers. Dieses Fundament ist heute schwächer und schwächer geworden. Es beginnt abzubröckeln. Und da geht es, wie bei einem Hause. Die Risse und Sprünge ziehen durch alle Stockwerke. Mehr und mehr bekommt man den Eindruck, daß mit dem ewigen Flickwerk und dem Überkleistern der Sprünge an den Wänden nichts geholfen ist. Auch die Harmonie im ganzen wird immer mehr und mehr gestört. Das Haus steht schief. Das Fundament hat sich „gesetzt“, dem Ganzen droht der „Umsturz“. Da gibt es denn nach uralter Erfahrung nur eine richtige Art der Abhilfe: das Haus muß auf der Seite, wo das Fundament schlecht geworden ist, durch künstliche Hebewerkzeuge frei aufgehoben werden – und zwar ohne jede Rücksicht darauf, ob es bei dieser Prozedur bei den oberen Stockwerken wieder neue Sprünge gibt oder nicht – und muß ein neues, gutes Fundament erhalten. Nur damit kommt wieder Ruhe und Stabilität in das Ganze. Und jetzt erst gewinnt das rechte Flickwerk in den oberen Stockwerken dauernden Wert. In Wahrheit sind Industrie und Handel von der Landwirtschaft nur noch mehr abhängig, als das erste und

zweite Stockwerk von dem Fundament und dem Parterre, weil in der organischen Welt die Wechselwirkung noch eine weit innigere ist, als in der Welt der mechanischen Erscheinungen!

Die Staatsratsbeschlüsse haben mit solchen prinzipiellen Erwägungen leider gar nichts gemein. Durch die gar nicht zur Sache gehörenden Bedenken der „Durchführbarkeit“ und der bloßen „Bekämpfung der Notlage“ hat man sich den geraden einfachen Weg der Erkenntnis von Anfang an verschüttet. Und um das Maß der Irrungen voll zu machen, hat man die Agrarfrage als eine Frage der landwirtschaftlichen INTERESSEN betrachtet, die gegenüber den INTERESSEN des Handels, des Industriekapitals, der Industriearbeiter und selbst gegenüber den Interessen des Auslandes abgewogen und auf das rechte Maß eingeschränkt werden müßten. Also: die Agrarpolitik ist eine rein landwirtschaftliche Interessenpolitik!

Wo kommt doch dieser unheilvolle Gedanke der INTERESSENPOLITIK her? Die Merkantilisten haben ihn nicht gekannt. Die Auffassung der Physiokraten steht im schärfsten Gegensatze dazu. Und was wir heute unter dem Namen „liberale Manchesterschule“ zusammenfassen, hat in seiner besten Zeit und in seinen besten Werken stets ein ganz besonderes Gewicht auf die HARMONIE der volkswirtschaftlichen Interessen auf der Basis des Kapitals gelegt. Alles Heil und alle Erlösung der Völker wurde von der Zunahme des Kapitals erwartet. Erst die SOZIALISTISCHE Dialektik hat mit dieser volkswirtschaftlichen Harmonielehre aufgeräumt und die soziale Frage als eine ausgesprochene INTERESSENFRAGE DES VIERTEN STANDES bezeichnet, was nach ihrer Meinung um so mehr berechtigt ist, als in der ganzen Menschheitsgeschichte die jeweiligen Machthaber unter dem Deckmantel des Gesamtinteresses immer nur die einseitigste Interessenpolitik ihres Standes getrieben hätten. In der Tat zeigte die kapitalistische Harmonielehre bald nur zu grell ihre klaffenden Risse. Und jetzt warf das in seiner Position gesättigte Kapital die Maske ab und bekannte sich zu dem Dogma einseitiger Interessenpolitik. Seitdem herrscht dieser Gedanke in Presse und Parlament, in Literatur und Volkswirtschaft. Da kam die agrarische Bewegung. Wenn sich dieselbe ZUNÄCHST ebenfalls als eine Interessenbewegung betrachtete, so bleibt dafür die durch Sozialisten und Kapitalisten herrschend gewordene Auffassung verantwortlich. Lange konnten die Agrarier bei dieser Anschauung nicht stehen bleiben. Und HEUTE IST MAN SICH GANZ ALLGEMEIN BEWUßT, daß die Agrarfrage eigentlich nur die Wiederherstellung der volkswirtschaftlichen INTERESSENHARMONIE auf der Basis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes bedeutet. Der Bauer ist kein gewinnsüchtiger Spekulant. Sein Streben ist nicht darauf gerichtet, in unersättlicher Habgier Millionen auf Millionen zu häufen aus dem Blut und Schweiß der arbeitenden Völker. Der Bauer will leben und leben lassen. Dabei ist er arbeitsam und genügsam und wünscht nicht mehr, als daß es ihm leicht werde, durch redliche Arbeit sich sein tägliches Brot zu verdienen. Das ist heute nicht mehr möglich. Trotz Fleiß und Intelligenz und Sparsamkeit sieht der Bauer sein sauer erworbenes Vermögen unter seinen Händen verschwinden. Aber niemals würde die agrarische Bewegung ihren heutigen Umfang erreicht haben, wenn nicht

auch der letzte Bauer das Empfinden hätte, daß es sich dabei nicht bloß um Haus und Hof, sondern auch um Altar und Thron handelt.

Die Agrarfrage ist also das gerade Gegenteil einer einseitigen Interessenfrage. Und die richtige Lösung der Agrarfrage muß in zielbewußter, systematischer Weise den sozialistisch-kapitalistischen Begriff „Interessenpolitik“ beseitigen und alle nationalwirtschaftlich berechtigten Interessen wieder zu einem harmonischen Ganzen vereinen. Indem die Mehrheit des Staatsrats davon auch nicht die leiseste Ahnung gehabt zu haben scheint, vielmehr die Agrarfrage als eine einseitige Interessenfrage behandelte, befaßte sich dieselbe mit einer Art des agrarischen Übels, die in Wirklichkeit nicht existiert. Ihrem ganzen Umfang, Ursprung und Wesen nach ist ihr deshalb die eigentliche Agrarfrage dunkel geblieben.

### III.

Die Staatsratsbeschlüsse bezeichnen den ANTRAG KANITZ – und die sonst noch unter Punkt 1 des Beratungsprogrammes angeführten Vorschläge konnten kaum ernstlich in Erwägung gezogen werden – „als hinsichtlich der Erreichung des Ziels einer allgemeinen, gleichmäßigen Preissteigerung zweifelhaft in seinem Erfolge.“ Diese Äußerung hat zunächst nichts Überraschendes. Ein sehr gewissenhafter Kritiker kann bezweifeln, ob nach einer staatlichen Monopolisierung der Getreideeinfuhr die Getreidepreise auch im Herbst sofort sich auf das Niveau der Preisfestsetzung erheben. Und ebenso wird niemand mit Bestimmtheit sagen können, daß, wenn eine entsprechende Preissteigerung eintritt, dieselbe sich stets innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches ganz gleichzeitig und ganz gleichmäßig vollziehen muß. Aber darauf kommt es auch in keiner Weise an. Die Anhänger und Vertreter dieses Antrags gehen sogar noch einen Schritt weiter. Sie betrachten – wie das Landgerichtsdirektor J. A. Zehnter sehr treffend formuliert hat – den Kanitzschen Gedanken nicht etwa als das eigentliche Heilmittel für die Landwirtschaft, sondern nur als eine Medizin, die der Arzt verordnet, um den Kranken über einen Schwächezustand hinweg zu bringen, dem er sonst erliegen würde, bevor die eigentlichen Heilmittel angewendet werden. Sie betrachten ihn, um ein prozessuales Bild zu gebrauchen, als eine einstweilige Verfügung zur Verhinderung irreparabler Nachteile bis nach Austragung des Prozesses. Aber sie betrachten den Antrag Kanitz gleichzeitig auch als das einzige Mittel, welches sofort eine wesentliche Steigerung unserer Getreidepreise bewirkt. Und das ist das entscheidende Ziel für die Vertreter dieser Forderung, an welchem auch die Bedenken der Staatsratsbeschlüsse nicht zu rütteln vermochten. Der Antrag Kanitz kann deshalb als „zweifelhaft in seinem Erfolge“ nur hinsichtlich jenes Zieles bezeichnet werden, das die Staatsratsbeschlüsse in einer „allgemeinen, gleichmäßigen Preissteigerung“ nur für sich selbst zu formulieren beliebten. Die Vertreter und Anhänger des Kanitzschen Gedankens haben ein ganz anderes Ziel im Auge, nämlich: eine sofortige wesentliche Steigerung unserer heutigen Getreidepreise. Und da die Staatsratsbeschlüsse die Erreichung dieses Zieles allem Anscheine nach nicht bezweifeln, so fällt ihr Bedenken der Erfolglosigkeit wohl in sich zusammen.

Der eigentliche Schwerpunkt der motivierten Ablehnung liegt denn auch auf dem Gebiete der Undurchführbarkeit. Der Antrag Kanitz soll undurchführbar sein und zwar hauptsächlich aus sechs verschiedenen Gründen:

1. Eine so weitgehende Aufgabe erscheint unvereinbar mit einer richtigen Auffassung der Stellung des heutigen Staates im Erwerbs und Verkehrsleben.
2. Der Staat kann nicht Ein- und Verkauf von Getreide mit der Verpflichtung übernehmen, das Bedürfnis der Bevölkerung zu bemessen und dasselbe jederzeit und überall sicher zu stellen, um so mehr, als die Staatsorgane dazu nicht geeignet erscheinen.
3. Wenn der Staat das wichtigste allgemeine Nahrungsmittel der ärmeren Klassen teurer verkaufen würde, als er es selbst in Händen hat, so muß darin ein sozialpolitisch höchst bedenkliches Vorgehen gefunden werden, das zur größten Unzufriedenheit und zu gehässigen Verdächtigungen Anlaß gibt.
4. Das staatliche Getreideeinfuhrmonopol würde den auswärtigen Handel mit Getreide, aber auch den Exporthandel und die Industrie und die Arbeiterinteressen schädigen.
5. Auch andere Erwerbszweige könnten daraufhin den Anspruch auf staatliche Sicherstellung ihrer Preise erheben, und
6. Der Antrag Kanitz ist gegen die Handelsverträge. Ihre Abänderung aber würde neue Gegenleistungen erfordern, was angesichts der vorstehenden Bedenken nicht erstrebenswert erscheint.

Sind das in der Tat sachlich zwingende Gründe?

**Zu 1.** Eine so weitgehende Aufgabe soll mit der richtigen Auffassung des Staates im Verkehrs- und Erwerbsleben unvereinbar sein. Also: der altliberalen Auffassung, wonach der Staat lediglich dazu da wäre, um den kapitalistischen Interessen Wächterdienste zu üben, wollten sich die Staatsratsbeschlüsse doch nicht anschließen. Sie stehen auf dem Boden der neueren und neuesten Gesetzgebung. Und darnach hat das Deutsche Reich den Weizen z. B. im Jahre 1879 um 10 Mark, im Jahre 1886 um 30 Mark, im Jahre 1887 um 50 Mark pro Tonne in seinem Preise unmittelbar beeinflußt. Nach dem Antrag Kanitz würde diese Beeinflussung des Weizenpreises heute etwa 105 Mark pro Tonne betragen und mithin etwa einer Verdoppelung des Zolles von 1887 gleichkommen. So weit soll der moderne Staat nicht gehen können. Es handelt sich also nicht um eine prinzipielle, sondern nur um eine gradweise Undurchführbarkeit. Eine Beeinflussung um 10, 30, 50 Mark, das ginge noch an. Eine Beeinflussung um 100 Mark ist undurchführbar. Man wird unwillkürlich an den Verlauf der Zollerhöhungsdebatten erinnert. Im Jahre 1879 hat niemand daran gedacht, daß ein Getreidezoll von 30 Mark pro Tonne möglich wäre. Und im Jahre 1887 hat der Staat den Zoll von 1879 nicht nur verdreifacht, sondern verfünffacht. Die begriffliche Auffassung des Staates war inzwischen ganz die gleiche geblieben. Aber die Preise hatten sich wesentlich geändert und die Motive für die Erhaltung des Bauernstandes und die Erhaltung der nationalen Brotversorgung waren, angesichts der drohenden Gefahren, zwingender geworden. Nun: heute stehen die Preise noch

tiefer und die Gefahren sind abermals gewachsen. Es ist also doch wohl genau die gleiche Logik, die in den Jahren 1879, 1885 und 1887 geübt worden ist, wenn man heute den Umständen gemäß einen entsprechend höheren Schutz fordert. Daß das jetzt auf einmal „undurchführbar“ sein soll und zwar aus Gründen der begrifflichen Auffassung des Staates und seiner Stellung im Erwerbsleben, das sind Behauptungen, die der beschränkte Untertanenverstand kaum verstehen wird.

Die Gegner der agrarischen Bewegung ziehen aus diesem Grundsatz der Staatsratsbeschlüsse, wonach der Staat soweit in seiner Unterstützung nicht gehen könne, den Schluß, daß eine so weitgehende Brotverteuerung von Seiten des Staates ganz unverantwortlich wäre. Und man hat sogar schon berechnet, daß durch den Antrag Kanitz das Brot der deutschen Konsumenten jährlich um 700 Millionen Mark verteuert würde! Sonderbare Logik! Nachdem durch die Ungunst der Verhältnisse der landwirtschaftliche Wohlstand fast bis zu einem Gerippe abgemagert ist und nun endlich ein Arzt kommt und sagt: „Hier müssen wir eine kräftigere Ernährung eintreten lassen, weil sonst der Körper zugrunde geht!“, da schreit die ganze freihändlerische Gesellschaft: „Das geht nicht! der Kerl wird uns sonst zu fett!“ Wenn die Getreidepreise bis tief unter die Produktionskosten gesunken sind und sie deshalb jetzt auf das Niveau der Fredericianischen Normalpreise gehoben werden sollen, wobei Bauer und Arbeiter gleich gut bestehen können, dann spricht man von „Brotverteuerung“ und „Brotwucher“. Das Umgekehrte ist der Fall. Der heutige Zustand bedeutet ein systematisches Auswuchern des landwirtschaftlichen Wohlstandes, ein systematisches Bauernschlachten zugunsten der Konsumenten. Und die 700 Millionen, welche der Freisinn als Brotverteuerung des Antrags Kanitz berechnet hat, das sind die 700 Millionen, um die man heute die redliche landwirtschaftliche Arbeit in ihrem billigen Lohne in der ungerechtesten Weise verkürzt. Die Wucherzinsen fangen doch auch erst dort an, wo die Zahlungen den landesüblichen durchschnittlichen Zinsfuß übersteigen, wo man sich statt 4 und 5 % 10, 20, 100 und mehr Prozent zahlen läßt. Und beim Getreide soll der „maßloseste Brotwucher“ vorliegen, wenn die Getreidepreise auf den landesüblichen Durchschnitt der letzten 40 Jahre gehoben werden?

**Zu 2.** Der Staat soll Ein- und Verkauf von Getreide nicht mit der Verpflichtung übernehmen können, das Bedürfnis der Bevölkerung jederzeit sicherzustellen, um so mehr, als sich die Staatsorgane dazu weniger eignen. Also: den Ein- und Verkauf von Getreide könnte der Staat übernehmen. Aber die Verpflichtung, die Bedürfnisse des Volkes jederzeit sicherzustellen, ist für den Staat unannehmbar. Das heißt doch mit anderen Worten: im Falle einer Hungersnot will der Staat von der Verpflichtung, das Volk mit Brot zu versorgen, nichts wissen. Denn nur in einem solchem Falle könnte diese Verpflichtung Bedenken erregen. Bei einer allgemeinen Überfüllung des Marktes mit Getreide ist die Deckung der Brotbedürfnisse eine Spielerei. Aber – kann sich denn der Staat von der Verpflichtung, das hungernde Volk im Notfalle mit Brot zu versorgen, überhaupt lossagen? Im indischen Kaiserreich sammelt man alljährlich neun Millionen in der Staatskasse an, um im Falle einer Hungersnot die Brotversorgung durch den

Staat erfolgreich ausführen zu können. In Rußland werden seit der letzten Hungersnot vom Staate systematische Vorkehrungen für eine wirksamere Bekämpfung im Wiederholungsfalle getroffen. In Bayern steht heute noch ein besonderer Staatsfonds in Bereitschaft für Hungersnöte. Preußen hat in den 40er Jahren in den Zeiten der Not wiederholt staatliche Getreidebezüge ausgeführt. Und die Kreuzer, deren Genehmigung augenblicklich dem Reichstag noch vorliegt, sollen ja ausdrücklich dazu bestimmt sein, um im Kriegsfall die Getreidetransportschiffe für Deutschland auf den Meeren schützend zu begleiten. Der Staat hat also tatsächlich die Verpflichtung, das Volk im Notfalle mit Brot zu versorgen, noch niemals und nirgendwo aufgegeben. Und wenn er es wollte, er könnte es nicht. Denn diese Verpflichtung gehört zu den unveräußerlichen Volksrechten. Not kennt kein Gebot – wieviel weniger theoretische Bedenken des laissez faire laissez aller. Und wenn auch diesmal, in Zeiten selten niedriger Getreidepreise, die diesbezügliche akademische Erklärung des Staatsrats von verschiedenen Seiten mit Beifall aufgenommen wurde, so darf es gewiß als zweifelhaft gelten, ob ein anderer Staatsrat in Zeiten selten hoher Getreidepreise den Mut hätte, einen gleichlautenden Beschluß zu fassen.

Die Staatsratsbeschlüsse haben also in dem Satze: „Der Staat kann nicht den Ein- und Verkauf des Getreides mit der Verpflichtung, dabei das Bedürfnis der Bevölkerung zu bemessen und jederzeit und überall sicher zu stellen, übernehmen“, eine Verpflichtung als undurchführbar bezeichnet, welche noch immer von allen Kulturstaaten der Erde gerade in den bedenklichsten Zeiten, nämlich in den Zeiten der Not, anerkannt und geübt wurde. Der Irrtum befindet sich in diesem Falle doch wohl auf Seiten des Staatsrats. Es mag deshalb gestattet sein, diese Stelle in der Weise umzuändern, daß wir sagen: Die Pflicht des Staates, im Notfalle das hungernde Volk mit Brot zu versorgen, ist über jeden Zweifel erhaben. Die Gefahr des Eintritts einer solchen Notlage ist für die mitteleuropäischen Völker um so größer, je stärker die Exportindustrie sich entwickelt. Deutschland muß deshalb mit dieser Gefahr und ihren Konsequenzen für außergewöhnliche Fälle unbedingt rechnen. Und der Antrag Kanitz erscheint somit als ein vorzügliches Mittel, um die sonst nicht geeigneten Organe des Staates in ruhigen Zeiten für diese Zwecke vorzubereiten.

**Zu 3.** Der Staat soll das wichtigste allgemeine Nahrungsmittel der ärmeren Klassen nicht teurer verkaufen können, als er es gekauft hat. Würde er es aber tun, so läge darin sozialpolitisch ein sehr bedenkliches Vorgehen, welches Ursache der größten Unzufriedenheit, gehässiger Verdächtigungen und dadurch schwerer Schädigung des staatlichen Lebens sein würde. – Dieses Bedenken ist ein rein steuerpolitisches und zwar ein solches, über das seit dem Jahre 1879 von Seiten des Fürsten Bismarck wiederholt in einer solch durchschlagenden Weise abgeurteilt wurde, daß die betreffende Stelle der Staatsratsbeschlüsse auf den Leser unwillkürlich einen etwas antiquierten Eindruck macht. Denn ganz das gleiche Bedenken gilt ja auch gegen den Getreideschutzzoll. Und es ist nach der Theorie unserer Gegner vollständig gleichgültig, ob der Staat auf direktem oder indirektem Wege das Brot des armen Mannes verteuert. Die Staatsratsbeschlüsse bezeichnen also abermals den Antrag Kanitz als „undurchführbar“ aus einem

Bedenken, das die geltende Gesetzgebung längst überwunden hat. Und wenn das heute jedermann weiß, warum haben die Staatsratsbeschlüsse sich nicht frei und offen zu den Theorien des absoluten Freihandels bekannt und aus dem gleichen Bedenken die Aufhebung unserer Getreidezölle befürwortet? Was hier dem Antrag Kanitz gegenüber richtig ist, das kann den Schutzzöllen gegenüber nicht falsch sein. Und wenn doch einmal die gehässigen Verdächtigungen der Fortschrittler und Sozialdemokraten für das Staatsleben so schwere Schädigungen bedeuten, daß die Gesetzgebung sich danach richten muß, dann muß man diese Staatsaufgaben auch in konsequenter Weise zu Ende denken. Und worauf zielen diese Konsequenzen? Die Antwort kann garnicht zweifelhaft sein. Der Staatsrat hätte – wenigstens nach der Logik – beschließen müssen, daß es endlich an der Zeit sei, das wirtschaftspolitische Programm der Fortschrittler und Sozialdemokraten voll und ganz anzunehmen, denn nur dadurch läßt sich diese unerschöpfliche Quelle gehässiger Verdächtigungen verstopfen, die von dieser Seite fortwährend fließt.

In Wirklichkeit ist die Situation freilich noch etwas komplizierter. Es handelt sich nicht bloß um die Unzufriedenheit der Sozialdemokraten und Fortschrittler, sondern auch um die Unzufriedenheit der deutschen Landwirte. Und der Staatsrat war sogar speziell aus den Gründen der Unzufriedenheit der Landwirte berufen worden. Die Frage war also: entweder den Antrag Kanitz annehmen und damit das Vertrauen und die Zufriedenheit der Landwirte wieder gewinnen, oder den Antrag Kanitz ablehnen mit einer Begründung, die zwar den Beifall der Fortschrittler und Sozialdemokraten findet, sonst aber an den gehässigen Verdächtigungen dieser Gesellschaft nichts ändert. Der Staatsrat hat sich für die letztere Eventualität entschieden. Er hat deshalb das Heer der Unzufriedenen durch die gewaltige Zahl der Landwirte vermehrt und zwar – aus Furcht vor den gehässigen Verdächtigungen, die das staatliche Leben schwer schädigen.

Indes sind doch auch noch andere Erwartungen durch diese Staatsratsbeschlüsse stark getäuscht worden. Man war der Meinung, daß dieses Kollegium sich seiner großen Aufgabe bewußt wäre und aus Erwägungen heraus Beschlüsse fassen würde, die über dem Tageszank der Parteien stehen. Und diese Erwägungen finden sich bereits in dem Testament Friedrichs des Großen. Friedrich der Große hat klar erkannt, daß die Getreidepreise aus einer Reihe von Gründen die Tendenz haben, sehr starken Schwankungen nach oben und unten zu folgen. Diese Extreme nach beiden Seiten hatten ihre großen Schädigungen im Gefolge, und zwar brachte das Extrem nach oben die Schädigungen für den Soldaten und Arbeiter, das Extrem nach unten die Schädigungen für den Bauern und Edelmann. Mit einer geradezu bewundernswerten Beherrschung der Materie hat es dann Friedrich der Große verstanden, durch seine Getreidehandelspolitik diese extremen Schwankungen auszugleichen zugunsten der mittleren Preislinie, die man als „Normalpreise“ bezeichnen muß. Dieser wirklich echt staatsmännisch einfache und große Gedanke auf die Gegenwart übertragen, ergibt folgende Betrachtung:

In den 20er, 30er und 40er Jahren zeigt die Kurve der Getreidepreise außerordentlich tief gehende Schwankungen. Und das waren ja auch die Zeiten der

bedenklichsten politischen Unruhen. Dann kam seit Mitte der 60er Jahre, durch die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse, mehr Ruhe in die Bewegung der Getreidepreise. Die Preisschwankungen nähern sich, weit mehr als früher, der mittleren normalen Linie. Und das dauert bis etwa Mitte der 80er Jahre. Seit dieser Zeit beginnt in den Getreidepreisen eine stetig wachsende Unruhe, welche nur zu deutlich darauf hinweist, daß wir den alten, höchst gefährlichen Wechsellern zwischen Hungersnotpreisen und Spottpreisen für Getreide wieder entgegensteuern. Und auch die Staatsratsbeschlüsse teilen diese Befürchtungen, sonst hätten sie nicht Bedenken tragen können, den Staat mit der Verpflichtung zu belasten, das Volk mit Brot zu versorgen. Augenblicklich bewegen sich unsere Getreidepreise auf dem unteren Extrem, wodurch die Bauern und Edelleute ruiniert werden. Und deshalb wenden sich heute die Landwirte an die Regierung mit dem Ersuchen, die Getreidehandelspolitik Friedrichs des Großen wieder aufzunehmen, um zunächst durch den Antrag Kanitz und dann durch eine Reihe von anderen Maßregeln die Getreidepreise der mittleren normalen Bewegungslinie wieder zu nähern und zum möglichst gerechten Ausgleich aller Interessen dort zu erhalten. Man sollte nun meinen, daß ein Staatsrat, der berufen ist, eine so gerechte und billige Forderung zu begutachten, diese Gelegenheit mit Freuden begrüßen würde, um den herrschenden Oberflächlichkeiten gegenüber öffentlich zu proklamieren, daß die mittlere, normale Getreidegrundlinie allein der Punkt ist, auf dem sich alle berechtigten Interessen dauernd harmonisch vereinigen, und daß es deshalb widersinnig sei, heute, wo die Getreidepreise auf eine extrem niedrige Stufe herabgesunken sind, gegenüber einer Korrektur in der Richtung der Normalpreise von Brotverteuerung zu reden. Aber – was tut statt dessen der Staatsrat? Um den großen staatsmännischen Begriff der mittleren normalen Getreidepreise Friedrichs des Großen kümmert er sich garnicht. Den notleidenden Landwirten gegenüber wird erklärt, daß der Staat die Getreidepreise nicht erhöhen dürfe, weil er dadurch das Brot des armen Mannes verteuere. Und dem „armen Manne“ wird gleichzeitig im voraus erklärt, daß, wenn eines Tages das andere Extrem mit Hungersnotpreisen zu beklagen ist, der Staat sich auch dann nicht um die Brotversorgung des Volkes kümmern könnte, weil die richtige Auffassung der Stellung des Staates im Erwerbsleben dem entgegen stehe. Und was noch das wunderbarste ist: diese Beschlüsse wurden gefaßt in der Absicht, das staatliche Leben von den schweren Schädigungen durch gehässige Verdächtigungen und größte Unzufriedenheit zu befreien.

**Zu 4.** Das Staatsmonopol der Getreideeinfuhr soll den auswärtigen Handel mit Getreide schädigen und damit auch den Exporthandel, die Exportindustrie und schließlich auch den Industriearbeiter. – Dieses Bedenken bedarf vor allem einer prinzipiellen Erörterung. Wer die englischen Verhältnisse in ihrer bisherigen Gestaltung kennen gelernt hat, der weiß, wohin die einseitige Entwicklung des Exporthandels und der Exportindustrie führt. Beide sind beherrscht von der habgierigen Jagd nach dem Golde. Beide wenden dem Vaterlande den Rücken, um im Auslande möglichst viele Beziehungen anzuknüpfen. Nur zur Erweiterung des Absatzgebietes ist man bestrebt, die Produktionskosten, den Arbeitslohn und deshalb auch die Brot- und Getreidepreise möglichst herabzudrücken.

Die weitere Folge ist, daß bei den sinkenden Getreidepreisen der heimische Getreidebau immer mehr verschwindet; das platte Land entvölkert sich, die Städte sind überfüllt mit Proletariat und der Staat ist bald vollständig vom Auslande abhängig. Die Getreideernte Englands reicht heute kaum mehr für die Brotversorgung des Volkes auf 2 Monate, und England ist diesmal mit einem Brotgetreidevorrat auf 6 Wochen in den Winter gegangen. Das ist der Zustand eines Landes, in welchem der Exporthandel und die Exportindustrie zur Herrschaft gekommen sind. Er gleicht einem Hause, dessen landwirtschaftliches Parterre sich mehr und mehr reduziert und an dessen erstem und zweitem Stockwerk für Industrie und Handel immer neue Anbauten angehängt werden, die dann mittels Säulen (Handelsverträge) auf fremdem Grund und Boden ruhen. So lange das dem fremden Grundherrn gefällt, mag die Sache gehen. Wenn aber dieser fremde Grundherr eines Tages seine Meinung ändert und sich seine eigene Industrie groß ziehen will, dann wirft er diese Säulen um und dann – stürzt das stolze Gebäude rettungslos zusammen. Das ist das natürliche Ende einer volkswirtschaftlichen Entwicklung in der Richtung der Exportindustrie und des Exporthandels.

Die agrarische Bewegung der Gegenwart will keine einseitige Entwicklung der oberen Stockwerke. Sie will die Harmonie und damit die Sicherheit und Unabhängigkeit in der Entwicklung des Ganzen bewahren. Sie kennt nicht das Rennen und Jagen nach ungemessenem Reichtum. Aber sie kennt dafür die Sorge um das tägliche Brot des Volkes und möchte deshalb die Brotversorgung im Lande durch normale Getreidepreise gesichert wissen. Wenn darunter der Exporthandel und die Exportindustrie etwas leiden und zurückgehen – desto besser! Beide haben sich bei uns in Deutschland auf Kosten der heimischen Konsumkraft und der heimischen Landwirtschaft schon zu stark entwickelt. Dafür wird sich Industrie, Handel und Gewerbe im allgemeinen und mit ihnen erst recht der Arbeiter bei einer steigenden Konsumkraft des platten Landes um so wohler fühlen.

Wenn also der Antrag Kanitz auf eine Schädigung des Exporthandels und der Exportindustrie in ihrer HEUTIGEN TENDENZIÖS EINSEITIGEN Entwicklung abzielt, so ist das kein Bedenken gegen, sondern eine Begründung für die Annahme desselben. Das einzige, was dabei für die praktische Durchführung in Betracht kommt, ist, daß auch diese günstige Veränderung NICHT STOßWEISE und PLÖTZLICH erfolgt. Doch diese Gefahr ist ja schon durch die stets langsame Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse ausgeschlossen.

**Zu 5.** Auch andere Erwerbszweige sollen den Anspruch auf staatliche Sicherstellung von Preisen, welche die Produktionskosten decken, erheben können. – Ganz gewiß! und tatsächlich ist das ja auch schon längst vor dem Antrag Kanitz von allen Seiten geschehen, nur natürlich in einer, den Umständen und Verhältnissen entsprechenden, verschiedenen Weise. Handel und Industrie beherrschen die deutsche Gesetzgebung seit 30 Jahren fast ausschließlich. Und wie viele tausende von Millionen hat der Staat deshalb für Eisenbahnen, Bahnhofbauten, Freihäfen, Wasserbauten usw. im Dienste des mobilen Kapitals aus dem allgemeinen Steuersäckel ohne Aussicht auf Rückerstattung ausgegeben.

Unsere Handelsverträge sind ja schließlich auch nichts anderes, als eine staatliche Belastung der Landwirtschaft zugunsten der Exportindustrie. Die Arbeiter haben durch ihre sozialistische Bewegung die große Arbeiterschutz- und Wohlfahrtsgesetzgebung erlangt, wonach alljährlich hunderte von Millionen zugunsten der Arbeiter aufgebracht werden müssen. Auch das Gewerbe hat schon seine gewerbliche Gesetzgebung erhalten, wenn es auch hier leider viel langsamer vor sich geht. Und wenn nun endlich der Bauer kommt und verlangt, daß auch mit dem Schutze seiner Interessen einmal Ernst gemacht werde, dann sagen die Staatsratsbeschlüsse: „Das geht nicht, denn sonst könnten die anderen Erwerbszweige den gleichen Anspruch erheben!“

An das Wörtchen „Produktionskosten“ kann man sich dabei nicht halten. Denn der Antrag Kanitz ist ja nur eine Mindestforderung, die eine einstweilige Verfügung bedingt zur Verhinderung irreparabler Nachteile. Und seine spezielle Formulierung war veranlaßt durch die Handelsverträge, welche unsere Schutzzölle nicht bloß herabgesetzt, sondern auch festgelegt haben. Die Forderungen des Bundes der Landwirte gehen im ganzen wesentlich über die Rückerstattung der Produktionskosten hinaus und zielen ganz selbstverständlich darauf ab, daß das landwirtschaftliche Gewerbe nicht bloß gerade noch bestehen, sondern wieder blühen und gedeihen kann. Die deutschen Landwirte dürfen um so energischer mit dieser Forderung auftreten, als sie darauf hinweisen können, daß die bisherigen umfassenden staatlichen Zuwendungen für Handel und Industrie, wie für die Arbeiter einseitige Interessenzuwendungen waren, welche vergessen hatten, daß im Rahmen des volkswirtschaftlichen Organismus die Interessenharmonie nur auf der Basis von Grund und Boden gesucht und gefunden werden kann. Und weil deshalb alle Begünstigungen anderer Erwerbszweige in der Luft hängen, so lange sie sich nicht auf der Überzeugung aufbauen: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt,“ deshalb bietet der Antrag Kanitz nicht nur keine Veranlassung für andere Erwerbszweige, mit der gleichen Forderung an den Staat heran zu treten, sondern die berechtigten Forderungen der anderen Stände vereinigen sich mit denen der Landwirtschaft in diesem Antrag Kanitz, um damit gemeinsam ihre vorläufige Erledigung zu erfahren. Sollte aber der Staat der Überzeugung gemäß handeln, daß er nicht in der Lage sei, seinen wichtigsten Körperteil vor dem Absterben zu schützen, so würde er einen Selbstmord begehen und damit aufhören, der Vernunft gemäß zu denken und zu handeln.

**Zu 6.** Der Antrag Kanitz soll endlich nicht in Übereinstimmung zu bringen sein mit den bestehenden Handelsverträgen, eine Abänderung dieser Verträge aber wäre ohne Gegenleistung nicht erreichbar.

Es darf auch hier wieder sofort zugestanden werden, daß die beiden Parteien gelegentlich der Perfektion der Handelsverträge nicht mit der Möglichkeit des Antrags Kanitz gerechnet haben. Aber inzwischen haben sich diesseits wie jenseits der Grenzen die Verhältnisse sehr wesentlich geändert und auch die Hoffnungen unserer Vertragsstaaten sind getäuscht worden. Ungarn und Rußland namentlich erwarteten eine Steigerung der Getreidepreise. Statt dessen sind auch dort die Getreidepreise nur noch tiefer gesunken, und die Lage der Landwirtschaft ist heute bedauerlicher als je. Nordamerika und Indien machen keine

Ausnahme von dieser Regel. All diese Staaten dürften deshalb heute nur zu gern bereit sein, in Verhandlungen über die Frage einzutreten: Wie kommen wir wieder zu normalen Getreidepreisen? Der Antrag Kanitz bildet eine vorläufige Etappe zu diesem Ziele. Und wenn wir z. B. auf Rußland hinsehen, so finden sich bereits sämtliche Vorbereitungen zum unmittelbaren Anschluß an den Antrag Kanitz. Der Staat hat dort große Getreideaufkäufe durchgeführt, deren Absatz ihn vielleicht bald in Verlegenheit bringen könnte. Wenn das Deutsche Reich also auf Grund des Antrags Kanitz sich bereit erklärte, diese Vorräte, soweit Bedarf vorhanden ist, dem russischen Staate abzunehmen und zwar nach Abzug der entsprechenden Zolleinnahmen, vielleicht unter Halbierung des Gewinnes, der sich aus der Notierung des Weltmarktes einerseits und den Kanitz'schen Sätzen andererseits berechnet, so wäre Rußland wohl nur zu gerne geneigt, Deutschland daraufhin Zugeständnisse zu machen. Die anderen hier noch in Betracht kommenden Staaten dürften über die gleiche Frage kaum verschiedener Meinung sein. Und bei etwas gutem Willen wäre es leicht, einen entsprechenden Verteilungsmodus zu finden. Auf ewige Dauer freilich können solch künstliche Mittel niemals rechnen. Und deshalb wäre es Aufgabe des Staatsrats gewesen, die eigentlichen Mittel zur allgemeinen und dauernden Gesundung der Preise landwirtschaftlicher Produkte gleichzeitig in Vorbereitung und Anregung zu bringen. Sie liegen auf dem Gebiete der internationalen Eisenbahntarif- und Börsenreform und der internationalen Währungs- und Steuerreform. Die Staatsratsbeschlüsse haben diese großen Aufgaben nur auf dem Gebiete der Währungsreform leicht gestreift. Im allgemeinen hat anscheinend der Blick über den Antrag Kanitz hinaus vollständig gefehlt. Im Interesse der um die Existenz ringenden Landwirtschaft, die leider nicht durch Beschlüsse und wohlwollende Redensarten, sondern nur durch die Anwendung der rechten Mittel gesunden kann, bleibt es freilich tief zu beklagen, daß die Staatsratsentscheidungen sich so weit von der rechten sachlichen Behandlung der Agrarfrage entfernen konnten, wie sie es tatsächlich getan haben.

#### IV.

Die Staatsratsbeschlüsse „glauben“ – in ihrem zweiten positiven Teile – „daß eine wesentliche Besserung der landwirtschaftlichen Notlage durch solche Maßnahmen mit Erfolg anzubahnen sein wird, welche

- a. eine Verbilligung der Hervorbringungs- und Umsatzkosten der landwirtschaftlichen Produkte,
- b. eine Verbilligung der für die Landwirtschaft notwendigen Rohstoffe,
- c. Schutz der Zucker- und Branntwein-Produktion,
- d. Förderung der Rentengutsbildung,
- e. Verbilligung und Besserung des Kredits zum Zwecke haben.

Auch hält der Staatsrat eine Erwägung der Währungsfrage für dienlich. Demgemäß empfiehlt er:

- 1) Einschränkung der gemischten Transitlager;
- 2) Durchgreifende Reform der Produktenbörse im Sinne tunlichster Beschränkung der Spielgeschäfte;

- 3) Unterstützung genossenschaftlicher Kornspeicher;
- 4) Erwägung einer Änderung der Kredit- und Ausbeuteverhältnisse der Mühlen.

Dem folgen dann noch 7 weitere Punkte.

Diese Zusammenstellung hat zunächst etwas Überraschendes an sich. Denn Punkt 1 bis 4 der Vorschläge fallen unter keine der Kategorien, die hier mit a bis e in der Einleitung aufgeführt sind.

Die umfangreichere Gewährung der gemischten Transitlager war eine einseitige Begünstigung des Getreidehandels, die als solche unbedingt zum Niedergang der Getreidepreise mit beigetragen hat. Heute scheinen die noch bestehenden Transitlager vielfach keine wesentliche Bedeutung mehr zu besitzen, denn auch die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft haben vor einigen Monaten ihre teilweise Aufhebung beschlossen. Man wird deshalb kaum sich der Ansicht anschließen können, daß durch dieses Mittel „eine wesentliche Besserung der landwirtschaftlichen Notlage anzubahnen sein wird.“

Punkt 4 betrifft die „Liebesgaben“ an die große Mühlen-Industrie zu Gunsten einer Verarbeitung ausländischen Getreides. Es handelt sich also hier um eine aufgelegte Ungerechtigkeit gegenüber der heimischen notleidenden Landwirtschaft. Niemand wird die endliche Beseitigung derselben beanstanden können. Aber – wie diese Forderung zu der Ehre kommt, mit an der Spitze eines Agrarprogramms zu paradieren, das eine wesentliche Besserung der agrarischen Mißstände verspricht, das dürfte ganz ungeheuer schwer zu begründen sein.

Punkt 2 bezieht sich auf die Reform der Produktenbörse und mithin auf die Tatsache, daß man die Preisbildung für Getreide voll und ganz dem internationalen Großkapitale überlassen hat. Das Kapital hat sich in vollständig selbständiger Weise seine Börsenordnungen geschaffen. Und seit Mitte der 80er Jahre hat sich das reine Börsenspiel mit Getreide in solchem Umfange entwickelt, daß hervorragende Sachverständige und offizielle Erhebungen die Produktion von Papierroggen und Papierweizen an der Börse auf das 20 bis 30fache der dort verkehrenden wirklichen Ware schätzen. Unter der Herrschaft dieses gewaltigen Differenzspiels haben die Getreidepreise in den letzten Jahren die scharfe Tendenz à la baisse erhalten, weshalb jetzt namentlich die Landwirte zu leiden haben. Es wird auch noch der Tag kommen, an dem die Börse mit derselben Rücksichtslosigkeit à la hausse spielt, und dann werden die Arbeiter mit dem Mittelstand namentlich zu leiden haben. Die Börsenreform gehört also unter das große Kapitel: „Ausbeutung der nationalen Arbeit durch das internationale Großkapital“. Und die Produktenbörsenreform steht so im innigsten Zusammenhange mit der Reform der Geldbörse, der Währung und der Eisenbahntarife. Auf all diesen Gebieten herrscht heute die ausbeutende Macht des internationalen Geldkapitals. Und deshalb, weil der Feind ein internationaler ist, muß notwendigerweise auch die Bekämpfung eine INTERNATIONALE sein. Von all dem ist in den Staatsratsbeschlüssen nichts zu finden. Daß es sich überhaupt um einen Kampf gegen die ausbeutenden Interessen des internationalen Großkapitals handelt, wird mit keinem Worte erwähnt. Und die „durchgreifende Reform der Pro-

duktenbörse“ soll sich innerhalb des Deutschen Reiches mit einer „tunlichsten Beschränkung“ des Börsenspiels begnügen. Da aber für Deutschland allein eine wesentliche Beschränkung des Differenzspiels aus einer Reihe von Gründen „untunlich“ ist, so zielt logischer Weise die ganze „durchgreifende Reform der Produktenbörse“ der Staatsratsbeschlüsse auf eine „unwesentliche Beschränkung“ des Börsenspiels ab. Und damit sollen die ungünstigen landwirtschaftlichen Verhältnisse merklich gebessert werden?

Punkt 3 betrifft die Unterstützung der genossenschaftlichen Errichtung von Kornspeichern. Dieser Vorschlag im positiven Teile der Staatsratsbeschlüsse muß insofern Erstaunen erregen, als hier die Schädigung des kleinen und mittleren inländischen Getreidehandels auf einmal vollständig gebilligt wird, während in der motivierten Ablehnung des Antrags Kanitz die Schädigung der großen Getreidehandelsfirmen, die den Außenhandel betreiben, den Ausgangspunkt eines der mächtigsten Argumente bildet. Trotzdem kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die vollständige Ausbildung der genossenschaftlichen Kornspeicher den mittleren und kleineren inländischen Getreidehandel nicht bloß schädigen, sondern vollständig vernichten würde. Vom agrarpolitischen Standpunkte aus gehört diese Forderung in das System einer durchgreifenden Reform des Getreidehandels. Im Rahmen dieses Systems haben die Kornspeicher eine gewisse Bedeutung. Als einzelner Punkt sind sie agrarpolitisch ein verlorener Posten.

Im fünften Punkte wird die Reform der Zucker- und Branntweinsteuer-gesetzgebung auf bekannter Grundlage befürwortet. Die betreffenden Gesetzentwürfe sind gewiß so gut als nur möglich aus der augenblicklichen Notlage der Zucker- und Spiritusindustrie herausgeholt. Aber – die bereits in Aussicht gestellten Gegenmaßregeln der Konkurrenzstaaten lassen kaum daran zweifeln, daß diese für den Augenblick geschaffenen Gesetze auch nur auf Augenblicke günstig wirken werden. Man hat dabei jene breite sichere Grundlage außeracht gelassen, die allein dauernde Vorteile gewährt. Und diese Grundlage ruht in der Überzeugung, daß der Niedergang der Getreidepreise mit der Ringbildung des internationalen Großkapitals auch die Zucker- und Spiritusindustrie zu ruinieren droht. Ohne eine Gesundung der Getreidepreise bleibt deshalb eine jede Zucker- und Branntweinsteuer-gesetzgebung in der Luft hängen. Und ohne auf diesen beiden Gebieten zu einer internationalen Steuerreform vorzuschreiten, sind die Tage der Zucker- und Spiritusindustrie als einer landwirtschaftlichen Industrie des mittleren Besitzes gezählt. Den Staatsratsbeschlüssen mußte diese weiterreichende Auffassung nach Ablehnung des Kanitzschen Gedankens von Anfang an verschlossen bleiben.

Punkt 7 bringt das Mittel zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion durch möglichst niedrige Gestaltung der Eisenbahntarife auf der Grundlage einer fallenden Skala auf weitere Entfernungen. Soweit hiermit der Transport von landwirtschaftlichen Futter- und Düngemitteln gemeint ist, soweit darf diesem – übrigens keineswegs neuen – Vorschlage voll und ganz beige-pflichtet werden.

Soweit aber auch der Transport von Getreide und Mehl damit einbezogen wurde, soweit müssen die Staatsratsbeschlüsse im höchsten Maße Erstaunen erregen, weil sie an der Aufhebung der Staffeltarife, die seiner Zeit bekanntlich gelegentlich der Annahme des russischen Handelsvertrages mit dem Identitätsnachweis beseitigt wurden, jetzt schon wieder rütteln. Wo bleibt dabei die Stabilität unserer Verhältnisse?

Punkt 8 beschäftigt sich mit der staatlichen Unterstützung zur Bildung von Rentengütern. Man wird beim Durchlesen dieser Position unwillkürlich zu der Frage veranlaßt: Weiß denn der Staatsrat nicht, daß dem preußischen Landtage aus rein bäuerlichen Kreisen Massenpetitionen teils schon zugegangen sind, teils noch zugehen werden, worin die Bauern bitten, daß die Vorteile des Rentengütergesetzes nicht bloß auf den größeren Besitz beschränkt, sondern auch dem Bauernbesitz zugewendet werden möchten? Der schlichte Landmann kann die Weisheit einer Gesetzgebung nicht begreifen, die keine Mühen und Opfer scheut, um in den Gebieten des Großgrundbesitzes leistungsfähige Landgemeinden zu GRÜNDEN, es aber mit der Stellung des Staates im Erwerbsleben als unvereinbar bezeichnet, für die Erhaltung der BESTEHENDEN Bauernhöfe und Landgemeinden Sorge zu tragen. Und der Staat gleicht in den Augen dieser Leute einem Baumeister, der fort und fort neue Häuser baut, sich aber kein Jota darum kümmert, daß die gebauten Häuser der Reihe nach umzustürzen drohen.

Die drei letzten Punkte 9, 10 und 11 beschäftigen sich mit dem landwirtschaftlichen Kreditwesen. Der Vorschlag, ein Landeskreditinstitut im Anschluß an die Seehandlung zur Förderung des Genossenschaftskredits zu gründen, ist dankbar zu begrüßen. Dadurch wird das Genossenschaftswesen eine weitere Anregung erfahren. Und erst nach einer tüchtigen Schulung im Genossenschaftsleben lassen sich die tieferen Fragen des Agrarrechts einer glücklichen Lösung entgegenführen. Doch – was sollen solch weitausschauende Pläne helfen, wenn das Unheil vor der Türe steht? Die gleiche Frage gilt für die vorgeschlagene Bildung eines staatlichen Meliorations-Fonds. Überall begegnet man heute Landwirten, welche allen Ernstes die Frage erwägen, ob es nicht zweckmäßiger ist, angesichts unserer ruinösen Preise aus der intensiveren zu einer extensiveren Betriebsweise überzugehen oder aber den Boden einfach unbebaut liegen zu lassen? Was in aller Welt sollen also diese Leute jetzt mit einem staatlichen Meliorationsfonds anfangen? Und nun erst gar der Vorschlag, die höher verzinslichen kündbaren Hypotheken in unkündbare Hypotheken mit Amortisationszwang umzuwandeln! Bei den heutigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte müssen zur Deckung der Betriebsdefizite fortwährend wachsende Schulden aufgenommen werden. Und der weitere Zwang der Schuldzinszahlung sorgt nur zu vielfach dafür, daß bald auch der letzte Rest des Vermögens mit Hypotheken besetzt ist. Eine Verbilligung des Hypotheken-Zinsfußes würde gewiß eine kleine Erleichterung verschaffen, wenn dieselbe auch bei Fortdauer unserer heutigen Preislage nicht lange wirksam bleiben kann. Aber diese Zinsermäßigungen mit dem Amortisationszwang zu belasten, heißt die ganze Maßregel sofort wieder illusorisch machen. Man sieht, daß die Staatsratsbeschlüsse hier von der durchaus unrichtigen Annahme ausgegangen sind, die landwirtschaft-

liche Rentabilität sei heute immer noch so groß, daß die Landwirte nicht bloß ihre Zinsen zahlen, sondern auch noch ihre Schulden abtragen könnten.

Das also sind die positiven Vorschläge der Staatsratsbeschlüsse, durch die eine „wesentliche Besserung“ der heutigen landwirtschaftlichen Notlage herbeigeführt werden soll, nachdem man den Antrag Kanitz als undurchführbar abgelehnt hat.

## V.

Auf den Spuren des Staatsrats wandelt – nach der redaktionellen Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 26. III. – eine Artikelserie einher, welche in den Nrn. 145, 147 und 149 derselben Zeitung veröffentlicht worden ist. Man merkt diese Spuren an einer Reihe von Behauptungen, welche für die Beschlüsse des „Engeren Ausschusses“ maßgebend gewesen sein mögen. Ob sie aber deshalb auch richtig sind?

Bei jedem Spielgeschäft an der Börse soll als regulierendes Moment der Regulierungspreis in Betracht kommen, welcher durch Angebot und Nachfrage in wirklicher Ware bestimmt wird. In der Tat? Dann ist es also nicht wahr, daß bei einer energischen Hausse die wirkliche Ware in systematischer Weise eingesperrt, durch Agenten vom Markte ferngehalten, durch Speichersperre der Markt für Ware unaufnehmbar gemacht und gleichzeitig, unter der Hand, die Lagerräume der Mühlen mit Waren vollgepfropft werden zu Preisen, die sich kein Jota um den Regulierungspreis kümmern. Und es ist wohl ebenso nicht wahr, daß im Falle einer energischen Baissebewegung künstlich angesammelte größere Warenposten gewaltsam auf den Markt geworfen werden? Und wenn das alles wahr ist, wie kann dann die Behauptung richtig sein, der Regulierungspreis bestimme die Spielgeschäfte? Das Umgekehrte ist der Fall: das Spielgeschäft beherrscht den Regulierungspreis heute vollständig. Und weil dem so ist, und weil infolge raffiniertester Ausnützungen der Verkehrs-Einrichtungen seit Mitte der achtziger Jahre die Haussepartei nur noch von der Gnade der Baissepartei abhängig ist und zwar auf sämtlichen Börsenplätzen der Erde, deshalb hat das Börsenspiel seit dieser Zeit einen so vernichtenden Einfluß auf unsere Getreidepreise ausgeübt. Aus all diesen Gründen aber schießen die Börsenreform-Vorschläge des Staatsrates weit neben dem eigentlichen Ziele vorbei.

Der Getreidepreis soll im Inland auch dadurch noch nachteilig beeinflußt worden sein, daß heute durch den rascheren Erdrusch, durch den Übergang aus der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft, durch den günstigen Ausfall der letzten Ernten und durch die Geldnot des Grundbesitzes das Angebot bald nach der Ernte sich wesentlich verstärkt habe, was von der Börse in der Richtung der Baisse ausgenützt werde. Vollkommen zutreffend! Aber warum zieht der „hervorragende Politiker und Sachverständige“ daraus nicht die richtigen Schlüsse? Weil die Börse das stärkere Angebot inländischer Ware nach der Ernte dazu benützt, um die Preise in einer ganz ungehörigen Weise herabzusetzen, deshalb sind auch all jene Lobeserhebungen unzutreffend, die man ihr von Seiten der Börsenquotekommission in der Richtung der Aufnahmefähigkeit gemacht hat. Die Börse hat durch das Differenzspiel die Aufnahmefähigkeit des

Marktes geschwächt, aber nicht gestärkt. Und weil die Börse, trotz der guten Ernten der letzten Jahre, die annähernd den inländischen Bedarf gedeckt haben, noch solche Massen von Getreide importiert hat, daß der Staatsrat unsere Beamten für eine so gewaltige Geschäftsübernahme für unzureichend hält, deshalb ist der Antrag Kanitz doppelt notwendig, um eine so künstliche Überführung des Marktes mit seinen ruinösen Preiswirkungen von den deutschen Gauen fernzuhalten. Und eben weil die Geldnot des Grundbesitzes das Angebot zur Herbstzeit so gewaltsam steigert und die Preise drückt, gerade deshalb ist eine Besserung der Getreidepreise so dringend notwendig, um die Geldnot des Grundbesitzes zu mindern.

Auf die so oft schon erledigten Behauptungen, die in ihrer Unbedingtheit vollkommen unzulässig sind, nämlich, daß der größere Besitz höher verschuldet sei, als der bäuerliche, daß der kleinere Besitz ein geringeres Quantum Getreide zum Verkauf bringe und daß die Verstimmung der Landwirte auch wesentlich mit den schlechten Branntwein- und Zuckerpreisen zusammenhänge, soll hier nicht eingegangen werden, um uns sofort den Bedenken gegen den Antrag Kanitz zuzuwenden.

Dieselben beschäftigen sich zunächst mit den Preisgestaltungen im Innern. Und dabei spielt die Behauptung eine große Rolle, daß die durchschnittliche Preisdifferenz zwischen Köln und den Ostseehäfen 38 Mark betrage, während die Transportkosten zwischen Danzig und Köln nur auf 15 Mark angegeben werden. Wir geben dem betreffenden „hervorragenden Parlamentarier“ den Rat, doch einmal einen größeren Posten von Getreide in Danzig zu kaufen, nach Köln zu verfrachten und dort zu verkaufen. Wenn seine Annahmen zutreffend sind, macht er dabei ein vorzügliches Geschäft. Wir fürchten aber, daß dieses Geschäft mit einem Verlust abschließen wird, der dann dem „Herrn Parlamentarier“ klar machen dürfte, daß solche statistischen Spielereien wertlos sind. Im allgemeinen sind die Durchschnittspreise innerhalb Deutschlands recht gut ausgeglichen. Wo es nicht der Fall zu sein scheint, stehen lokale Usancen und Spesen erklärend zur Seite. Und daß diese lokalen Verhältnisse bei der allgemeinen Preisfeststellung von Seiten des Staates vollauf berücksichtigt werden, ist ebenso selbstverständlich wie für wirkliche Sachverständige leicht durchführbar.

Diese ganz wertlose Preisstatistik aber läßt dann den betreffenden Artikelschreiber glauben, daß für jeden Ort eine Preisfestsetzung und eine Bedarfsermittlung eintreten müsse, und trotzdem bestehe die Gefahr der Unverkäuflichkeit des inneren Angebots. Nichts von alledem ist zutreffend. Die Preisermittlung für etwa 30 Marktplätze genügt vollständig. Eine lokale Bedarfsermittlung ist ganz überflüssig. Diese Ermittlungen besorgt nach wie vor der Handel. Und der Manometer dafür sind die Preise. Erreichen dieselben die gesetzlich festgelegte Höhe, dann werden die Staatsmagazine geöffnet. Und bewegen sich die Preise unter dieser Höhe, dann bleiben diese Magazine geschlossen. Wie dabei eine „Unverkäuflichkeit des inneren Angebots“ eintreten soll, das begreife, wer es kann.

Es folgen die Bedenken der praktischen Lösbarkeit der Aufgabe durch den Staat. Das Fortbestehen des Getreidehandels für den Import soll aufhören. Der Staat soll dann im Auslande aufkaufen müssen, und dabei soll es unmöglich sein für staatliche Beamte, den Anforderungen des so vielgestaltigen Konsums zu genügen. Wir empfehlen in diesem Falle dem „hervorragenden Parlamentarier“ das Studium der österreichischen Tabakmonopolverwaltung. Dabei wird er finden, wie der Importhandel mit der Staatsmonopol-Verwaltung sehr gut Hand in Hand arbeitet, wie das Aufkaufen durch staatliche Agenten vollständig überflüssig ist und in welcher Weise der Staat den verschiedenen Geschmacksrichtungen des Konsums in einer qualitativ unendlich komplizierteren Ware gerecht wird, als das Getreide ist. Wenn aber auch wirklich da und dort einmal ein Feinschmecker die Nase etwas rümpfen sollte, weil er durch den Antrag Kanitz nicht genau das gewohnte Gebäck erhalten konnte, so wird dieser Schmerz durch ein Wiederwohlbefinden der deutschen Landwirtschaft doch wohl aufgewogen werden können.

Geradezu verblüffend wirkt die dann folgende Bemerkung, wonach der Antrag Kanitz eine empfindliche Störung in unsere gesamten Handels- und Verkehrsverhältnisse tragen würde, weil durch Eliminierung des auswärtigen Getreidehandels die betreffenden Ausgleichsmittel im internationalen Zahlungsverkehr fehlen würden. Also: das Geld, welches bisher durch den privaten Getreidehandel an das Ausland gezahlt wurde, das konnte im internationalen Zahlungsverkehr seine ausgleichende Funktion erfüllen. Aber sobald das gleiche Geld erst durch die Hände der Monopolverwaltung geht, werden die Verkehrsverhältnisse empfindlich gestört. Doch nicht etwa deshalb, weil dann die ausländischen Börsen und Banken solches Geld, das der Staat einmal in der Hand gehabt hat, nicht mehr an Zahlungsstatt annehmen?

Der Antrag Kanitz soll eine Verteuerung des Getreides im Inlande bei einer allgemeinen Preissteigerung nicht verhüten können. Auf die Dauer gewiß nicht, sobald der durch die besonderen Einnahmen angesammelte Fonds erschöpft ist. Aber die vom Staatsrat vorgeschlagenen Mittel können nicht einmal so lange die Getreideverteuerung verhüten. Und ebenso wenig wäre das durch ein Brotmonopol zu erreichen, wie unser „hervorragender Parlamentarier“ glaubt. Nein, die normalen Getreidepreise für Deutschland in der Richtung der mittleren, langsam und stetig aufsteigenden Preiskurve können nur erreicht werden durch die wiederholt genannten internationalen Reformen, welche auf eine Gesundung der Getreidepreisbildung auf dem Weltmarkt abzielen und – wenn Deutschland seine nationale Brotversorgung auf eigenem Grund und Boden inzwischen nicht verloren hat. Mit dem fortwährenden Rückgange der Getreidepreise erwacht diese Gefahr. Und insofern der Antrag Kanitz durch seine Preisbesserung diese Gefahr beseitigt, bleibt er ein wesentliches Glied in jenem System von Maßregeln, welches die normalen Getreidepreise auch für Deutschland dauernd garantiert.

Was die Stellung des Antrages Kanitz zu den Handelsverträgen anbelangt, so sind keineswegs alle Anhänger desselben der Meinung, daß wir auf eine Isolierungspolitik Deutschlands lossteuern müßten. Das eigentliche Ziel dieses

Antrages ist jedenfalls nur eine Besserung unserer Getreidepreise. Und wenn das ohne Isolierung erreicht werden kann, desto besser. Das kann aber auch erreicht werden, und zwar am leichtesten wohl dadurch, daß Deutschland an das gleiche Bedürfnis unserer Vertragsstaaten, die Getreidepreise zu bessern, anknüpft und sich bereit erklärt, die über die notwendige Zolleinnahme hinausgehende Gewinnchance vielleicht zu teilen. Dann kommen die betreffenden Staaten in die Lage, innerhalb ihrer Grenzen Getreide zu entsprechend höheren Preisen von ihren Landwirten aufkaufen zu können. Der Antrag Kanitz ist also sehr gut geeignet, international seine Segnungen zu entfalten. Unsere Vertragsstaaten würden uns dankbar sein für eine solche Anregung, und sich gewiß bereit finden lassen, uns für die Durchführung des Antrags Kanitz Konzessionen zu machen. Man sieht also: es handelt sich nur darum, den Antrag am richtigen Ende anzupacken, um alle Schwierigkeiten, woher sie auch kommen mögen, zu beseitigen.

Der allerwichtigste Einwand gegen den Antrag Kanitz soll nach den Ausführungen unseres „hervorragenden Parlamentariers“ auf dem Gebiete der inneren und sozialen Politik liegen: Der Antrag Kanitz ist und bleibt sozialistisch. Wenn jemand bei einer plötzlich eintretenden kalten, unfreundlichen Witterung sich veranlaßt sieht, seine Fenster doppelt und sorgfältig zu schließen, so könnte man auch mit Pathos ausrufen: „Was tust Du, Unglücklicher! Du sperrst den kleinen engen Raum Deines Zimmers hermetisch gegen die frische, gesunde Außenluft ab. Im Zimmer selbst wirst Du die gesunde Luft bald verbraucht haben. Und weil Dir der Zutritt der Außenluft fehlt, wirst Du erkranken und aus Mangel an Sauerstoff schließlich elend sterben müssen.“ Wenn aber in Wirklichkeit jemand bei einer solchen Gelegenheit eine ähnliche Rede halten würde, so würde man lächelnd ihm sagen: Beruhige Dich! Ich werde aus Mangel an Sauerstoff nicht sterben. Augenblicklich ist mir die Außenluft nur zu kalt und die Witterung zu unfreundlich. Wenn erst wieder die Sonne scheint und milde Lüfte friedlich wehen, werde ich die Fenster schon wieder öffnen!“ Genau so steht es mit dem Antrag Kanitz. Heute sind unsere Getreidepreise so niedrig, daß mit dem besten Willen und mit dem besten Können unsere Bauern nicht mehr existieren können. Wir müssen bessere Getreidepreise schaffen, wenn wir ein Herz für unsere Bauern und einen Blick für jene tiefgehenden Gefahren haben, welche die Zukunft des deutschen Volkes auf diesem Punkte jetzt bedrohen. Und für den Augenblick gibt es kein anderes, sofort wirksames Mittel, als den Antrag Kanitz. Daß dieser Antrag nur so lange Gesetz bleiben soll, als es absolut notwendig ist und die ruinösen Getreidepreise von heute bestehen, darüber ist sich jedermann klar. Und daß der Antrag nicht darauf losgeht, den Landwirten die Produktionskosten zu garantieren, ist ja schon in dem Umstand zum Ausdruck gekommen, daß heute die 40jährigen Durchschnittspreise gefordert werden. Aber die Aufgabe der Agrarreform geht natürlich auch darüber noch hinaus und muß Preise schaffen, bei denen neben den Produktionskosten auch noch ein entsprechender Gewinn verbleibt, um den Wohlstand auf dem Lande zu mehren. Das alles ist doch so selbstverständlich, wie nur etwas. Was hat es also für eine Bedeutung, gegen den Antrag Kanitz mit dem ganzen Kanonendonner der Sozialistenfurcht loszudrücken?

Falls aber unser „hervorragender Parlamentarier“ an das vorausgeschickte Beispiel mit dem Fenster anknüpfen und darauf hinweisen sollte, daß der Staat doch unmöglich nach der schlechten Witterung Sonnenschein hervorzaubern könne, so möchten wir hier schließlich noch ausdrücklich betonen, daß den Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete allerdings eine solche Zaubermacht zu Gebote steht, mit der Verpflichtung, sie zu üben! Und das ist der Punkt, mit dem wir uns vielleicht noch am leichtesten mit unserem Herrn Gegner verständigen können.

In den betreffenden Artikeln wird einmal gesagt: „Die gegenwärtige Lage hat ihren Grund wesentlich in der kapitalistischen Ausbeutung der heutigen Exportgebiete“. Sehr richtig! Also: der Rückgang der Preise auf dem Weltmarkt für Getreide kommt nicht etwa „von ungefähr“, sondern er kommt von der kapitalistischen Ausbeutung der Exportländer. An einer anderen Stelle wird in zustimmender Weise auf den Beschluß des deutschen Landwirtschaftsrats zur Gründung eines europäischen Zollbundes Bezug genommen. Dieser Vorschlag, den europäischen Zollbund betreffend, ist zwar falsch, weil er den Irrtum der Schutzpolitik, die Preise steigern zu können, wiederholt, und weil die wirkende Ursache des Übels, nämlich die Ausbeutung der Exportländer durch das internationale Großkapital, nicht beseitigt wird. Es handelt sich nicht darum, Europa gegen „Bankerotteure und Räuber“ abzuschließen, sondern es handelt sich darum, das Großkapital in Europa zu verhindern, durch „Bankerotteure und Räuber“ die Getreidepreise auf dem Weltmarkt fort und fort zu ruinieren. Es handelt sich darum, zu verhindern, daß das Großkapital in Europa, nur im Dienste seiner Habgier, fort und fort neue Milliardenanleihen aus den Taschen der Sparer herausnimmt, um sie in neuen Ländern zu Gründungen größten Stiles zu verschleudern und dann mit der so künstlich hervorgerufenen Mehrproduktion durch Ausnahmstarife, Valutadifferenzen und Börsenspiel uns die Preise noch immer mehr zu verschlechtern. Dieses Ziel läßt sich natürlich nur auf dem Wege systematischer internationaler Verträge erreichen. Und hier begegnen sich alle Kulturnationen der Erde. Denn überall geht es der Landwirtschaft bei den heutigen Preisen miserabel. Und kein Staat der Welt kann die Zufriedenheit seiner Landbevölkerung auf die Dauer entbehren.

Wenn unser Herr Gegner in diesem Sinne sich mit der Agrarfrage der Gegenwart noch weiter beschäftigt, dann wird die Einigung unserer Anschauungen nicht mehr lange auf sich warten lassen. Und dann wird ihm der Antrag Kanitz sofort nicht bloß als durchführbar, sondern auch als ein solcher erscheinen, der garnicht rasch genug durchgeführt werden kann.

## Die plutokratische Entwicklung in Preußen-Deutschland.

(Deutsche Agrarzeitung, 10. Heft 1909.)

Vor wenigen Wochen gingen verschiedene Artikel durch die liberale Presse, in denen verkündet wurde, daß von einer „plutokratischen Entwicklung“ in Preußen-Deutschland jetzt nicht mehr gesprochen werden könne. Das sollte durch die Einkommensteuer, insbesondere aber durch die neuesten statistischen Resultate des steuerpflichtigen Vermögens erwiesen sein. – Weil ich im 3. Bande meines „Systems der politischen Ökonomie“ (1908) von Seite 120 bis 220 die entschieden plutokratische Entwicklungstendenz für Preußen-Deutschland nachgewiesen habe und zwar ganz besonders durch die Resultate der preußischen Ergänzungssteuerveranlagung, so konnte es mich kaum überraschen, jetzt eine Reihe von Zuschriften zu erhalten, die um Aufklärung dieses Widerspruches mit den Nachrichten in der liberalen Presse ersuchten. Studenten von ausländischen Universitäten wiesen insbesondere noch auf die wesentlich anders klingenden Veröffentlichungen in Prof. Conrads Jahrbüchern hin und begründeten ihre Anfrage mit dem wissenschaftlichen Interesse, das ihre diesbezügliche vergleichende Untersuchung wohl beanspruchen dürfe. Die schwebenden Beratungen über das neue deutsche Bankgesetz mögen das Interesse an diesen Fragen noch besonders gesteigert haben. Daraus folgt die Notwendigkeit, dieses Thema erneut zu erörtern.

Ganz offenbar sind die Resultate der Einkommensteuerstatistik als Beweismaterial für oder gegen eine plutokratische Entwicklung wenig geeignet. Die große Masse der Bevölkerung wird auch bei verhältnismäßig bescheidenem Tageseinkommen imponierende Gesamtsummen ergeben. Rechnet man für die rund 40 Millionen Bevölkerung in Preußen nur 1 Mark pro Kopf und Tag, so erhält man bei nur 300 Arbeitstagen schon 12 Milliarden, also in rundem Betrage ziemlich genau das besteuerte Gesamteinkommen in Preußen für 1907. Der Einkommen- oder Ausgabenleistung der Volksmasse gegenüber treten die Allerreichsten rasch zurück. Die größten Syndikate sind deshalb immer den täglichen Bedarfsartikeln des Volkes zugewendet. Das Einkommen ist auch kein so guter Ausdruck für die Freiheit und ökonomische Selbständigkeit des Einzelnen, wie der Besitz. In Griechenland wie in Rom hat deshalb die Geschichte zu allen Zeiten das Fortschreiten der plutokratischen Entwicklung an anderen Merkmalen gemessen: an dem Zahlenverhältnis der Sklaven zu den Freien, an der Größe der öffentlichen Geschenke, die an die verarmten Bürger verabreicht wurden, an dem Luxus der Reichen und insbesondere an der Konzentration des Besitzes in immer weniger Händen. Unsere Lohnarbeiterstatistik hat leider den Begriff „proletarischer Arbeiter“ im Gegensatze zu jenen Arbeitern, die in die Reihe des echten Mittelstandes aufsteigen, nicht ausgebildet. So muß denn auch bei uns die plutokratische Entwicklung vornehmlich an der Verschiebung des Besitzes in eine kleine Zahl von Händen gemessen werden.

Die einleitend erwähnten Artikel fußen nun auf der Tatsache, daß für 1908 die in Preußen zur ERGÄNZUNGSSTEUER veranlagte Bevölkerung, das heißt: die

„Zahl der Zensiten einschließlich ihrer Angehörigen“ in überraschender Weise gewachsen ist. Während die ergänzungssteuerpflichtige Bevölkerung in Preußen

im Jahre 1895 .....	14,04 % der Gesamtbevölkerung
im Jahre 1896 .....	13,97 % der Gesamtbevölkerung
im Jahre 1897 .....	13,93 % der Gesamtbevölkerung
im Jahre 1899 .....	13,92 % der Gesamtbevölkerung
im Jahre 1902 .....	13,81 % der Gesamtbevölkerung
im Jahre 1905 .....	13,78 % der Gesamtbevölkerung

betrug, also im Ganzen langsam aber stetig abgenommen hatte, zeigt die Erhebung für 1908 eine Zunahme auf 14,09 %. Diese Zunahme ist zwar recht bescheiden. Es stehen immer noch unter je 100 Personen der Gesamtbevölkerung nur 14 Personen, die zu jener Gruppe gehören, die mit einer VERMÖGENSsteuer veranlagt ist. Diese absolute Zahl gibt also zu einer befriedigenden Zensur über die allgemeine Volkswohlstandsentwicklung bei weitem noch keinen Anlaß. Aber es könnte ja sein, daß damit wenigstens eine Wendung zu einer besseren Vermögensverteilung eingesetzt hätte. Schaut man sich aber das veröffentlichte amtliche Tabellenwerk näher an, dann kommt man zu folgender Übersicht:

Es betrug die ergänzungssteuerpflichtige Bevölkerung in Preußen in Hundertteilen der Gesamtbevölkerung:

	auf dem Lande	in den Städten	in den größeren Städten	in Berlin.
1895	14,33	13,64	11,91	8,91
1896	14,30	13,49	11,81	8,92
1897	14,38	13,29	11,58	8,62
1899	14,55	13,08	11,25	7,80
1902	14,45	12,98	11,21	7,69
1905	14,66	12,69	10,96	7,62
1908	15,47	12,50	10,61	7,17

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß die Zunahme der besitzenden Klasse sich hauptsächlich auf die innere Kolonisation zurückführt. Nach der letzten Publikation aus der Boden-Besitzwechselstatistik in Preußen wurde im Jahre 1905 im Ganzen 67 835 Parzellen bis zu 2 Hektar von größerem Besitz abgezweigt. Diese Parzellierung erfolgte hauptsächlich in den westlichen Provinzen. Im Osten kommen dazu in Betracht die Tausende neuer Bauernansiedelungen. Dazu tritt generell die Steigerung der Veranlagungssätze in Folge der seit zwei Jahren etwas besser sich gestaltenden Erwerbslage der bäuerlichen Bevölkerung.

An all diesen, auf dem PLATTEN LANDE (und NUR DADURCH auch im statistischen Gesamtdurchschnitt), wenn auch nur in sehr bescheidenem Maße, so doch wenigstens überhaupt erkennbar werdenden Besserungssymptomen darf man gewiß seine Freude haben. Aber man sollte dabei nicht vergessen: Die agrarisch-mittelständische Politik, die jene auf dem platten Lande erkennbar werdenden Besserungssymptome sich zuschreiben darf, hat sich nur in den allerschwersten politischen Kämpfen gegen die Vertreter der plutokratischen Tendenzen durchsetzen können. Und wenn man die obigen Zahlenreihen mit scharfem Auge

prüft, so wird man zu dem Schluß gedrängt: daß, während des Wogens dieser agrarisch-mittelständischen politischen Kämpfe, die plutokratischen Interessen und Tendenzen ihre eigenste, engere Domäne, das heißt: die Futterplätze des mobilen Kapitalbesitzes der Nation, im Stillen umso erfolgreicher abgegrast haben.

Die Gesamtsumme des steuerpflichtigen Vermögens in Preußen hat von 1905 zu 1908 um rund 9 Milliarden zugenommen. Davon entfällt nur der kleinere Teil auf die obige absolute und relative Steigerung der ländlichen Besitzziffern; der weitaus größere Teil entfällt auf den städtischen und den mobilen Besitz. Trotz dieser auch hier also gegebenen absoluten Steigerung des Gesamtvermögens ist, wie die obigen Zahlenreihen zeigen, die relative Ziffer der überhaupt etwas Besitzenden andauernd weitergesunken, und zwar:

in den Städten überhaupt um	1,14 %,
in den größeren Städten um	1,30 %,
in Berlin um	1,74 %.

Mit welcher elementarer Gewalt diese plutokratische Entwicklung hier fortschreitet, das ergibt sich besonders drastisch aus der Vermehrung der Zusammenballung der größten Vermögen. Die ersten zehn Milliarden aus der Pyramide des preußischen Vermögensbesitzes verteilten sich im Jahre 1896 noch auf rund 3000 Besitzer; nur neun Jahre später, 1905, waren es nur noch 1500, die zusammen schon über zehn Milliarden verfügten! Für 1908 sind die Zahlen noch nicht publiziert; man wird ihre baldige Veröffentlichung wünschen dürfen!

Die obigen Tabellen enthalten meines Erachtens eine dringende Mahnung an alle Mittelstandspolitiker, die sich etwa so formulieren läßt: Auf dem einen Gebiete (der ländlichen Besitzverteilung und Besitzerhaltung) treten die ersten Symptome einer Besserung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse, als Resultat der politischen Kämpfe zweier Jahrzehnte, insoweit zu Tage, daß hieraus ein neuer guter Ansporn für weitere Kämpfe um Festhaltung des Erreichten und um weitere Fortschritte entnommen werden kann.

Aber die politische Strategie, die diesen Kampf führen will, wird um so erfolgreicher sein, je schärfer sie den Stoß direkt ins Herz des plutokratischen Gegners führt.

Je ungehinderter man den Fortschritt der plutokratischen Tendenzen auf ihrem nächstliegenden, engeren Entwicklungsgebiete des städtischen und mobilen Besitzes sich vollziehen lassen würde, – je stärker und mächtiger hier also der Gegner sich entfalten kann: desto schwerer wird natürlich nicht nur seine Bekämpfung überhaupt, sondern auch die Reparatur der Schäden, die er der volkswirtschaftlichen Entwicklung auch des platten Landes fortdauernd zuzufügen im Stande ist.

Mit anderen Worten: Es genügt nicht, den Feind erst abzuwehren, wenn er direkt aufs Land dringt; man muß ihn vielmehr im eigenen Lager angreifen.

Bei einem Schutzzollgesetz, bei einer Seuchengrenzsperremaßregel, bei der Frage der Bauernsiedelung, bei der ländlichen Arbeiterfrage begreift sofort die gesamte Landbevölkerung: daß es hier um ihre Interessen sich handelt! Und der

städtische Mittelstand macht geschlossen mobil: wenn es um ein Handwerker-gesetz, um eine Gewerbe-Ordnungsnovelle, ein Warenhaussteuergesetz, kurzum irgend eine mittelständische Spezial-Bill sich handelt!

Aber weder draußen im Lande noch hier beim städtischen Mittelstand herrscht eine auch nur annähernd so weitgehende Erkenntnis dafür: daß überaus wichtige eigene Lebensinteressen auch bei einem Gesetzentwurf auf dem Spiele stehen können, der weder eine landwirtschaftliche noch eine städtisch-mittelständische Überschrift trägt! Zum Beispiel: „Bankgesetz“! Man ahnt eben – in weiten Kreisen – kaum: daß gerade in einem solchen (ihnen anscheinend so fern liegenden) Gesetz sich die Plutokratie diejenige Waffe schmieden oder neu schärfen könne, mit der dann im allgemeinen Wirtschaftskampf die schwersten Streiche gegen den Mittelstand geführt werden!

Die Zahl der Konten bei der Deutschen Bank hat sich in den 25 Jahren (von 1883 bis 1907), für welche diese Ziffer veröffentlicht wurde, von 10,072 auf 212,214 vermehrt. Unter diesen Konten sind viele mittlere und selbst kleine Einleger enthalten. Aber auch die reichen und reichsten Leute haben sich längst unseren Großbanken angeschlossen. Ähnlich wie bei der Deutschen Bank, haben sich inzwischen auch die Geschäfte der anderen vier Berliner Großbankgruppen entwickelt. Es ist deshalb gewiß nicht falsch gerechnet, wenn angenommen wird, daß unter der Klientel der fünf Berliner Großbankgruppen in der Hauptsache sich auch die 50 000 reichsten preußischen Untertanen befinden werden. Diese 50 000 besaßen schon nach der preußischen Vermögenssteuerstatistik für 1905 etwa die Hälfte des ganzen steuerbaren Privatvermögens in Preußen (38 Milliarden von im ganzen 83 Milliarden!) Wer nun die Entwicklungsgeschichte unserer modernen Syndikate verfolgt hat, weiß, in welchem Maße die leitenden Fäden bei den Bankdirektoren zusammenlaufen. Ein hervorragender Sachverständiger hat in der Bank-Enquete die Erklärung abgegeben, daß die Berliner Großbanken heute von etwa 12 bis 13 Personen beherrscht werden. Wenn ich also im dritten Bande meines „Systems der politischen Ökonomie“ auf Seite 208 behauptet habe, daß die eigentliche Vermögensverwaltung für die Hälfte des deutschen Volksvermögens in den Händen von etwa 150 Personen ruht, so war das noch viel zu hoch gegriffen. In dieser „Kommandogewalt“ über das Volksvermögen drückt in gleichem Maße die Tatsache eines bereits höchst plutokratischen Zustandes, wie auch die Notwendigkeit sich aus, denjenigen Gesetzen das allergrößte Interesse zuzuwenden, die, wie die vorliegende Bankgesetznovelle in das Arbeitsfeld des Generalstabes der Plutokratie fallen und zu ihrer Strategie und Kriegstechnik gehören! –

Ein Weiteres: Die Forscher der römischen Geschichte erblicken heute den plutokratischen Charakter des niedergehenden römischen Senats insbesondere auch in der Tatsache, daß damals die römischen Truppen dazu benutzt wurden, die Wuchergewinne der römischen Geldleute im Auslande beizutreiben. Damit möge man zusammenhalten, was Feldmarschall Graf Moltke in der Vorrede der Volksausgabe der Geschichte des „Deutsch-Französischen Krieges“ sagt: „Die großen Kämpfe der neueren Zeit sind gegen Wunsch und Willen der Regierenden entbrannt. Die Börse hat in unseren Tagen einen Einfluß gewonnen, welcher die bewaffnete Macht für ihre Interessen ins Feld zu rufen vermag. Mexiko und Ägypten sind heimgesucht worden, um die Forderungen der „hohen Finanz“ zu liquidieren“. –

## Entwurf einer allgemeinen Wertzuwachs-Steuer.

(Deutsche Agrarzeitung, 44. Heft 1908.)

### A. DER BEGRIFF DIESER STEUER.

Der Begriff „Steuer“ hat im Laufe der letzten Jahrhunderte sich fortwährend verändert. Hobbes begründete 1669 hierzu seine Genuß- und Äquivalenztheorie. Der Steuerleistung des einzelnen sollte die Gegenleistung des Staates entsprechen. Die Freihandelslehre brachte dann die Assekuranztheorie. Der Steuerzahler versicherte sich beim Staate gegen Rechtsverletzungen. Inzwischen ist namentlich durch Adolf Wagner die soziale Auffassung auch in den Steuerbegriff eingerückt. Die Steuerpflicht des einzelnen soll sich auf sein „gliedliches Verhältnis zur Gemeinschaft“ gründen. Die Besteuerung soll nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen erfolgen. Trotzdem ist der Steuerbegriff heute im wesentlichen noch ein juristischer Begriff geblieben, der von den Staatshoheitsrechten beherrscht wird. Daneben glaubt man heute noch speziell für die Theorie der Gemeindesteuern das Interessenprinzip nicht entbehren zu können (Bayrischer Entwurf einer Steuerreform 1908). Der modernen sozialen Auffassung der Steuer scheint es besser zu entsprechen, die juristische Definition der Steuer durch eine nationalökonomische zu ersetzen und den Begriff Steuer aus dem Begriff „ARBEIT“ abzuleiten.

Was heißt „ARBEITEN“? – Ein Lohnarbeiter steht in einer Fabrik an einer Drehbank, um einen Stahlwellenblock auf das rechte Maß genau abzdrehen. Die Welle ist für die Turbine eines größeren Kraftwerkes bestimmt. Die sozialistische Theorie lautet hier: Das fertige Produkt wurde durch die schwielige Faust des Arbeiters geschaffen. Sein Arbeitsprodukt ist deshalb sein – des Arbeiters – „naturgemäßer Arbeitslohn“. Ist das wirklich der Fall? Nein! Die Drehbank, mit deren Hilfe allein er diese Arbeit fertigen kann, ist ein Instrument, dessen Entstehung schließlich die Arbeitsgemeinschaft der ganzen Menschheit zur Voraussetzung hatte. Das Gleiche gilt von der Kraftmaschine, welche die Drehbank in Bewegung brachte. Das Gleiche gilt für die Anfertigung des rohen Stahlblocks, der aus anderen Werkstätten geliefert wurde. Die fertige Welle wandert wieder in andere Arbeitsräume, wo sie ohne jede Mitwirkung des genannten Lohnarbeiters in den Mechanismus einer ganzen Maschine eingefügt wird. Im technischen Bureau der Fabrik wurden die Maße genau ermittelt, nach denen der Arbeiter an der Drehbank erst in die Lage kommt, etwas Nützliches und Wertvolles zu leisten und seine Drehbank richtig einzustellen. Und diese Tätigkeit selbst hat der Arbeiter von Dritten erlernen müssen. Wie klein und bescheiden ist mithin die Arbeit des einzelnen Lohnarbeiters im Vergleich zur Mitwirkung der großen sozialen Arbeitsgemeinschaft. Und wie gedankenlos anmaßend zeigt sich hier die sozialistische Theorie, die das fertige Arbeitsprodukt als die Leistung des Lohnarbeiters und deshalb als seinen natürlichen Arbeitslohn anspricht.

Ein Ähnliches gilt für jeden selbständigen Unternehmer, kurz für jede persönliche Arbeit. Der wie immer geartete wirtschaftliche Erfolg eines jeden ist

nur denkbar und wird in der Tat erst für einen Nachdenkenden verständlich, weil die soziale Arbeitsgemeinschaft in ganz gewaltigem Umfange mitgewirkt hat. Diese Mithilfe der sozialen Arbeitsgemeinschaft ist bis zu solchem Maße ausschlaggebend, daß dort, wo diese Gemeinschaft ihre Fürsorge für die einzelnen auch nur etwas zurückzieht, ganze Berufsstände „notleidend“ werden.

Der nationalökonomische Begriff der Steuer wird deshalb lauten müssen: Die Steuer ist der gütermäßige Ausdruck für die Tatsache, daß bei der Erwerbstätigkeit eines jeden die soziale Arbeitsgemeinschaft in ganz ausschlaggebender Weise mitwirkt und daß sie deshalb für diese ihre stille Teilhaberschaft durch den Staat, die Provinz und die Gemeinde einen bestimmten Anteil aus dem ökonomischen Erfolg der Einzelnen zurückfordert.

Aus diesem sozialen Begriff der Steuer ergibt sich von selbst die Begründung der Steuerpflicht und das ganz Unhaltbare der bisher herrschenden Auffassung, die dem Reiche und den Einzelstaaten nur ungenügend Steuern bewilligen will. Für die Steuerpolitik aber ergibt sich aus diesem Grundbegriff diese Schlußfolgerung:

1. Es gibt ökonomische Erfolge der Einzelnen, bei denen die soziale Arbeitsgemeinschaft fast alles bewirkt hat, die Tätigkeit der einzelnen aber, die den ökonomischen Erfolg einstreichen, fast gar nicht aktiv beteiligt war, und ihr juristischer Eigentumsanspruch nur auf die Investierung ihres Kapitals, oft nicht einmal auf dieses sich stützt.
2. Es gibt ökonomische Erfolge der Einzelnen, bei denen neben der Mitwirkung der sozialen Arbeitsgemeinschaft eine intensive Tätigkeit der einzelnen eventuell mit Aufwendung eigenen Kapitals wesentlich geholfen hat.
3. Es gibt ökonomische Erfolge der Einzelnen, die durch Energie, Fleiß und Sparsamkeit erzielt wurden, trotzdem sie von der sozialen Arbeitsgemeinschaft im Vergleich zu anderen Gruppen eigentlich vernachlässigt wurden.

Nach dem Prinzip der Gerechtigkeit wird die Steuerforderung des Staates im ersten Falle am Höchsten lauten müssen. Im zweiten Falle ist eine wesentlich kleinere Forderung angebracht. Im letzten Falle folgt logisch die Notwendigkeit einer Steuerermäßigung.

Da der bisherigen Steuergesetzgebung der vorstehende Grundbegriff der Steuer fehlt, konnten solche Grundsätze der GERECHTIGKEIT in ihr nicht zum Ausdruck kommen. Die geltenden Steuergesetze beschränken sich deshalb auf eine mehr schematisch gleichmäßige, mehr FORMALE Gerechtigkeit. So kommt es denn, daß die vorgenannten drei Gruppen ziemlich gleichmäßig mit Steuerlasten bedacht wurden. Dadurch wird es verständlich, daß heute die zur dritten Gruppe gehörenden Personen über zu hohe Steuern klagen, während nach einem allgemeinen, dunklen Gerechtigkeitsempfinden des Volkes die erste Gruppe wesentlich mehr an Steuerzahlungen leisten könnte und sollte. Die praktischen Forderungen der Tagespolitiker zielen deshalb auf:

Erbschaftssteuern bei Vererbung auf entfernte Verwandtschaftsgrade, namentlich für große Vermögen, —

Steuern, welche die großen Syndikate belasten, —

Börsenumsatzsteuer, —

Umsatzsteuern der Großbanken, —

Konjunkturensteuern, —

Dividendensteuern, —,

Mühlenumsatzsteuern,—

neue Arten von Kapitalrentensteuern mit Luxussteuern aller Art usw.

Auch Adolf Wagner faßt seine drei Artikel „über Reichsfinanznot“ in der Scherl'schen Woche dahin zusammen: „Daß die reichen Klassen namentlich im Handel und im Großgewerbe und Geldgeschäft für die Lasten im Reiche mehr herangezogen werden, entspricht sowohl der Billigkeit als auch der Lage dieser rasch sich bereichernden Elemente, die von den direkten und indirekten Leistungen des Reiches gerade für ihren privaten Erwerb den meisten Vorteil haben, überall den Rahm abschöpfen.“ Sehr, richtig! Nur wird es nötig sein, zur konsequenten Verwirklichung dieser Forderung die Steuerbegriffe in der oben gezeichneten Weise weiter zu bilden und die verschiedensten Forderungen, die das Gerechtigkeitsempfinden des Volkes in die Steuerdebatte hinein geworfen hat, in einer GEMEINSAMEN volkswirtschaftlichen Formulierung zu vereinen. Das will der Begriff „ALLGEMEINE Wertzuwachssteuer“ erreichen. Ihre spezielle Definition würde lauten: „Die ALLGEMEINE Wertzuwachssteuer will all jene Einkommen treffen, bei deren Verursachung die Tätigkeit desjenigen, der das Einkommen bezieht, im Vergleich zur Allgemeinheit der produktiven Stände eine wesentlich kleinere war und der Eigentumsanspruch ganz überwiegend auf juristische Gründe sich stützt.“

Das geltende Steuerrecht enthält bereits Spezialbestimmungen dieser Art in der Lotteriesteuer, in dem Heimfallrecht des Staates auf herrenloses Vermögen, in der Wertzuwachssteuer der Bodenreformer, die bis heute als Gemeindesteuer nur für den Wertzuwachs des Grundbesitzes konstruiert wird, und in der Tantiemensteuer.

#### B. SPEZIELLE BESTIMMUNGEN DIESES STEUERGESETZES.

a) Steuerobjekt sind hier alle Werte, die arbeitslos zuwachsen. In der Praxis soll das anerkannt werden durch einen Vergleich mit der Allgemeinheit der produktiven Stände und mit der Summe von persönlicher produktiver Tätigkeit, die in diesen Kreisen mit einem gleich großen Einkommen verknüpft ist. Dabei darf die „rein egoistische“ Tätigkeit des Einzelnen nicht verwechselt werden mit der produktiven Tätigkeit im sozialen Sinne. „Arbeiten“ im sozialproduktiven Sinne heißt „DIENEN“, dienend an die soziale Gemeinschaft sich anschließen“. In diesem Sinne nannten schon die alten Griechen den Gewerbetreibenden, aber auch den Weltenschöpfer „Demiurg“. Der König ist der erste Arbeiter. „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein,“ schrieb 1879 Alfred Krupp in Essen. Alle produktiven Stände „dienen“ der Gesamtheit, indem sie produ-

zieren. Der nur für sich „egoistisch“ Tätige, wie der Spieler, der Wucherer, der Güterzertrümmerer „dient“ der Gesamtheit nicht, er produziert deshalb keine neuen Werte, er überträgt nur schon vorhandene Werte aus der Hand Anderer in seine Hand. Insofern das geltende Recht diese Form des Erwerbs heute noch zuläßt, diese Art von Arbeit aber keine „echte Arbeit“ im volkswirtschaftlichen Sinne ist, gehört auch dieses Einkommen zu dem Begriff „ARBEITSLOSER Wertzuwachs“. Zu diesem arbeitslosen Wertzuwachs gehört NICHT der Erbgang zwischen Ehegatten und Kindern, weil die Familie im Volke eine Arbeitsgemeinschaft darstellt.

b) Das Einkommen der Mitglieder der produktiven Stände wird durch die PRODUKTIONSKOSTEN im weiteren Sinne motiviert. Dieses Einkommen läßt sich deshalb im Einzelfalle buchmäßig klar rechtfertigen. Es wird deshalb billig sein, bei Berechnung des Wertzuwachses die landesüblichen Zinsen für das aufgewendete Kapital in Abzug zu bringen. Ganz allgemein wird der „reine“ Wertzuwachs im Sinne dieses Steuerentwurfs von dem gesamten Vermögenszuwachs durch den BUCHWERT im Sinne des Reichsbankgesetzes von 1875 § 41 Abs. a ausgedehnt. Die Abschreibungen sollen der tatsächlichen Abnutzung entsprechen. Die buchmäßigen Selbstkosten sollen jeden außergewöhnlichen Luxus außer Rechnung lassen. Wohl aber ist einzurechnen ein reichlich bemessener landesüblicher Arbeitslohn für jede echte Arbeit. Jedes Plus über diesen Buchwert hinaus ist „MÜHELOSER Wertzuwachs“ und unterliegt deshalb der Besteuerung im Sinne dieses Entwurfs.

c) In der Praxis werden die Objekte dieser Besteuerung außerordentlich verschiedenartig sein. Deshalb erscheint es wichtig, den Legalbegriff klar und bestimmt im Gesetze zu formulieren. Die mit dieser Steuer gemachten Erfahrungen und Beobachtungen sind an einer ZENTRALSTELLE zu sammeln und zu verarbeiten. Und für die Durchführung des Gesetzes ist so viel Beweglichkeit vorzusehen, daß jede Form der Umgehung sofort gefaßt werden kann und auch gesetzlich noch nicht vorgesehene Formen einbezogen werden können.

d) Die Wertzuwachssteuer ist immer bei jener Person zu erheben, die den mühelosen Zuwachs vereinnahmt. Die Steuer soll an die Tatsache der Realisierung des Gewinnes anschließen, sie wird also mit der Tatsache der Vereinnahmung des Wertzuwachses fällig. Endlich kann hier der DEKLARATIONSZWANG nicht entbehrt werden. –

Als Beispiele der Steuerobjekte für diese allgemeine Wertzuwachssteuer sollen hier genannt werden:

1. WERTZUWACHS DER SPEKULATIVEN GRUNDRENTE IN STADT UND LAND. Die Schuldennahme des deutschen Grundbesitzes in Stadt und Land wird heute auf 2 ½ Milliarden pro Jahr geschätzt. Die größere Hälfte davon ist wahrscheinlich Wertzuwachs, trotzdem kann man die der Besteuerung zu unterwerfende jährliche Wertzunahme der spekulativen Grundrente erheblich niedriger veranschlagen und würde dabei trotzdem immer noch zu einer sehr bedeutungsvollen Einnahme gelangen.

2. WERTZUWACHS DER SYNDIKATE. Darunter verstehe ich jenen Einnahmenezuwachs, der den Syndikaten über die ordentlichen Produktionskosten hinaus heute jährlich zufließt. Diese rechnungsmäßige Ermittlung muß sich auf jedes beteiligte Werk erstrecken. Verkaufseinrichtungen auswärtiger Syndikate im Inlande, wie das Petroleumsyndikat, werden nach Gutachten von Sachverständigen zur Steuer herangezogen. Deutschland hat heute über 400 Syndikate. Der unter diesem Titel anfallende Wertzuwachs ist ebenfalls außerordentlich beträchtlich.
3. WERTZUWACHS DER GRÜNDERGESCHÄFTE. Darunter verstehe ich die Preisdifferenz zwischen den buchmäßig nachweisbaren Selbstkosten der Einbringung und dem schließlichen Übernahmepreis des Unternehmens durch die Aktionäre. Diese Steuer gilt für alle Gründungen, auch für Familiengründungen, die nicht im Markte sind. Ausländische Gründungen, deren Anteilscheine im deutschen Markte eingeführt werden, sind nach Gutachten von Sachverständigen auf ihren Wertzuwachs einzuschätzen und proportional der vom deutschen Markte übernommenen Werte zu besteuern. Für die Zahlung der Steuer haftbar und sofort verpflichtet ist die deutsche Einführungsstelle.
4. WERTZUWACHS AUS DEN SANIERUNGS- UND FUSIONSGESCHÄFTEN DER KREDITANSTALTEN. Geschäfte dieser Art werden fast stets mit unverhältnismäßig hohen Gewinnen gemacht.
5. WERTZUWACHS AUS KURSGEWINNEN UND BÖRSENWERTEN. Hierüber beziehe ich mich auf die näheren Ausführungen in dem neuesten Heft von Conrads Jahressbüchern, September 1908, Seite 329 ff., von Dr. Fr. PABST.
6. WERTZUWACHS BEI AUSGABE NEUER AKTIEN UND ANTEILSCHEINE. Der Frankfurter Bankier Caesar Strauß hat den hierbei gemachten Gewinn mit dem Worte „Freikapital“ bezeichnet. Die heute übliche Diskontierung der Gewinnchance eines Unternehmens bringt es mit sich, daß neu ausgegebene Aktien und Anteilscheine sofort eine über den Nominalbetrag entsprechend hinausgehende Barsumme einbringen. Dieser Überschuß über den Nominalbetrag, der im Wesentlichen sich auf noch gar nicht geleistete Arbeit bezieht, unterliegt der Wertzuwachssteuer. Ihre Zahlung ist von dem betreffenden Unternehmen zu leisten. Das Gleiche gilt für jene Familiengründungen, die neue Anteilscheine ohne Gegenleistung verteilen, um die Höhe ihrer Jahreserträge zu verschleiern.
7. WERTZUWACHS DER GESELLSCHAFTEN UND KREDITINSTITUTE infolge nicht zur Einlösung gelangter Dividendenscheine, Banknoten, Lombarden und Sparkassenbücher.

## Über den Begriff der landwirtschaftlichen Brennerei.

### Von welchem Punkte aus ist ein mit der Landwirtschaft verbundenes Gewerbe als ein „selbständiges“ zu betrachten und deshalb einer besonderen Gewerbesteuer zu unterstellen?

(Zeitschrift des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, München, Februar 1883.)

In Unterfranken wurde im Schoße der letzten Steuereinschätzungs-Kommission in X. die Frage aufgeworfen: „ob diejenigen Milchwirtschaften, welche mit einem landwirtschaftlichen Betriebe verbunden sind, und regelmäßig zugekaufte Kraftfuttermittel verwenden, nicht einer besonderen „Gewerbesteuer“ zu unterstellen wären? Die Frage wurde hier, angesichts der unbestreitbaren Prägravative des Grundbesitzes und der Unklarheit oder vielmehr des Mangels einer hierhergehörenden gesetzlichen Bestimmung halber verneint, natürlich: ohne damit die Sache selber weiter aufzuklären.

Nun fehlt es aber in unseren Gesetzen doch nicht gänzlich an einer hierhergehörenden Bestimmung und zwar finden wir eine bezügliche Entscheidung im Art. 3 Abs. 3 und 4 des Gesetzes vom 25. Februar 1880, betreffend den Branntweinaufschlag beziehungsweise §33 Abs. 1 bis 4 incl. des bezüglichen Auszugs aus der DIENSTINSTRUKTION. Es heißt dort:

„LANDWIRTSCHAFTLICHE Brennereien sind diejenigen dem Maischraumaufschlag unterliegenden Brennereien, welche in Verbindung mit der Ackerbauwirtschaft und Viehhaltung in EINER DEN UMFANG DERSELBEN NICHT ÜBERSTIEIGENDEN AUSDEHNUNG betrieben werden, um die EIGENEN BODENPRODUKTE durch Umgestaltung in Branntwein lohnender zu verwerten und die RÜCKSTÄNDE zur Förderung der Bodenproduktion in der eigenen Wirtschaft zu verwenden.

Hiernach erfordert der Charakter der Landwirtschaftlichkeit einer Brennerei, daß der Erntegewinn aus der eigenen Ackerwirtschaft in der Regel für den Bedarf der Brennerei ausreicht, und daß der Brennereibetrieb zum Zwecke der Unterhaltung des für die Landwirtschaft erforderlichen Viehstandes stattfindet.

Der Charakter der Landwirtschaftlichkeit geht nicht verloren, wenn :

- a) im Falle außerordentlicher elementarer etc. Ereignisse, welche die Verwendung selbstgebafter Früchte zum Teil oder ganz unmöglich machen, zum Zwecke der Sicherung des Fortbetriebes der Brennerei, der Zukauf eines größeren oder auch des gesamten benötigten Quantums Früchte erfolgt, oder
- b) in normalen Zeiten kleine Partien Früchte zugekauft werden, oder
- c) ein Schlempeverkauf bei vorübergehender oder außergewöhnlicher Abminderung des normalen Viehstandes stattfindet.

Der Charakter der Landwirtschaftlichkeit wird jedoch alteriert, wenn der Betrieb eine gewerbsmäßige Richtung annimmt, was insbesondere dann der Fall ist, wenn regelmäßig größere Partien Kartoffel etc. angekauft werden, oder regel-

mäßig Schlempe zum Verkauf gelangt. Solche Brennereien sind unter allen Umständen von der Begünstigung der landwirtschaftlichen Brennereien ausgeschlossen.“ –

Übertragen wir jetzt diese Bestimmungen auf die Milchwirtschaft, so wäre der Charakter der Landwirtschaftlichkeit mit dem regelmäßigen Zukauf größerer Quantitäten von Kraftfuttermittel alteriert und der Betrieb wäre als selbständiges Gewerbe – ähnlich den meisten Molkereiwirtschaften in den Städten – zu besteuern. Das ist aber an sich ein ziemlich bedeutungsvolles Resultat, denn jeder Sachverständige weiß, daß nicht nur bei sämtlichen Milchwirtschaften, sondern auch bei Mast- und Jungviehzucht, trotz ihrer Verbindung mit dem Ackerbau, regelmäßiger Kraftfuttermittelzukauf nötig ist.

Und ob hier überall einfach nach dem Gutdünken der Steuereinschätzungskommission eine besondere Gewerbesteuer auferlegt werden kann oder nicht, möchte immerhin der Beachtung wert erscheinen, umso mehr Unklarheit in den Prinzipien der Steuereinschätzung stets nur zu fortgesetzten Parteilichkeiten beiträgt und dadurch unnötiger Weise die Unzufriedenheit mit den bestehenden legalen Institutionen vermehrt.

Sind die mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundenen Gewerbe DURCH DAS MOMENT DES REGELMÄßIGEN ZUKAUFS VON ROHPRODUKTEN tatsächlich schon in ein selbständiges Gewerbe umgewandelt, für welche dann die besonderen Bestimmungen für landwirtschaftliche Gewerbe im Wegfall kommen, so ist die Forderung: diese Besteuerung nicht dem jeweiligen Ermessen der Steuereinschätzungskommission zu überlassen, sondern auch hier einheitliche Bestimmung zu treffen, jedenfalls nichts weniger als ungerecht.

Wenn aber der CHARAKTER DER LANDWIRTSCHAFTLICHKEIT nach der Natur der Sache damit, das heißt mit dem regelmäßigen Zukauf von Rohprodukten noch nicht alteriert ist, so dürfte es indiciert sein, JENEN PUNKT ein für allemal klar zu stellen, von dem aus jegliches mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundene Gewerbe „selbständig“ wird, und damit bei der Besteuerung eine andere Behandlung erleiden muß.

Was das Alterieren der Landwirtschaftlichkeit durch den regelmäßigen Zukauf von Rohprodukten betrifft, so werden wir bei unserer Untersuchung wohl auf die Quelle selber zurückgehen müssen, aus der wir dieses Resultat geschöpft haben.

Wenn wir aber das Gesetz vom 25. Februar 1881, den Branntweinaufschlag betreffend, einer ernsteren Kritik unterziehen, so kann es nicht lange unbeachtet bleiben, daß wir mit oben zitierter Stelle gerade an seinem verwundbaren Flecke angelangt sind. Es dürfte nicht schwer halten, zu beweisen, daß dem Gesetzgeber hier ursprünglich eine ganz andere Absicht vorschwebte, als heute der Wortlaut des Gesetzes als ratio legis erkennen läßt.

Schon die Definition der „Landwirtschaftlichkeit“ als: – „in Verbindung mit der Ackerbauwirtschaft und der Viehhaltung in einer den Umfang derselben nicht übersteigenden Ausdehnung“ – sowie: – „daß der Erntegewinn aus der

eigenen Ackerwirtschaft für den Bedarf der Brennerei ausreicht und – zum Zwecke der Unterhaltung des für die Landwirtschaft erforderlichen Viehstandes stattfindet“ – ist von vornherein in ihrem Verständnis hinter der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zurückgeblieben. Es ließe sich das zwar bis ins kleinste nachweisen; allein es werden heute schon wenige Punkte unserem Zwecke genügen.

Wir behaupten, daß der Umfang der Ackerbauwirtschaft einerseits und der Viehhaltung andererseits, soweit derselbe für beide mit der Branntweinbrennerei als Gewerbe in Verbindung tritt, unter der alleinigen Beschränkung des regelmäßigen Zukaufs von Rohprodukten, gerade in Hinsicht auf die „Landwirtschaftlichkeit“ eine sehr unzuverlässige Größe ist und bleibt. Denn: der Umfang der Ackerbauwirtschaft heißt in obiger Fassung doch nichts anderes als die Anbauausdehnung oder richtiger die Rohertragssumme jener Früchte, die zum Zwecke der Gewinnung von Branntwein ihre weitere Verwendung in der zugehörigen Brennerei finden. Diese Rohertragssumme aber kann bei zwei Gütern von ganz derselben Flächenausdehnung schon der Quantität nach um ein Vielfaches differieren, was bei qualitativer Berücksichtigung noch gesteigert wird. Wir erinnern dabei nur an die Verhältnisse auf schwerem und leichtem Boden. Der Wirtschaftler auf leichtem Boden kann sich mit seinem Rohertrag zur Beschäftigung seines Brennereibetriebes leicht befriedigt sehen. Der Wirtschaftler auf schwerem Boden eben so leicht gezwungen sein, größere Quantitäten von Kartoffeln etc. zuzukaufen, ohne daß sein Betrieb damit die Bedeutung wie der des ersteren auch nur erreichte.

Ebenso ist – „die Unterhaltung des für die Landwirtschaft erforderlichen Viehstandes“ – heute ein überlebter Begriff, der jener Zeit angehört, in der man das Vieh, soweit man seiner Kräfte nicht zur Arbeitsleistung bedurfte, der Düngerproduktion halber gehalten und deshalb als notwendiges Übel betrachtet hat. Aus jener Zeit kennen wir allerdings Versuche, die Zahl des „erforderlichen Viehstandes“ für bestimmte Verhältnisse allgemein festzustellen. Heute aber weiß jeder verständige Landwirt, daß sein Viehstand ebenfalls ein Gewerbe, ein Veredlungsmedium für Rohprodukte ist, dessen Ausdehnung sich nicht nach der Größe des Besitzes, sondern nach den Konjunkturen des Marktes richtet, und daß er gerade durch die Ausnützung dieser Konjunkturen sich einer seiner bedeutendsten Einnahmequellen erschließt.

Wenn wir hier auch von jeder weiteren Detailsausführung absehen, so steht doch so viel fest, daß fast in allen Verhältnissen der Fall eintreten kann, wo zur Unterhaltung des vorhandenen Viehstandes die Rückstände des in der Brennerei verarbeiteten, selbstgebauten Rohmaterials nicht ausreichen. Und wenn unter solchen Verhältnissen der Landwirt die Konjunktur des Marktes benützend, größere Quantitäten von Rohprodukten zukaufte oder richtiger gesagt: gegen andere in der Wirtschaft erhaltene Rohprodukte umtauscht, so ist es nach den oben angeführten gesetzlichen Bestimmungen sehr wahrscheinlich, daß der Charakter der Landwirtschaftlichkeit der Brennerei als aufgehoben betrachtet wird, obwohl

nach der Natur der Sache diese Aufhebung hier ein Irrtum ist, und deshalb die darauf begründete besondere Besteuerung ein Unrecht bleibt.

Im übrigen ist der Satz: – „regelmäßig größere Partien Kartoffel etc. zugekauft“ – als Kriterium schon an sich ein viel zu verschwommener Begriff. Denn: für einen größeren Betrieb werden selbstredend auch „größere Partien“ angekauft, als im korrespondierendem Falle bei kleinerem Betriebe und dennoch kann gerade bei dem Zukauf von kleineren Partien für einen kleineren Betrieb ein selbständiges Gewerbe vorliegen, dem die Begünstigung eines landwirtschaftlichen Gewerbes von Rechts wegen entzogen werden müßte.

Endlich aber ist die Gegenüberstellung von „Landwirtschaftlichkeit“ und „gewerbsmäßige Richtung“ ebenso unklar wie unverstanden. Denn: eine Brennerie ist doch in beiden hier gedachten Fällen an sich immer ein „Gewerbe“; es kann sich bloß um die Gegensätze von LANDWIRTSCHAFTLICHEM und selbständigem Gewerbe handeln. Und die besondere Berücksichtigung, welche dem landwirtschaftlichen Gewerbe zugegebenermaßen zukommen muß, hat – wie es ja tatsächlich der Fall – auch dort noch stattzufinden, wo mehr als 10 ½ hl Bottichraum bemaischt werden. Und zwar vor allem deshalb, weil die Umbildung eines landwirtschaftlichen Gewerbes zu einem selbständigen nicht in der relativen Ausdehnung des Betriebes oder der intensiveren Betriebsweise an sich gegeben ist, sondern nur in der Stellungnahme des jeweiligen Gewerbes dem GANZEN WIRTSCHAFTSORGANISMUS GEGENÜBER gefunden werden kann.

Wir beabsichtigen damit nicht im entferntesten, die Berechtigung der verschiedenen Besteuerungsstufen in Frage zu stellen, wonach ganz richtig je nach der höheren Ausbeute des Rohmaterials und damit der niederen Gestehungskosten die Steuerbegünstigung vermindert wird. Es steht sogar über allem Zweifel erhaben, daß man aus tief berechtigten Gründen den anders gestalteten Produktionsverhältnissen der großen Menge unserer Kleinbrenner gegenüber in der Besteuerung Rechnung getragen. Wir müssen die Gründe dafür nicht erst anführen; denn es ist ja ein bekanntes Axiom der Steuerpolitik: keine einschneidenden Veränderungen im Wirtschaftsleben unvorbereitet zu veranlassen.

Aber es ist auch gar nicht zu bestreiten, daß man diese letztere Absicht des Gesetzgebers schon beim Gesetzentwurfe ganz anders hätte berücksichtigen sollen, um schon in der Redaktion, wo es sich noch um das de lege ferenda im vollen Sinne des Wortes handelte, zwischen landwirtschaftlichem Gewerbe und selbständigem Gewerbe zu unterscheiden, wobei im letzteren Falle außer dem normalen Branntweinaufschlage noch eine besondere Gewerbesteuer zu erheben ist.

Die oben zitierten Bestimmungen dahingegen hätten einen besonderen Abschnitt als: „Einführung der Maischraumsteuer in die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse“ – ausfüllen müssen. Denn: Alle diese Berücksichtigungen der kleineren Brennereien, die man irrtümlicherweise unter dem Namen: „landwirtschaftliche Brennereien“ zusammenfaßt, fließen doch aus nichts Anderem, als aus der Berücksichtigung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse, womit jedoch nicht gesagt ist, daß es sich um eine Erhaltung dieser Zustände handle.

Das Resultat der hierher gehörenden statistischen Erhebungen in Bayern bezeugt zur Genüge, welch' verderbliche Wirkung diese „Nebengewerbe zum Zeitvertreib“ heute für den ganzen Wirtschaftsorganismus haben.

Doch – wenn auch der Fehler weniger in den Bestimmungen an sich, als vielmehr in der Systematik liegt, so wird seine Bedeutung damit immerhin kaum gemindert; denn mit einer besseren Systematik hätte man nicht nur größere Klarheit für die einzelnen Bestimmungen gewonnen, sondern leicht alle Vorwürfe der Rücksichtslosigkeit usw. sich ersparen können, die heute recht populär geworden, trotzdem sie jeder tieferen Begründung entbehren.

So schließen wir den ersten Teil unserer Untersuchung mit der Überzeugung, daß durch das Moment des regelmäßigen Zukaufs von Rohprodukten das mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundene Gewerbe noch nicht in ein selbständiges Gewerbe umgewandelt wird.

Wenn wir es aber jetzt versuchen, jenen Punkt festzustellen, von dem aus diese Umwandlung sich vollzieht, so kann kein Zweifel darüber sein, daß wir damit auf die GRUNDZÜGE DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN WIRTSCHAFTSORGANISMUS SELBER zurückgreifen müssen. Und wenn wir das tun, so glauben wir mit folgenden Sätzen für unseren gegenwärtigen Zweck auszureichen.

Die landwirtschaftliche Produktion ist heute gezwungen, dem Boden mindestens sämtliche durch die Ernte entzogenen Stoffe, soweit sie nicht, wie Kohlensäure und Wasser, von der Atmosphäre bereitwilligst dargeboten werden, in der Düngung wieder zurückzugeben. Werden mehr Stoffe geboten, als durch die Ernte entzogen worden, so ist das der rationelle Betrieb. Werden weniger Stoffe gegeben, als genommen worden, so ist das Raubwirtschaft.

Dieser notwendige Ersatz kann aber als Regel nicht durch Düngerzukauf von außen, also durch künstliche Düngemittel, bei Verkauf der jeweilig erhaltenen Ernte stattfinden, und zwar sowohl aus allgemein wirtschaftlichen, als auch aus rein technischen Gründen.

Aus allgemein wirtschaftlichen Gründen: weil bei dem hohen Preis der konzentrierten Düngemittel und dem durch die transatlantische Konkurrenz bekanntlich niederen Preis der landwirtschaftlichen Rohprodukte eine Betriebsweise, welche die Totalernte zu verkaufen und den Bodenkraftersatz durch Düngerzukauf von außen zu bewerkstelligen beabsichtigte, unabwendbar zum wirtschaftlichen Ruin führen müßte.

Aus rein technischen Gründen: weil bei Anwendung der künstlichen Düngemittel als sog. bloß direkte Düngung die indirekte Wirkung derselben in Wegfall kommt, welche aber – seltene Ausnahmen abgerechnet (Wingendorfer Äcker) – zur Humifizierung des Bodens nur wenige Jahre entbehrt werden kann, ohne totale Mißernten im Gefolge zu haben.

So ergibt sich mit absoluter Notwendigkeit als Aufgabe des heutigen landwirtschaftlichen Betriebes: „Die in der Ernte erhaltenen Rohprodukte durch ein weiteres Veredlungsmedium hindurch zu führen, wobei eine Trennung der Bestandteile derart vorgenommen wird, daß möglichst nur die kostenlosen Luft-

stoffe, wie Kohlensäure und Wasser in veredelter Form als Spiritus und Zucker usw. aus der Wirtschaft ausgeführt werden, während die übrigen Bestandteile als Rückstände in der Wirtschaft verbleiben.

Da aber eine Trennung der Bestandteile dieser Art nicht immer stattfinden kann, vielmehr durch eine ganze Reihe von Rohstoffveredelungsgewerben wie: Jungviehzucht, Mastwirtschaft, Milchwirtschaft, Brauerei usw. in den veredelten Produkten, wie Fleisch, Milch, Butter auch Stoffe ausgeführt werden, die für den Wirtschaftsorganismus unentbehrlich bleiben,

da es ferner aus guten Gründen sehr oft indiziert ist, die von dem Boden erhaltenen Rohprodukte nicht sämtlich in der eigenen Wirtschaft weiter zu veredeln, Sondern einen vorteilhaften Produktaustausch auf dem Markte vorzunehmen, und

da endlich gerade heute in der ÜBERGANGSPERIODE AUS DER NATURALISTISCHEN ZUR KAPITALISTISCHEN PRODUKTION IN DER LANDWIRTSCHAFT nur erst sehr vereinzelt Wirtschaften existieren, in denen das Pflanzennährstoffkapital oder richtiger das eigentliche Rohkapital des Betriebes zu seiner relativ vorteilhaftesten Größe bereits angesammelt ist, da es mit anderen Worten heute für die Landwirtschaft eine *conditio sine qua non* bleibt, die Summe der vorhandenen, assimilierbaren Nährstoffe zu vermehren,

so folgt:

1. die landwirtschaftlichen Veredlungsgewerbe sind nicht als Nebengewerbe, sondern als ein ORGANISCHER TEIL der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion zu betrachten, wobei eine Unterscheidung zwischen Nebensache und Hauptsache als *contradictio in adjecto* sich ausschließt und
2. ein Zukauf von Rohprodukten ist für die Wirtschaft und ihr Prosperieren absolut notwendig, und es ist der Fall schlechterdings undenkbar, daß diese Notwendigkeit irgendwo nicht vorliege.

Ist dem aber so, dann kann kein Zweifel darüber sein, daß dieser Produktenzukauf sowohl in Form von Düngemitteln dem Boden direkt, als auch in Form von Rohprodukten für das vorhandene Veredlungsgewerbe dem Boden indirekt zugeführt werden kann, ohne damit den Charakter des ganzen Vorganges zu ändern. Und wir kommen so auf einem anderen Wege zu demselben Resultat wie oben; nämlich: durch das Moment des regelmäßigen Zukaufs von Rohprodukten an sich wird das mit der Landwirtschaft verbundene Gewerbe noch nicht in ein selbständiges Gewerbe umgewandelt.

Aber: wo ist sonst das Erkennungszeichen für diese Umwandlung zu suchen?

Wir haben im Vorhergehenden kurz darzulegen versucht, aus welchen Gründen heute mit der landwirtschaftlichen Produktion noch besondere Gewerbe verbunden sein müssen, wie gerade damit die Möglichkeit des Bodenkraftersatzes, also die Fortexistenz der landwirtschaftlichen Produktion selber zusammenhängt, und darin, d. h. in DIESER ORGANISCHEN ZUSAMMENGEHÖRIGKEIT LIEGT DER BESTEUERUNG GEGENÜBER die besondere Berechtigung des landwirtschaft-

lichen Gewerbes. Aber es dürfte eben deshalb auch klar sein, daß diese Auflösung der Zusammengehörigkeit oder die Umwandlung des landwirtschaftlichen Gewerbes in ein selbständiges Gewerbe nicht in dem Gewerbe oder seiner Ausdehnung an sich, auch nicht in der Größe des Zukaufs von Rohprodukten, sondern: allein in der WECHSELWIRKUNG DES GEWERBES UND DER URPRODUKTION zu erkennen ist, und zwar einfach daran, daß die Rückstände des Veredlungsgewerbes einen solchen Umfang erreicht haben, wo ihre Gesamtverwendung in der zugehörigen Urproduktion sich sowohl aus allgemein wirtschaftlichen als auch aus rein technischen Gründen verbietet. Aus wirtschaftlichen : weil ihre Verwendung dem Werte nach sich nicht mehr lohnt – aus technischen Gründen: weil Überdüngung des Bodens Mißernten verursacht.

So ist das Kriterium der Verwandlung des landwirtschaftlichen Gewerbes in ein selbständiges Gewerbe nur in dem VERKAUFE DER FABRIKATIONS-RÜCKSTÄNDE gegeben.

Allerdings liegt in dem Zukauf von Rohprodukten an sich – WOBEI ÜBRIGENS DIE BILANZ DEN SONST AUS DER WIRTSCHAFT ZUM VERKAUF KOMMENDEN ROHPRODUKTEN GEGENÜBER ZU BERÜCKSICHTIGEN BLEIBT! – immer ein Moment, das nach dem obersten Grundsatz der Steuerpolitik: die Lasten möglichst gerecht und gleichmäßig zu verteilen! – auch vom Standpunkt der Besteuerung seine besondere Berücksichtigung verdient, aber es handelt sich dabei nicht um eine Gewerbesteuer, sondern um die Korrektur der Grundsteuer. Diese aber ist nur im Zusammenhang mit der Gesamtbesteuerung der landwirtschaftlichen Produktion befriedigend zu erörtern.

## **Der freihändlerische Individualismus und die organische Auffassung der Volkswirtschaft.**

(Deutsche Agrarzeitung, 39. Heft 1909.)

### **I.**

Als vor mehr als 30 Jahren der Reichskanzler Fürst von Bismarck mit der ihm eigenen titanenhaften Energie den Bruch mit der Freihandelslehre in der praktischen Politik vollzog, hat er das Schlagwort: „Schutz der nationalen Arbeit“ geprägt. Diese Schutzpolitik richtete sich in erster Linie gegen den internationalen Freihandel und griff zunächst auf den Grenzzoll zurück. Aus naheliegenden Gründen! Die Reichsfinanzen brauchten neue Einnahmen. Die wurden am leichtesten bei dem Güterverkehr über die Staatsgrenzen erhoben. Die Grenzzölle sind ein uraltes Mittel der praktischen Politik. Man konnte also bei der Masse des Volkes an längst bekannte Vorstellungen anknüpfen. Alles weitere werde sich dann schon – wie man glaubte – aus dem praktischen Bedürfnis des Lebens ergeben. Aber Fürst Bismarck wußte damals ganz genau, daß der unheilvolle Geist des Freihandels mit der Einführung der Grenzzölle noch lange nicht abgetan war. Als z. B. einer der bayerischen Staatsminister im Herbst 1887 in Bad Kissingen vom Schreiber dieses dem Fürsten Bismarck erzählte: daß ein Münchener Student, der als ehemaliger Landwirt von den Zöllen nicht viel halte, die Absicht habe, eine Studienreise durch die landwirtschaftlichen Konkurrenzländer der Erde zu machen, um besser geeignete Maßnahmen der praktischen Politik anstelle der Zölle ausfindig zu machen, da lautete die sofortige Antwort des Fürsten: „Der Kerl gefällt mir! Ich halte auch nicht viel von meinen Zöllen. Aber ich habe bis jetzt noch niemanden gefunden, der mir etwas besseres hätte vorschlagen können!“ Fürst Bismarck hat also sehr wohl erkannt, daß er mit der Schutzzollpolitik die Beseitigung des Freihandels nur eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen hatte. Er ging deshalb in den 80er Jahren dazu über, die Freihandelslehre auch für die Lohnarbeiter auf nationalem Gebiete durch eine umfassende öffentlich-rechtliche Organisation des Versicherungswesens wie durch den Ausbau seiner Arbeiterschutzgesetze weiter einzuschränken. Und wenn er auch kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Reichskanzleramte erfahren hatte, daß er mit dieser Spezialgesetzgebung für die Lohnarbeiter keineswegs das Richtige getroffen, so blieb doch für ihn die Rückkehr zum Freihandel unter allen Umständen ausgeschlossen. Wir werden unten darzulegen haben, daß in der Tat die alte Bismarcksche Forderung: „Schutz der nationalen Arbeit!“ auch damit noch lange nicht erfüllt war.

Seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck hat die Politik des Deutschen Reiches in der Beseitigung der Freihandelslehre fast nichts mehr geleistet. Die Handelsverträge unter Caprivi waren ein offensichtlicher Rückfall in die Bahnen des Freihandels. Und wenn auch Fürst Bülow die Zollsätze wieder etwas erhöhte, seine ganze Politik, die nach allen Seiten ihre Gaben verteilte, war wenig geeignet, Klarheit in großen einfachen Prinzipien aufkommen zu lassen.

Solche Schwankungen im Kampfe gegen den Freihandel innerhalb 30 Jahren sind nur dadurch zu erklären, daß die Entwicklung der Nationalökonomie als Wissenschaft mit dem praktisch-politischen Vorgehen des Fürsten Bismarck nicht Schritt gehalten hat. Diese Wissenschaft hat sich in den 70er und 80er Jahren darauf beschränkt, die Freihandelslehre mehr negativ und mehr auf dem Gebiete der theoretischen Nationalökonomie zu bekämpfen. In der praktischen Nationalökonomie wie in der Finanzwissenschaft waren die Herren Professoren – mit wenigen Ausnahmen – unfruchtbar. Hier blieben also die Lehrsätze des Freihandels in Geltung. Gleichzeitig schöpfte man aus der Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus jene Anregungen, die wir heute mit der Bezeichnung „Kathedersozialismus“ zusammenzufassen gewohnt sind. Daneben wandte man sich der historischen Spezialforschung und der empirischen Materialsammlung zu. So kam jenes seltsame Gemisch von politischen Anschauungen zustande, das die heute herrschende nationalökonomische Auffassung charakterisiert: was im Interesse von Handel und Industrie liegt, bezeichnet man als ein „öffentliches“ Interesse. Was die Lohnarbeiter angeht, ist ein „soziales“ Interesse. Was aber die übrige Menschheit angeht, betrifft nur „private“ Interessen!

Man vergesse nicht: das Handwörterbuch der Staatswissenschaften von Professor Conrad, das große gemeinsame Standardwerk der heutigen offiziellen Nationalökonomien, behandelt über 240 verschiedene Spezialkrankheiten am Volkskörper, die mit besonderer Vorliebe solchen Spezialisten überlassen wurden, welche sich um die anderen Spezialkrankheiten möglichst wenig kümmern. Und im ganzen werden von all diesen Spezialisten 700 bis 900 Heilmittel dem sozialen Körper „verordnet“. Nur unter solchen Zeitverhältnissen konnte Professor v. Schmoller in feierlicher Rektoratsrede an der Berliner Universität alle Theorien als etwas „Schwankendes“ bezeichnen, im Gegensatz zu den Tatsachenermittlungen, die ihm allein „feststehende Wissenschaft“ sind. So bleiben die Theorien zwar wenig geachtet. Aber weil keine neuen Theorien produziert wurden, herrscht im Grunde die alte Freihandelstheorie ruhig weiter, trotz Schutzzöllen und sozialer Gesetzgebung. Nur deshalb konnten es in der letzten Zeit die Freihändler wagen, sich im „neuen Hansabund“ gegen die „bösen“ Agrarier und Konservativen noch einmal zu organisieren. Man nennt sich zwar nicht „eine Vereinigung von Freihändlern“. Geheimrat und Professor Dr. Rießer sprach in seiner Eröffnungsrede im Zirkus Schumann nur von „der freien Bewegung und dem freien Verkehr“ als den „Lebensinteressen der Vereinigung“ und dem „freien Wettbewerb mit allen Staaten der Welt“ als den „Lebensbedingungen der Mitglieder des Hansabundes“. Man ist in dem neuen „Bauernbund“ sogar „auch Schutzzöllner“ wie der Bund der Landwirte. Nur die Futtergerste, welche von den Landwirten so viel gekauft wird, soll in Zukunft weniger hoch verzollt werden. Und um das Maß der Verwirrung voll zu machen, spricht man dem Mittelstande in Handel und Gewerbe von der Notwendigkeit, daß „alle Berufe sich organisieren“. Aber diese Organisation soll nur eine wahlpolitische sein und im Anschluß an den führenden Hansabund erfolgen. Dazu kommen noch all jene Verdächtigungen aus der letzten Reichsfinanzreform, die den verflochtenen Reichskanzler Fürst Bülow zu dem Ausspruch veranlaßten: „Ich ver-

stehe nicht, wie die Konservativen in der Reichserbschaftssteuer eine Prinzipienfrage erblicken konnten!“ – Das alles sind Folgen unserer so sehr rückständigen Nationalökonomie als Wissenschaft. Sie hat es seit 1879 versäumt, mit dem Freihandel auf der ganzen Linie zu brechen. Sie hat es unterlassen, den wissenschaftlichen Gegensatz zur Freihandelslehre systematisch klar herauszuarbeiten, und zwar nicht nur für die Lohnarbeiter, sondern für das ganze Gebiet der Volkswirtschaft. Deshalb haben wir heute Vertreter unter unseren Nationalökonomien von  $\frac{1}{3}$  Freihandel und  $\frac{2}{3}$  Sozialismus oder  $\frac{2}{3}$  Freihandel mit  $\frac{1}{3}$  Sozialismus je nach den persönlichen Neigungen des betreffenden Professors. Was deshalb heute, bei der herrschenden Unklarheit und Verworrenheit in der Politik, vor allem not tut, das ist eine wissenschaftlich scharfe und präzise Antwort auf die Frage: Was ist ein Freihändler? und was ist der größte Gegensatz hierzu? – Nach diesen Prinzipien müssen sich dann die Geister und Parteien scheiden und die Reihen zum ehrlichen Kampfe ausrichten.

## II.

Was ist ein FREIHÄNDLER? Antwort: ein reiner INDIVIDUALIST! Für ihn ist der Staat nichts als die SUMME seiner Staatsbürger und die Volkswirtschaft nur die SUMME der vorhandenen Privatwirtschaften. Das einzelne Individuum ist im Prinzip nicht nur frei, sondern auch selbtherrlich, souverain. Jeder kann tun und lassen, was er will. Deshalb gilt der Grundsatz: das Leben zu genießen, sich auszuleben! Soweit Fragen des gemeinsamen Lebens zu entscheiden sind, bestimmt die einfache MAJORITY die Norm. Der Wille der Mehrheit der einzelnen entscheidet und herrscht. Was aber nicht ganz notwendig zu dem gemeinsamen Leben gehört, bleibt wieder dem freien Belieben der Individuen überlassen, so daß es selbstverständlich dem einzelnen gestattet ist, sich seine Kunst, seine Moral, seine Sitte und selbst seinen Herrgott zu gestalten, wie es ihm beliebt. Die innere Wirtschaftspolitik des Staates gefällt sich unter der Herrschaft dieser Ideen am liebsten im „Gehen- und Geschehenlassen!“ laissez faire, laissez passer! Der handelspolitische Grundsatz des einzelnen lautet dann: MÖGLICHST BILLIG EINKAUFEN UND MÖGLICHST TEUER VERKAUFEN! Das daraus entstehende Gesamtspiel der wirtschaftlichen Kräfte nennt man die „naturgemäße Regelung durch Angebot und Nachfrage“. Die so gewordenen Preise sind die „natürlichen Preise“. Wenn aber die Staatsgewalt in dieses Getriebe eingreift, spricht man im Gegensatze zu den natürlichen Preisen von „künstlichen Preisen“. Treten irgendwo wirtschaftliche Krisen ein, so muß es den Beteiligten überlassen bleiben, sich selbst zu helfen. (Prinzip der Selbsthilfe!) Das Eingreifen der Unbeteiligten oder des Staates könnte die Krisis nur verschärfen oder verlängern. Dieses Spiel des Freihandels bei Entfesselung der individuellen Kräfte besorgt innerhalb der Gesellschaft wie innerhalb der Völker die „natürliche Auslese der Tüchtigsten“ (Darwinismus in der Volkswirtschaft und Weltgeschichte!).

Das Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit ist in solchen Zeiten mit irgend welcher Sorge für das Jenseits nicht belastet. Alles erschöpft sich in den Ereignissen dieser Welt. Das Ziel aller Wirtschaft ist deshalb nur darauf gerichtet, daß sich der einzelne möglichst BEREICHERE. Ein jeder will möglichst rasch möglichst reich

werden (Materialismus!). Für die gesetzliche Ordnung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse gelten deshalb vor allem die rein GELDWirtschaftlichen Bedürfnisse. Naturalleistungen oder Rentenleistungen, insbesondere soweit sie über das Leben des einzelnen hinausgehen, werden abgeschafft. Als Geld wird Gold entschieden bevorzugt. Mit dem zunehmenden Reichtum der einzelnen entwickelt sich die Herrschaft der BANKEN. Eine Zentralnotenbank wird nicht als „Bank des Volkes“, sondern als „Bank der Banken und der Reichsten“ konstruiert. Die Masse des Volkes aber wird dazu angehalten, ihre disponiblen Geldmittel den Kellern der Banken anzuvertrauen und alle Zahlungen möglichst durch die Banken zu leisten. So werden die Großbanken mehr und mehr Bewahrer der überwiegenden Masse des in der Volkswirtschaft vorhandenen mobilen Vermögens. Sie werden damit und mit Hilfe der Börsen „Leiter des Unternehmegeristes der Nationen“ (Isaac Pereire und Dr. von Siemens.) Der Bankkredit bevorzugt entschieden die großen und größten Unternehmungen mit den kurzfristigen Spekulationskrediten. Damit droht der selbständige Mittelstand zu verschwinden. Das Volk wird zur Spekulationsteilnahme systematisch erzogen, die neue Großindustrie von den Banken zwangsweise zu Syndikaten zusammen geschlossen (Fall Phönix u. A.) und der Export von industriellen Produkten forciert (Dumpingsystem). Neben dem Kreditmonopol für die großen Privatunternehmungen teilen sich die Banken auch in das Kreditmonopol für die Staaten und öffentlichen Körperschaften. (Herrschaft der Plutokratie!) Und das ist der Zeitpunkt, in dem die Banken und Börsen Einfluß genug gewinnen, „um die bewaffnete Macht der Staaten für ihre Interessen ins Feld zu rufen“, die Gewinne und „Forderungen der hohen Finanz im Auslande einzutreiben“. (Generalfeldmarschall Graf Hellmuth von Moltke.) Die Habgier der Reichsten trachtet überall nach einer Eroberung der Welt. Immer mehr Firmen arbeiten nach der Devise: „Mein Feld ist die Welt!“ – Die herrschende geldwirtschaftliche Auffassung läßt überall die Rechtsnormen der hoch entwickelten Staaten zur Einführung gelangen, gleichgültig, ob die vorhandenen Verhältnisse dazu reif sind oder nicht. Das Verhältnis des Mutterlandes zu den Kolonien und das durch internationale Verträge gesicherte Recht der Europäer innerhalb der anderen Länder erleichtert so außerordentlich das Aufkommen der Weltherrschaftstendenzen großer Unternehmungen. Die Freihändler nennen das zwar „freien Wettbewerb mit allen Staaten der Welt“. In Wirklichkeit aber betrachtet man es als „selbstverständlich“, daß der privaten Handelsflagge die nationale Kriegsschiffflagge überall hin folgt und die nationale Wehrkraft den immer großartiger angelegten Beutezügen der Banken und Großkapitalisten so viel Schutz und Ansehen gewährt, daß die zunächst ausgebeuteten Völker im Auslande sich nicht dagegen aufzulehnen wagen. Die unmittelbar nachfolgenden schweren Schädigungen der heimischen produktiven Stände, insbesondere der Landwirtschaft, werden durch die Schlagworte von der „natürlichen Preisbildung durch Angebot und Nachfrage“ von dem „zunehmenden Reichtum an Kapital, das nach Anlagegelegenheit suche“, von dem „international gesteigerten Ansehen der Nation“, von der „Gewerbefreiheit“ und den „Interessen der Auswanderer“ bei heimischer „Übevölkerung“ abgetan.

In der internationalen Politik der Staaten gilt Gewalt vor Recht. Es macht sich mehr und mehr jene dumpfe Stimmung geltend, die aus der Tatsache hervorgeht, daß die großkapitalistisch organisierten Interessen eines Volkes immer die Interessen aller anderen Völker zu verdrängen drohen – eine Stimmung, die bei rasch wachsenden kriegerischen Konflikten unaufhaltsam entweder zu einem großen Weltbrande oder zu einer internationalen Koalition der Großkapitalisten als Herrschaftsform über die Völker der Welt führen muß.

Aus all diesen Gründen wachsen jetzt die Ausgaben der Staaten für Heer und Marine ganz allgemein. Die freihändlerische Finanztheorie aber geht von den Grundsätzen aus: der freie Verkehr darf unter keinen Umständen angetastet oder belastet werden, mit anderen Worten: „die Börse muß pfleglich behandelt werden!“ Die Mehrausgaben des Staates sind durch „Besitzsteuern“ zu decken, die am zweckmäßigsten als Erbschaftssteuer erhoben werden. Weil aber hierbei erfahrungsgemäß das Großkapital tausend Wege findet, sich der Steuer zu entziehen, würde so der ohnehin schon drohende Vernichtungsprozeß des selbständigen Mittelstandes in Stadt und Land noch wirksamer in die Wege geleitet werden. Das Ende dieser Entwicklung aber muß sein: eine kleine Zahl unermeßlich reicher Leute und die große Masse des Volkes abhängige Proletarier –, ein Zustand, den in der Weltgeschichte alle Kulturvölker kurz vor ihrem Untergang erreicht haben.

In dieser beklagenswerten Entwicklung wirft Nordamerika für Deutschland seine Schatten voraus. Die 30 bis 40 000 selbständigen Schlächtermeister, welche es noch 1876 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gab, sind verdrängt worden durch die Alleinherrschaft von früher 7 und jetzt nur noch 5 Großschlächtereien, die inzwischen schon beginnen, auch die Schlachtungen in Argentinien zu monopolisieren. Ebenso nimmt heute die gleiche großkapitalistische „Vertrustung“ des Kleinhandels in den Vereinigten Staaten unter den gleichen großkapitalistischen Führern auf dem Gebiete der Kurz- und Schnittwaren, der Zuckerwaren, der Zigarrengeschäfte, des Handels mit Eis und Brennmaterialien, mit Milch usw. seinen Fortgang. Die Organisatoren in Deutschland machen ihre Vorstudien in Nordamerika. Und unsere Nationalökonomie als Wissenschaft findet fast durchweg gerade diese Art der Entwicklung „durchaus normal“! –

### III.

Was ist der größte prinzipielle Gegensatz zum freihändlerischen Individualismus? – Als Antwort auf diese Frage verweisen unsere meisten Lehrbücher für Nationalökonomie auf den Sozialismus. Aber diese Antwort ist wohl unrichtig. Der Marx'sche Sozialismus unterscheidet sich wirtschaftspolitisch von den Freihändlern nur dadurch, daß er für seinen ZUKUNFTSstaat die Gleichheit der Menschen in der Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse anstrebt. BIS DAHIN, das heißt bis zur Errichtung des „Zukunftsstaates“, ist der Sozialist durchaus Freihändler. Die Revisionisten gar, welche bekanntlich die Marx'sche Theorie ablehnen, sind überwiegend reine Freihändler. In den praktisch-politischen Tagesfragen gibt es deshalb innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfrak-

tion fast keine wesentlichen Differenzen. Und die Idee eines Blocks von „Bassermann bis Bebel“ ist gar nicht so sinnlos, wie es manchem erscheinen mochte, denn im Grunde ist auch der Sozialist nur ein Individualist!

In Wahrheit gibt es noch einen viel tiefer greifenden prinzipiellen Gegensatz zum freihändlerischen Individualismus, einen Gegensatz, der in dem einzelnen Menschen – statt einem selbständigen freien Mittelpunkt der Weltauffassung – nur ein „Abgesplittertes vom Ganzen“ sieht und den „GANZEN MENSCHEN“ als den ewigen Normalmaßstab für alle menschlichen Dinge in der „Einheit der menschlichen Gesellschaft“ erblickt. Das ist die sogenannte „ORGANISCHE Auffassung der Volkswirtschaft“, die nicht nur eine rein subjektive Theorie, sondern eine Wahrheit genannt werden muß, die bei etwas tieferem Nachdenken aus den uns umgebenden Verhältnissen uns immer und überall entgegen tritt.

Einer der ersten Nationalökonomien der jüngst vergangenen Zeit, Albert Schäffle, hat in seinem unstreitig besten Werke, das er unmittelbar nach seiner praktischen Tätigkeit als österreichischer Handelsminister gewissermaßen als Abschluß seiner nationalökonomischen Forscherarbeit geschrieben (Kapitalismus und Sozialismus, 1870) auf Seite 101 wörtlich gesagt: „Ein Mensch ist kein Mensch – unus homo, nullus homo – haben schon alte Weltweise bemerkt. Plato insbesondere hat starke Betonung darauf gelegt, daß das ganze volle Wesen des Menschen erst im „großen Menschen“, der Gesellschaft, sich darstellt. Und Platos großer Antagonist, Aristoteles, hat darin mit seinem Gegner übereingestimmt, indem er den Menschen das von Natur staatlich sozial angelegte tierische Wesen nannte. Unzählige Male hat die neuere Philosophie seit dem 16. Jahrhundert diese Auffassung wiederholt. Man braucht nur in irgend einem Handbuch der philosophischen oder theologischen Moral nachzuschlagen, um die Behauptung zu finden, daß der Mensch nur in der Gesellschaft sich sittlich entfalten könne, daß er in Kunst, Wissenschaft, Religion und Erziehung auf eine allumfassende menschheitliche Vereinigung, daß er für alle vernünftige Bestätigung auf „sittliche Gemeinschaft“, auf umfassenden Verkehr mit allen seinesgleichen angewiesen sei.“ –

Schäffle hätte noch für die Zeit nach Aristoteles und bis zum XVI. Jahrhundert einfügen können, daß auch der Apostel Paulus, Augustin und Thomas von Aquin und in Anlehnung an diese auch Martin Luther diese „organische Auffassung“ vertreten haben. Endlich konnte Schäffle aus seinen Zeitgenossen als Anhänger dieser Lehre die beiden Engländer John Ruskin und Thomas Carlyle anführen. Und er hätte für die Gegenwart darauf hinweisen können, daß die konservativen und christlichen Parteien aller Kulturländer diese „organische Auffassung“ vertreten auf dem Gebiete des Staatsrechts und der Politik für Kirche und Schule. Wir sind heute in der Lage zu betonen, daß auch die moderne Strafrechtswissenschaft in dem Verbrechen nicht mehr nur das Verschulden des einzelnen, sondern das Produkt des einzelnen und seines sozialen Milieus erblickt (Franz von Liszt) und damit an Stelle der individualistischen Auffassung die „organische Auffassung“ gesetzt hat. Inkonsequent ist nur die Schlußfolgerung dieser Schule: den einzelnen Verbrecher mit Milde zu behandeln und dem Freihandel zuzuneigen, statt durch eine entsprechende Änderung unseres ganzen sozialen Milieus die Verbrechen tunlichst zu verhüten.

Es muß mithin gesagt werden: die „organische Auffassung des Menschen, die den freihändlerischen Individualismus prinzipiell ausschließt, ist seit Jahrtausenden von den besten Denkern aller Zeiten vertreten worden. Es fehlt nur noch die konsequente Anwendung dieser Erkenntnis auf unser gesamtes WIRTSCHAFTSLEBEN. Doch hat auch hier wieder Schäffle tüchtig vorgearbeitet.

Nachdem er an der gleichen Stelle darauf hingewiesen, wie in der Tat überall die Menschen ihre Zwecke in Gemeinschaft verfolgen und wie unser Leben sich gliedert in ein nationales und internationales, wie Wissenschaft und Kirche, wie unser Erziehungswesen, unser Rechts- und Kunstleben diese Gliederung deutlich erkennen lassen, und Sprache, Erinnerungsvermögen und Akklimationsvermögen den Menschen diesem Verkehrsbedürfnis wunderbar angepaßt haben, geht Schäffle auf Seite 103 einen Tag seines eigenen Lebens durch und zeigt, wie jeder vom Morgen bis zum Abend in seinem Konsum abhängig ist von der Arbeit der ganzen Menschheit. Seine schönen Betrachtungen schließen mit dem Satze: „Der zivilisierte Mensch braucht seiner Haushaltung nur die konkreten Gütermasken abzustreifen, so belebt sich sein Haus mit einem Stück Wirtschaftsleben der Menschheit, das an ihn die Frage richtet: ob auch er anderen Zeiten, anderen Völkern, anderen Ständen Produkte seiner Lebenskraft ins Haus lege?“

Insbesondere in meinem „System der politischen Ökonomie“, Bd. III, Seite 328 ff. war ich bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß die produktive Arbeit eines jeden in ihren Resultaten vor allem das Produkt der Mithilfe der großen sozialen Arbeitsgemeinschaft ist. So bei dem einzelnen Lohnarbeiter in der Fabrik, bei dem einzelnen Landwirt, bei dem Forstmann und so für alle produktiven Stände. Wieviel mehr gilt das dann für die Spekulanten aller Art!

Wenn aber unser täglicher Konsum und unsere tägliche Arbeit nur im Sinne einer „organischen“ Auffassung wissenschaftlich richtig beurteilt werden können, dann muß auch für die Lebensgeschichte der Völker die gleiche Auffassung gelten. Kein geringerer als der beste Kenner des geschichtlichen Lebens, Fürst Bismarck, hat diese seine Überzeugung klar in dem Satze zum Ausdruck gebracht: „Die logischen Revisionen der Geschichte sind noch genauer, als die unserer Oberrechnungskammer!“ Er hat damit, wie mit manchem anderen Ausspruch, sich nicht nur gegen die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx, sondern auch gegen die moderne Heldenverehrung unserer Geschichtsschreiber gewendet. Nicht die großen Männer machen die Zeiten, sondern die Zeiten machen die großen Männer. Immer aber wird die „organische Geschichtsauffassung“ zu einer streng logischen Geschichtsdarstellung kommen müssen, wie ich das in Bd. II meines „Systems der politischen Ökonomie“ für fast alle Kulturvölker nachzuweisen versucht habe.

Allgemein ist bekannt, daß wir unsere körperliche Gesundheit und Lebenskraft vor allem unseren Eltern und Voreltern verdanken, wie wir wieder die Lebenskraft der künftigen Generationen in uns tragen. Kurz: es gibt keine besser begründete Wahrheit als die der „organischen Auffassung des Menschen und der Volkswirtschaft“. Wenn dem aber so ist, dann muß der freihändlerische

Individualismus ein Irrtum sein, der um so bedenklicher ist, je weiter die Kreise reichen, die von ihm beherrscht werden.

#### IV.

Die KONSEQUENZEN der organischen Auffassung des Menschen für die PRAKTI-SCHE Wirtschaftspolitik lassen sich etwa in die folgenden Sätze zusammenfassen:

A. Um die tiefere Begründung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach „organischer“ Auffassung zu erschließen, ist es – um die Worte Schäffles zu gebrauchen – nötig: „die konkrete Gütermaske den Dingen abzustreifen“. Mit anderen Worten: es ist nötig, bei den einzelnen Gütern und Einkommensarten ihrer Herkunft aus der großen sozialen Arbeitsgemeinschaft nachzugehen. Unsere Nationalökonomie pflegt das nicht zu tun. Deshalb hat schon 1860 John Ruskin öffentlich erklärt: „In der Geschichte ist nichts so demütigend für den menschlichen Verstand gewesen, als unsere Anerkennung der allgemeinen (individualistisch-egoistischen) Dogmen der Nationalökonomie als Wissenschaft“. Und Thomas Carlyle hat gerade diese nationalökonomischen Abhandlungen von Ruskin als solche bezeichnet, die mit „luchsäugiger Logik“ geschrieben seien. Trotzdem blieb bis in die Gegenwart unsere Nationalökonomie von der individualistischen Auffassung beherrscht. Um also den seit 1879 vom Fürsten Bismarck eingeleiteten Bruch mit der Freihandelstheorie endlich konsequent durchzuführen, ist es vor allem notwendig, das Volk fortgesetzt darüber aufzuklären, daß – um mit John Ruskin zu reden – „die echte Wissenschaft der Nationalökonomie sich zu der heute immer noch herrschenden „Bastardwissenschaft“ verhält wie die Medizin zur Quacksalberei oder wie die Astrologie zur Astrologie“ und daß es zu den schwersten Schädigungen des allgemeinen Volkswohles führen muß, wenn diese individualistische Auffassung der Volkswirtschaftslehre noch länger fast ausschließlich an allen Lehranstalten für die heranwachsende Jugend gelehrt wird. Nur darf man nicht glauben, daß die Spielereien unserer Soziologen mit dem Begriff „organisch“ schon die „organische Auffassung in der Volkswirtschaft“ ersetzen könnten.

B. Nach organischer Auffassung ist unsere Volkswirtschaft NICHT die Summe der vorhandenen Privatwirtschaften – wie heute gelehrt wird – sondern die EINHEITLICHE GLIEDERUNG VON UNSELBSTÄNDIGEN TEILEN ZU EINEM GEMEINSAMEN LEBEN. Die Einzelindividuen oder die Einzelwirtschaften sind nur Zellenteile oder organische Grundzellen, die vor allem dem Leben des ganzen Volkskörpers ihr Leben verdanken. An der Leiche gibt es kein Zellenleben mehr. Auch deshalb bleibt die Absicht der Sozialdemokratie, in der Todesstunde der bürgerlichen Gesellschaft ihren „Zukunftsstaat“ aufzurichten, sinnlos.

EBENSOWENIG GIBT ES NACH ORGANISCHER AUFFASSUNG VOLKSKLASSEN (Arbeiterklasse, Konsumentenklasse, Produzentenklasse), zwischen deren verschiedenen Interessen ein Ausgleich etwa auf der mittleren Linie gesucht werden müsse, wie noch der verflorsene Reichskanzler Fürst von Bülow so oft meinte. Nach der organischen Auffassung gibt es nur verschiedene Glieder an dem gleichen Volkskörper. Heute begünstigt man allgemein die Organisation der KLASSENinteressen der Arbeiter in den Gewerkschaften. Wenn aber im Kampfe mit den Gewerk-

schaften auch andere Volkskreise, wie die Ärzte in Deutschland, oder wie die Richter in Italien und die Beamten in Frankreich sich organisieren, dann ruft man: „Quos ego“! Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Wenn die Konsequenzen unhaltbar sind, muß der Ausgangspunkt falsch sein. Die Wirtschaftspolitik nach „organischer“ Auffassung wird deshalb auch den Lohnarbeitern das Koalitionsrecht auf individualistischer Grundlage nehmen, um ihnen ein besseres organisches Recht dafür zu geben.

Unter der Herrschaft der falschen Lehre des Individualismus haben die Volksglieder Handel und Industrie die Tendenz, hypertrophisch zu wachsen, während gleichzeitig die Landbevölkerung von der Atrophie befallen wird. Der freihändlerische „Hansabund“ glaubt daraus nach dem Rechte der Majorität folgern zu können, daß künftig Handel und Industrie die politisch maßgebenden Faktoren im Staate sein müssen. Nach „organischer“ Auffassung wäre das freilich ein verhängnisvoller politischer Fehler. Die Hypertrophie einzelner Volksglieder und die Atrophie anderer Glieder des Volkskörpers beweist die beginnende schwere Erkrankung unserer Volkswirtschaft, die nur dadurch beseitigt werden kann, daß die Überernährung von Handel und Industrie mit aller Energie eingestellt wird, um der in der Entwicklung zurückbleibenden Landbevölkerung verdoppelte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nicht aus dem Streit, nur aus der Harmonie der Volksglieder kann das Wohlbefinden des Ganzen in all seinen Teilen erwartet werden (Menenius Agrippa).

C. Nach organischer Auffassung gilt als leitender Grundsatz: „Das Ganze ist früher als der Teil!“ Der Keim am Samenkorn enthält bereits alle Teile der künftigen Pflanze. Der unförmige Embryo in seinem intrauterinen Leben umschließt bereits alle Glieder und Eigenschaften des künftigen Individuums. Der streng logische Entwicklungsverlauf der Völkergeschichte beweist, daß für die Völker und Menschen das Gleiche gilt. Es bleibt deshalb ein höchst gefährlicher Irrtum, mit dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften von Conrad an unserem Volkskörper 240 verschiedene Spezialkrankheiten zu unterscheiden und in der praktischen Politik nacheinander bald die Lohnarbeiter, bald den Mittelstand, bald Handel und Industrie, bald die Landwirtschaft, bald die Beamten vergeblich zufriedenstellen zu wollen, und zwar immer ohne jeden einheitlichen Entwicklungsplan, einfach nach den zufälligen parlamentarischen Mehrheiten. Das bedeutet auf der ganzen Linie eine INDIVIDUALISTISCHE VOLKSWIRTSCHAFTSPOLITIK, was schon der Bezeichnung nach eine *contradictio in adjecto* ist.

Die „ORGANISCHE“ VOLKSWIRTSCHAFTSPOLITIK muß vor allem in den tieferen Zusammenhang der lebendigen Wechselbeziehungen der verschiedenen Volksglieder in ihrem Wohl und Wehe als Teile des Ganzen eindringen. Die Lohnfrage der HILFSARBEITER kann im Einzelfalle nur oberflächlich behandelt werden. Denn die Lohnhöhe der Hilfsarbeiter bleibt ein Abgeleitetes von dem Arbeitserfolg der VOLLARBEITER, DIE ZUGLEICH EIGENTÜMER IHRER PRODUKTIONSMITTEL SIND. Das Gleiche sollte gelten für die Beamtengehälter. Und der volkswirtschaftliche Arbeitserfolg bleibt ganz allgemein wieder abhängig von der Frage: ob die „Interessenten des ARBEITSLOSEN Einkommens“ Herren der Volkswirtschaft sind oder nicht? Wenn z. B. das arbeitslose Einkommen in Deutschland jährlich um viele Milliarden zu-

nimmt, und wenn alle Autoritäten von Adam Smith und David Ricardo bis auf Schäffle rückhaltlos zugegeben haben, daß die menschliche Arbeit allein die Quelle ist, aus der alles Einkommen geschöpft wird, dann müssen die Milliarden, welche das arbeitslose Einkommen jährlich mehr vereinnahmt, den volkswirtschaftlichen Arbeitserfolg entsprechend mindern. Die volkswirtschaftliche Arbeitsfrage läßt sich deshalb von der BESEITIGUNG DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN HERRSCHAFT DER KAPITALISTEN gar nicht trennen. Und dann erst kann die organische Wechselbeziehung zwischen der Lohnhöhe der Hilfsarbeiter und der Beamtengehälter auf der einen Seite und dem Arbeitserfolg des Vollarbeiters auf der anderen Seite wirklich funktionieren. Dazu dient speziell die einheitliche Organisation der INNEREN KOLONISATION, und zwar nicht nur auf dem landwirtschaftlichen Grundbesitz, sondern auch auf dem alljährlichen Zuwachs des nationalen Arbeitsfeldes in Handel und Industrie. Eine innere Kolonisation dieser Art hat wieder zur Voraussetzung, daß vorher die individuelle Gründer- und Vergrößerungsfreiheit gebändigt wird durch ein ALLGEMEINES KONTINGENTIERUNGSGESETZ und eine planmäßige Ordnung in der Volkswirtschaft, welche die Wiederkehr allgemeiner Krisen VERHÜTET. So schließt sich der Ring einer wahrhaft sozialen Gesetzgebung für das ganze Volk und nicht nur für die „Arbeiterklasse“. Nur so kommen wir zu einem wirklichen „Rechtsschutz der nationalen Arbeit“. Damit wird endlich die Brücke gebaut für das AUFSTEIGEN der Tüchtigen aus dem Verhältnis der wirtschaftlichen Abhängigkeit in das der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit.

Diese Art von MITTELSTANDSPOLITIK bedeutet nicht nur die Erhaltung des bestehenden, sie bedeutet eine tunlichste AUSBREITUNG DES MITTELSTANDES als Leitmotiv unserer GESAMTEN Wirtschaftspolitik. Und darin liegt wieder die allein mögliche Sanierung unseres individualistischen Wahlrechts. Nur wenn der Mann an der Wahlurne in überwiegender Mehrheit sein Einkommen in dem ökonomischen Zustand der Selbstverantwortlichkeit verdient, bleibt unser politisches Leben von dem Radikalismus der besitzlosen Massen verschont. Diese „organische“ lebendige Wechselbeziehung aller Teile im ganzen mag schwerer zu verstehen sein, wie der Inhalt individualistisch isolierter Spezialuntersuchungen. Aber diese Schwierigkeiten liegen in der Natur der Dinge, der sich alle Theorie bedingungslos zu unterwerfen hat.

D. Unsere heutige Wirtschaftspolitik kann fast in allen Teilen eine Billigung durch die „organische“ Auffassung nicht finden. Es wurde bereits auf das KOALITIONSRECHT der Lohnarbeiter hingewiesen, das man jetzt sogar auf die ländlichen Arbeiter ausdehnen will, trotzdem die Konsequenzen dieser Politik ins Unhaltbare führen. Dazu hat man die sozialen VERSICHERUNGSGESETZE für die Lohnarbeiter auf die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung und bald auch auf die Witwen- und Waisenversicherung ausgedehnt. Aber man hat diese soziale Gesetzgebung auf die Lohnarbeiter als Klasse beschränkt, trotzdem es keine Volksklassen, sondern nur Volksglieder gibt. Und man hat sich genau der falschen sozialistischen Theorie entsprechend dabei nur an das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehalten, statt den viel größeren Prozeß der sozialen Arbeitsgemeinschaft zu umfassen und die Arbeitslohnfrage durch Befreiung

der Arbeit des ganzen Volkes aus der Herrschaft des „arbeitslosen“ Einkommens organisch zu lösen. Man denkt sogar noch an eine KRISENVERSICHERUNG für die Lohnarbeiter, aber man denkt nicht daran, diese Krisen dadurch zu beseitigen, daß man anstelle der Oberleitung des Unternehmergeistes des Volkes durch unsere Großbanken eine UNEIGENNÜTZIGE Oberleitung im Interesse des ganzen Volkes setzt, deren Aufgabe es wäre, das Volk vor der Wiederkehr solcher allgemeinen Krisen zu bewahren.

Die drohende Vernichtung des selbständigen Mittelstandes läßt die Zahl der unverheirateten Mädchen aus diesen Kreisen wachsen. Aber daraus folgert man nicht die Notwendigkeit, der wirklichen Ursache, nämlich der drohenden Vernichtung des selbständigen Mittelstandes, entgegenzutreten. Man begnügt sich, Konsequenzen in der Richtung der krankhaften volkswirtschaftlichen Entwicklung zu ziehen. Man fördert Frauenbildung und vermehrt die Gelegenheit einer wirtschaftlichen Verselbständigung der Frauen und geht auf die Anträge der emanzipierten Frauen mehr und mehr ein.

Unsere landwirtschaftlichen Organisationen haben wiederholt unter Mitwirkung unserer Professoren das Problem der landwirtschaftlichen SCHULDENTLASTUNG behandelt und sind dabei zu dem Resultat gekommen, daß es mit Hilfe besonderer Banken und der Lebensversicherungsanstalten möglich wäre, bei Einführung einer Verschuldungsgrenze den einzelnen bis zu seinem Tode schuldenfrei zu machen. Dann kann der Nachfolger wieder neue Schulden aufnehmen, die abermals bis zu dessen Tode abgelöst sind usw. Hat diese ganze Schuldentlastung nicht eine verblüffende Ähnlichkeit mit der bekannten Sisyphusarbeit, die als Strafe für den verschlagensten aller Menschen in der Unterwelt verhängt wurde? Zu solchen Resultaten führt die individualistische Auffassung. Die „organische“ Auffassung sieht auch hier, daß es sich um ein Problem der Befreiung der produktiven Arbeit aus den Fesseln der Schuldherren handelt und daß dieses Problem mit seiner Lösung nur als Entwicklungstendenz in die Aufeinanderfolge der Generationen gelegt werden kann, um eines Tages zur Schuldenfreiheit des ganzen Volkes zu gelangen. Das alles mag sehr schwierig scheinen; aber glaubt man denn ein Problem dadurch besser lösen zu können, daß man es enger formuliert, als es seiner Natur nach ist?

Seit einer Reihe von Jahrzehnten herrscht das Schlagwort „Organisation“ in der praktischen Politik. Aber man denkt dabei immer nur an SPEZIALorganisationen auf LOKALER Grundlage: an Innungen, Genossenschaften, Gewerkschaften, berufliche Vertretungen usw. Das alles mag für den ANFANG sehr notwendig sein. Aber nach einer gewissen Zeit kann es doch nicht mehr umgangen werden, an das Ganze der Volkswirtschaft zu denken, für das es keine „Klassen“, sondern nur Volksglieder gibt. Solche Erwägungen sind aber erst möglich, wenn man allgemeiner aus dem Irrtum der individualistischen Auffassung zur Wahrheit der organischen Auffassung sich bekehrt.

Für die individualistische Auffassung bleibt die Finanzwissenschaft eine ziemlich selbständige Wissenschaft. Für die „organische“ Auffassung erscheint die Deckung des Staatsbedarfs als ein Teil der gesamten Wirtschaftspolitik und

der Steuergrund führt sich zurück auf den Begriff der „sozialen Arbeitsgemeinschaft“. Es bleibt deshalb in hohem Maße verdienstlich für die Reichstagsmajorität, daß sie der heute in der Theorie herrschenden individualistischen Auffassung nicht weiter gefolgt ist, sondern durch eine WERTZUWACHSSTEUER die Gesetzgebung gegen das ARBEITSLOSE Einkommen eingeleitet hat. Konsequenterweise hätte wohl eine „ALLGEMEINE“ Wertzuwachssteuer auch auf die mühelosen Gewinne des mobilen Vermögens ausgedehnt werden sollen. Aber so lange die Regierung auf dem seltsamen Grundsatz beharrt: „die Börse muß pfleglich behandelt werden!“ –, so lange ließ sich praktisch nicht mehr erreichen, als erreicht worden ist. Das Reichsdefizit war da, es mußte gedeckt werden; und es ist gedeckt worden. Aber weil unsere Finanzwirtschaft in engster Wechselbeziehung steht mit unserer gesamten Wirtschaftspolitik, und weil die stetig wachsenden Ausgaben des Reiches mit einer ungewöhnlichen Begünstigung von Handel und Industrie im Weltmarkte in direktester Beziehung steht, weil ferner eben diese Begünstigung bereits krankhafte Formen für unseren Volkskörper angenommen hat, wird die Reichstagsmajorität daraus weitere Konsequenzen ziehen müssen.

Als am 18. Januar 1871 Kaiser Wilhelm I. sich die Kaiserkrone auf sein Haupt setzte, gab er die feierliche Erklärung ab: daß das deutsche Volk „den Frieden innerhalb seiner Grenzen genießen“ solle und daß es seinen Nachfolgern an der Kaiserkrone vergönnt sein möge, als „Mehrere des Reiches nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete der nationalen Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“ sich zu betätigen. Der Generalfeldmarschall Graf Hellmuth v. Moltke hat dann in seiner Vorrede zur Volksausgabe der Geschichte des deutsch-französischen Krieges darauf hingewiesen, daß inzwischen der Einfluß der Banken und Börsen so gestiegen ist, daß diese Kreise in der Lage seien, „die bewaffnete Macht für ihre Interessen ins Feld zu rufen.“ Von den 25 Kriegen oder Gruppen von Kriegen, welche in der Welt seit 1870/71 gezählt werden können, sind mindestens 21 Kriege als „reine Geldkriege“ neben einer großen Zahl ernster politischer Konflikte zu bezeichnen. Das alles mag für eine gewisse Zeit und Entwicklungsperiode nicht zu ändern sein. Inzwischen aber zeigen sich für die deutsche Volkswirtschaft deutlich krankhafte Entwicklungszustände, die direkt mit der zu starken Begünstigung von Handel und Industrie von Reichs wegen zusammenhängen. Der internationale Wettlauf der Völker gerade auf diesem Wege erscheint als die eigentliche Wurzel der immer mehr wachsenden Rüstungen. Deshalb die stetig steigenden Ausgaben auch des Deutschen Reiches. Wie ist es möglich, diese stetig wachsenden Ausgaben künftig zu verhüten? Das ist natürlich für Deutschland allein nicht möglich, ohne selbst Schaden zu leiden. Aber nach der organischen Auffassung gibt es nicht nur nationale, es gibt auch internationale weltwirtschaftliche Aufgaben, die durch eine bessere Organisation gelöst werden müssen. Die Tatsache, daß die modernen Verkehrsmittel die Teile der Weltwirtschaft immer enger zusammenschließen, und daß die Zeit vorbei ist, in der die Entdeckung neuer Weltteile zur Weltherrschaft einzelner Staaten führen konnte, deutet nach der gleichen Richtung. Also muß auch auf dem Gebiete der AUSWÄRTIGEN POLITIK

von dem heute noch herrschenden Individualismus der Staaten, wobei einer immer jedem anderen den Rang ablaufen möchte, gebrochen und der Übergang zur „organischen“ Auffassung vorbereitet werden, für welche der Grundsatz gilt: „Raum für alle hat die Erde!“ Jedes Streben nach Alleinherrschaft auf der Welt ist schon deshalb prinzipiell zu verwerfen. Dieses Streben nach Alleinherrschaft im Welthandel wird um so bedenklicher, je mehr es gleichzeitig die Fundamente aller Heimatspolitik untergräbt und je allgemeiner man die engen Wechselbeziehungen zwischen auswärtiger Politik und Heimatspolitik zu verkennen scheint.

E. Man hat den Lohnarbeitern in der sozialen Gesetzgebung jährlich viele Millionen geschenkt, man hat dem Mittelstand in einer Reihe von Novellen zur Gewerbeordnung sein Wohlwollen bewiesen, man hat der Landwirtschaft bei Abschluß der letzten Handelsverträge höhere Zölle bewilligt. Nun glaubt man auch damit wieder fortfahren zu können, die Großbanken und Börsen mit der Exportindustrie und dem internationalen Handel zu begünstigen. So werden denn unter Einsetzung der gesamten Machtmittel des Reiches immer mehr überseeische Bankfilialen gegründet. Die wachsende Verschuldung des Auslandes bei unseren Großbanken erachtet man als einen Fortschritt des nationalen Ansehens. Mit der Zunahme des Exports an industriellen Produkten glaubt man auch den Interessen der heimischen Lohnarbeiter gedient zu haben. In all diesen Fällen muß deshalb unsere Diplomatie im Auslande energisch mithelfen. Und wenn dann die Reichstagsmajorität die wesentlich deshalb aufgelaufenen erhöhten Ausgaben des Reiches bewilligt durch Steuern, die vom ganzen Volke proportional seiner Leistungsfähigkeit getragen werden, dann gründen die Großbanken wegen ungeheurer Neubelastung mit Steuern – deren Betrag gerade in ihrem Interesse aufgewendet wurde – den neuen „Hansabund“ gegen die Reichstagsmajorität. Eine solche Politik muß nach „organischer“ Auffassung als eine Politik der unvereinbaren Widersprüche bezeichnet werden.

Es ist ein innerer Widerspruch, die verschiedenen Glieder des Volkes als gleichberechtigte Klassen zu behandeln und ohne jede Rücksicht auf ihre Proportionalität zum Ganzen der Reihe nach zu begünstigen. Diese Art der Begünstigung ist speziell ein „organischer“ Widerspruch, weil jede weitere Förderung des Großkapitals den Mittelstand, der sein erster Arbeiter und Eigentümer seiner Produktionsmittel ist, noch mehr zu zersetzen droht in Proletarier auf der einen, und Großkapitalisten auf der anderen Seite. Entwicklungsgeschichtlich schließen sich deshalb für die in Deutschland erreichte Wirtschaftsstufe Mittelstandspolitik und Großkapitalistenpolitik gegenseitig aus wie die Förderung der Krankheit in der Richtung des Todes und die Gesundheitspflege. MAN KANN NICHT MITTELSTANDSPOLITIK TREIBEN UND GLEICHZEITIG MILLIARDÄRE ZÜCHTEN WOLLEN! Speziell der verhängnisvolle Übergang zum industriellen Exportstaat ist nicht nur nach dem Caprivi'schen Rezept möglich: durch Handelsverträge auf Kosten der heimischen Landwirtschaft den industriellen Export zu begünstigen. Das gleiche, verhängnisvolle Ziel kann auch nach der Methode des Fürsten Bülow erreicht werden: durch tatkräftige Begünstigung unserer Großbanken in der inneren und äußeren Politik mit allen Machtmitteln des Reiches, durch die Gründer- und

Spielfreiheit unserer Börsen und die dadurch wesentlich erleichterte großkapitalistische Vertrustung unserer Industrie. Speziell die andauernde energiegeladene Förderung unseres Großkapitals bei Erschließung einer NEUEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN KONKURRENZ in KLEINASIEN muß in WENIGEN JAHREN wieder sehr schwere Zeiten für die heimische Landwirtschaft herbeiführen, trotz der erhöhten Zölle. Und alle Zuwendungen an die Lohnarbeiter müssen so lange von diesen gering geschätzt werden, so lange gleichzeitig durch umfassende Begünstigungen der Großunternehmungen und des arbeitslosen Erwerbs die Brücke immer mehr abgebrochen wird, welche ein Aufrücken der Lohnarbeiter in die Position der ökonomischen Selbstverantwortlichkeit ermöglichte. Man sorgt sich um Erweiterung der Wahlrechtsfreiheiten, aber man sieht nicht, daß die Basis aller politischen Volksrechte das Prinzip der ökonomischen Selbstverantwortlichkeit ist, wie es im echten Mittelstand verkörpert wird, der nicht als „mittlere Klasse der Einkommenstufen“, sondern als Klasse der SELBSTVERANTWORTLICHKEIT zwischen den großkapitalistischen Herren und den Proletariern betrachtet werden muß.

Der heute herrschenden internationalen Politik fehlt endlich noch Eins: und das ist der rechte Blick für die organischen Voraussetzungen zur Einführung der geldwirtschaftlichen Rechtsverhältnisse. Man hat sich förmlich abgewöhnt, zu erkennen, daß die verschiedenen Völker ganz verschieden ausgewachsene Völkerindividuen darstellen. Das eine Volk ist noch ein Kind, das Andere ein halbwüchsiger Bursche, das Dritte ein Mann und ein Viertes ein Greis. Trotzdem will die heute herrschende Politik all diesen Völkern den gleichen Währungsrock mit dem gleichen Verschuldungsrecht, der Exekutionsordnung und dem gleichen Verfassungsrecht umhängen. Die gleichen Fehler sind schon im Altertum gemacht worden. Und damals sind schon aus diesen Fehlern ungezählte Kriege und Revolutionen entstanden. Die germanische Geschichte hat uns gelehrt, wie der wesentlichste Kulturfortschritt dadurch erreicht wurde, daß man dem Volke einige Jahrhunderte länger Zeit ließ, sich unter dem Schutz der Naturalwirtschaft besser auszureifen. Darin liegt der tiefe Sinn der LEHENSstaatlichen Organisation mit Zinsverbot, Wuchergesetzen und dem Äquivalenzprinzip für allen Tauschverkehr. Alle diese hochwichtigen Grundsätze aus der Weltgeschichte scheint die moderne Politik vergessen zu haben. Man gliedert einen kleinen Jungen verfassungsmäßig einem reifen Manne an und führt sofort dessen Strafrecht, dessen Schuldrecht, dessen geldwirtschaftliche Rechtsordnung ein – ganz wie es unsere Großbanken wünschen – und ist dann noch überrascht, daß die angegliederten Völker zu Grunde gehen und den Mutterländern ungeheure Lasten aus den Kolonialkriegen erwachsen.

Wäre es nicht auch hier richtiger, im Interesse der künftigen Entwicklung der Reichfinanzen aus der individualistischen geldwirtschaftlichen Auffassung zur „organischen“ Auffassung überzugehen und statt einer kurzsichtigen Begünstigung der Wucherungen des Goldkrebsses eine idealere Rechtsauffassung zu begünstigen, die Jedem das Seine gibt? Wenn schon die Entwicklungsgeschichte der Völker durch die Jahrtausende etwas streng Logisches ist, dann wird sich wohl auch die Politik der Völker unserer Tage dieser Logik nicht verschließen dürfen, ohne die schwersten Schädigungen dafür in Kauf zu nehmen.

## Kolonialpolitik und Bauernpolitik in den letzten zweieinhalb Jahrtausenden.

Vortrag, gehalten auf dem Vortragskursus der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen am 1. März 1907 in Posen.

(Sonderdruck.)

### I.

Am 9. Februar 1871 sagte Fürst Bismarck in Versailles: „Ich will keine Kolonien. Die sind bloß zu Versorgungsposten gut. Ein Kolonialbesitz wäre für uns genau so, wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben.“

An 26. Juni 1884 ist Fürst Bismarck noch sehr entschieden gegen das französische Kolonialsystem, das ein Stück Land okkupiert, dann Auswanderer heranzuziehen sucht, Beamte anstellt und Garnisonen errichtet. Anders ist nach dem damaligen Reichskanzler die Frage zu beantworten: ob das deutsche Reich die Pflicht hat, Unternehmungen, welche deutsche Kaufleute im Vertrauen auf das Deutsche Reich im Auslande gegründet haben, einen gewissen Reichsschutz zu gewähren. „Wir wollen aber dabei keine Provinzen, sondern nur kaufmännische Souveränitäten gründen unter der Oberhoheit des Deutschen Reiches.“ Nicht der Assessor, sondern der Kaufmann soll die Kolonien regieren. Von jetzt ab beginnen die deutschen kolonialen Erwerbungen.

Am 4. Februar 1891 erklärt der Reichskanzler Graf Caprivi im Deutschen Reichstage: „Wir dürfen Gott danken, daß uns nicht jemand ganz Afrika schenkt.“ Es war die Zeit des Zanzibar-Vertrages, in der man unsere besten Besitzungen in Afrika gegen Helgoland vertauschte.

Am 11. Dezember 1899 hielt Fürst Bülow im Reichstage seine große Rede über die Notwendigkeit, daß auch Deutschland eine Weltpolitik treibe.

Heute ist nach der Auffassung des Kolonialdirektors Dernburg die Kolonialfrage die nationale Frage Deutschlands.

Wir haben also in dem kurzen Zeiträume von 36 Jahren im Reichskanzleramte folgende Wandlungen in der Auffassung der Kolonialpolitik erlebt:

Vor 36 Jahren: Wir wollen keine Kolonien!

Vor 23 Jahren: Nur Reichsoberhoheit über kaufmännische Besitzungen !

Vor 16 Jahren: Noch mehr Kolonien wären ein Unglück!

Vor 8 Jahren: Kolonien sind als Stützpunkte unserer Weltpolitik unentbehrlich!

Heute: Die koloniale Frage ist die nationale Frage!

So einfach und so selbstverständlich, wie gewisse koloniale Enthusiasten behaupten, scheint also doch die richtige Beurteilung der Kolonialpolitik nicht zu sein. Wie bilden wir uns ein besser gesichertes Urteil? – Kaum dadurch, daß wir die persönlichen Verhältnisse unserer kolonialen Bewegung eingehender betrachten und gegenseitig abwägen. Alle größeren volkswirtschaftlichen Fragen wollen losgelöst von jener ephemeren Erscheinung, die wir Einzelperson

nennen, beurteilt sein. Es darf uns auch nicht genügen, etwa auf das Beispiel nur der französischen, englischen und nordamerikanischen Kolonialpolitik zu Verweisen. Die französische Afrikapolitik speziell ist durch Napoleon III. begründet worden, um seine Dynastie auf dem schwankenden französischen Throne zu sichern. Welchen Grund hätten wir in Deutschland, solche Beispiele für uns gelten zu lassen? Ich glaube weiter sagen zu können: Uns Agrarier interessiert auch die Kolonialpolitik nicht für sich allein, wie das etwa bei dem Börsianer der Fall sein mag, der zufrieden ist, dadurch neue Börsengründungen zugeführt zu erhalten. Der echte Agrarier denkt nicht an den momentanen Profit, sondern zuerst und zuletzt immer an die HEIMAT. Ihn kümmert die Frage: Wie wirkt die Kolonialpolitik auf die Heimatpolitik, oder sagen wir es vielleicht noch deutlicher, auf die BAUERNPOLITIK des Deutschen Reiches zurück? Darauf wird in exakter Weise nur die künftige Geschichte Deutschlands Antwort geben. Weil aber diese Antwort möglichenfalls auch höchst ungünstig ausfallen kann, möchten wir heute schon zuverlässige Anhaltspunkte haben für diese Beurteilung unserer Zukunft. Und diese bietet die Geschichte der Vergangenheit. Es ist ja nicht zum ersten Male, daß ein Volk mit agrarischer Vergangenheit koloniale Politik zu treiben beginnt. Seit Jahrtausenden bemerken wir mit einer auffallenden Regelmäßigkeit den Übergang der Agrarvölker zum Industriestaat, zum Exportstaat, mit Weltpolitik und ausgedehntem kolonialen Besitz. Wie hat sich in all diesen Fällen die Kolonialpolitik mit der Bauernpolitik vertragen? Unter welchen Voraussetzungen konnten sich dann die Bauern behaupten, unter welchen sind die Bauern zu Grunde gegangen und verschwunden? Wenn wir uns diese Fragen aus den vergangenen Jahrtausenden klar beantworten können, werden wir auch für die Gegenwart jene Voraussetzungen bezeichnen können, unter welchen sich die Bauernpolitik mit der Kolonialpolitik vereint und unter welchen Voraussetzungen dies nicht der Fall ist. Endlich werden diese Kenntnisse uns ein koloniales Programm enthüllen, das eine größere Stetigkeit besitzt als unserer offiziellen Kolonialpolitik bisher eigen war.

## II.

### DIE GRIECHISCHEN VÖLKER. <sup>1</sup>

Kurz vor der Reichstagswahl erhielt ich von einem Wahlredner die Anfrage: wann etwa die alten Griechen zur Demokratie übergegangen seien? Dieser Fragesteller war offenbar der Meinung: die Geschichte der alten Griechen sei die eines einheitlichen Volkes. Das ist unzutreffend. Die alten Griechenvölker sind von Norden her in den südlichen Vorsprung der Balkanhalbinsel eingewandert und haben von da über die ionischen Inseln den Weg nach Kleinasien gefunden, wo sie von den damals – wie man zu sagen pflegt – „höher entwickelten“ Kulturvölkern, den Phöniziern und Ägyptern namentlich, die Kunst des Handels, der Schifffahrt und der industriellen Produktion erlernten. Nicht nur die zerstreuten Siedlungen der Griechen in Kleinasien und die verhältnismäßig kleinen Inseln im ägäischen Meere, auch das durch hohe Gebirgszüge reich zerklüftete Mutter-

<sup>1</sup> Vergleiche für weitere Details der nachfolgenden geschichtlichen Skizze Professor Ruhland, System der politischen Ökonomie, I. u. II. Bd., „Entwicklungsgeschichte der Völker“. 1906 bei Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin, erschienen.

land mit nur schmalen Tälern und Flachlandbildungen wiesen naturgemäß auf die Entstehung von vielen Kleinstaaten hin. Und diese Kleinstaaten haben sich je nach ihrer früheren oder späteren Berührung mit den „höher entwickelten“ Industrie- und Handelsstaaten des Orients zeitlich außerordentlich ungleich entwickelt. Man hat deshalb nicht mit Unrecht die Geschichte der griechischen Staaten mit der Geschichte der Staaten Europas verglichen. Dieses Bild bitte ich bei der Beurteilung der griechischen Geschichte in Erinnerung zu behalten.

Die griechischen kleinen Agrarstaaten übernahmen zuerst die kapitalistische Entwicklung auf kleinasiatischem Boden. Und zwar sind hier vor allem Milet, Teos und Phokaea zu nennen. Kaum war der Übergang vom Agrarstaat zum Industrie- und Handelsstaat vollzogen worden, als auch schon das eigene Land zur Gewinnbetätigung viel zu klein schien. Zunächst wurde der phönizische Handel niedergerungen und der damalige Welthandel im Mittelmeere erobert. Und weil der Absatz nur dort gut gesichert schien, wo die Abnehmer im Auslande in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zum Exportstaate standen, begann rasch die Periode der Koloniengründungen. Milet, das in seiner Blütezeit die bevölkertste Stadt der griechischen Welt war, soll im 8. und 7. Jahrhundert vor Christus 80 bis 90 der wichtigsten Kolonien besessen haben. Die Kolonien von Teos beherrschten namentlich den Zugang zum Pontus, der Kornkammer der damaligen Welt, die für Industrie- und Handelsstaaten natürlich ganz besondere Bedeutung hatte. An diesem wichtigen Kolonialbesitz am Hellespont war auch Phokaea beteiligt, das außerdem noch das heutige Marseille, die Gegend von Nizza, Teile von Korsika mit einer Handelsfaktorei in Egypten besessen hat.

Aber – schon diese Handelsstaaten des 8. und 7. Jahrhunderts vor Christus hatten in ihrem Rennen und Jagen nach möglichst hohem Gewinn vergessen, daß jede Weltmachtspolitik mit umfangreichem Kolonialbesitz das Risiko der Fortexistenz des Staates mit der Ausdehnung seiner Angriffsfläche außerordentlich erhöht! Die politische Einigung der kleinasiatischen Binnenstaaten hat die Zufuhr der unentbehrlichen Rohmaterialien unterbunden. Die Entstehung neuer Industriestaaten auf den ionischen Inseln hat das industrielle Absatz- und Handelsgebiet wesentlich eingeengt. Daraus erwuchsen in der Heimat schwere Wirtschaftskrisen mit Hungersnöten und sozialen Revolutionen. Und als man durch Anzettelung eines Aufstandes gegen die Perser alles wagte, um das Heimatsgebiet möglichst auszudehnen, da ging die ganze Herrlichkeit zugrund. Die einst so seemächtigen Städte sind rasch zu unbedeutenden Fischerdörfern zusammengeschrumpft.

Die Herrschaft im Seehandel und Weltverkehr war inzwischen schon auf die ionischen Inselstaaten Chalkis, Eretria und Ägina übergegangen. Abermals verband sich mit der Ausbreitung der kolonialen Herrschaft dieser Staaten eine rasche Zunahme ihres Reichtums und ihres Ansehens. Die ganze damalige Handelswelt hatte entweder das chalkische oder das äginatische Währungs- und Maßsystem angenommen. Aber der gegenseitige Konkurrenzneid und der unausbleibliche Kampf um die Kornkammer, d. h. um die Brotversorgung des Volkes, hat auch diese Handelsstaaten sich gegenseitig schwächen lassen. Nach einer etwa 100 jährigen Blütezeit waren sie von den neu erstandenen Konkur-

renten Korinth und Athen unterjocht und die Hauptstadt entweder bis auf die Grundmauern zerstört und ihre Bevölkerung vertrieben worden, wie Ägina durch das siegreiche Athen, oder die vom Geschäftsgewinn völlig verlassene ehemalige Welthandelsstadt kam so sehr in Verfall, daß innerhalb der Stadtmauern der größte Teil mit Getreide besät und vom Vieh beweidet wurde, wie Chalkis und Eretria.

Korinth und Athen waren immer nur solange Freunde, als es galt, gemeinsame Feinde oder gemeinsame Konkurrenten im Streben nach Welthandesherrschaft zu bekämpfen und zu vernichten. Nachdem aber durch Raubkriege aller Art die Gegner überwunden waren und Korinth und Athen noch allein übrig blieben, da strebte jedes von beiden, die Weltherrschaft auszuüben. Jeder dieser vorher so befreundeten Staaten trug den Trieb der Unersättlichkeit in seiner Brust, und daraus erwuchs zwischen beiden bitterste Feindschaft, die bis zur gegenseitigen völligen Vernichtung führte. Am besten lassen sich die Grundlinien dieser Entwicklung an der Spezialgeschichte von Athen verfolgen.

Das Landgebiet von Athen war nur wenig größer als unser heutiges Herzogtum Sachsen-Meiningen. Die ersten wichtigen politischen Ereignisse, wie die solonische Gesetzgebung (594 v. Chr.) und die Militärmonarchie des Pisistratus (560 – 526 v. Chr.) lassen die bäuerlichen Interessen in der Politik noch als durchaus maßgebend erscheinen. Die Schulden des Volkes wurden gesetzlich abgelöst, eine leichtere Währung nach Art der Forderungen unserer Bimetallisten eingeführt. Gegen die Gefahr der Latifundienbildung richtete sich das Grundbesitzmaximum. Der Handel mit Getreide war wesentlich eingeschränkt usw. Aber man begann doch schon auch in dieser Zeit vom Reichtum und von dem Glanze der Weltpolitik sich locken zu lassen. Da und dort wurde eine kleine Kolonie erworben und damit begonnen, die Kriegsflotte auszubauen. Den Kapitalisten waren diese Zugeständnisse natürlich zu wenig. Pisistratus wurde deshalb durch sie vertrieben, und dem Volke zu seiner Beschwichtigung eine demokratische Verfassung gegeben (509 v. Chr.). Als ob die Masse des Volkes aus gewiegteten Staatsmännern bestände! Hierbei ausbrechende kriegerische Verwickelungen forderten für die „Ehre der Nation“ neue Eroberungen, wodurch die Interessen von Industrie und Handel weiter gestärkt wurden, und Niederlagen gebieterisch eine wesentliche Vergrößerung der Kriegsflotte forderten. Die Zukunft Athens begann jetzt schon auf dem Wasser zu liegen. Man war bestrebt, überall in der damals bekannten Welt aus der Notlage anderer leichten Gewinn für Industrie und Handel zu ziehen und so die nationale Ehre zu mehren. So begannen die Verwickelungen, welche zu den Perserkriegen führten. Nun wurde das Land der Bauern preisgegeben und alles auf den Bau der größten Kriegsflotte verwendet. Dann hat man rasch Ägina geschluckt und weitere wertvolle Kolonien gewonnen.

Das im Kern noch gut agrarische Volk siegte zu Land und zu Wasser über die Perser. Und unter dem Verfassungstitel „Attischer Seebund“ trat im Jahre 477 v. Chr. Athen tatsächlich an die Spitze der ganzen griechischen Welt, die von nun an Athen tributpflichtig war. Athen war damit als Handels- und Industriestaat eine Weltmacht ersten Ranges geworden. Die attischen Bauern aber ver-

schwanden aus der Heimat. Sie wurden entweder auch Händler und Industrielle oder sie betrieben das Söldnerhandwerk mit Beteiligung am Kriegsraub, oder sie wanderten aus in die neu erworbenen Kolonien. Jedenfalls ist von jetzt an in der athenischen Gesetzgebung von einem agrarischen Einfluß nichts mehr zu spüren. Aus dem früheren Bauernland waren Latifundien der Großkapitalisten geworden. Statt dessen kam unter der Führung von Großindustriellen und Bankiers eine Politik des Großkapitals und der Proletarier an die Reihe. Die Masse des Mittelstandes war rasch proletarisiert neben einer kleinen Zahl sehr reicher Leute. Der heimische Getreidebau war mit den Bauern verschwunden. Die Brotversorgung des Volkes blieb jetzt dem Getreidehandel überlassen. Die heimische Konsumkraft konnte bald nur noch durch Eroberung neuer Absatzwege für Handel und Industrie gesteigert werden. Das führte zu immer neuen kriegerischen Entwicklungen, zur verstärkten Ausbeutung der sogenannten Bundesgenossen und schließlich zum Krieg auf Leben und Tod mit dem damals noch größten Handels- und Industriestaat, mit Korinth. Gleichzeitig mußte man den Proletariern zuliebe sich zu Staatspensionen an die verarmten Bürger und zur Beschäftigung der Arbeitslosen bei umfassenden Staatsbauten verstehen, die ungeheure Anforderungen an die Staatskasse stellten. Trotzdem zeigten sich immer revolutionäre Unruhen, sobald die Getreidezufuhren einmal ausblieben. Wurde aber die Staatskasse leer, und blieben die Zahlungen an die Proletarier aus, so hat man mit Vermögenskonfiskationen bei den Reichsten, mit Zwangsanleihen, mit Erhöhung der Steuern für die Bundesgenossen sich geholfen. Der Haß der ganzen damaligen Welt gegen dieses unersättliche Athen hat eine Koalition seiner Feinde fertig gebracht. Es kam zur Stockung des Absatzes nach dem Auslande, zur Stockung der Getreidezufuhren vom Auslande bei leeren Staatskassen und damit bei Ausbleiben der Pensionszahlungen an die Proletarier zur sozialen Revolution. So mußte sich denn Athen auf Gnade oder Ungnade 404 v. Chr. seinen Feinden ergeben. 477 v. Chr. hatte Athen den Höhepunkt seiner Weltherrschaft erklommen. Nur 73 Jahre später war dieser berühmteste Handels- und Industriestaat der griechischen Welt im Elend zugrunde gegangen.

### III.

Der Bauernstaat Rom war ursprünglich etwas kleiner als das heutige Fürstentum Waldeck. Das Volk selbst war nach den Grundsätzen des Feudalstaates gegliedert, nur daß die Feudalherren alle in der Hauptstadt wohnten. Anfangs häufiger, als es diesem Volke selbst erwünscht war, zur Verteidigung durch kriegslustige Nachbarn gezwungen, wurden die Römer bald ein Räubervolk in des Wortes verwegenster Bedeutung.

Jene Jahrhunderte lang dauernden politischen Konflikte, welche die landläufige Geschichtsschreibung als den Kampf der Patrizier und Plebejer um Gleichstellung bezeichnet, waren noch im Grunde nichts anderes, als der siegreiche Kampf der römischen Bauern mit den römischen Gewerbetreibenden gegen den eindringenden Kapitalismus in der Form der Schuldknechtschaft. Die römischen Bauern wußten damals ihren Willen so vollständig durchzusetzen, daß durch ein besonderes Gesetz der Zins als Wucher verboten (303 v. Chr.) und die Versamm-

lung der römischen Bürger in Rom als höchste Macht im Staate anerkannt wurde (287 v. Chr.).

Dennoch fiel auch dieser kernige altrömische Bauernstand dem kapitalistischen Unheil zum Opfer. Und das ging folgendermaßen zu: Die Römer nannten alles Land außerhalb der altrömischen Feldmark „Kolonie“. Von diesen Kolonien erklärten sie die besten Ländereien zu Staatsländereien. Seit etwa 232 v. Chr. wurde es Sitte, diese Staatsländereien an die römischen Bürger zu verteilen. Die römischen Bauern hatten damals schon das Recht, ihren ererbten Grundbesitz zu verkaufen. So schien es verlockend für diese Bauern, ihren römischen Grundbesitz zu guten Preisen an die römischen Kapitalisten abzutreten, um hinaus zu ziehen auf jenen Grundbesitz in den Kolonien, der ihnen vom Staate geschenkt worden war. Das sah zunächst für die Bauern ganz günstig aus, war deshalb aber doch für sie im höchsten Maße gefährlich. Denn, als sich die Bauern um Rom herum durch die Schenkungen an staatlichem Grundbesitz nach den immer weiter entfernt liegenden Kolonien locken ließen, schieden sie tatsächlich aus der allmächtigen römischen Volksversammlung aus. Und damit verloren sie faktisch ihren Rechtsanteil an derselben. Es blieben also in Rom jetzt an „der Herrschaft neben den Kapitalisten nur noch die römischen Gewerbetreibenden beteiligt. Diese wurden durch die Einfuhr von griechischen Gewerbesklaven bald beschäftigungslos und damit zu armen Proletariern. Die Bauern waren zunächst auf italischem Boden geblieben, zum Glück für den Staat. In den jetzt folgenden furchtbaren punischen Kriegen stellten sie noch jährlich 70 000 Soldaten ins Feld. An der kernigen römischen Bauernfaust ist alle List und Kriegskunst der Karthager zunichte geworden. Dann wurden in frischem Zuge von dem siegreichen Bauernheere noch die wichtigsten Mittelmeerländer zusammen erobert und die glänzende Höhe der römischen Weltherrschaft im Jahre 168 v. Chr. erreicht. Riesige Kriegsbeuten kamen in Rom zur Verteilung. Überall würden in den gewaltigen Kolonialgebieten weite Strecken guter Ländereien an die Bürger verschenkt. Höchst umfangreiche Staatsbauten gaben den Unternehmern wie den Arbeitern reichliche Beschäftigung. Die Goldwährung wurde in Rom eingeführt. Alles schien reicher und wohlhabender. Wer hatte unter solchen Verhältnissen, nach so glänzenden Waffenerfolgen, bei solchem Zuwachs der nationalen Ehre noch Zeit, sich darum zu kümmern, daß die römischen Bauern rasch vom italischen Boden verschwunden sind? An Stelle des Bauernlandes sind hier riesige Latifundien mit großen Viehherden und einigen Sklaven aus Barbarenländern getreten. Mit den Bauern war auch der Getreidebau verschwunden. Die Hauptstadt Rom wurde dann zunächst mit Getreide aus Sizilien, dann aus Spanien, Nordafrika und Ägypten und später mit Getreide aus dem Pontus versorgt. Die Bewegung der Gracchen, welche diese für den Staat so ungeheuer gefährliche Verschiebung der agrarischen Verhältnisse aufdeckte und vergeblich zu reformieren bemüht war, begann im Jahre 133 v. Chr., also nur etwa 35 Jahre nach den gewaltigsten kolonialen Eroberungen und dem vollen Siege über die damals bekannte Welt! So rasch hatte die kapitalistische Habgier den Bauernstand mit dem Getreidebau aus Italien verdrängt. Von nun an ging die Entwicklung unaufhaltsam in den Abgrund des Kapitalismus und Sozialismus hinein.

Die allmächtige Volksversammlung in Rom bestand aus etwa 2000 Reichen und der Masse der verarmten Proletarierbürger. Um die Volksabstimmungen ihren persönlichen Interessen gefügig zu machen, überboten sich die Reichen in immer großartigeren Wahlbestechungen. Namentlich die Bankiers wurden die einflußreichsten Politiker. Alle Welt betrachtete man als Kriegsbeute der römischen Kapitalisten. Alles was Wert hatte, wurde geraubt, die menschliche Arbeit in jeder Weise ausgeplündert, die Bevölkerung weiter Länderstriche eingefangen und als Sklaven verkauft. Bald suchten auch die Räuber sich gegenseitig zu berauben, wobei das aus Proletariern bestehende Heer des römischen Staates dem jeweiligen Räuberhauptmann um so treuere Dienste leistete, je größer der Raubanteil war, welcher dabei winkte. Es war nur konsequent, wenn schließlich der genialste dieser Räuber, Julius Cäsar, sich kurzerhand das ganze Römerreich eroberte. Der unheimliche Prozeß der „Expropriation der Expropriateure“ war aber auch damit noch nicht zum Abschluß gekommen. Es blieb vielmehr fast eine dauernde Einrichtung im Römerreiche, daß man von Zeit zu Zeit den Reichsten den Kopf abschlug, um ihren zusammengeraubten Reichtum zu verteilen oder anderwärts zu verwenden. Dazu kam ein gerütteltes Maß voll Sozialismus und Anarchismus. Die Proletarier in Rom mußten aus den staatlichen Getreidemagazinen ernährt werden. Diese Forderung der kaiserlichen Politik im Interesse der persönlichen Sicherheit des Kaisers zog nach und nach solche Kreise, daß bald fast alle Gewerbe im Römerreiche dem Staatssozialismus auf berufsgenossenschaftlicher Basis verfielen und mehr und mehr die Naturalwirtschaft wieder an Stelle der Geldwirtschaft trat. Damit wurde es fast zur Gewohnheit der edlen kaiserlichen Garde, der Prätorianer, den Kaiser zu ermorden und den Kaiserthron an den Meistbietenden öffentlich zu versteigern. Die guten Sitten der alten Römer waren längst im Schlamm und Unrat der kapitalistischen Moral versunken. Der Selbstmord wurde zur Epidemie. Die Bevölkerung ging rasch zurück. Immer mehr traten germanische Söldner an die Stelle der Römer im römischen Heere, bis schließlich einer dieser germanischen Söldnerführer, Odoaker, sich selbst die römische Kaiserkrone aufs Haupt setzte.

#### IV.

Eine ganz andere Art der Kolonisation hat KARL DER GROßE auf SÄCHSISCHER ERDE ZUR Anwendung gebracht. Hier hat es sich nicht darum gehandelt, für Industrie und Handel neue Absatzwege zu erschließen. Karl der Große wollte vielmehr den sächsischen Stamm mit dem von ihm beherrschten fränkischen Volke verschmelzen. Seine Politik verzichtete deshalb darauf, die Kolonien auszulündern. Die verschiedenen kapitalistischen Erwerbsarten wurden hier aufs strengste verboten. Und die Art der Erwerbung der Kolonie war nicht in Formen gekleidet, deren Bedeutung den Eingeborenen dunkel geblieben wäre. Karl der Große eroberte das Land mit Heeresmacht und versuchte dann die Bevölkerung durch seine Missionare für das Christentum zu gewinnen. Wer von nun an abfiel, war Rebell. 782 mißlang der Versuch durch gemeinsamen Kampf gegen die Slawen den Gegensatz zwischen Franken und Sachsen auszugleichen. Dafür folgte die strenge Strafe bei Verden an der Aller. Noch einmal rafften sich die

Sachsen zur offenen Feldschlacht auf, als sie auch hier geschlagen wurden, unterwarf sich der sächsische Adel, ließ sich taufen, wurde von nun durch gute Stellen begünstigt und war dauernd gewonnen. Die sächsischen Bauern aber setzten den Kampf gegen die Franken unermüdlich fort, bis Karl zum letzten Mittel griff und die sächsischen Bauern „entwurzelte“. Ganze Bauerndörfer wurden von Sachsen nach Franken und umgekehrt „verpflanzt“. Jetzt war für immer aller Widerstand gebrochen. Dazu kam die großzügige Wirtschaftspolitik Karl des Großen. Seine Königsboten hatten auch in den sächsischen Kolonialgebieten scharf darauf zu achten, daß nicht die Habgier und der Wucher aller Art das Volk ausbeute. Alles das war nach Karls Verordnungen Wucher und Übermaß, was mehr gegeben, als empfangen wurde. Jedes Zinsnehmen war als Wucher verboten. Allen Verträgen, bei denen Leistung und Gegenleistung ungleich waren, wurde die Rechtsgültigkeit versagt. Dazu kamen die Preistaxen mit einem Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln, mit einem vortrefflichen System der Hülfeleistung in Notjahren usw. Diese ganz ausgezeichnete Politik der strengen wirtschaftlichen GERECHTIGKEIT hat es zuwege gebracht, daß sich die Sachsen mit den Franken vereinten. Hundert Jahre später ruhte die Leitung der deutschen Geschichte in der starken Hand des sächsischen Stammes.

Weniger einheitlich und großzügig, aber geschichtlich ebenfalls bedeutungsvoll verlief 4 ½ Jahrhunderte später die Kolonisation Deutschlands östlich der Elbe. Eingeleitet wurde auch diese Kolonisationsbewegung nicht durch unklare Verträge, sondern durch die Eroberungen deutscher Fürsten wie Albrechts des Bären, Heinrichs des Löwen und des deutschen Ordens nach Anfang des XIII. Jahrhunderts. Dem deutschen Schwerte folgten dann unmittelbar die Bauern vom Niederrhein, aus Sachsen, Thüringen und Bayern, nachdem die Missionare vielfach schon vorausgeeilt waren. Wo ein sehr starker Zuzug von deutschen niederrheinischen Bauern zur Verfügung stand, wurde die einheimische besiegte Bevölkerung, die Slawen, einfach verjagt, das Land unter die Kolonisten verteilt, das Volk lehensrechtlich organisiert. So im westlichen Mecklenburg und in der Mark Brandenburg. Wo für die übrigen Gebiete weniger zahlreiche bäuerliche Kolonisten zur Verfügung standen, wurde das beste Land für die Zwecke der Kolonisation weggenommen, so daß dann Kolonistendörfer neben den slawischen Ringdörfern Raum fanden. Systematisch angelegt war auch die Kolonisationstätigkeit des deutschen Ordens im Gebiete der heidnischen Preußen. Soweit ein neues Stück Land erobert war, wurde es immer sogleich durch den Bau von Burgen, durch Städtegründungen und Ansiedelung von Bauern kolonisiert, Kanäle gebaut, Sümpfe ausgetrocknet, Dämme und Deiche angelegt. In hellen Haufen kamen die Kolonisten zugezogen. Bis 1400 hat man im Ordenslande 93 Städte und 1400 Kolonisationsdörfer gezählt. Die einheimischen Leute wurden zins- und dienstpflchtig, hatten aber über den Zehnten hinaus keine weiteren Steuern zu zahlen. Die persönlich freien Kolonisten waren zur Leistung des Pflugkornes verpflichtet. Der Orden verfügte über die Einkommensüberschüsse seiner Domänen, über die Naturalsteuereinnahmen, die Einkünfte seines Mühlenmonopoles und über die Abgaben verschiedener Art in den Städten.

Im Grunde war diese lehensstaatliche Wirtschaft natürlich eine Naturalwirtschaft. Aber das XIII. und XIV. Jahrhundert brachte auch nach dem Norden Deutschlands die Geldwirtschaft mit ihren zersetzenden Einflüssen. Der deutsche Orden trieb bald einen sehr ertragreichen Großhandel mit seinem Bernstein, insbesondere aber mit Getreide und Mehl. Der Orden lieh Geld auf Zinsen und trieb so bald auch einen umfangreichen Handel mit Grundstücken und Renten auf Grundstücken. Der Orden war damit Bankier, Makler, Rheder und Großhändler geworden. Der daraus verständliche Mißbrauch seiner Regierungsgewalt führte zu einer tiefgehenden Gegnerschaft der Städte gegen den Orden, zur Gründung eines Städtebundes, zu einem Bündnis dieser Städte mit den Polen und damit zur Schlacht bei Tannenberg (1410), welche den Verfall des Ordens einleitete. Die geldwirtschaftliche Auffassung des XV. Jahrhunderts hat dazu geführt, daß die Fürsten ihre landesherrlichen Rechte über die Bauern in diesen Kolonialgebieten an Adel und Städte gegen eine entsprechende Geldsumme „verkauften“. Daraus hat sich bald mit Hülfe der römischen Juristen vielfach die Leibeigenschaft der Bauern, das Bauernlegen mit jenen Latifundien entwickelt, an deren Wiederaufteilung in bäuerliche Besitzungen unsere innere Kolonisation bis heute nur mit wenig Erfolg arbeiten konnte.

## V.

Während so die naturalwirtschaftliche Kolonisation im Norden Deutschlands ausgezeichnete oder doch recht bedeutungsvolle Erfolge erzielte, fand der weltgeschichtliche Zug der Geldwirtschaft auf dem Umwege über das islamische Weltreich und sehr gefördert durch die Kreuzzugsbewegung im Laufe des X. und XI. Jahrhunderts Eingang in Italien und schuf hier die Handelsstaaten Amalfi, Pisa, Genua und Venedig. In dieser Welt fehlte der christliche Wucherbegriff, wie ihn Augustin geprägt und Karl der Große in so konsequenter Weise zur Geltung gebracht hat. Handel, Wucher, Raub und Diebstahl gingen hier ineinander über. Der streng gerechte Karolingergrundsatz, daß nur solche Geschäfte Anspruch auf Rechtsschutz erheben können, bei denen Leistung und Gegenleistung gleich wären, hat in diesen Staaten niemals Eingang gefunden. Hier galt konsequenter Weise für das Verhältnis zwischen den Einzelnen wie zwischen den Staaten immer nur das Recht des Stärkeren, das heute noch in der Politik die volle Herrschaft führt.

Zuerst war Amalfi am Golfe von Salerno, im IX. und X. Jahrhundert Mittelpunkt des Handels zwischen Italien und dem Orient geworden. Seine Beteiligung am ersten Kreuzzuge brachte ihm eine Reihe von neuen wichtigen Handelskolonien in Kleinasien ein. Aber dem benachbarten bald stärkeren Handelsstaate Pisa gefiel der Reichtum der Amalfitaner zu sehr. Amalfi wurde von Pisa überfallen (1135 und 1137), die Flotte vernichtet, die zwischen Felsen eingezwängte Stadt zerstört. Und da ein größerer Landbesitz mit Bauern zu dieser Stadt nicht gehörte, war damit die Geschichte dieses Staates erledigt.

Pisa hatte sich zu Beginn des XII. Jahrhunderts Sardinien, Korsika und Elba aus dem Herrschaftsgebiet der Araber erobert. Weitere wichtige koloniale Besitzungen wurden aus der Teilnahme an den Kreuzzügen gewonnen. Nach der

Vernichtung von Amalfi hatte der Handel Italiens mit dem Orient in Pisa seinen Hauptsitz, das damals 150 000 Einwohner gezählt haben soll. Das erweckte den Konkurrenzneid von Genua und Venedig, so daß Pisa sich bald mit dem einen, bald mit dem anderen Konkurrenten zu bedenklichen Bündnissen gezwungen sah. 1268 wurde die Flotte der Pisaner durch Genua gänzlich vernichtet und die Kolonien von dem Sieger eingezogen. Damit war auch dieser Handelsstaat ohne Bauern erledigt.

Auch Genua schützte die Hauptstadt nur durch einen schmalen Landstreifen mit wenigen Bauern. Seine Politiker kannten nur die Förderung von Handel und Industrie durch koloniale Besitzungen in der Ferne, als Stützpunkte im damaligen Weltverkehr. Seine wertvollsten Besitzungen im Orient hat Genua während der Kreuzzüge erworben. Als es aber Venedig glückte den 4. Kreuzzug (1202 bis 1204) ganz in die Bahnen seiner Geschäftsinteressen abzulenken und die wichtigsten Handelsprivilegien von dem neu erstandenen lateinischen Kaiserreich in Byzanz zu erhalten, begannen in Genua politisch unruhige Zeiten. Die wachsende Herrschaft Venedigs im damaligen Welthandel bedeutete naturgemäß das nahende Ende des Handelsstaates Genua. Da gelang es den Zünften, die Regierungsgewalt den „gesättigten Bürgern“ zu entreißen. Nun wurde alles daran gesetzt, das Venedig zugewendete lateinische Kaiserreich in Byzanz durch Wiederherstellung des griechischen Kaiserreichs zu beseitigen, um von dem neuen Kaiser die gleichen Handelsbevorzugungen zu erlangen, die vorher Venedig besessen. Das gelang im Jahre 1261. Damit erreichte der Handels- und Industriestaat Genua rasch den Gipfel seiner Macht. Mit aller Energie waren die Genueser bemüht, das Monopol des indischen Handels zu gewinnen durch Auffindung eines eigenen Handelsweges nach Indien: zunächst über das Kaspische Meer und den persischen Golf, dann auf dem Seewege um Afrika herum. Genua schien die erste Handelsmacht der christlichen Welt werden zu wollen. Das konnte sich das nicht minder aufstrebende Venedig unmöglich gefallen lassen, denn es wäre sein sicherer Untergang gewesen! So begann denn der mehr als hundertjährige Vernichtungskrieg zwischen Genua und Venedig (1240—1381). Die wichtigsten Kolonien in der Levante trennten sich vom Mutterlande und waren stark genug, die Wiedereroberungsversuche von Genua blutig abzuweisen. Der Export in gewerblichen Erzeugnissen, wie der Import des unentbehrlichen Brotgetreides und der Rohstoffe für die gewerbliche Produktion kamen ins Stocken. Hungersnöte mit blutigen Bürgerkriegen folgten einander, bis im Jahre 1396 Genua sich freiwillig unter die Oberhoheit Frankreichs, eines größeren Staates mit mehr Land und mehr Bauern, stellte.

Venedig hat es wohl am besten verstanden, jene gewaltige Kolonialbewegung, welche durch die Kreuzzüge erwachte, in rücksichtsloser Weise für sich auszubeuten. Wo immer in den damaligen Wirren gerade eine gute Beute zu machen war, gleichgültig, ob Muhamedaner oder Christen dadurch geschädigt wurden, da wußte die damals schon bedeutende Seemacht Venedigs immer rasch zuzugreifen. Bald gehörten dieser Stadt neben den Küsten des Adriatischen Meeres, die das Schiffbauholz lieferten, die wertvollsten Kolonien der östlichen Hälfte der Mittelmeerländer mit den wichtigsten Handelsprivilegien von

Ägypten und Syrien bis nach dem Don und der Wolga. Nach Gründung des lateinischen Kaiserreichs (1204) war Venedig auf dem besten Wege, das Monopol über den ganzen Levantehandel zu erringen. Und so sehr lag damals der Schwerpunkt der venetianischen Volkswirtschaft in den Kolonien, daß ein Doge allen Ernstes den Antrag stellen konnte, die Venetianer möchten nach Konstantinopel, als der Hauptstadt ihres Reiches, übersiedeln.

Mit dem Reichtum Venedigs wuchs auch die Zahl seiner Feinde. Ihre Angriffe und ihre Erfolge zwangen Venedig zu einer totalen Änderung seiner damaligen Politik. Jetzt erkannte man endlich, daß die fern im Ausland gelegenen Kolonien wahrscheinlich doch nicht zu halten seien und daß zur besseren Brotversorgung der Hauptstadt wie zu ihrer Verteidigung gegen Feinde ein breiterer mit Bauern besetzter Erdgürtel des angrenzenden Festlandes Italiens höchst wertvoll sei. Sie eroberten deshalb in den Jahren 1427 bis 1448 so viel als möglich von diesem Landgebiet und behandelten dauernd die hier ansässigen Bauern mit kluger Rücksicht. Das immer energischere Vordringen der Türkenherrschaft erschwerte bald den Levantehandel außerordentlich. Und als dann noch der indische Gewürzhandel nach Lissabon, der Sklavenhandel nach Spanien und dem atlantischen Ozean übersiedelte, schrumpfte der venezianische Welthandel auf den Absatz der eigenen industriellen Produkte zusammen. Das einst so kriegerische Volk erstrebte jetzt „Friede und Neutralität um jeden Preis“. Und als auch dieser Staat in den napoleonischen Kriegen ein unrühmliches Ende fand, da waren es die immer gut behandelten Bauern auf der „terra firma“, die trotz der gewaltigen Übermacht des Feindes den Mut fanden, für die Freiheit und die Ehre des Staates Venedig zu den Waffen zu greifen.

Besonderes Interesse verdient noch die Geschichte der Kolonialpolitik Venedigs auf Kreta, der bedeutendsten venetianischen Kolonie. Zunächst versuchten es auch die Venetianer hier mit dem „Assessorismus“ und der kapitalistischen Organisation. Als aber diese Regierungsform rasch gründlichst Fiasko machte, entschlossen sich die klugen Venetianer zu Anfang des XIII. Jahrhunderts, den gleichen Weg zu gehen, den schon über 4 Jahrhunderte vorher Karl der Große und damals etwa gleichzeitig die Fürsten von Norddeutschland, in ihrer Kolonialpolitik gegangen waren, nämlich den der Naturalwirtschaft bei lehensstaatlicher Organisation. Ausgewählte venetianische Familien, welche sich auf Kreta mit Kind und Kegel dauernd niederzulassen bereit waren und die Verteidigung des Landes übernahmen, erhielten daselbst unter der Oberhoheit des venetianischen Staates wertvolle Grundbesitzungen mit einer entsprechenden Anzahl der heimischen Bevölkerung als dienstpflchtigen Hintersassen. Diese Kolonialreform hat sich ausgezeichnet bewährt. Nur daß sich Venedig nicht entschließen konnte, mit der Geldwirtschaft zugunsten der reinen Naturalwirtschaft ganz zu brechen. Die venetianischen Ritter auf Kreta waren auch zu Naturalabgaben an den Staat verpflichtet. Wenn aber eine Mißernte keine naturalen Überschüsse zuließ, waren die Ritter gehalten, entsprechende Geldzahlungen zu leisten. Da die Ritter als Regel keine Geldeinnahmen hatten, folgte daraus ein Verschuldungszwang bei Wucherern zu Wucherzinsen. Bald war die ganze Ritterschaft in den Händen von wenigen Wucherern. Die „kleinen Mittel“, die Venedig

dagegen zur Anwendung brachte, änderten wenig. So kam es schließlich zu einem furchtbaren Aufstand der Ritter gegen die Herrschaft des Mutterlandes, der im Blute erstickt wurde. Die Politik der halben Reformmaßregeln dauerte an und erzeugte unter der ganzen Bevölkerung eine so tiefe Erbitterung, daß die Eroberung Kretas durch die Türken mit ihrer Naturalwirtschaft als eine Befreiung aus den unheilvollen Fesseln des Kapitalismus von der heimischen Bevölkerung allseits begrüßt wurde.

## VI.

Die bereits befestigte Macht christlicher Könige ließ schon gegen Ende des XIV. Jahrhunderts in Portugal, in der 2. Hälfte des XV. Jahrhunderts in Spanien deutlich die Absicht erkennen, die Volkswirtschaft in der Heimat zu verankern und auf den Bauernstand und die eigene Arbeit zu gründen. Da findet in beiden Ländern, als Reflexerscheinung des zusammenbrechenden arabischen Weltreiches, die unheilvolle Idee der Weltherrschaft und des möglichst großen Reichtums an maßgebender Stelle Anklang. Von diesem Zeitpunkte an lag die Zukunft dieser Völker auf dem Wasser, in der Ferne, in den kolonialen Welt Eroberungen, die von der unersättlichen Habgier nach Gold und Silber getragen waren. Die Erfolge dieser Politik waren äußerlich zunächst im höchsten Maße glänzend. Beide Staaten haben im Jahre 1494 durch Staatsvertrag die Welt unter sich in zwei Hälften geteilt. Das kleine Portugal erhielt Brasilien, Afrika und Indien und trug deshalb den stolzen Titel „Königin dreier Erdteile“. Spanien erhielt ganz Amerika mit Ausnahme von Brasilien, dazu die Inseln im stillen Ozean. Ungeheure Reichtümer sind aus diesem gewaltigen Kolonialbesitz dem Mutterlande und namentlich den Königen zugeflossen. In der besten Zeit soll Portugal aus Indien allein jährlich über 800 Millionen Mark bezogen haben. In den Jahren 1493 bis 1600 schätzt man die Einnahmen Spaniens nur an Gold, ohne das Silber, aus seinen Kolonien auf 4027 Millionen Mark. Und doch war kaum hundert Jahre nach den ersten glänzenden kolonialen Erfolgen die Weltmachtstellung beider Länder in offensichtlichem Verfall und zwar hauptsächlich deshalb, weil die koloniale Weltmachtspolitik geradezu verheerend auf die volkswirtschaftliche Ordnung in der Heimat zurückgewirkt hat. Das ging etwa folgendermaßen zu:

Portugal und Spanien waren damals dünn bevölkert. Trotzdem bewirkte die Gier nach Reichtum und Gewinn, die durch die kolonialen Erwerbungen so sehr entfesselt wurden, eine wahre Bevölkerungsflucht aus der Heimat. Alles strebte darnach, möglichst rasch reich zu werden. Aber die Milliarden, welche vereinnahmt wurden, sammelten sich nur in wenigen Händen. Die Masse des Volkes verarmte immer mehr und mehr. Namentlich der heimische Bauernstand und der heimische Getreidebau wurden in kurzer Zeit systematisch zugrunde gerichtet. Wo früher die Bauern ihre Felder fleißig gepflegt hatten, dehnten sich bald in öder Gleichmäßigkeit großkapitalistische Latifundien. In den Kolonien hat die Habgier der Portugiesen und Spanier weit schlimmer als die Pest gehaust. Bis auf die Tempel und Menschengräber wurde alles auf Edelmetalle und Gewinne ausgeplündert. In groß angelegten Menschenjagden wurde das Material für die

Sklavenmärkte eingefangen. Die Missionare, welche die Menschenrechte der Eingeborenen gegen die raubtierartige Habgier der europäischen Kolonisten schützen wollten, mußten schließlich der Profitwut weichen. Unter den Beamten, Offizieren und Adeligen verbreitete sich eine schier unglaubliche Korruption. Bald gab es fortwährend blutige Kolonialaufstände, denen mit unmenschlicher Grausamkeit begegnet wurde. Immer tiefer grub sich der Haß der einheimischen Bevölkerung gegen die fremden Eroberer ein. Jede andere Kolonialmacht wurde als Befreier mit offenen Armen von den Eingeborenen empfangen. Dadurch waren die kolonialen Raubzüge der feindlichen Holländer, Engländer und Franzosen wesentlich erleichtert. Das alles aber veränderte die anfangs so ergiebigen Kolonien zu einer schweren Last für das Mutterland, wo jetzt für die „Ehre des Staates“ unter dem herrschenden Absolutismus die Steuerschraube so sehr und so unvernünftig angezogen wurde, daß auch die Industrie sich rasch verblutete und politische Revolutionen fast überall in der Heimat erwachten. Der Abfall der Kolonien ließ nicht mehr lange auf sich warten. Seitdem sind beide Länder, Portugal und Spanien bemüht, sich aus dem Staatsbankrott langsam zu erholen und mit einer mehr zielbewußten Heimatspolitik etwa dort wieder anzufangen, wo man sie gegen Ende des XIV. und in der 2. Hälfte des XV. Jahrhunderts im blinden Rennen und Jagen nach Kolonialreichtum und Weltherrschaft verlassen hat.

## VII.

Der sagenhafte Reichtum der Kolonien und der tiefe Haß der kolonialen Bevölkerung wölbten die Brücken, über welche die feindlichen Holländer, Engländer und Franzosen vom letzten Viertel des XVI. Jahrhunderts an in die Besitzungen der Portugiesen und Spanier eingedrungen sind. Die Spanier und Portugiesen konnten bei ihren kolonialen Erwerbungen wenigstens noch behaupten, sie beabsichtigten, die Welt dem Christentume zu unterwerfen, wenn auch rasch genug erkannt wurde, daß der eigentliche „Gott der Spanier und Portugiesen das Gold war“. Die Holländer, Engländer und Franzosen aber traten in ihrer Kolonialpolitik sofort ungeschminkt als staatlich privilegierte Seeräuber auf, für die schon damals der Grundsatz Geltung hatte: „Recht oder Unrecht, wenn es nur Gewinn bringt!“ den man in England während des Burenkrieges in die Formel umprägte: „Recht oder Unrecht – mein Land!“ Es gab denn auch bald keine Roheit und keine Rücksichtslosigkeit des Erwerbes, die nicht in dieser Epoche unter dem Titel „Kolonialpolitik“ von europäischen Christen verübt worden wäre. Die Politik schamloser Gewinnsucht in den Kolonien trug naturgemäß in der Heimat überall zur raschen Erstarkung des Kapitalismus bei, worunter in erster Linie die heimischen Bauern und der heimische Getreidebau zu leiden hatte. Es fing deshalb bald in der Heimat wie in den Kolonien zu gären an. Die Raubwirtschaft der Engländer veranlaßte den Abfall der „Vereinigten Staaten von Nordamerika“, was in England selbst solchen Eindruck machte, daß das englische Kolonialamt aufgelöst wurde, um den verbliebenen Rest von Kolonien vom Ministerium des Innern aus zu verwalten. In Frankreich führte die herrschende Mißwirtschaft zur großen Revolution. Und die tief verstimmte

holländische Bevölkerung ließ sich fast ohne Gegenwehr von einem französischen Revolutionsheer annektieren. Draußen in den Kolonien regte sich überall der Unabhängigkeitsgedanke. Die Zeit des europäischen Kolonialbesitzes schien ihrem Ende nahe zu sein.

Da kam plötzlich durch die napoleonischen Kriege eine neue Wendung zum Durchbruch. Napoleon war bestrebt, die Herrschaft über den europäischen Kontinent an sich zu reißen. Das bot für England Gelegenheit, die ganze übrige Welt sich zu erobern. Der damit für England gewonnene Welthandel lieferte im wesentlichen die Mittel, um in dem erbitterten Ringen zwischen England und Napoleon die Niederlage des Letzteren herbeizuführen. Obgleich bei dieser Niederwerfung Napoleons Deutschland, Österreich, Rußland und Spanien sehr wesentlich mitgeholfen haben, fiel der Löwenanteil des Ruhmes in der Welt doch England zu. Die englische Weltmacht und der englische Reichtum wurden allgemein Gegenstand der Bewunderung und Nacheiferung. Frankreich, Nordamerika, Belgien, Rußland, namentlich aber das wieder geeinigte Deutschland wollten auch ihren Anteil an der Weltherrschaft und damit an dem Kolonialbesitz der Erde haben. So kam eine neue Bewegung kolonialer Erwerbungen in Fluß. Der allgemeine Entwicklungsgang den Eingeborenen gegenüber ist dabei in der Regel folgender: Irgend ein Wagehals besucht die Häuptlinge, bringt kleine Geschenke mit und schließt einen Freundschafts- oder Schutzvertrag, dessen Bestimmungen dem Häuptling mehr oder minder dunkel bleiben. Schließlich unterzeichnet der Häuptling mit 3 Kreuzen, nachdem er genug Alkohol mit dem neuen Freunde getrunken hat. Das ist die erste Szene der kolonialen Tragödie. Dann kommen Händler und Unternehmer verschiedener Art, welche abermals mit den Häuptlingen Verträge abschließen über den Erwerb kleiner Königreiche, für welche den Häuptlingen ein paar Handvoll Bestechungsgelder gegeben werden, unterstützt durch die Wirkung des Alkohols. So verkaufen die Eingeborenen den weitaus wertvollsten Teil ihres gesamten Landes. Inzwischen haben die Händler im Lande, die in Kolonien gewohnt sind, jährlich mit 100 bis 300 Prozent Gewinn zu arbeiten, den Eingeborenen alle möglichen europäischen Kulturprodukte vorgelegt und verkauft, namentlich auch Gewehre und Munition! Dafür zahlt der Eingeborene in der Regel nie. Die Forderung des Händlers an die Eingeborenen wird deshalb „gut“ geschrieben und wächst mit Zinseszinsen mit unheimlicher Raschheit auf. Den fremden Händlern und Farmern gehört deshalb bald ungefähr alles, was die Eingeborenen ihr eigen nennen. Das ist das zweite Entwicklungsstadium moderner Kolonialpolitik. Wenn dann der Händler, Farmer, Plantagenbesitzer beginnt, den Eingeborenen alles weg zu nehmen „von Rechtswegen“, dann erhebt sich das Volk mit furchtbarer Wut und roher Grausamkeit gegen die Weißen, deren Regierungen dann den Aufstand blutig niederschlagen. Das ist der dritte Akt. So wird die Kolonie dann ganz frei für kapitalistische Ausbeutung im europäischen Sinne.

In dieser ganzen Erwerbsart bleibt das mustergültige Land England, von dem schon Lord Byron bekanntlich sagte: daß es die eine Hälfte der Welt geschlachtet, die andere geprellt hat.

Aber – ist denn England wirklich ein so beneidenswertes und nachahmungswertes Land namentlich für diejenigen, die wissen, was der Bauernstand für das Volksleben und die Staatserhaltung bedeutet? Einen Bauernstand gibt es in England nicht mehr. Er ist entweder ausgewandert oder Industriearbeiter geworden. Der landwirtschaftliche Grundbesitz Englands ist ein Luxusbesitz der Reichen geworden. Die Brotversorgung des Volkes liegt in der Hand des internationalen Getreidehandels. Nur für die Viehzucht bleibt die Politik etwas interessiert. Einen Mittelstand in unserem Sinne gibt es nicht mehr. Daß England unter solchen Verhältnissen überhaupt noch als Staat existiert, das verdankt es ausschließlich seiner insularen Lage, die durch die Riesenmarine, welche heute schon in bedenklichem Maße in der Beschaffung der Schiffsmannschaften auf das Ausland angewiesen ist, gedeckt werden kann. Es erscheint deshalb überflüssig, die Frage der Zukunft Englands hier zu erörtern. Es darf genügen, darauf hinzuweisen, daß jeder kontinentale Staat, welcher die gleiche Höhe kolonialer und industrieller Entwicklung erreichen würde bei Vernichtung des heimischen Getreidebaues und Bauernstandes, rettungslos seinen Nachbarfeinden preisgegeben wäre. Wenn man aber darauf einwenden sollte: es wäre doch möglich, Kolonialpolitik und Welthandelspolitik in der bisherigen Weise zu treiben und dennoch den heimischen Bauernstand und den heimischen Getreidebau zu erhalten, so muß darauf geantwortet werden: die weltgeschichtliche Erfahrung der letzten 2 ½ Jahrtausende spricht jedenfalls sehr entschieden gegen die Berechtigung dieser Annahme.

NICHT DER LATIFUNDIENBESITZ, SONDERN DER BAUERNSTAND IST NOCH IMMER DER TRÄGER DES HEIMISCHEN GETREIDEBAUES GEWESEN. BEI UNS IN DEUTSCHLAND IST BEKANNTLICH AUCH DIE VIEHHALTUNG ÜBERWIEGEND NICHT IN HÄNDEN DER GROßBESITZER. EIN WOHLHABENDER BAUERNSTAND IST DER SICHERSTE AUSDRUCK JENER POLITIK, DIE AUF DAS GLÜCK UND DIE ZUFRIEDENHEIT DER BEVÖLKERUNG GERICHTET IST. Jede koloniale Welthandelspolitik wird getragen von dem ruhelosen Streben nach Macht und Reichtum. Das aber ist eine durchaus kapitalistische Politik, und die scheidet sich von der Bauernpolitik wie Wasser und Feuer. Die Weltmachtspolitik ist ja an sich nichts anderes als der Erwerbsgrundsatz des Kapitalisten: Nimm so viel du kriegen kannst! ins Politische übertragen. Sobald die Profitwut in einem Lande zur Herrschaft kommt, dringt dieses Streben nach möglichst hohem Gewinn auch in die Landbevölkerung. Wer hohe Gewinne haben will, kehrt der Landwirtschaft den Rücken. Die Landbevölkerung nimmt deshalb unter dieser Voraussetzung immer bedenklich rasch ab. Es kommt hinzu, daß die im Welthandel und in der Industrie Reichgewordenen immer nach einem größeren Landbesitz als Luxusbesitz in der Heimat streben. Das erleichtert wieder die Abwanderung der bäuerlichen Bevölkerung bei guten Grundstückspreisen. Die immer bedenklicher werdende Leutenot der Landwirte beschleunigt weiter diese gefährliche Verschiebung. In einem Zeitraum von wenigen Jahrzehnten ist dann das Verhältnis zwischen den Landwirten und den Nichtlandwirten derart verschoben, daß die Politik des Staates auf landwirtschaftliche Verhältnisse immer weniger Rücksichten nimmt. Inzwischen bietet jede neue Erwerbung in der Welt einen neuen Angriffspunkt der Feinde auf die „Ehre des Staates.“ Weil aber alle oder doch eine ganze Reihe von Staaten gleich sehr nach der Welthandelsherrschaft stre-

ben, bleiben kriegerische Konflikte nie lange aus. Damit treten wachsende Ansprüche an die Staatskasse und an die Steuerleistungen der Bürger heran. Im Welthandel können nur Großunternehmungen konkurrieren. Der Mittelstand auch in Handel und Gewerbe verschwindet deshalb mit der Weltmachtspolitik immer mehr. Die Zahl der Proletarier wird immer größer, und damit wächst ganz unausbleiblich der Sozialismus. Keine Kriegsmacht der Weltgeschichte war immer siegreich. Trifft aber einen Welthandelsstaat eine Niederlage etwa durch Kombination feindlicher Seemächte, dann stockt mit der Besiegung oder auch nur Schwächung der Flotte auf einmal die Ausfuhr der Industrieprodukte mit der Zufuhr der Rohmaterialien und vielleicht auch mit der Zufuhr von Brotgetreide. Und dann hat noch immer und überall das hungernde Proletariat mit den unersättlichen Kapitalisten blutige Abrechnung gehalten, die dem Feinde spielend den völligen Sieg ermöglichte. IST ABER ERST DER BAUERNSTAND VERSCHWUNDEN, SO GIBT ES NACH DEN ERFAHRUNGEN DER WELTGESCHICHTE KEINE BEFREIUNGSKRIEGE MEHR. Diese ganze Auffassung stützt sich auf folgende Reihe ernster Tatsachen :

1. Im VII. Jahrhundert vor Christus beherrschten die griechischen Staaten auf kleinasiatischer Erde die damalige Kolonialwelt mit dem Welthandel, bald darauf waren sie zu Grunde gegangen.
2. Ihnen folgten in dieser Herrschaft die Industrie- und Handelsstaaten der ionischen Inseln, die kaum 100 Jahre später vernichtet waren.
3. Die Staaten Korinth und Athen, welche deren Erbschaft übernahmen, waren binnen wenig mehr als 7 Jahrzehnten dem Untergange geweiht.
4. Dann gewann das gewaltige Rom etwa um das Jahr 168 vor Chr. die Weltherrschaft. 35 Jahre später war der Bauernstand aus Italien verschwunden, etwa 80 Jahre später begannen in Rom die Bürgerkriege.
5. Im XIII. Jahrhundert wußten Genua und Venedig den Welthandel und die Kolonien der damaligen Zeit an sich zu reißen. Kaum 100 Jahre später war ihre Herrlichkeit dahin.
6. Im XV. Jahrhundert gewannen Portugal und Spanien äußerlich in so glänzender Weise die Herrschaft über die ganze koloniale Welt, um kaum 100 Jahre später offensichtlichen Verfall zu zeigen, von dem sie sich heute noch nicht erholt haben.
7. Im XVI. Jahrhundert wußten Holland, England und Frankreich ihren Kolonialbesitz zusammen zu rauben, und dieses Raubwirtschaftssystem fand in Frankreich sein Ende in der großen französischen Revolution, in Holland in einer unrühmlichen Annexion durch französische Truppen, in England durch den Abfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
8. Erst seit den Napoleonischen Kriegen datiert das moderne Weltreich Englands, das heute seinen Bauernstand vollständig, seinen Getreidebau fast vollständig verloren hat und seine staatliche Fortexistenz offenbar nur seiner insularen Lage danken kann.

DIE KAPITALISTISCHE KOLONIAL- UND WELTHERRSCHAFTSPOLITIK FÜHRTE BIS JETZT NOCH JEDE VOLKSWIRTSCHAFT SICHER INS VERDERBEN.

Die einzigen Beispiele der ganzen Weltgeschichte für eine ruhmreiche und dauernd günstig wirkende Kolonialpolitik bieten uns die Kolonialpolitik Karls des Großen, Albrechts des Bären, Heinrichs des Löwen, der Wettiner in Meißen, der Schauenburger in Holstein, des deutschen Ritterordens in Preußen. Bei

dieser kolonialen Erwerbung des heutigen deutschen Nordens ist nicht der Kaufmann und Spekulant mit großen Handelsgesellschaften, sondern der RITTER MIT DEM MISSIONAR UND DEM BAUERN VORANGEGANGEN. Hier ist nicht die Geldwirtschaft mit Wucherfreiheit und staatlichem Exekutor, sondern die Naturalwirtschaft mit strengem Wucherverbot und der lehensstaatlichen Organisation zur Einführung gekommen. Es wurde nur solchen Verträgen Rechtsschutz gewährt, in denen Leistung und Gegenleistung in einem richtigen Verhältnis zu einander standen. Rechtsverträge, durch welche halbe Königreiche für einige Flaschen Schnaps und einige Hände voll Bestechungsgelder erworben worden wären, blieben hier prinzipiell ausgeschlossen. Aber während die kapitalistische Kolonialpolitik bis heute ausnahmslos nach höchstens 100 Jahren das Mutterland zu Grunde gerichtet hat, sind diese agrarischen Kolonien im Norden Deutschlands 11 beziehungsweise 6 Jahrhunderte später die Wiege des neuen deutschen Reiches geworden.

Kann es nach solchen Erfahrungen noch zweifelhaft sein, welchen Weg Deutschland in seiner neuerdings wieder begonnenen Kolonialpolitik betreten sollte?

### VIII.

Es ist für die große Mehrzahl unserer deutschen Landwirte etwas Neues, etwas Ungewohntes, sich eingehender mit den kolonialen Problemen zu beschäftigen. Es ist aber nach meiner Überzeugung im höchsten Maße wichtig, daß sich die Landwirte allgemein mit diesen Dingen bekannt machen. Denn zwischen Kolonialpolitik und Kolonialpolitik besteht gerade für die Landwirte ein himmelweiter Unterschied. Für unsere Landwirte kann nicht oft und laut genug gesagt werden, jede KAPITALISTISCHE Kolonialpolitik hat den heimischen Bauernstand und die heimische Landwirtschaft in der kurzen Spanne Zeit von wenigen Jahrzehnten noch immer vernichtet. Nur die wenigen Beispiele einer AGRARISCHEN Kolonialpolitik auf deutscher Erde haben sich durch die Jahrhunderte dauernd segensreich bewährt. Wir dürfen uns bei Beurteilung dieser so tief ernsten Frage nicht von dem Glanz des Goldes und der ganzen äußeren Erscheinung einfangen lassen. Es hat in der Geschichte der Völker vielleicht keine glänzenderen Zeiten gegeben, als in Israel unter der Herrschaft Salomo's, in Athen zur Zeit des vielgerühmten Perikles, in der spanischen Welt unter Kaiser Karl V., und doch standen gerade dicht hinter diesen glänzenden Zeiten die schwersten volkswirtschaftlichen Krisen, von denen sich die betroffenen Völker nie mehr erholen sollten! Lesen Sie in den besten Blüten der Menschendichtung nach: es gibt nichts Fluchbeladeneres, als die Sucht nach dem Golde und namentlich die Sucht nach dem Kolonialreichtume. Diese kapitalistische Kolonialpolitik trägt wie der Satan im Volksmärchen die verschiedenste Bekleidung. Bald nennt sie sich „Übergang zum Industriestaate“, bald „tatkräftige Teilnahme an dem Welthandel und der Weltpolitik“, bald „Versorgungspolitik unserer überschüssigen Volkskräfte“, bald „Interessenpolitik des deutschen Kapitals im Auslande.“ Auf dem Grunde all dieser Strömungen ruht die Habgier der Kapitalisten, die zu allen Zeiten und bei allen Völkern erst dann satt sein wollten, wenn sie die ganze Erde verschlungen hätten, die aber immer auf diesem Wege elend zu Grunde gegangen sind.

Als so die Herrlichkeiten der griechischen Welt zusammenbrachen, da haben sich die Philosophen und führenden Politiker vor das Haupt geschlagen und öffentlich bekannt: „Was haben wir für Torheiten gemacht! Dieses verfluchte Rennen und Jagen nach dem Golde und dem Reichtume hat uns zu Grunde gerichtet! Wir hätten nach dem Glück und der Zufriedenheit der Menschen streben und Mittelstandspolitik treiben müssen!“ Aber diese Einsicht kam bei den Griechen zu spät. Und immer wieder sehen wir Volk auf Volk in genau der gleichen Weise wie Griechenland im Jagen nach Gewinn den Bauernstand und Mittelstand vernichten und dann im Elend verarmen. Sollten denn all diese blutigen Lehren der Welt- und Völkergeschichte noch immer nicht ausreichen, um unser liebes deutsches Vaterland endlich als erstes Volk vor dieser verhängnisvollen Entwicklung zu bewahren?

Mit dieser Auffassung verbindet sich sehr wohl der Besitz und die Erhaltung unserer Kolonien. Es kann nur wünschenswert sein, daß wir unsere deutsche Volkswirtschaft in ihrem Bezuge von Kupfer, Baumwolle, Reis und die übrigen Produkte der tropischen Landwirtschaft möglichst unabhängig vom Weltmarkte und all seinen zufälligen Ereignissen gestalten. Die Erfüllung dieser Möglichkeiten bietet sich in dem Besitze unserer Kolonien. Wir können nur wünschen, daß sie sich tunlichst bald erfüllen möchten. Aber die FORMEN, unter denen sich diese Erfüllung verwirklichen möge, sollen sich den Traditionen unserer so glänzenden DEUTSCHEN Kolonialpolitik anpassen. Dafür lassen sich folgende GRUNDSÄTZE aufstellen:

1. An die Spitze unseres Kolonialrechtes muß der gesetzgeberische Grundsatz Karls des Großen gestellt werden: „Nur solche Verträge sind rechtsgültig, in denen Leistung und Gegenleistung in einem gerechten gleichen Verhältnis zu einander stehen. Alle anderen Verträge sind Wuchererträge, denen jede Rechtsgültigkeit zu versagen ist.“ Nur dadurch kann endlich verhütet werden, daß unsere deutschen Soldaten bluten müssen, um die Wuchergewinne für englische Spekulanten einzutreiben.
2. In der Kolonisationstätigkeit muß VORAN GEHEN nicht der Kaufmann, nicht der Spekulant, nicht die Börsengründung von Kolonialgesellschaften, sondern mit dem Missionar und dem Soldaten der Landwirt, DER AGRARISCHE ANSIEDLER. Es gibt nichts Unheilvolleres für ein Land, als der Latifundienbesitz in den Händen von Spekulanten, die weit fern vom Lande wohnen. Deshalb müssen unter Anwendung des unter 1. genannten Rechtsgrundsatzes ALLE GROßEN LANDGESELLSCHAFTEN AUS UNSEREN KOLONIEN ENTFERNT WERDEN.
3. Nicht so einfach zu formulieren ist die rechte Behandlung der Eingeborenen. Es ist eine nirgends bestrittene Erfahrungssache, daß die Eingeborenen sich vielfach zu einem selbständigen Wirtschaften nicht eignen, daß also hier eine allgemeine Erziehung zur Arbeit einsetzen muß. Das gilt natürlich insbesondere für kompliziertere Kulturen. Es kommt nach Professor Wohltmann hinzu, daß die Eingeborenen die Schwankungen der Weltmarktpreise nicht begreifen und deshalb den Anbau von Pflanzen unterlassen, für welche solche Preisschwankungen vorkommen. Wei-

ter zeigt sich der Einfluß des Geldes und namentlich des Zinses bei den Eingeborenen fast überall verhängnisvoll. Ich habe aus meinen vergleichenden historischen Studien den Schluß ziehen müssen, daß die verschiedenen großen Wirtschaftssysteme ganz bestimmte objektive Entwicklungstatsachen zur Voraussetzung haben. Wir sind heute zu sehr geneigt, in oberflächlichster Weise alles nach dem gleichen Schema zu behandeln. So gibt es heute ja auch viele Leute, die alle Völker in die Einheitsform der Goldwährung einzwängen wollen. Als ich seiner Zeit im Innern von Indien reiste und meine Diener, die natürlich Eingeborene waren und zwischen 10 und 20 Pfennigen pro Tag als Lohn erhielten, zum ersten Male mit kleinen Silberstückchen bezahlen wollte, da gaben diese einfachen Leute mir mein Silber mit der Bemerkung wieder zurück: „Nein, gnädiger Herr, das ist Dein Geld! Gib Du uns unser Geld!“ – Kupfer wollten sie haben. Damals habe ich von diesen Eingeborenen den wichtigen Satz gelernt: das richtige Metall für die Währung eines Volkes wird bestimmt durch die Werthöhe jener Gütermengen, die täglich sich auf der Hand des Volkes bewegen. Wo diese Gütermenge so geringe Werte repräsentiert, daß nur Kupferstückchen als Umschlagsmittel verwendet werden können, dort ist die Kupferwährung am Platze. Wo diese Werte des täglichen Konsums zunehmen, kommt dann die Silberwährung zur Einführung, der dann in der weiteren Entwicklung die Doppelwährung und schließlich erst die Goldwährung folgt. Italien z. B. scheint mir reif für eine Silberwährung zu sein. Als trotzdem der Staat zur Goldwährung übergegangen ist, wunderte sich der Finanzminister, daß sein Gold in den Banken liegen blieb und vom Verkehr nicht aufgenommen wurde. Wo aber das Volk im Durchschnitt täglich nur 60 bis 80 Pf. verdient, kann man keine Goldstücke zu den fortlaufenden Zahlungen brauchen. Deshalb konnte hier die erste schlechte Bankdiskontpolitik den ganzen nationalen Goldvorrat nach dem Auslande entführen. Gegen diese anders gearteten Voraussetzungen kämpft die heute so sehr beliebte Schablone vergeblich an. Nach meiner Überzeugung verhält es sich in gleicher Weise mit den Wirtschaftsstufen: Naturalwirtschaft und Geldwirtschaft. Wenn eine Expedition in das Innere von Afrika ausgerüstet wird, so weiß man ganz genau, daß von einer bestimmten Strecke ab nur noch mit der Natural- und Tauschwirtschaft zu rechnen ist. Wenn aber die Europäer in größerer Zahl in Afrika kolonisieren, dann bringen sie ihr Kapitalistenrecht mit, so wie die Juden bis ins Mittelalter in Mitteleuropa. Daraus sind dann jene bekannten Judenaufstände erwachsen, die zumeist mit der Vertreibung der Juden geendet haben. Wenn unsere Kolonisten in Afrika nicht ewig „Fremde“, sondern einmal „Einheimische“ werden wollen, dann werden sie sich wohl WIRTSCHAFTLICH in der Weise mit den Eingeborenen verschmelzen müssen, daß sie eine Wirtschaftsform wählen, welche sich der wirtschaftlichen Entwicklung der Eingeborenen richtig ANPAßT. Und das ist nur die NATURALWIRTSCHAFT. Die dazu gehörige verfassungsmäßige Organisation ist bekanntlich die des Lehenstaates. Es

mag etwas romantisch, zum mindesten seltsam klingen: aber ich komme für die Frage der Behandlung der Eingeborenen zu keinem besseren Schluß als dem der Einführung des Lehenstaates in unseren Kolonien. Ein vom deutschen Kaiser beauftragter und belehnter Prinz geht mit seinen ausgewählten Offizieren und Soldaten als Gefolgsleuten und mit Landwirten, Gewerbetreibenden, Bergleuten, aber mit einer sparsamen Zahl von Händlern hinaus in eine Kolonie, um sich dort dauernd mit seinen Begleitern niederzulassen. Der Regent übernimmt das ganze Land als Staatsland und stattet seine Gaugrafen und Offiziere mit entsprechenden Grundherrschaften aus. Um die Burgen der Großen des Landes herum bilden sich die Städte nach mittelalterlicher Rechtsauffassung. Im Lande zerstreut liegen die Dörfer mit ihren Erbschulzen. Die eingeborene Bevölkerung wird unter die Grundherrschaften aufgeteilt und tritt in das Recht der zins- und dienstpflichtigen Hintersassen. Durch Ansammlung entsprechender Vorräte wird die Brotversorgung überall gegen Mißernte gesichert. Die Grundherren mit ihrem militärischen Gefolge übernehmen die Verteidigung und Gesamtverwaltung des Landes. Die überall herrschende Naturalwirtschaft entspricht genau der Entwicklungsstufe der Eingeborenen. Der Regent liefert die naturalen Überschüsse an Reis, Baumwolle, Kakao, Kupfer usw. an die deutsche Volkswirtschaft ab die nach einem MITTLEREN PREISE, UNTER AUSSCHLUß DES WELTMARKTES, von Deutschland vergütet werden. Nur so ist es möglich, unseren Kolonien jetzt sofort SELBSTVERWALTUNG zu gewähren, ohne die es kaum ein gutes koloniales Gedeihen gibt. Nur so wird der FRIEDE in unseren Kolonien dauernd gesichert ohne irgend welche Zuschüsse aus der deutschen Reichskasse. Nur so scheint mir eine Kolonialpolitik möglich, die unserem Volke die Vorteile der Kolonien sichert, OHNE in der Heimat den Mittelstand und die Landwirtschaft zu zerstören.

Diese Gefahr aber zeigt sich heute schon deutlich genug in unseren modernen Entwicklungstendenzen. Stetig wächst der Abfluß unserer Landbevölkerung nach der Stadt, nach der Industrie, nach dem Auslande. Während die Landwirte ernst um die Erhaltung ihrer Existenz zu kämpfen haben, sammelt sich in den Städten ein so raschwachsender Reichtum an, daß Schritt für Schritt der Aufkauf landwirtschaftlicher Grundstücke als Luxusbesitz der Städter in allen Teilen von Deutschland sich mehr und mehr bemerkbar macht. Deutlich wächst mit dem Proletariat der radikale Sozialismus. Das alles waren noch immer durch die Jahrtausende der Geschichte die ersten Boten des Anfangs vom Ende! Und die Geschichte lehrt weiter, daß hier kleine und kleinste Mittel absolut wertlos sind. Hier können nur tief einschneidende, prinzipiell klare Mittel das kapitalistische Verderben abwenden. Ein wesentlicher Teil dieser Abhilfe bezieht sich auf eine glückliche Heilung unserer kolonialen Schmerzen. Möge Gott es fügen, daß hier die rechten großen Gesichtspunkte an den entscheidenden Stellen zur Geltung und Anwendung kommen.

## Angebot, Nachfrage und Preis.

(Die Zukunft, No. 33 vom 19. Mai 1910.)

Die Professoren Conrad, Brentano, Schmoller und ihre Anhänger vertreten heute noch die Theorie: Der Preis einer Ware wird bestimmt durch Angebot und Nachfrage. Ist dieser Lehrsatz der Schulmeinung richtig?

Unzweifelhaft war er einmal richtig. Der ältere englische Nationalökonom Gregory King, der in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts gelebt hat, erbrachte wohl zuerst den Ziffernachweis, daß die Veränderungen der Getreidepreise in geometrischer Progression einer umgekehrten Veränderung der zugeführten Getreidemengen in arithmetischer Progression sich anschließt. Diese „Kingsche Regel“ ist von dem bekannten englischen Preisstatistiker Took nachgeprüft und richtig befunden worden. Sie stand deshalb früher in hohem Ansehen. Aber (man darfs nicht vergessen) da war noch die Zeit der alten Stadtwirtschaft. Die Bauern des umliegenden Kreises führten damals auf ihren Wagen die Früchte ihres Fleißes zum Verkauf nach der nächsten Stadt. Auf dem Markte die angelangten Wagen zu zählen, war leicht. Man kannte auch die Größe des laufenden Bedarfes. Nehmen wir an, sie sei gleich 100 Wagen gewesen. Wenn nun nur 90 Wagen zugeführt waren, so stieg der Preis nach King um 30 %. War die Zufuhr um 10 % über dem Bedarf, so fiel der Preis um 30 %. Das war die Zeit, wo im Süden und Westen Deutschlands um Martini (elften November) durch „gute Männer“ nach dem Verhältnis des Ausfalles der neuen Ernte zum Jahresbedarf der „Martinschlag“ als Normaltaxe für das laufende Erntejahr „gesetzt“ wurde. Dazu kamen marktpolizeiliche Taxen und Zölle, die sich manchmal bis zur Grenzsperrre und zur staatlichen Getreideeinfuhr steigern konnten. Die Mitwirkung des spekulativen Privatkapitals an der Preisbildung war ausgeschlossen. Das „Anschütten“ wurde für das erste Mal mit Konfiskation, im Wiederholungsfall „mit dem Strang“ bestraft.

All diese Verhältnisse sind von Grund aus umgestaltet worden. Die alten stadtwirtschaftlichen Kreise haben sich durch unsere modernen Verkehrswege in das gewaltige Getriebe des Weltmarktes eingliedert. Von den alten marktpolizeilichen Schranken mit harten Strafen sind nur noch bescheidene börsenrechtliche Bestimmungen mit statistischen Anschreibungen und die Zölle an den Landesgrenzen geblieben. Die Beteiligung des spekulativen Privatkapitals an der Preisbildung auf dem Markt ist vollkommen freigegeben und hat einen früher ungeahnten Umfang angenommen. Während in der alten Zeit bei primitiver Technik der jeweilige Ernteausschlag, also auch die Nachfrage in der Hauptsache von der Witterung, also von der Natur abhängig war, greift heute die internationale Bankwelt mit vielen Milliarden alljährlich in die Verhältnisse der Produktion und Konsumtion ein. In jungen Kulturländern werden Millionen von Hektaren fruchtbaren Landes dem Anbau zugeführt, nachdem vorher die fehlende Bevölkerungsmasse durch internationale Wanderungen beschafft worden ist. In alten Kulturländern werden durch Börsengründungen und Landflucht neue gewaltige Industrien ins Leben gerufen. In beiden Fällen sind Angebot und Nachfrage nicht mehr etwas „Natürliches“, sondern etwas von der privaten

Gewinnsucht „Gemachtes“. Schon deshalb ist ausgeschlossen, daß dieses „freie Spiel der Kräfte“ mit der „natürlichen Preisbildung“ identisch sei. Jeder weitere Einblick in unsere Marktverhältnisse kann diese Auffassung nur bestätigen.

Heute kann kein Mensch übersehen, welche Warenmengen täglich auf dem Weltmarkt angeboten und gefordert werden. Deshalb kann auch niemand wissen, wie groß heute auf dem Weltmarkt Angebot und Nachfrage ist. Also ist es doch wohl unmöglich, daß danach die täglichen Marktpreise sich bestimmen. Dieser scharfe Gegensatz zwischen dem alten Lokalmarkt und dem modernen Weltmarkt bringt es mit sich, daß heute so allgemein an die Stelle der persönlichen Information an der Ware selbst die „Nachricht über die Ware“ getreten ist. Die Gesamtheit der Nachrichten bildet die Marktmeinung. Und diese Marktmeinung in Verbindung mit den Aktionen des spekulativen Privatkapitals bestimmen den Marktpreis.

Dieser maßgebenden Stellung der Marktnachrichten entspricht die heutige Ausbildung des Nachrichtenverkehrs auf unseren Hauptmärkten. An der Getreideterminbörse in Chicago werden täglich durch 250 Telegraphenapparate etwa 15 000 Börsentelegramme expediert. Und dieser Nachrichtendienst arbeitet so rasch, daß in nicht ganz sechs Minuten eine telegraphische Anfrage von der Börse in Chicago nach der Börse in Liverpool aufgegeben und die Antwort von Liverpool an der Börse in Chicago wieder empfangen werden kann. Die führende Firma Armour Grain Co. in Chicago besitzt ihr eigenes ausgedehntes Privattelegraphennetz (dessen Selbstkosten sich durch die Einführung der marconischen Funkentelegraphie um über 800 000 Mark pro Jahr vermindert haben). Solche Aufwendungen für den Nachrichtendienst können nur vereinzelte Firmen machen. Die sind dann, kraft ihrer Herrschaft über die Marktnachrichten, auch die „Führer“. Die übrigen Marktinteressenten sind die „Geführten“, auch „Mitläufer“, „Hammelherde“ oder „ahnungslose Engel“ genannt. Deren Marktmeinung bildet sich meist aus den Nachrichten, welche die „Führer“ für sie produzieren. Daß hierbei die privaten Geschäftsinteressen der Führer maßgebend bleiben, ist selbstverständlich. Während des Leiter-Corners in Weizen (Mai 1898) war, wie ich in meinem „Lehrbuch über die Preisbildung für Getreide“ nachgewiesen habe, die Statistik der sichtbaren Weizenvorräte in Nordamerika um mindestens 10 Millionen Bushels gefälscht. Um diese Mengen waren die Vorratsziffern in den Monaten Mai, Juni und Juli 1898 künstlich erhöht. Und dieser Betrag wurde dann im Herbst 1898 aus den größeren Zufuhren der neuen Ernte wieder „gutgemacht“. In den Jahren 1893, 94 und 95 war die Welt so von der Nachricht über eine „riesenhafte Überproduktion in Getreide“ erfüllt, daß die Masse der Produzenten diese Mitteilung für „wahr“ hielt. Und unter der allgemeinen Herrschaft dieser daraus sich ergebenden „Marktmeinung“ fielen die Weizenpreise immer tiefer. In Wahrheit hatte das neue landwirtschaftliche Konkurrenzland Argentinien 1894 nur 1 % der Weltweizenernte neu auf den Markt geworfen; im Ernst konnte also gar nicht von einer „riesenhaften Überproduktion in Weizen“ gesprochen werden. Aber in einer Zeit, in der an die Stelle der „Ware selbst“ die „Nachricht über die Ware“ getreten ist, wirken auch ganz falsche Nachrichten auf die Preise. Später werden

sie freilich als falsch erkannt. Aber auch auf dem Markt hat nur die unmittelbare Gegenwart Recht. Für das „Gewesene“ gibt die Börse nichts.

Aus diesem charakteristischen Verhältnis der „Führer“ zu den „Geführten“ ergeben sich wichtige Konsequenzen. Bei der geltenden fast völligen Freiheit in der Betätigung des spekulativen Privatkapitals haben „Vorrat“ und „Bedarf“ viel von ihrer Bedeutung für den Verkehr verloren. Die Lage des Effektivmarktes entscheidet nur, ob die Hauptrichtung der Preisbewegung steigend oder fallend ist. Wie sehr sich dann die Preise, à la Hausse oder à la Baisse, verändern, ist so ganz von der Spekulation abhängig, daß die lakonische Fassung der offiziellen Marktberichte lauten kann: „Die Nachrichten gehören der Hausse, aber der Markt gehört der Baisse.“ Das sind dann die Zeiten, in denen die „geschorene Hammelherde“ mutlos geworden ist. Nicht die Tatsache, daß man etwas zu verkaufen oder einen bestimmten Bedarf zu decken hat, bestimmt heute die Preise, sondern die ganz andere Tatsache, daß man durch eine spekulative Beteiligung „Geld verdienen“ will und kann, bringt die den Preis bildenden Umsätze in Bewegung. Diese rein spekulativen Umsätze erreichen bei einzelnen Waren 95 bis 96% aller Umsätze. Daß dabei das größere Geschäft das kleinere beherrscht, ist natürlich. Wenn aber ein Markt in solchem Umfang von der Spekulation beherrscht wird, dann gelten für ihn nicht mehr die Grundsätze von Angebot und Nachfrage in Ware, sondern nur noch die GRUNDSÄTZE der SPEKULATION. Diese müssen wir näher betrachten.

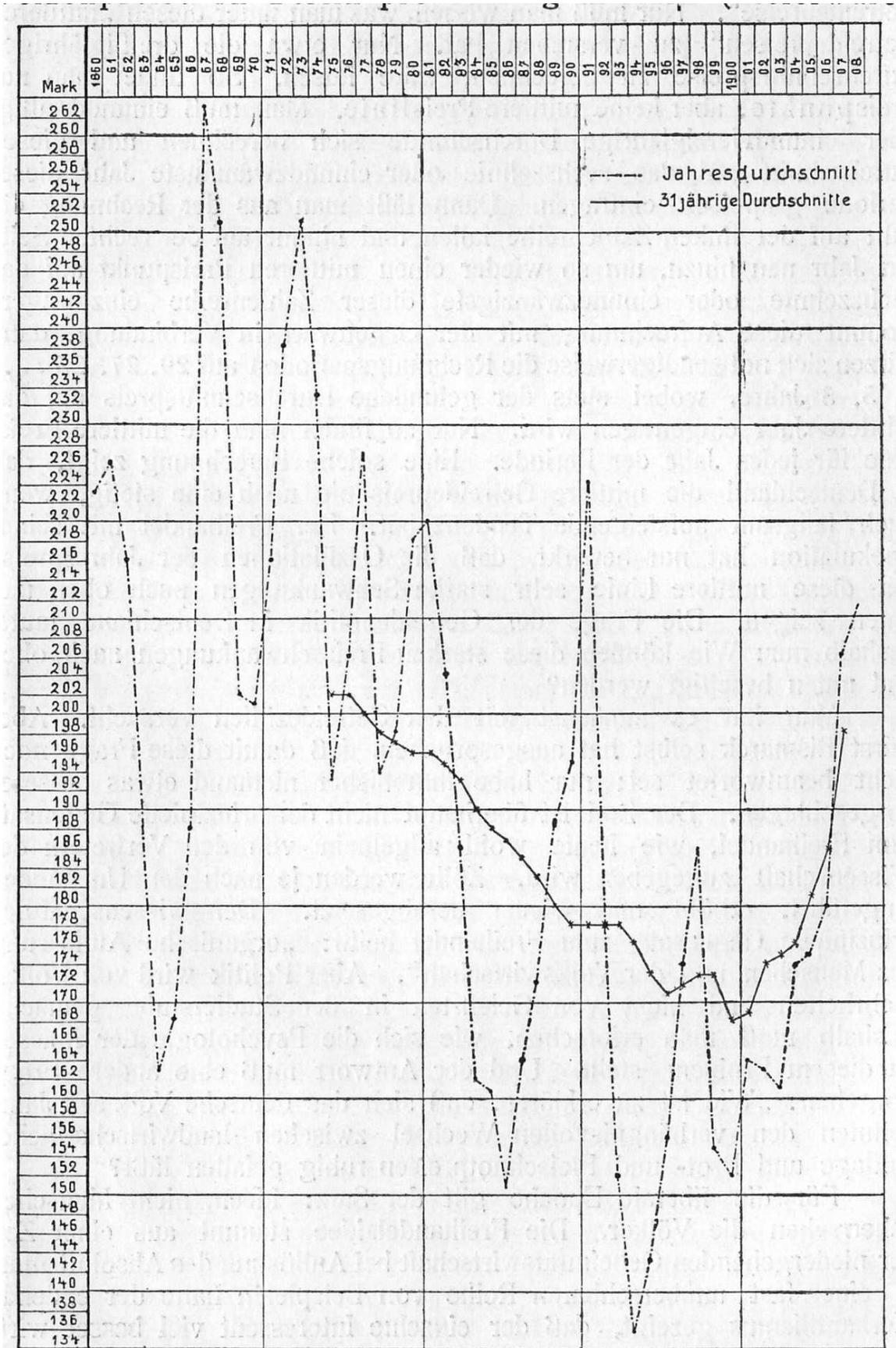
Für keinen Spekulanten ist es gut, zu viele Gesellschafter zu haben. Deshalb liegt jedem „Führer“ viel daran, den Schwarm der „Mitläufer“ über seine „wahren“ geschäftlichen Absichten möglichst im Dunklen zu lassen. Falls sie dennoch davon erfahren haben, werden sie von Zeit zu Zeit „abgekehrt“. Das geschieht dadurch, daß man öfter aus der Hausse in die Baisse und dann wieder in die Hausse übergeht. Der moderne Kardinalsatz lautet: „Man muß immer auf der Gegenseite der Hammelherde stehen“. Erst durch diese spekulativen Käufe und Verkäufe wird es den „Führern“ im Markte möglich, den Idealzustand zu erreichen, nach dem alle großen Spekulanten streben und von dem die Marktberichte sagen: „Der Markt ist eines Mannes Markt“. Dann muß natürlich die Gegenpartei zahlen, „was sie tragen kann“. Der Markt der guten alten Zeit, in dem Angebot und Nachfrage unter Ausschluß des spekulativen Privatkapitals den Preis bestimmte, kannte den Begriff des „GERECHTEN PREISES“. Umfassende nationalökonomische und juristische Untersuchungen sind damals diesem Begriff gewidmet worden. Die Nationalökonomie der Gegenwart hat diesen Begriff ganz verloren. Man kennt NUR den „TAGESPREIS DES MARKTES“. An die Stelle des menschlichen Empfindens der „Gerechtigkeit“ ist das rein formelle Recht mit der „USANCE“ getreten, die wieder von den „Führern“ formuliert wird. Dieses Börsenrecht ermöglicht erst, daß Käufe und Verkäufe „verschleiert“ werden. Gefälschte Nachrichten bewirken solche Käufe und Verkäufe in großem Umfang. Und damit hat der Marktverkehr eigentlich aufgehört, ein ehrliches Geschäft zu sein, das sich unter Gottes Sonne offen abwickelt. Nur die Zahlungsverpflichtungen aus diesem Geschäft müssen streng eingehalten werden. Von der alten

Pflicht des Handels, Produzenten und Konsumenten vermittelnd zu dienen, ist keine Rede mehr.

DIE ZUFRIEDENHEIT DES VOLKES WIRD DURCH DIESEN RECHTSZUSTAND NICHT GEFÖRDERT. Bald klagen die Konsumenten über Brot- und Fleischnot, bald die Produzenten über allgemeine Notlage. Im zweiten Fall wird den Landwirten gesagt, daß die Überproduktion daran schuld sei, gegen die es nur ein Mittel gebe: Einschränkung der Produktion. Und den Konsumenten sagt man wenige Jahre früher oder später, die hohen Preise, die den unersättlichen Agrariern bezahlt werden, seien schuld. Das Ende von diesem Lied ist der KLASSENKAMPF zwischen den Konsumenten und Produzenten. Aber auch im Börsenreich ist nicht alles einig. Der Gegensatz zwischen den „Führern“ und den „Geführten“ ist fast niemals ganz verdeckt. Und wenn der Groll der „geschorenen Hammelherde“ Gelegenheit findet, sich an einem „Führer“ zu betätigen, dann gehen die Börsenbesucher unbedenklich zum Faustrecht über, wie jüngst erst der nordamerikanische Großspekulant Patten an der Baumwollbörse in Manchester erfahren hat. Herr Patten quittierte mit der Erklärung, in Manchester lasse der Bildungsfortschritt der Börsenbesucher noch sehr viel zu wünschen übrig.

Die Freiheit der Spekulation hat uns viel unruhigere Preislinien gebracht, als wir sie früher, vor der Herrschaft des Freihandels hatten. Die berliner Weizenpreise waren 1891 im Jahresdurchschnitt 224 Mark pro 1000 Kilo. Damals ließ sich der Reichskanzler von Caprivi eine Weile täglich von der berliner Börse berichten, ob in Deutschland schon Hungersnot herrsche. Drei Jahre später waren diese Weizenpreise in Berlin auf 136 Mark gesunken und erreichten im Oktober 1894 an einem Tage sogar den Tiefstand von 120 Mark. Dann kam das Leiter-Corner-Jahr 1897/8 mit einem Höchstpreis von 260 Mark im Mai 1898. Ihm folgte 1900 ein Jahresdurchschnitt von 151 Mark. Und in den Jahren 1907, 1908 und 1909 hatten wir in Berlin Durchschnittspreise von 206, 211 und 233 Mark. Für die Schweinefleischpreise hat Edmund Klapper nachgewiesen, daß auf je zwei Jahre mit hohen Preisen für die Produzenten und Fleischnotklagen der Konsumenten wieder je zwei Jahre mit niedrigen Preisen für die Konsumenten und also ungünstige Preise für die Landwirte folgen. Sobald die Schweinepreise sich befestigen, fangen die Aufkäufer im Land einander zu überbieten an.: Wenn die Preiskurve sich wieder senkt, machen dieselben Viehhändler oft gar kein Gebot. Die Folge muß sein, daß der Brot- und Fleischnotschrei mit den Klagen über landwirtschaftliche Notlage abwechselt. Aber die „Führer“ machen gute Geschäfte.

WEIZENPREISE IN BERLIN PRO 1000 KG IN MARK (LIEFERWARE):



Wie es scheint, ist der Freihandel nur da in der Lage, die mittleren Getreidepreise wesentlich zu senken, wo (wie in England) das Volk dazu übergeht, seine volkswirtschaftliche Existenz nicht mehr auf die Bebauung des heimischen Bodens zu gründen. Die anderen Völker, die sich mit Schutzzöllen noch gegen den Freihandel wehren, leiden noch nicht so schwer unter der dauernden Senkung der „mittleren Getreidepreise“. Nur muß man wissen, was man unter diesen „mittleren Getreidepreisen“ zu verstehen hat. Nur etwa die dreißigjährigen Durchschnittspreise zu berechnen, wäre falsch. So findet man nur PreisPUNKTE, aber keine mittlere PreisLINIE. Man muß einunddreißig- oder einundvierzigjährige Durchschnitte sich berechnen und diesen Durchschnitt auf das sechzehnte oder einundzwanzigste Jahr dieser Periode graphisch eintragen. Dann läßt man aus der Rechnung ein Jahr auf der linken Zahlenreihe fallen und nimmt auf der rechten Seite ein Jahr neu hinzu, um so wieder einen mittleren Preispunkt auf das sechzehnte oder einundzwanzigste dieser Zahlenreihe einzutragen. Kommt diese Aufrechnung mit der Gegenwart in Verbindung, dann kürzen sich notwendigerweise die Rechnungsperioden auf 29, 27, 25 . . . 7, 5, 3 Jahre, wobei stets der gefundene Durchschnittspreis auf das mittlere Jahr eingetragen wird. Nur so findet man die mittlere Preislinie für jedes Jahr der Periode. Eine solche Berechnung zeigt, daß in Deutschland die mittlere Getreidepreislinie noch eine stetig, wenn auch langsam aufsteigende Tendenz hat. Der Freihandel mit seiner Spekulation hat nur bewirkt, daß die Oszillationen der Jahrespreise um diese mittlere Linie sehr starke Schwankungen nach oben und unten zeigen. Die Frage der Getreidepolitik in Deutschland lautet deshalb nur: Wie können diese starken Preisschwankungen nach oben und unten beseitigt werden?

Man hat es zunächst mit den Getreidezöllen versucht. Aber Fürst Bismarck selbst hat ausgesprochen, daß damit diese Frage noch nicht beantwortet sei; nur habe ihm bisher niemand etwas besseres vorgeschlagen. Der Zoll ist überhaupt nicht der prinzipielle Gegensatz zum Freihandel, wie heute wohl allgemein von den Vertretern der Wissenschaft zugegeben wird. Zölle werden je nach den Umständen eingeführt, erhöht und wieder herabgesetzt. Der wissenschaftlich prinzipielle Gegensatz zum Freihandel heißt: „organische Auffassung des Menschen und der Volkswirtschaft“. Aber Politik wird von Volksmehrheiten und nicht von Gelehrten in der Studierstube gemacht. Deshalb muß man erforschen, wie sich die Psychologie der Massen zu diesem Problem stellt. Und der Antwort muß eine andere Frage vorgehen: „Wie ist zu erklären, daß sich das deutsche Volk seit Jahrzehnten den verhängnisvollen Wechsel zwischen landwirtschaftlicher Notlage und Brot- und Fleischnotpreisen ruhig gefallen läßt?“

Für die liberale Epoche gilt der Satz: Ideen, nicht Menschen beherrschen die Völker. Die Freihandelsidee stammt aus einer Zeit der niedergehenden Geheimratswirtschaft bei Auflösung des Absolutismus. In einer fast unübersehbaren Reihe von Beispielen hatte der endende Merkantilismus gezeigt, daß der einzelne Interessent viel besser wirtschaften könne als der Beamte im Dienst einer ganz bestimmten Gesellschaftsklasse. Dazu kam die Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts, die dem Individualismus ungemein günstig war. Auch

darf nicht übersehen werden, daß die Volkswirtschaft eines individualistischen und kapitalistischen Zeitalters bedurfte. Die Technik der Produktion und des Verkehrs, die Form volkswirtschaftlicher Organisation mußte erst geschaffen werden. Und diese neuen schöpferischen Leistungen waren nur nach der Entfesselung der Einzelkräfte möglich. Rechnen wir hinzu, daß die allgemeine Zwangsschule diese Freihandelslehre übernommen hat, so wird verständlich, daß und warum fast alle dem Freihandel zugetan waren. Die Wissenschaft hat sich daran nie beteiligt. Seit Plato und Aristoteles war bekannt, daß der freihändlerische Individualismus ein Irrtum ist. Seitdem hat durch die Jahrtausende der Satz gegolten: Unus homo nullus homo. Unter den deutschen Philosophen hat zuletzt Trendelenburg, unter den Nationalökonomern Schaeffle die „organische Auffassung des Menschen“ vertreten. Aber vereinzelt Personen kommen neben der Riesenmacht der allgemeinen Schule nicht auf. „Bereichere Dich!“ Wer hört das Wort nicht gern? „Möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen!“ Wem leuchtet diese Lehre nicht ein? Selbst der ursprüngliche Antrag Kanitz wollte den Freihandel auf dem inländischen Getreidemarkt nicht beseitigen. Erst die Vertiefung dieses Antrages durch die Arbeiten des Bundes der Landwirte haben die „MITTLEREN“ Preise an die Stelle der „Mindestpreise“ gesetzt und den preußischen Landwirtschaftsminister von Hammerstein zu dem Ausspruch veranlaßt: „Der Konsument hat nur das Recht darauf, daß ihm das Produkt zu einem Preis geliefert wird, der den Produktionskosten einschließlich des Gewinnes für den Produzenten entspricht“. Hier fehlt nur die Ergänzung, daß die Gesamtheit verpflichtet ist, auch dafür zu sorgen, daß die Preise der Produkte nicht wesentlich über die Kosten der Produktion steigen. Der Weg zu diesem Ziel ist volkswirtschaftlich klar. Das nationale Getreideverkaufssyndikat der Landwirte hat in Verbindung mit den Syndikaten der deutschen Müller und Bäcker, in Verbindung auch mit dem deutschen Effektivhandel in Getreide und Mehl, das Recht, aber auch die Pflicht, auf der mittleren Preislinie das deutsche Volk dauernd mit Brot zu versorgen. Preiserhöhungen dürfen nur bei Zunahme der gesetzlichen Produktionskosten eintreten. Zur Sicherstellung dieser übernommenen Aufgabe werden entsprechende Reserven in Ware und in Geld gebildet; damit ist auch die Proviantierung der Armee im Kriegsfall gesichert. Die mit dieser Syndikatsordnung verbundene allgemeine Kontingentierung ermöglicht die Einfuhr vom Auslande nur dem Syndikat. Die Grenzzölle werden überflüssig. Können die Reichsfinanzen die Einnahmen aus den Zöllen nicht entbehren, so hat das Syndikat diese Beträge an die Reichskasse abzuführen und deshalb mit zu den Kosten zu rechnen. Der Konsument wird aus diesem Grund für das einheimische Getreide mit keinem Pfennig mehr belastet. Bei den dann stetigen Mehl- und Brotpreisen wird der Schutz durch Konsumvereine überflüssig. Die Produzenten können mit einem festen Verkaufspreis für ihre Ware rechnen. Desto mehr Energie kann nachher auf die Verbilligung der Kosten und auf die Erzeugung des eigenen Brotbedarfes im Lande verwendet werden. Dann erst wäre der „Schutz der nationalen Arbeit“ gesichert.

Wer heute „gebildet“ heißen will, ist meistens in der Anschauung erzogen: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Diese freihändlerische Lehre

sperrt den vernünftigsten Reformen den Weg. Die Landwirte erzielen jetzt auf dem freien Markt einen höheren Preis, den sie ja auch nötig haben, um die Mindereinnahmen aus den früheren Jahren wieder auszugleichen. Unter solchen Umständen kann man nicht erwarten, daß sie ihre Freiheit aufgeben, das Getreide zu verkaufen, wann sie wollen. Wie die Dinge liegen, muß der Weizenpreis erst wieder einmal auf 120 Mark (mit Zoll) in Berlin fallen. Dann wird wieder jeder Landwirt einsehen, daß nicht sein Fleiß, seine Energie und Klugheit, sondern die Rechtsordnung der Staatsgemeinschaft zuletzt den Erfolg seiner Arbeit bestimmt. Da die Konsumenten sich wohl noch erinnern, wie irrig ihr Glaube war, die billigen Preise von 1894 würden dauern, kann man damit rechnen, daß die nächste schwere Preiskrise der Landwirtschaft uns zur „ORGANISCHEN“ Politik der MITTLEREN Getreidepreise führen wird.

## [Anhang]

### Antrag Graf Kanitz<sup>1</sup>

#### Entwurf eines Gesetzes zur Unterdrückung von Mißbräuchen beim Getreidehandel

##### § 1.

Die Deckung des durch die Inlandserzeugung nicht zu befriedigenden Eigenbedarfs des Zollgebietes an Getreide und derartigen Mühlenerzeugnissen wird dem Reiche vorbehalten.

Unberührt bleibt die Befugniß zur selbständigen Einfuhr ausländischer derartiger Erzeugnisse, unter Controle des Reichs, um dieselben, sei es in rohem oder vermahlenem Zustande nachmals wieder auszuführen, falls sie nicht etwa von der Reichsverwaltung angekauft sein sollten.

Bei der Wiederausfuhr werden die bei der Einfuhr zu verlegenden Einfuhrzölle zuzüglich 2 % zurück erstattet und zwar bei der Wieder-Ausfuhr ausländischen erst im Inlande vermahlenen Getreides unter Annahme eines Ausbeuteverhältnisses von 60 % Feinmehl, 10 % Futtermehl und 25 % Kleie und eines Wertverhältnisses dieser drei Fabrikate

- a. bei Roggen von 7 ½ : 6 : 4
- b. bei Weizen von 10 : 5 : 4 pp.

##### § 2.

An geeigneten Plätzen werden von der Reichsverwaltung Kornhäuser zur Aufbewahrung der stets erforderlichen Vorräthe an Getreide pp., sowie zur jeweiligen Abgabe von solchem an den Inlandsbedarf errichtet.

##### § 3.

Zum Zwecke des Ankaufs, zumal ausländischen Getreides werden in Berlin oder nach Bedarf auch noch in anderen Handelsstädten besondere Reichsstellen gegründet und mit Beamten und in ihren Funktionen sich abwechselnden Sachverständigen aus dem Kreise der Müller, Getreidehändler und Landwirthe besetzt.

##### § 4.

Jede dieser Reichsstellen richtet eine Offerten-Aannahme-Stelle ein, wo die Probebeutel, ohne daß der Ueberbringer von innen gesehen oder mit ihm gesprochen werden kann, zu bestimmten Tagesstunden eingeliefert werden müssen. Die Kaiserliche Reichspost hat von den durch sie einzuliefernden Probebeuteln zuvor die von den Absendern besonders abtrennbar daran zu befestigenden Adreßkarten abzunehmen und diese, sowie die Postpaket-Abschnitte erst am nächsten Einlieferungstage nachzureichen. Die Beutel müssen bei der

---

<sup>1</sup> Entnommen aus: Paul Ackermann-Salisch, Zum Antrag Graf Kanitz, Berlin 1895.  
(UB BI: 14 DA 305 S1 S7S, Nummer 7 im Sammelband „Sociale Schriften“.)  
Der § 7 ist dort nicht abgedruckt.

Einlieferung stets das gleiche Gewicht von 4  $\frac{3}{4}$  Kilo haben. Außer der Probe müssen sie die Offertenkarte, beklebt mit Ziffern betreffend Quantum, Preisforderung und Lieferzeit, sowie einen geschlossenen Briefumschlag mit der diese Ziffern wiederholenden und von der offerierenden Firma unterzeichneten und datirten zweiten geschriebenen Offertenkarte enthalten. Alle diese Dinge: Beutel, Karten, Klebemarken, Umschläge, werden vom Reich geliefert, sie dürfen bei der Einlieferung kein äußerliches Abzeichen oder dergleichen tragen, sonst wird die betreffende Offerte unter Benachrichtigung des Absenders sofort durch den instrumentirenden Notar beseitigt.

Der geschlossene Briefumschlag wird erst nach erfolgter Entscheidung über den Ankauf oder Nichtankauf und Eintragung dieses Acts in das bez. Notariatsregister geöffnet. Wegen aus der Persönlichkeit des Offerenten herzuleitender Unsicherheit des Geschäfts kann der Ankaufs-Act unter Bekanntgebung an den Offerenten nachträglich wieder annullirt werden, jedoch steht diesem dagegen die Klage vor dem Handelsgericht zu.

### § 5.

Das angekaufte Getreide pp. wird entweder in das am Orte der Reichsstelle selbst befindliche Kornhaus eingebracht oder in das von dieser Reichsstelle zu bestimmende. Es kann aber auch direkt an die Nachfrage abgegeben werden. Die hierdurch eventuell zu ersparenden Frachtkosten kommen der Reichskasse zu Gute, desgleichen fallen ihr die etwaigen Frachtmehrkosten zur Last.

### § 6.

Getreide aus den Reichskornhäusern gelangt nicht zur Abgabe unter einem Preise, welcher den Durchschnittspreisen der Periode von 1850 bis 1880 entspricht. Dieser Preis ist loco Berlin per 1000 Kilo gewesen!

- a. für Roggen 165 Mark,
- b. für Weizen 215 Mark,
- c. für Braugerste 155 Mark,
- d. für Futtergerste 125 Mark,
- e. für Hafer 155 Mark,
- f. für Hülsenfrüchte 185 Mark,
- g. für Lupinen 80 Mark,
- h. für Malz 175 Mark,
- i. für Mais 155 Mark,
- k. für Mehl und Mühlenfabrikate entsprechend den für das Getreide festgesetzten Mindestpreisen nach dem in § 1 festgesetzten Ausbeutungs- und Werth-Verhältnisse.

Für alle anderen Kornhäuser im Reiche gilt als Minimal-Abgabe-Preis 165 &c. Mark plus oder minus der zu ermittelnden Differenz, welche durchschnittlich innerhalb der letzten 7 Jahre zwischen dem Locopreise des dem betreffenden Kornhause zunächst belegenen größeren Getreidehandelsplatzes und dem Loco-

preise Berlin bestanden hat; das Jahr der höchsten Differenz und das der niedrigsten bleibt jedoch bei dieser Berechnung der 7jährigen Durchschnittsdifferenz außer Betracht.

Zu den vorangegebenen Preisen hat andererseits das Reich stets unbeschränkt Getreide aus den Kornhäusern an die Nachfrage abzugeben, es müßte denn sein,

1. daß etwa erhellt, daß die Abforderungen nur zum Zwecke einer ungesunden Preistreiberei erfolgten oder
2. daß doch dadurch mindestens an sich der für alle Fälle zu bewahrende Vorrath jeweilig zu sehr geschwächt würde.

### [§ 7. fehlt]

### § 8.

Die im Inlande und aus inländischem Getreide hergestellten Mühlenerzeugnisse erhalten bei der Ausfuhr unter Zugrundelegung der in § 1 angegebenen Ausbeutungs- und Werth-Verhältnisse eine Prämie in Höhe der Differenz der Preise, welche für die betreffende Getreideart ausländischen Ursprungs loco der Mühle nächstbelegenes Kornhaus — Monate zuvor beim Ein- bzw. Verkaufe gezahlt worden sind, abzüglich — Pf. Speichergebühr, zuzüglich 3 Mk. 50 Pf. per 100 Kilo.

### § 9.

Das Reich wird ermächtigt, für die Zwecke dieses Gesetzes eine Anleihe in Höhe von — Millionen Mark aufzunehmen.

### § 10.

Der bei dem Wiederverkauf des Getreides pp. erzielte Gewinn wird zunächst zur Deckung der Geschäftskosten, sowie zur Verzinsung und zur beschleunigten Amortisation der aufgenommenen Anleihe verwendet. Von dem Ueberschusse wird die Hälfte der Reichskasse zu allgemeinen Zwecken des Reichs, insbesondere zur Bildung eines Fonds, welcher dem Reiche eine den derzeitigen Einnahmen aus der Getreideeinfuhr entsprechenden Zinsertrag dauern gewährleistet, sowie zum Zweck größerer Seßhaftmachung der Arbeiter in Stadt und Land überwiesen, zur anderen Hälfte aber einem Fonds zur Deckung etwa in Zukunft sich ergebender Verluste beim Ein- und Wiederverkauf von Getreide in Folge eintretender Preissteigerung desselben auf dem Weltmarkte. Sobald die Reichsstelle innerhalb eines Geschäftsjahres keinen Ueberschuß mehr erzielt hat, tritt von selbst eine jedoch vier Wochen zuvor noch besonders bekannt zu gebende Erhöhung der Abgabepreise um jedesmal 10 % derselben unter Wegfall der Pfennige ein.

**§ 11.**

Behufs erstmaliger Beschickung der Kornhäuser hat das Reich in erster Linie auf Ankauf aus den überschüssigen Beständen im Inlande rechtzeitig bedacht zu nehmen.

**§ 12**

Dieses Gesetz tritt am ..... in Kraft.

**§ 13.**

Die zu demselben erforderlichen Ausführungs- und event. Uebergangs-Bestimmungen erläßt der Bundesrath.

## **Weizenpreise in Strassburg von 1401 - 1901**

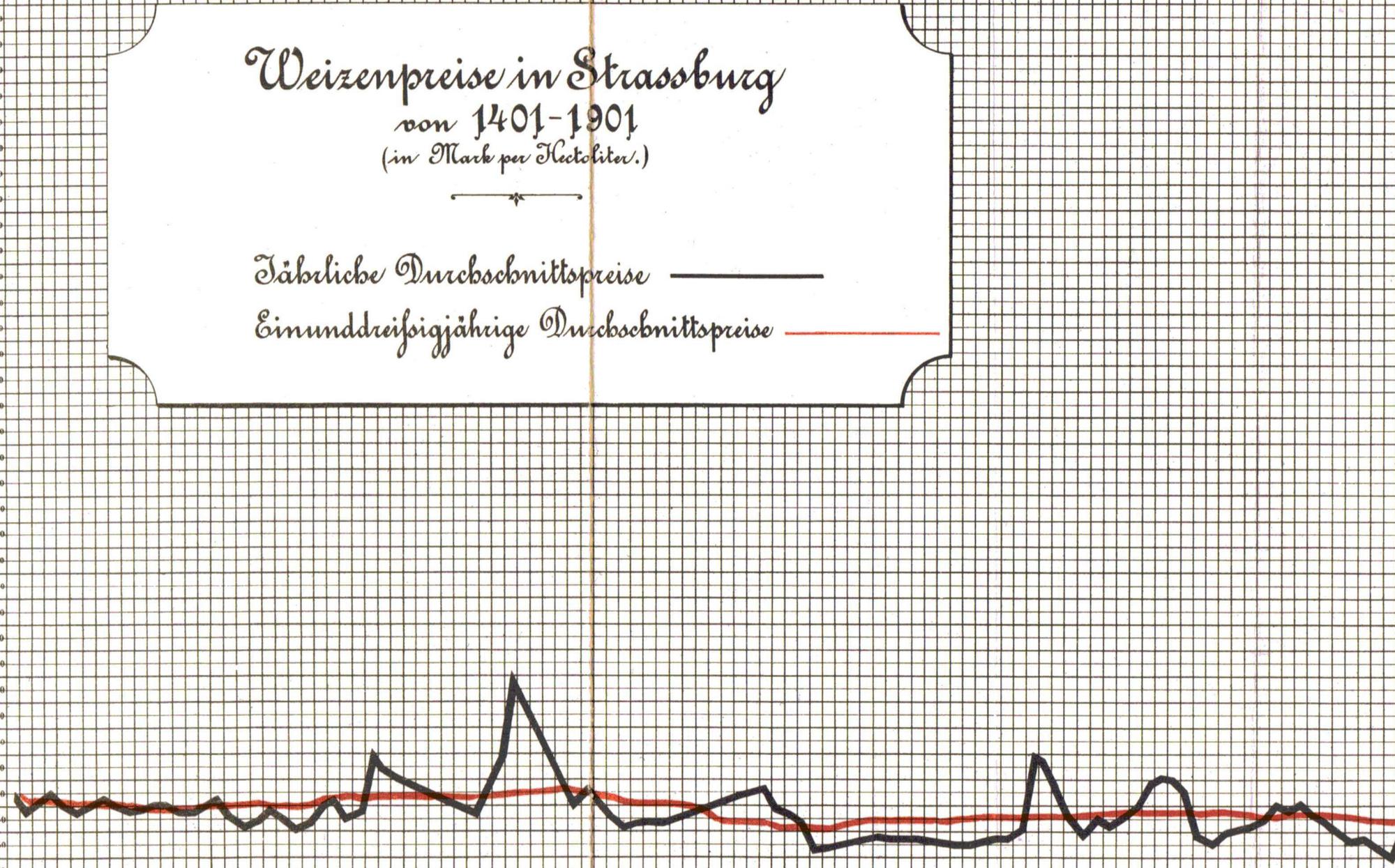
Dem Original ist die Verlaufskurve der Weizenpreise in Straßburg in Schwarzweißdruck eingeklebt. Die hier beigefügte farbige Fassung ist der Ausgabe des „System der politischen Ökonomie“ von 1941 entnommen (zweiteilige Beilage, aus technischen Gründen geteilt in 4 Teile).

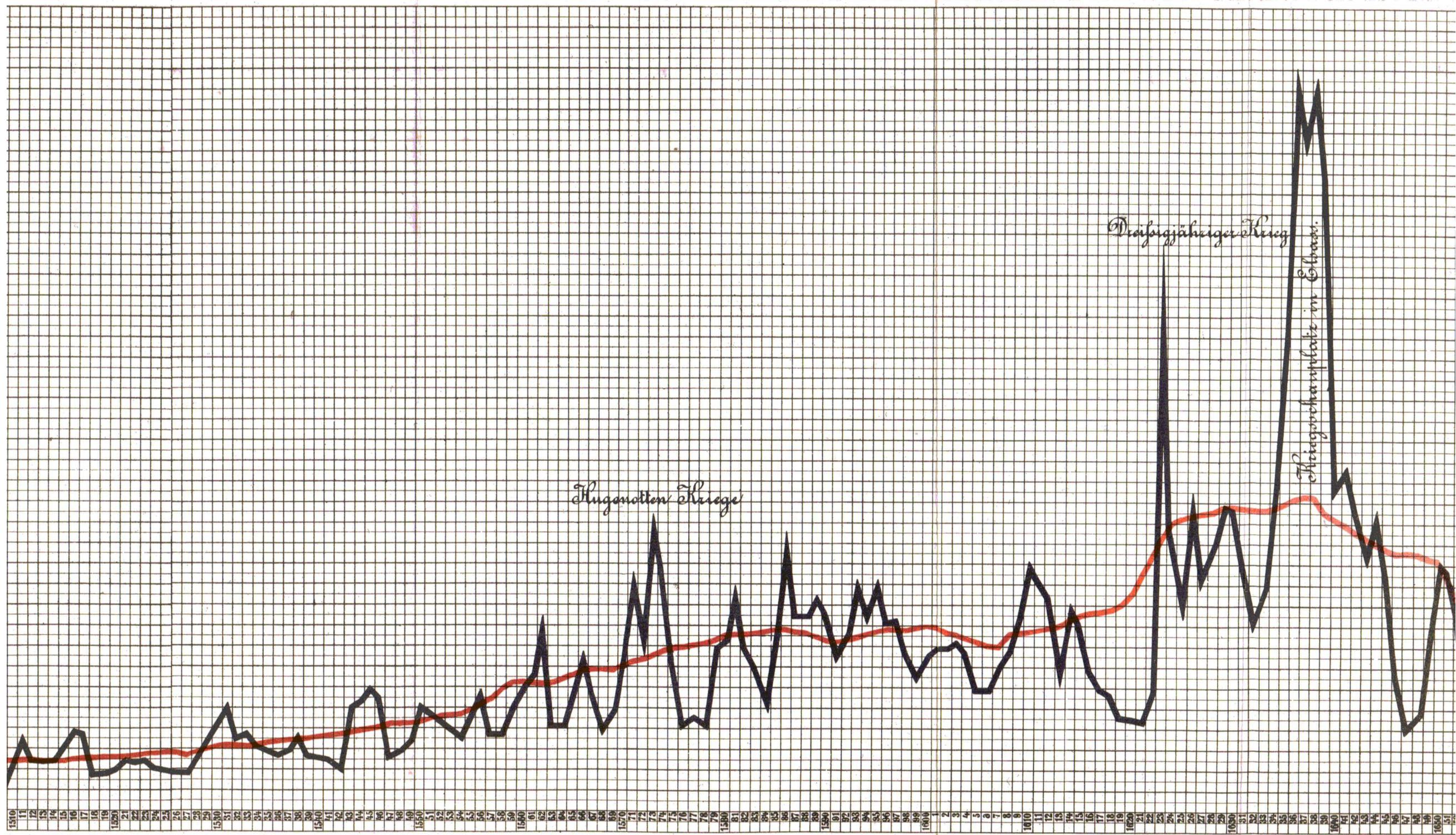
Mk.  
38  
37  
36  
35  
34  
33  
32  
31  
30  
29  
28  
27  
26  
25  
24  
23  
22  
21  
20  
19  
18  
17  
16  
15  
14  
13  
12  
11  
10  
9  
8  
7  
6  
5  
4  
3  
2  
1  
0

# Weizenpreise in Strassburg von 1401-1901 (in Mark per Hektoliter.)

Jährliche Durchschnittspreise —————  
Einunddreißigjährige Durchschnittspreise —————

1401 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 1000 1 2 3 4 5 6 7 8 9

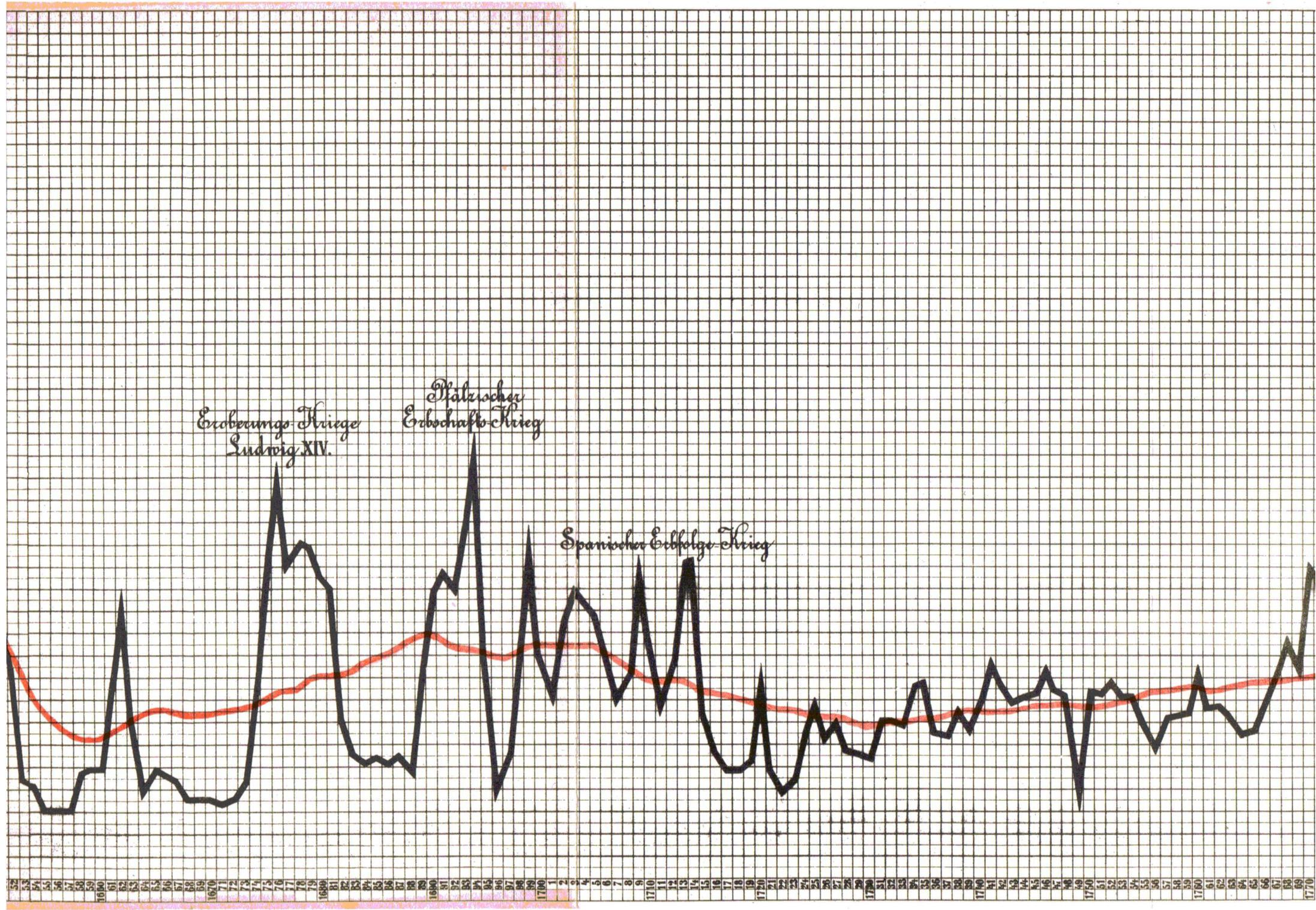




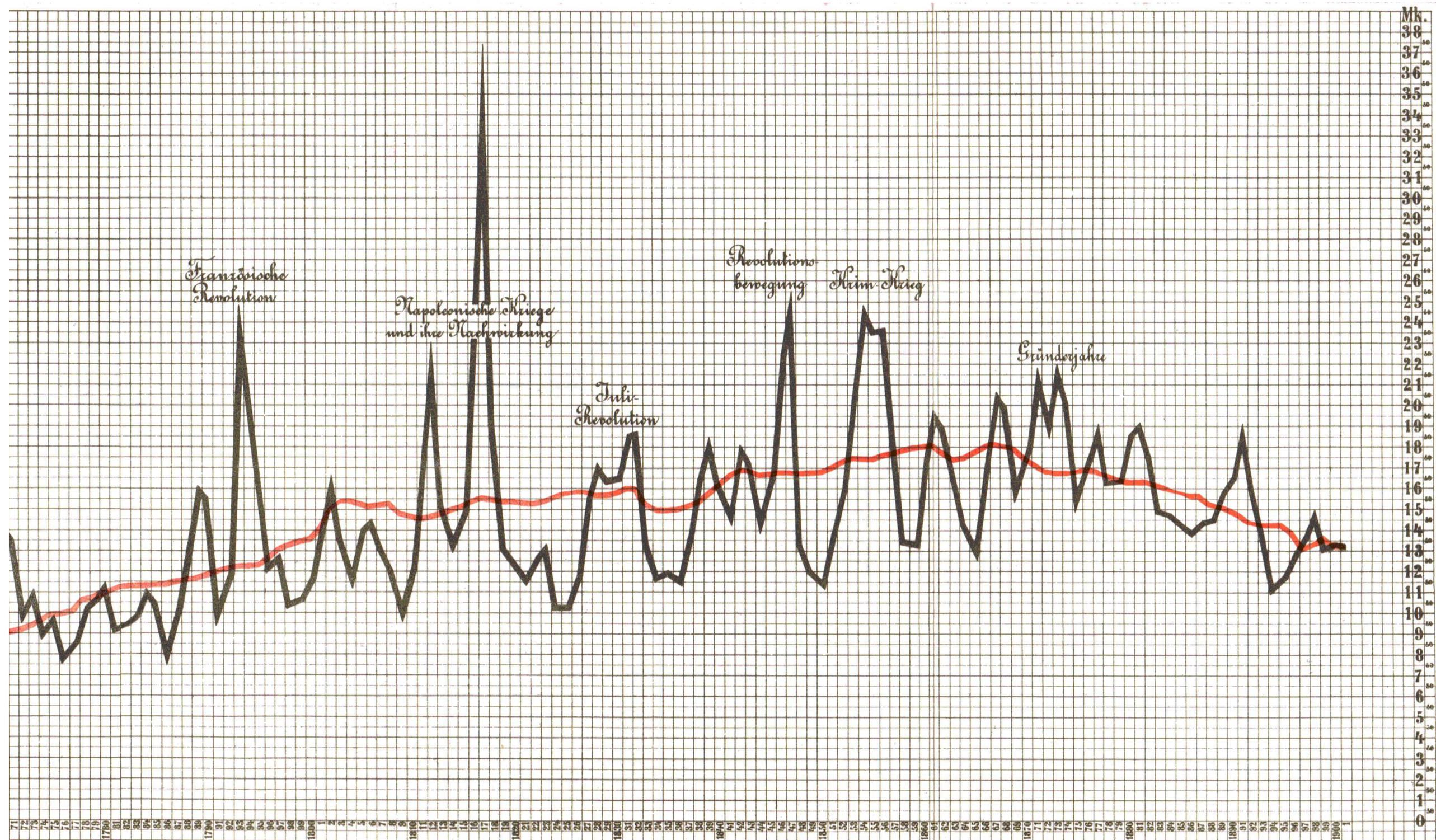
Hugonotten Kriege

Dreißigjähriger Krieg

Kriegshempele in Oberö.



53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156 157 158 159 160 161 162 163 164 165 166 167 168 169 170



*Französische Revolution*

*Napoleonische Kriege und ihre Nachwirkung*

*Juli-Revolution*

*Revolutionenbewegung*

*Krim-Krieg*

*Gründungsjahr*

Mk.  
38  
37  
36  
35  
34  
33  
32  
31  
30  
29  
28  
27  
26  
25  
24  
23  
22  
21  
20  
19  
18  
17  
16  
15  
14  
13  
12  
11  
10  
9  
8  
7  
6  
5  
4  
3  
2  
1  
0